

# **Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED**

## *Vorbemerkung*

Die hier vorliegende Fassung der Expertise ist aus einer gekürzten Version des vollständigen, für die Enquête-Kommission erarbeiteten Textes hervorgegangen. Einige Darstellungen von Problemen, die mehr statistisch fachlicher Natur sind, wurden herausgenommen, und es sind nur ausgewählte Dokumente dem Text als Anhang beigelegt.

Der gesamte Dokumentation umfaßt zwei Akten mit insgesamt 112 fotokopierten Archivunterlagen (Aktenvorgängen), und der vollständige Text ist um etwa ein Drittel länger als der hier vorgelegte Text.

Diese Buchveröffentlichung umfaßt nach diesen Vorbemerkungen die folgenden Teile:

- Gliederung (Inhaltsübersicht)
- Textteil mit fünf Kapiteln
- Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse
- Anhang mit
  - Verzeichnissen Literatur (Abkürzungen) und der Übersicht über die Numerierung der Dokumente (nach 20 Rubriken)
  - einem Verzeichnis sämtlicher Dokumente mit Fundstellen, das von Frau F. Sattler (Enquete-Kommission) angelegt wurde, ggfls. ergänzt um kurze Hinweise zum Inhalt
  - einer Auswahl von 19 Dokumenten, die im Text im besonderen Maße kommentiert werden (nicht alle im Text zitierten Dokumente sind in der vorliegenden Schrift enthalten).

In der Buchfassung der Studie sind die folgenden Dokumente enthalten:

---

1.1	3.1	4.2	7.1	8.1	9.2	12.4
15.1	15.2	15.3	15.4	15.10	15.11	15.15
15.16	16.1	17.2	19.1	19.7		

---

Wenn auf eines dieser Dokumente verwiesen wird, so ist das mit dem Zusatz „Anhang“ gekennzeichnet.

Danksagung: Ich möchte den zuständigen Damen und Herren in den von mir aufgesuchten Archiven für die Unterstützung danken und außerdem im ganz besonderen Maße dem Statistischen Bundesamt. Nicht nur der Amtsleitung habe ich viel zu verdanken, sondern auch vielen ost- und westdeutschen Mitarbeitern des Amtes, die kompetente und interessierte Gesprächspartner waren. Außerdem möchte ich meinen Mitarbeitern, Frau K. Linnenbrink, sowie den Herren K. Keysberg, A. Kladroba und C. Schemann sowie Frau U. Schapals für die große Mühe bei der Herstellung des ständig erweiterten Textes danken.

## Einführung

- a) Gegenstand und Aufbau des Gutachtens
- b) Was heißt „Fälschung“ von Statistiken?
- c) Bisheriger Stand unseres Wissens über die DDR-Statistik
- d) Benutzte Quellen, Anregungen für Forschungsaufträge
- 1 Beurteilungsmaßstäbe für das Verhalten der DDR-Statistiker
  - a) Berufskodex der Statistiker und Selbstverständnis der amtlichen Statistik der DDR
  - b) Die Arbeitsbedingungen für die amtliche Statistik der DDR: die kontrollierten Kontrolleure
- 2 Einflußnahme der SED auf die amtliche Statistik der DDR
  - a) Übersicht
  - b) Personalpolitik, Unmündigkeit und politische Bevormundung der Statistiker
  - c) Die Arbeitsbeziehungen zwischen der Parteizentrale und der amtlichen Statistik: Einzelaufträge an die SZS und deren Begutachtung durch die Partei
  - d) Steuerung über den Verteiler und die Genehmigung von Veröffentlichungen der SZS, Geheimniskrämerei und die Erarbeitung von „Varianten“ zur Veröffentlichung von Statistiken  
*Exkurs: Nachweisbare Veröffentlichungsverbote der Partei*  
*Exkurs: Tabuthema Außenhandel*
  - e) Schaffung von Neben- und Kontrollapparaten zur SZS bei der Beschaffung statistischer Daten und ungehinderte Nutzung von Mikrofiles der Statistik
  - f) Einflußnahme der Partei auf Definitionen und Methoden der Statistik sowie Absprachen über die Manipulation von statistischen Ergebnissen

1. Eingriffe in Methoden und Definitionen: Industrielle Warenproduktion und Produktivität
2. Festlegung und Veränderung von Definitionen: Industrieroboter
3. CAD/CAM-Arbeitsplätze
4. Wohnungsbau: Definition von fertiggestellten und neugebauten Wohnungen
- g) Das Ausland und die erzwungene Datenlieferung an internationale Organisationen als Schranke für den Einfluß der Partei
- 3 Gehorsam und Fälschungsbereitschaft der amtlichen Statistik der DDR
  - a) Unseriöse Vorschläge und Praktiken bei der Publikation von Daten
    1. Willkürliche Änderung der Darstellungsgesamtheit
    2. Wahl des Basisjahres
    3. Änderung der Warenauswahl
    4. Basisbereinigung
    5. Falsche Puzzles aus DDR-Statistiken im Ausland
    6. Hilfe vom DIW bei gewollten Lücken und Unklarheiten der DDR-Statistik  
*Exkurs: „Vorwärtsweisende“ Interpretation in Textdarstellungen von Statistiken für die Öffentlichkeitsarbeit*
  - b) Bewußte und mit der Parteiführung verabredete Fälschung statistischer Daten
    1. Außenhandel mit dem NSW 1987 und 1988 (Jahreswerte)
    2. Die Schwierigkeit, über einen längeren Zeitraum konsequent Daten zu manipulieren
  - c) Absprachen, die Fälschungs- und Verheimlichungsabsichten vermuten lassen
  - d) Kritische Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden
    1. Sozialproduktsrechnung nach östlicher und westlicher Methode
    2. Preisstatistik
    3. Vergleiche mit der BRD: Lebensstandard und Arbeitsproduktivität
    4. Fachliche Beratung bei sonstigen statistischen Themen
  - e) Umgang mit Kritikern der Statistik
  - f) Zahlen lügen doch  
Anhang zu Kapitel 3 (Tabelle)
- 4 Das erzeugte Bild und die Realität der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR
  - a) Hauptrichtungen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik  
*Exkurs: Eine westdeutsche Prognose des Sieges der DDR über die Bundesrepublik im Wettbewerb der Systeme*
  - b) Aufdeckung methodischer Probleme der DDR-Statistik im Westen
  - c) Einschätzung der DDR im internationalen Vergleich hinsichtlich globaler Indikatoren
    1. Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-Sozialprodukt

2. Lebensstandard, Einkommen und Verbrauch
  3. Kaufkraft der Ost-Mark und Preisentwicklung in der DDR
  - d) Laufende Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR  
*Exkurs: Vom DIW abweichende westdeutsche Beurteilungen der Lage der DDR-Wirtschaft*
  - e) Fazit
- 5 Versuch einer Beurteilung und Schlußfolgerung
- a) Zwei Welten in Sachen Statistik
  - b) Welche Folgerungen kann man aus diesem Bericht für die (amtliche) Statistik ziehen?

Zusammenfassung

Anhang:

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Gliederung des Dokumentenanhangs

Gesamtübersicht der zitierten Dokumente

Dokumente (für die ungekürzte Fassung besteht die vollständige Sammlung der Dokumente aus zwei Akten)

### *Einführung*

#### a) *Gegenstand und Aufbau des Gutachtens*

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es zu untersuchen, ob die amtliche Statistik der ehemaligen DDR vertrauenswürdig war, inwieweit sie durch Interventionen des Partei- und Staatsapparats in ihrer Objektivität und Neutralität beeinträchtigt war und ob (und in welchen Bereichen) sie mit ihren zahlenmäßigen Informationen die Öffentlichkeit im In- und Ausland getäuscht hat. Bei der zuletzt genannten Frage interessiert vor allem, inwieweit in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der amtlichen Statistik der DDR ein falsches Bild von der DDR entstanden ist.

Das Bild, das die DDR von sich selbst gezeichnet hatte und das Bild, das man sich in Westdeutschland hiervon machte, kann als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden. Was hier und im Zusammenhang mit dem Auftrag der Enquête-Kommission vielleicht mehr von Interesse ist und angesichts der erst jetzt zugänglichen Quellen auch erst jetzt erforscht werden kann, ist dagegen

die nicht unproblematische Rolle der amtlichen Statistik der DDR bei dieser Selbstdarstellung der DDR.

Um zu Beurteilungskriterien für das Verhalten der DDR-Statistiker zu gelangen, sind im **Kapitel 1** einige berufsethische Grundsätze und organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung dargestellt. Dabei zeigt sich, daß gegen sehr viele Grundsätze systematisch und vorsätzlich verstoßen wurde und daß die Arbeitsbedingungen der Statistiker so beschaffen waren, daß von Objektivität und Neutralität der Statistik nicht gesprochen werden konnte.

In **Kapitel 2** wird versucht, möglichst vollständig alle Möglichkeiten der politischen Manipulation der Statistik aufzuzeigen. Es kann belegt werden, daß sie alle von der SED genutzt wurden und daß sich dies auch dahingehend ausgewirkt hat, daß die veröffentlichten statistischen Daten in politisch bedeutsamen Bereichen unseriös, irreführend und z.T. sogar offen gefälscht waren. Das wirft die Frage auf, wann man von „falschen“ Statistiken sprechen kann (vgl. hierzu Abschn. b).

**Kapitel 3** dokumentiert das Verhalten der Statistiker und weist nach, daß (und in welcher Form) unseriöse Manipulationen von diesen mitgetragen oder gar angeregt wurden.

In **Kapitel 4** wird anhand von Aussagen über ausgewählte Indikatoren wie Arbeitsproduktivität und Lebensstandard untersucht, ob und inwiefern in Westdeutschland ein falsches Bild von der DDR durch die Verwendung von DDR-Statistiken entstanden ist.

**Kapitel 5** versucht eine abschließende Würdigung des Verhaltens der Statistiker abzugeben und Konsequenzen für das Verständnis der amtlichen Statistik zu ziehen.

#### b) Was heißt „Fälschung“ von Statistiken?

Laien in puncto Statistik sind bekanntlich schnell dabei jede Art von Statistik als „Lüge“ zu bezeichnen. Fragt man sie andererseits danach, was eine „Fälschung“ darstellt, so fällt ihnen meist nur ein sehr spezieller Fall ein, nämlich der, daß man in Kenntnis der richtigen Daten diese bewußt verändert hat, um in der Öffentlichkeit ein bestimmtes Bild von einem Sachverhalt zu erzeugen. Dabei wirft diese Beschreibung eines Verhaltens selbst wieder weitere Fragen auf: Hat man sich detailliert Gedanken darüber gemacht, welcher Eindruck durch die „Fälschung“ in der Öffentlichkeit entsteht und welcher ohne sie entsteht, oder hat man nur wissentlich oder auch ganz arglos in Kauf genommen, daß die Zahlen „falsch“ verstanden und interpretiert werden konnten? Hat man Vorsorge getroffen, eine „Fälschung“ zu vertuschen, was sicher ein Indiz für einen vorsätzlichen Verstoß gegen den Ehrenkodex der Statistiker ist, oder hat man es einfach darauf ankommen lassen, daß den

Benutzern der amtlichen Daten diese unstimmgig erscheinen könnten? Das Problem, wann man von einer „Fälschung“ sprechen kann, berührt in jedem Fall das Verhältnis zwischen Statistik (als Lieferant von Daten) und den Auftraggebern, mehr aber noch zwischen der Statistik und den sonstigen Nutzern der Statistik, nämlich der Öffentlichkeit, die die Zahlen auswertet. Es ist natürlich schwierig, eine verwerfliche „Fälschung“ abzugrenzen von einer methodisch unsorgfältigen, sich gegen mehr oder weniger naheliegende Fehlinterpretationen nicht genügend absichernde Statistik. Ohne Zweifel gibt es fließende Übergänge zwischen guter und schlechter oder gar irreführender und „falscher“ Statistik und es gibt natürlich auch mehr oder weniger rigorose Maßstäbe dafür, wie detailliert Methoden offengelegt werden müssen und inwieweit möglichen Fehlinterpretationen von Statistikern selbst vorgebeugt werden muß.

Aber trotz dieser Abgrenzungsprobleme sollte man festhalten: es kann nicht angehen, daß man irreführende Begriffe, unklare Abgrenzungen, unzureichend erläuterte Methoden und Definitionen als ein „Kavaliersdelikt“ betrachtet. So etwas ist durchaus verwerflich, denn wenn schon mit Statistiken Politik betrieben werden soll, dann sind genau das die Fälschungsmöglichkeiten, die am einfachsten und undurchsichtigsten sind. Sie verlangen keine aufwendigen Aktionen der Vertuschung, man braucht sich keine Gedanken darüber zu machen, ob die Zahlenangaben gegenüber anderen Angaben und im Zeitablauf konsistent sind und man glaubt weniger oder gar keinen Anlaß für Skrupel haben zu müssen. Gleichwohl liegt aber eine Ausnutzung der Arglosigkeit, der Unwissenheit und Vertrauensseligkeit der Öffentlichkeit vor, die nicht verharmlost werden sollte, weil sie bewußt auf dem Vertraenskapital der „amtlichen“ Statistik basiert und Ausdruck einer autoritären Politik ist. In diesem Zusammenhang ist es z. B. auch wichtig zu sehen, wie die amtliche Statistik mit ihren Kritikern verfährt, auch wenn dies nicht unmittelbar Einfluß auf die veröffentlichten Ergebnisse hat. Zu beachten ist ferner, daß die Rolle der Statistik nicht nur in der Berichterstattung über Fakten besteht, sondern auch darin, Fehlentwicklungen zu erklären und (in der ehemaligen DDR war dies in ganz extremem Maße der Fall) Stellung zu nehmen zu Darstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der DDR, die im Ausland oder von internationalen Organisationen erarbeitet wurden. In solchen Fällen verlangt es das Berufsethos der Statistik, den besten Stand des Wissens über Daten und Methoden zu präsentieren und nicht nur das zu sagen, was vermutlich gerne gehört wird.

In allen diesen Punkten, seriöse Veröffentlichungen, verantwortungsvolle und gründliche Begutachtung mit Statistiken und methodische Weiterentwicklungen, die für die amtliche Statistik wesentliche Leistungsmerkmale darstellen, hat die Statistik der DDR keineswegs immer gute Leistungen vollbracht und sie hat massiv gegen den Ehrenkodex der Statistik verstoßen. Das ist sicher

zum großen Teil, aber auch nicht ganz, mit der Machtstruktur des SED-Staates entschuldbar.

c) *Bisheriger Stand unseres Wissens über die DDR-Statistik*

In Westdeutschland herrschte die Ansicht vor, daß die vergleichsweise wenigen Statistiken, die veröffentlicht wurden, korrekt seien, schon deshalb, weil sie im eigenen Lande für Planungszwecke verwendet wurden und weil eine dauerhafte, konsequente Fälschung unverhältnismäßig aufwendig gewesen wäre. Von Fälschung, so glaubte man, könne also weniger gesprochen werden als von gezielter Zurückhaltung bei der Veröffentlichung.

Diese u. a. vom DIW vertretene Einschätzung klingt nicht nur plausibel, sie wurde auch offenbar in der DDR geteilt. Gleichwohl halte ich sie nicht für richtig. Sie übersieht, daß in der DDR bewußt differenziert wurde zwischen Material, das sehr wenigen ausgewählten Funktionären der Partei übergeben wurde und Material, das veröffentlicht wurde. Man hat sogar bewußt in Kauf genommen, daß nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der Staatsapparat nur ein sehr unvollständiges Bild der Wirklichkeit hatten und evtl. sogar mit falschen Daten Berechnungen anstellten. Hinzu kommt, daß die Benutzung der statistischen Veröffentlichungen, auch wenn sie nur in den einfachsten Auswertungen bestand, unterbunden wurde wenn dies der Partei nicht genehm war. Und das Verhalten der Statistiker in der DDR war dabei keineswegs so harmlos und politisch neutral, wie das die erwähnte Einschätzung der Seriosität der amtlichen Statistik vermuten läßt.

d) *Benutzte Quellen, Anregungen für Forschungsaufträge*

Neben zahlreichen in Ost- und Westdeutschland frei zugänglichen Schriften, die in den Literaturangaben mit einer fett gedruckten Zahl zitiert sind (**8,13** heißt Schrift Nr. 8 [vgl. Literaturverzeichnis], Seite 13), wurden für diese Arbeit auch Unterlagen aus Archiven verwendet. Die dazu abgelisteten Dokumente sind der Studie als Anlage beigefügt und nummeriert aufgrund einer Zuordnung des Hauptinhaltes nach 20 Gliederungspunkten [vgl. Verzeichnis] und mit dem Zeichen **D** + **Nummer** zitiert.

Die Archive, zu denen ich Zugang hatte waren

1. Das Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin
2. Das Staatsarchiv in Potsdam und vor allem
3. Das Archiv der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (im folgenden SZS) bzw. des späteren Statistischen Amtes der DDR.

Aus dem Archiv Nr. 1 habe ich vor allem Unterlagen aus dem „Büro Günter Mittag“ eingesehen und einen Teil hiervon in die Dokumentation

aufgenommen. Im Archiv Nr. 2 ist vor allem Material aus den 50er und 60er Jahren zu finden.

Mit der staatlichen Einigung Deutschlands ist das für die folgenden Ausführungen besonders ergiebige Archiv der SZS in das Eigentum des Statistischen Bundesamtes übergegangen (Zweigstelle Berlin Alexanderplatz). Ich habe hiervon nur einen verschwindend kleinen Teil eingesehen, nämlich den Schriftwechsel des langjährigen Leiters der SZS, Herrn Prof. Dr. Arno Donda mit der SED (bzw. dem ZK der SED), zunächst nur für die Jahre 1982 und 1988 (und später auch für einige dazwischenliegende Jahre).

Man kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß sowohl was die statistischen Daten betrifft als auch die Art ihres Zustandekommens, noch sehr viel Erforschenswertes in den Archiven zu finden ist.

Man muß allerdings auch annehmen, daß die Archivarbeiten, selbst wenn sie auf breiter Basis durchgeführt würden, nicht das volle Ausmaß der Manipulationen der Statistiken aufzeigen könnten. Von allen Gesprächspartnern ist mir bestätigt worden, daß die krassen Fälle der Einflußnahme der Partei auf die Statistik nicht oder nicht mehr nachzuweisen sind und außerdem ohnehin mündlich erfolgt, was ja auch dem „gesunden Menschenverstand“ entspricht.

Das heißt, daß die hier dargestellten **Manipulationen** an Statistiken **nur Beispiele** darstellen können. Auf keinen Fall kann man daraus Schlüsse ziehen auf den Gesamtumfang derartiger Manipulationen.

In dieser Arbeit ist auch nicht auf Daten zurückgegriffen worden. Wenn man die inzwischen zugänglichen nichtveröffentlichten statistischen Daten heranzieht, werden sich vermutlich auch interessante neue Einsichten gewinnen lassen, die auch die wirtschaftspolitische Unfähigkeit der Partei deutlicher zeigen (Einflußnahme auf die Statistik ist ja nur **ein**, eigentlich nicht sehr bedeutendes und natürlich auch sehr unseriöses „Instrument“ der Wirtschaftspolitik).

Aus diesem Grunde halte ich auch das **Rückrechnungs**-Projekt des Statistischen Bundesamtes für sehr nützlich und vielversprechend, gerade auch wegen der schon einsetzenden Legendenbildung.

Für die folgenden Ausführungen waren schließlich auch einige persönliche Gespräche von großem Nutzen und zwar u. a. mit

- Prof. Dr. Herbert **Wolf** (17.8.1993)
- Dr. Alfred **Lachnit** (18.8.1993)
- Prof. Dr. Arno **Donda** (5.10.1993)

(sie werden zitiert mit dem Anfangsbuchstaben des Namens).

Zu dem Gespräch mit Prof. Dr. Donda möchte ich einige persönliche Bemerkungen machen, die mir wichtig sind. Es ist nicht immer einfach, persönliche Eindrücke und „objektive“ Fakten aus einem Aktenstudium zu



trennen. Desgleichen ist es bei einem Regime, wie es das der DDR war, oft nicht möglich, Täter und Opfer zu unterscheiden. Das Paradoxe an dem System ist, daß man beides sein kann, und daß das System anständige und rechtschaffene Menschen benutzt. Ich will mich nur selten auf das Gespräch D berufen, weil ich es sonst als Indiskretion empfinden und ich möchte ausdrücklich den Wunsch aussprechen, daß Prof. Dr. Donda aus dieser Studie kein Schaden entsteht. Er ist für mich ein Mann, der viel Respekt, Sympathie und auch Mitleid verdient. Gleichwohl darf man nicht übersehen, daß die DDR-Statistik, die entscheidend von ihm geprägt wurde, ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte ist, das auch erforscht werden sollte, nicht aus Neugier, Sensationslust oder Freude an Enthüllungen, alles Dinge, die den Zeitgeist unschön prägen, sondern zum Nutzen der Statistik in einem freiheitlichen Staat.

Zu den dunklen Seiten nur ein Beispiel. In den Akten der SZS fand ich zwei Entlassungen von Zweigstellenleitern nach 15 bzw. 25 Jahren Dienst in der amtlichen Statistik der DDR wegen Westkontakt: Entlassung weil die Ehefrau und die Kinder noch postalisch Kontakt pflegten mit der repuplikflüchtigen Schwägerin. Aber nicht nur das, Bitten um eine Entlassung aus persönlichen Gründen wurde abgelehnt, es blieb bei Entlassung wegen „Nichteignung“ durch einen geradezu paranoiden Staat mit entsprechenden Konsequenzen für die Altersversorgung. Bei der Beurteilung von Leitungstätigkeiten in der DDR sollte nie vergessen werden: „Kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens und kein Tätigkeitsbereich der Menschen kann im Sozialismus ohne politische Einstellung, ohne Bestimmung des politischen Inhalts oder ohne politische Maßnahmen wissenschaftlich geleitet werden. Die Politik der Partei durchdringt alle Sphären des Lebens und die Entwicklung unserer Gesellschaft“ (80, 37).

### 1. *Beurteilungsmaßstäbe für das Verhalten der DDR-Statistiker*

Es ist zu unterscheiden, wie man sich verhalten **sollte** (gemessen an dem Selbstverständnis der Statistik) und wie man sich unter den gegebenen Bedingungen verhalten **konnte**. In diesem Kapitel wird versucht, auf beide Fragen einzugehen, weil sie für eine Würdigung des Verhaltens der DDR Statistiker fundamental sind. Ohne Beurteilungsmaßstäbe an der Hand zu haben, kann man auch schlecht belegte oder evtl. nur vermutete Manipulationen an veröffentlichten Statistiken einordnen, weshalb diese Ausführungen der Dokumentation vorangestellt werden.

a) *Berufskodex der Statistiker und Selbstverständnis der amtlichen Statistik der DDR*

Das Internationale Statistische Institut (ISI), mit Sitz in Den Haag, ist eines der wichtigsten internationalen Diskussionsforen für Statistiker aller Fachrichtungen. Mitte der 80er Jahre hat das Institut aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens einen Berufskodex für Statistiker ausgearbeitet, der geeignet sein mag, um einen Beurteilungsmaßstab für das Verhalten der DDR-Statistiker zu liefern.

Die berufsethischen Prinzipien werden nach Zielgruppen in vier Abschnitte eingeteilt:

1. Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft
  - 1.1. Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen
  - 1.2. Erweiterung des Anwendungsbereichs der Statistik
  - 1.3. Streben nach Objektivität
2. Verpflichtungen gegenüber Geld- und Auftrag- bzw. Arbeitgebern
  - 2.1. Klarstellung der Rechte und Pflichten
  - 2.2. Neutrale Bewertung alternativer Methoden und Verfahren
  - 2.3. Keine Präjudizierung der Ergebnisse
  - 2.4. Geheimhaltung vertraulicher Informationen
3. Verpflichtungen gegenüber Kollegen/Berufsstand
  - 3.1. Erhaltung und Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die Statistik
  - 3.2. Offenlegung und Überprüfung von Methoden und Erkenntnissen
  - 3.3. Vermittlung berufsethischer Grundsätze
4. Verpflichtungen gegenüber dem Auskunftgebenden
  - 4.1. Vermeidung unangemessenen Eindringens in die Privatsphäre
  - 4.2. Gewinnung der Auskunftsbereitschaft durch Information
  - 4.3. Schutz der Interessen der Auskunftgebenden
  - 4.4. Sicherung der Vertraulichkeit statistischer Unterlagen
  - 4.5. Verhinderung einer Aufdeckung von identitätsbezogenen Angaben.

Man kann diesen Kodex als Ausdruck des Selbstverständnisses der Statistiker begreifen und darf davon ausgehen, daß jedem, der wissenschaftlich oder praktisch einige Zeit mit Statistik zu tun hat, die hier aufgeworfenen Probleme bekannt sind. Professor Donda war Mitglied einer Unterkommission, die maßgeblich den Text dieser Deklaration erarbeitete.

Daß Statistiken nicht „gefälscht“ werden sollen ist in den Prinzipien nicht eigens erwähnt, vermutlich weil dies ein grober Verstoß gegen alle Grundsätze wäre und als eine Selbstverständlichkeit begriffen wurde. Natürlich ist dies

auch implizit in dem Grundsatz 2.3 enthalten, wo es noch nicht einmal um die nachträgliche Manipulation, sondern um die Zusicherung a priori festgelegter oder erwünschter Untersuchungsergebnisse geht.

Ähnlich wie die ISI-Declaration finden sich auch allgemeine Grundsätze der amtlichen Statistik, die allerdings erst sehr viel später (1991) verabschiedet wurden, in einer Resolution der Konferenz Europäischer Statistiker (CES), die übrigens auf Initiative Polens und ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß in Osteuropa entstanden sind (76). Hierin sind u. a. ein Informationsrecht der Öffentlichkeit (Statistiken dürfen nicht nur für Regierungsstellen erarbeitet werden), die Offenlegung der für die Statistik geltenden Verfahrens- und Rechtsordnungen und die Selbständigkeit der Ämter bei methodischen Fragen (über die sie auch, gerade zur Sicherstellung einer sachgerechten Interpretation der statistischen Daten berichten müssen) festgehalten. Eine Tabelle, wie z. B. über den Mikroelektronikeinsatz in der DDR (Tab. 2, Kapitel 2), ohne Hinweis auf Definitionen, Erhebungen usw. entspricht nicht diesem Standard.

Der ISI-Kodex, das UNO-Handbook of Statistical Organization (154), das die institutionellen, organisatorischen Bedingungen für die Garantie dieser Grundsätze festlegt, und auch die CES-Declaration geht von einem Verständnis der Statistik aus, wonach

- Einzelangaben der Befragten (**Mikrodaten**) der **Geheimhaltung** (Vertraulichkeit) unterliegen und nur in nichtidentifizierbarer Form in aggregierte Daten (Makrodaten) einfließen dürfen, während im krassen Gegensatz dazu
- die statistischen Ergebnisse (**Makrodaten**) jedermann **zugänglich** zu machen sind, und wie ein öffentliches Gut, eine informationelle Infrastruktur von deren Nutzung niemand auszuschließen ist, zu betrachten sind.

In der ehemaligen DDR waren beide Prinzipien jeweils in ihr genaues Gegenteil verkehrt. Daß für statistische Zwecke gewonnene Einzelangaben der Berichtspflichtigen ungeschützt für nichtstatistische Zwecke verwendet wurden und andererseits die Veröffentlichung und insbesondere auch die wahrheitsgemäße Veröffentlichung statistischer Daten äußerst restriktiv von der Parteiführung, und zwar im Einvernehmen mit der SZS gehandhabt wurde, ist zweifelsfrei beweisbar.

Es besteht sicher ein Zielkonflikt für Statistiker, die einerseits auf Vollständigkeit und Richtigkeit ihrer Mikrodaten bedacht sein sollten, andererseits aber auch nicht im Selbstverständnis der Polizei oder Staatsanwaltschaft agieren sollten, sondern im Bewußtsein neutral zu sein und eine Dienstleistung zu erbringen. Die Dokumente (D 13.1, D 13.2) belegen, daß sich die Statistik der DDR in diesem Konflikt allein als verlängerter Arm der Staatsgewalt fühlte, was ihrer Stellung im Rahmen der Staatsverfassung auch entsprach.

Man muß davon ausgehen, daß die ISI-Declaration den führenden Statistikern der DDR bekannt war, aber ebenso natürlich auch die dem entgegenstehenden Prinzipien aus Fachschriften der DDR oder der UdSSR. In dem seinerzeit in der ehemaligen DDR als „Bibel“ bekannten Statistik-Lehrbuch von Donda, Herrde, Kuhn und Struck wird „die Parteilichkeit von Rechnungsführung und Statistik“ (40,17) hervorgehoben und ausdrücklich betont: „Die Öffentlichkeitsarbeit von Rechnungsführung und Statistik hat damit eine politisch bedeutsame Funktion in unserem Staat zu erfüllen“. Sie ist „ein wichtiges Mittel der Agitation und Propaganda. Mit Hilfe der zahlenmäßigen Information . . . können klar und überzeugend die Werktätigen . . . von erforderlichen Aufgaben überzeugt werden“. Damit „lassen sich auch anschaulich die erarbeiteten Erfolge unanfechtbar darstellen“ und weiter „So können auch die Zahlen . . . zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei(zu)tragen“ (alles 40, 22).

Ein früherer Leiter der SZS, Heinz Rauch hat mit aller Deutlichkeit gesagt: „Es gibt keine Statistik schlechthin, sondern nur eine bürgerliche und eine sozialistische Statistik.“ Es kommt „darauf an, daß wir allen unseren Mitarbeitern [der SZS] die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse klarmachen“ und die Aufgabe der sozialistischen Statistik ist „den Werktätigen (zu) helfen die Überlegenheit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten des Lebens gegenüber der kapitalistischen Ordnung zu erkennen“ (103).

Es überrascht deshalb nicht, daß die Statistik nicht nur als Instrument der politischen Führung betrachtet wurde, sondern auch ganz dezidiert als ein solches der Propaganda, das nicht der Wahrheit sondern dem politischen Interesse der Führung verpflichtet ist. Das kommt auch in einem Schreiben von Prof. Dr. Donda an Dr. Günter Mittag (im folgenden auch G.M.) zum Ausdruck (D 2.1), in dem es heißt, die Leitung des SZS kam (aufgrund einer Kritik der Partei an ihrer Öffentlichkeitsarbeit) „zu der Auffassung, die Statistik besser als Waffe der Agitation und Propaganda zur Information und Mobilisierung der Parteiorganisationen und aller Werktätigen bei der Erfüllung der Pläne zu nutzen“ (D 2.1, S. 1). Ganz offensichtlich belegt das Dokument auch eine selektive Informationspolitik in Absprache mit der Partei (und der Agitationskommission beim Politbüro), wonach z. B. Journalisten in Pressegesprächen mehr als der Öffentlichkeit, aber weniger als der Parteiführung „zwar einen“ (!) „Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung“ gegeben werden darf.

Ein weiteres Beispiel für die dominierende Rolle der Ideologie in der Statistik war die Bevölkerungskonferenz in Budapest im Februar 1987, bei der es offenbar innerhalb der DDR-Delegation zu einem Eklat kam (D. 2.5). Massiv gerügt wurde ein Referat weil es „zu fachspezifisch angelegt“ und deshalb „politisch unzureichend“ war. In der DDR war es ein Grund für ernste

Maßnahmen, wenn sich ein Statistiker auf statistische Probleme beschränkte und so – gerade auf dem internationalen Forum – die „großen Möglichkeiten zur Darstellung der Erfolge . . . der DDR . . . unzureichend genutzt“ wurden.

Die ganze sog. „internationale Arbeit“ der SZS stand unter dem Vorzeichen des Klassenkampfes wenn sie nicht sogar geradezu konspirativen Zwecken diene. Das zeigt sich deutlich am Versuch, z. B. Kontakte mit der Firma Siemens in Westberlin zu nutzen um Informationen über den Stand der EDV-Technik im Westen „abzuschöpfen“ (**D 19.2**). Propagandistisch motiviert war z. B. auch die Weisung für ein Pressegespräch mit einem Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung über die Volkszählung 1981 der DDR (**D 19.3 bis D 19.5**). Interessant ist dabei zu sehen, welche Stufen die Vorbereitung durchlief und wie im einzelnen festgelegt wurde, worüber berichtet werden sollte (z. B. über die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung) und worüber nicht, und wie auf „eventuelle Fragen nach der nächsten Volkszählung“ zu reagieren ist.

b) *Die Arbeitsbedingungen für die amtliche Statistik der DDR: die kontrollierten Kontrolleure*

Für die gesamtstaatliche Leitung von Rechnungsführung (der Betriebe) und Statistik war die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) mit ihren nachgeordneten Bezirks- und Kreisstellen verantwortlich. Offiziell war sie ein Organ des Ministerrats der DDR, faktisch jedoch geführt vom Büro Dr. Günter Mittag, der abgesehen von einer kurzen „Mittagspause“ von 1973 bis 1976 (**42, 102**) die ganze hier interessierende Zeit über als Politbüromitglied und Sekretär des ZK's der SED für Planung und Finanzen oder allgemein für die Wirtschaft zuständig war.

Unmittelbarer Ansprechpartner des Leiters der SZS war lange Zeit Günter Ehrensperger. Der von mir eingesehene Schriftwechsel des Leiters der SZS zeigt, daß fast täglich Schreiben, Informationen, Berichte an die genannten Funktionäre der SED gesandt wurden und die SZS ganz offensichtlich zu einem Großteil mit der Erledigung von speziellen Aufträgen und Anfragen (z. B. auch zu Meldungen aus der westlichen Presse) oder auch mit Ausarbeitungen für Reden von Spitzenfunktionären befaßt war (Beispiele finden sich in den Dokumenten **D 1.6, 6.1, 10.2** und **10.5**).

Zu den Aufgaben der SZS gehörte neben der Erarbeitung von Informationen und Analysen für zentrale Führungsorgane die Durchsetzung der 1968 bis 1971 geschaffenen einheitlichen Regelung für Rechnungsführung und Statistik, die offensichtlich nicht ohne Schwierigkeiten bei der Schulung der „Kader“ bis hin zur Ministerebene und bei der Überzeugungsarbeit ablief (**D 2.2**). Darunter fällt nicht nur die – für westliche Beobachter befremdliche – Zuständigkeit für das Rechnungswesen (einschl. Berichtswesen und Informationstätigkeit) der

Betriebe, die Durchsetzung einheitlicher Definitionen, Systematiken, Bewertungsvorschriften usw. sowie die Durchführung von Erhebungen und Aufbereitungen, sondern auch „Festlegungen zur Gestaltung der Analysetätigkeit“ (84, 25), so daß in der DDR im Grunde nicht jeder die veröffentlichten statistischen Daten so auswerten durfte, wie es ihm beliebte.

Die erwähnten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Prinzips der Einheit von Rechnungsführung und Statistik, die im Dokument **D 2.2** aus dem Jahre 1968 dargestellt sind, finden sich angedeutet auch in dem Lehrbuch von Donda (40, 18–24).

Sie sind nur begrifflich, wenn man bedenkt, daß die Durchsetzung von „Rechnungsführung und Statistik“ nichts anderes war als eine „Vervollkommnung“ der Befehlswirtschaft. Dazu paßt es übrigens auch, daß hier (Dokument **D 2.2**), wie auch in vielen anderen von der SZS der Partei zugeleiteten Vorgängen von Verantwortlichkeiten, Rechenschaftsberichten und Nachforschungen von Einzelfällen die Rede ist und daß der von Donda abgegebene Bericht seinerseits wieder im Büro Mittag begutachtet und kritisiert worden ist (**D 2.3**).

Einer verbreiteten Auffassung zufolge ist anzunehmen, daß eine Statistikbehörde, die in so erheblichem Maße Kontrollfunktionen ausüben kann, auch eine Gewähr dafür hat, daß die von ihr ermittelten Daten richtig sind. Es soll im folgenden gezeigt werden, daß dem nicht so ist.

Es ist weiter eine verbreitete Ansicht, daß eine Behörde, die ihrerseits nur ein Kettenglied in einer Befehlshierarchie darstellt, für den Mißbrauch der Statistik nicht verantwortlich zu machen ist. Auch das ist, abgesehen von der juristisch-moralischen Problematik des Befehlsnotstandes, erheblich differenzierter zu betrachten. Es gibt genügend Belege für eine Art von Kumpanei zwischen der SZS und den übergeordneten Stellen und es läßt sich zeigen, daß selbst in relativ ideologiefernen Fachfragen mit vorausweisendem Gehorsam unqualifizierte und parteiliche Stellungnahmen erarbeitet wurden.

## 2. *Einflußnahme der SED auf die amtliche Statistik der DDR*

### a) *Übersicht*

Die Einflußmöglichkeiten der Partei waren gegeben durch die Personalpolitik (vgl. b) und die Art der Arbeitsbeziehung zwischen SZS und Partei, die darin bestand, daß sich die Partei praktisch um alle Vorgänge in Wirtschaft und Gesellschaft aber auch im Amt selbst bis ins Detail kümmerte, die SZS extensiv für Hilfsarbeiten, Begutachtungen und Recherchen heranzog und ihrerseits wieder die Informationen der SZS überprüfte und begutachtete (vgl. c). Ein weiteres Instrument (vgl. d) zur Steuerung der SZS war

die Handhabung des Informationsmonopols der Partei, die Praxis detailliert vorzuschreiben, wer welche Information erhalten sollte (die Vorschriften über „Verteiler“, die Nomenklatur über die Geheimhaltungsstufen usw.) und vor allem die Verfahrensweise bei Veröffentlichungen der SZS. Eine Disziplinierung der Statistiker war auch möglich durch die verstärkte Bildung inoffizieller statistischer Informationskanäle von Partei und Staat (vgl. e). Der politisch brisanteste Hebel der Partei war natürlich die direkte Einflußnahme auf Definitionen und Methoden der Statistik, beginnend mit der milderer Form der Kritik bestehender Methoden bis hin zur Anordnung (ohne Begründung), wie künftig zu verfahren ist und bis zur Durchführung disziplinarischer Maßnahmen (vgl. f).

In diesem Kapitel wird versucht, die Methoden, mit denen die Partei mehr oder weniger massiv auf die Arbeit der Statistiker Einfluß genommen hat aufzulisten und, soweit das möglich ist, zu dokumentieren. Die Liste ergab fünf Einflußkanäle (Abschnitte b bis f) und dagegen eine, allmählich immer bedeutsamer gewordene Grenze der Macht der SED bei der Manipulation der Statistik: das Ausland (vgl. Abschn. g).

Gegenstand dieses Kapitels sind Einwirkungen der Partei auf die Statistik. Es gibt aber auch zahlreiche Vorgänge, bei denen es zumindest den Anschein hat als gehe die Initiative zum Verstoß gegen Grundsätze der Statistik von der SZS aus, sei es aus vorauseilendem Gehorsam oder aus anderen Gründen. Solche Erscheinungen sind in Kapitel 3 dargestellt.

#### b) *Personalpolitik, Unmündigkeit und politische Bevormundung der Statistiker*

Es ist bekannt und braucht nicht im einzelnen dargelegt zu werden, daß die SED die Personalpolitik aller staatlichen Stellen und so auch der SZS fest im Griff hatte. Einstellungen, Beförderungen, Veränderungen des Arbeitsgebietes usw. waren nur mit Zustimmung der Partei möglich. Im Archiv der SZS konnte ich viele Vorgänge dieser Art finden, Schreiben von Donda, in denen Mitarbeiter des Amtes beurteilt wurden und z. B. „klassenbewußte“ Absolventen der Parteihochschule zu Auszeichnungen vorgeschlagen wurden.

Daß die Partei bis ins kleinste Detail auch das Handeln der Menschen in Behörden bestimmte war zwar im Westen bekannt und wurde auch nach dem Zusammenbruch der DDR von vielen Bürgern der DDR deutlich geschildert. Gleichwohl war ich nach dem Studium der Akten der SZS doch überrascht über das Ausmaß der Unmündigkeit auch hochrangiger Amtspersonen.

Sie war ganz besonders dann erheblich, wenn Ausländer mit Mitarbeitern des Amtes in Kontakt traten oder wenn die Mitarbeiter das Amt im Ausland vertreten sollten. In den Akten der SZS finden sich zahlreiche Anfragen, wie zu reagieren sei auf eine Kontaktaufnahme ausländischer Stellen. Es war fast die Regel, daß die Partei jede Zusammenarbeit untersagte. Nicht selten wurde auch

im Sinne eines vorbeugenden Gehorsams reagiert und gleich vorgeschlagen, Einladungen nicht zu folgen (**D 1.2** als ein Beispiel) bzw. Zahlenangaben nicht dem Ausland zur Verfügung zu stellen (**D 1.3**).

Die Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland mußte von der Partei genehmigt werden. Das ist verständlich angesichts dessen, was bereits am Ende von Kap. 1, Abschn. b) über die internationale Arbeit gesagt wurde. Es mußte eine Direktive über das Verhalten der DDR-Delegation erarbeitet werden, in der im einzelnen festgelegt wurde, was zu welchem Tagesordnungspunkt gesagt werden durfte und worüber nicht geredet werden durfte, und es mußte nach Rückkehr in die DDR über die Tagung Bericht erstattet werden. Während des Auslandsaufenthaltes war die jeweilige DDR-Auslandsvertretung eingeschaltet.

Aber nicht nur ausländische, auch inländische Auftritte der amtlichen Statistik der DDR wurden von der Partei als Politikum begriffen. Wie sehr die Partei dabei die Statistiker als politisch unmündig, inkompetent oder gar unzuverlässig einstufte wird aus einer Hausmitteilung des ZK der SED ersichtlich, die an Deutlichkeit kaum zu überbieten sein dürfte (**D 1.1** [Anhang]) und in der es darum geht, ob „Genosse Donda“ gemäß einer Anfrage des Presseamtes, die an ihn gerichtet wurde, mit Zahlen an die Öffentlichkeit herantreten darf:

„Wir sind der Auffassung, daß die Statistik . . . keine Informationen herausgibt. Die Genossen der Statistik sind nicht in der Lage, die politisch-ideologischen Auswirkungen im Zusammenhang mit Nachrichten über einzelne Betriebe, Industriezweige, Erzeugnisse usw. einzuschätzen. Zum anderen muß auch berücksichtigt werden, daß über bestimmte Gebiete nicht berichtet werden darf.“

Bemerkenswert ist dann aber auch der gleich darauf folgende Satz:

„Die Kenntnis darüber ist bei den Genossen der Statistik nur teilweise vorhanden“.

- c) *Die Arbeitsbeziehungen zwischen der Parteizentrale und der amtlichen Statistik: Einzelaufträge an die SZS und deren Begutachtung durch die Partei*

Wie bereits erwähnt war die SZS ein zentrales Staatsorgan, das zudem wie **D 1.6** zeigt, nicht sonderlich hoch angesiedelt war, sie war aber überwiegend mit Aufträgen der Partei befaßt und wurde von der Partei als Befehlsgeber auch bis ins Detail überwacht und gegängelt. Der Leiter der SZS mußte für die Partei neben regelmäßigen Arbeiten zur Statistik und Planabrechnungen auch zahllose ad hoc-Ausarbeitungen machen.

In den Unterlagen finden sich durchaus eine große Zahl von Informationen der SZS an das ZK, die Fakten enthielten, die für das ZK sicher nicht



erfreulich waren. Man darf annehmen, daß auch diese Berichte, mit den zusammengestellten Daten vom ZK überprüft und begutachtet wurden.

Das ZK hat die SZS auch oft zu Gutachtertätigkeiten in methodischen Fragen herangezogen. Das Dokument **D 10.2** ist ein Beispiel dafür, wie die SZS auf spezielle Anfrage des ZK angebliche Widersprüche bei statistischen Schlüssen durch statistisch-methodische Bemerkungen aufzuklären hatte. Es ging um die Verträglichkeit von Aussagen über die relativen (Vergleich DDR/BRD) Wachstumsraten mit den relativen Niveaus der Arbeitsproduktivität. Aus der Vorlage der SZS geht hervor, daß man den Rückstand der DDR bei der Produktivität mit ca. 30% einschätzte. Die Ausführungen der SZS weisen mit Recht darauf hin, daß es ein seriöser Vergleich der Arbeitsproduktivität verlangt, die Nettoleistung (Zähler der Produktivität) zweier Länder mit den gleichen Preisen zu bewerten (vgl. auch **164**).

Wie sehr das ZK der SED und nicht etwa der Staatsapparat oder auch nur eine etwas breitere Plattform der Partei der eigentliche Auftraggeber und Nutznießer der SZS war, kommt auch darin zum Ausdruck, daß es zu Exklusivinformationen an G.M. kam (ohne Einbeziehung anderer Spitzenfunktionäre). Ein Bericht über Automatisierungsvorhaben (**D 9.1**) ist ein Beispiel hierfür. Er mußte für die Parteiführung, die nach außen nur Erfolgsmeldungen verbreitete, ziemlich vernichtend wirken. Man beachte, daß dieser Bericht aus dem Jahre 1968 stammt. Angesichts des erst in den achtziger Jahren immens gewachsenen Einflusses von G.M. kann damit gerechnet werden, daß solche Vorgänge in späteren Jahren noch häufiger vorkamen.

Ein interessantes Dokument, das die Nachprüfung der SZS-Berichte durch das ZK demonstriert, ist **D 5.3** aus dem Jahre 1966 weil es nicht nur zeigt, wie offenbar bis ins Detail von Textformulierungen Donda ein Befehlsempfänger des ZKs war, sondern auch weil gezeigt wird, daß

- die Statistik gezwungen wurde, ein vorgegebenes Bild zu erzeugen, das übereinstimmen muß mit Einschätzungen, die das Sekretariat des ZKs abgegeben hat und etwas „konstruktiv und vorwärtsweisend“ zu zeigen, auch wenn das die Zahlen möglicherweise gar nicht hergeben<sup>2</sup>;
- die Statistik gezwungen wurde etwas zu tun, was nicht ihre Aufgabe ist und auch nicht sein **darf**, nämlich Einzelfälle (z. B. Betriebe) lobend herauszustellen oder als hemmend zu denunzieren.

Bemerkenswert ist an dem Dokument **D 5.1** aus dem Jahre 1971, daß bei Abweichungen der Angaben der SZS von anderen Quellen bzw. von bereits in Parteigremien bekanntgegebenen Zahlen die Partei offenbar von der Vermutung ausgeht, die Zahlen der Statistik müßten denen der Partei angeglichen werden, nicht umgekehrt. Daß in der Tat bei Nichtübereinstimmung

<sup>2</sup> Beispiele für solche „vorwärtsweisende“ Formulierungen sind in Kap. 3 Abschn. a (Exkurs) zusammengestellt.

statistischer Feststellungen mit Erklärungen, die von der Partei abgegeben wurden, die als „Statistiken“ veröffentlichten Zahlen eher den Vorstellungen der Partei angeglichen wurden statt umgekehrt Erklärungen zurückgenommen oder modifiziert wurden, war wohl gängige Praxis. Es ist auch belegbar, wenn man spätere Quellen heranzieht, z. B. die Vorschläge Dondas für die Veröffentlichung von Wachstumsraten des Nationaleinkommens (erstes Halbjahr 1988) betrachtet (**D 14.1** ein ähnlicher Vorgang ist **D 14.4**). Auch hier ergaben sich mehr oder weniger erhebliche Abweichungen (z. B. Plenum: 13,6% und Pressebericht: 10,8%) zwischen Ergebnissen der SZS und Aussagen eines Plenums des ZK<sup>4</sup>s der SED und es ist interessant, wie damit verfahren wurde:

„Für das Nationaleinkommen wurde im Plenum eine Wachstumsrate um 4 Prozent ausgewiesen. Unsere Berechnungen ergeben für das erste Halbjahr 1988 eine Steigerungsrate des Nationaleinkommens um 4,5 Prozent. Wir schlagen vor, im Pressebericht die Zahl des Plenums zu verwenden, da nach unseren Berechnungen dieses hohe Wachstumstempo im zweiten Halbjahr nicht beibehalten wird“ (**D 14.1**, S. 2).

Bei diesen 4,5% handelt es sich dem Halbjahresbericht (**D 11.3**) zufolge um 5,3 Mrd. M der DDR. Folglich sind ein halbes Prozent weniger immerhin ca. 589 Mill. M, also über eine halbe Milliarde M.

In einer Pressemitteilung als Ergebnis der Statistik 4% statt 4,5% Wachstum auszuweisen, stellt natürlich eine Fälschung dar, denn es wird ja als amtliches Ergebnis für die abgelaufene Halbjahresperiode dargestellt. Es werden **nicht** 4% statt 4,5% ausgewiesen mit dem Argument, daß die genaue Zahl so exakt ohnehin nicht feststellbar ist, sondern allein deshalb, weil sich die Partei entsprechend festgelegt hat. Die amtliche Statistik hat **das** Ergebnis auszuweisen, was sie mit sorgfältigster Anwendung der Methoden erhält. Sie sollte nicht diese Zahlenangabe verändern, und das erst recht nicht, wenn es allein gilt, politisch nicht genehmen Erwartungen vorzubeugen.

Offensichtlich hat sich das DIW weitgehend an die Zahlen des Presseberichtes gehalten, obgleich das Institut in Fußnoten immer wieder zu erkennen gibt, daß es eigene Berechnungen anstellt. So wird z. B. in **225**, 362 für das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens im ersten Halbjahr 1988 4,1% ausgewiesen (statt 4 oder 4,5% gem. **D 14.1**) und noch deutlicher wird es bei der Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien. Die SZS ermittelte 4,5%, die Partei gab in ihrem Plenum 4% an, Donda schlug 4% vor (**D 14.1**) – die gleichen Zahlen wie beim Nationaleinkommen – und das DIW veröffentlichte (**225**, 362) auch 4%.

Wenn es gilt, Fehlinterpretationen und Mißbrauch amtlicher Zahlen vorzubeugen, dann ist eine Kommentierung und weitere Analyse der Zahlen angebracht, nicht aber eine Manipulation der Daten. Man kann davon ausgehen, daß auch

das der SZS bekannt war. Darauf weist auch die folgende Passage in einem anderen Dokument hin (**D 14.2** vom 14.12.1988):

„Im Jahr 1988 wurden wichtige Zielstellungen des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan in der Industrie nicht erreicht ... Wir halten ein Aufzeigen der Hauptursachen für das Nichterreichen der Leistungs- und Effektivitätsziele für notwendig, da mit Reaktionen des Klassengegners zu rechnen ist, die zu Spekulationen gegen die DDR mißbraucht werden könnten.“

Anders als im Beispiel mit der Senkung einer an sich positiv zu beurteilenden Wachstumsrate lag hier offenbar ein Fall einer nicht durch Zahlen“korrekturen“ zu beschönigenden Negativentwicklung vor, bei der Donda dann durchaus den richtigen Weg der zusätzlichen Kommentierung von Zahlen vorschlug.

d) *Steuerung über den Verteiler und die Genehmigung von Veröffentlichungen der SZS, Geheimniskrämerei und die Erarbeitung von „Varianten“ zur Veröffentlichung von Statistiken*

Die SED hatte die unbegrenzte Gewalt über die amtliche Statistik vor allem auch dadurch, daß sie die öffentliche Verbreitung statistischer Daten voll nach ihrem Ermessen steuern konnte. Diese Macht war nur begrenzt durch die zunehmenden Informationswünsche internationaler Organisationen, die deshalb auch die Partei immer mehr in Verlegenheit brachten (vgl. unten Abschn. g).

Im Westen wird das Thema „Geheimhaltung“ fast ausschließlich unter dem Aspekt des Datenschutzes der Befragten diskutiert. Bekanntlich hat dies im Zusammenhang mit der Volkszählung 1987 die Gemüter in der Bundesrepublik auf das Heftigste bewegt (**87**). Für das ganz anders gelagerte Phänomen der Geheimhaltung von Statistiken durch den Staat oder gar durch eine Monopol-Partei fehlt fast jedes Problembewußtsein. Was ein „Maulkorb“ für die amtliche Statistik (auch im Unterschied zu einem Maulkorb für die Presse) wirklich bedeutet, ist den wenigsten bewußt und kaum jemals zu Ende gedacht worden.

Zum Selbstverständnis moderner amtlicher Statistik gehört die Öffentlichkeit statistischer Ergebnisse nicht weniger als das Bemühen um Objektivität, Neutralität und Korrektheit. Es ist gänzlich verfehlt, die Verheimlichung von Statistiken für weniger bedenklich zu halten als die Fälschung von Statistiken.

Offensichtlich gab es auch innerhalb des Politbüros deutlich Abstufungen. Das zeigt der Vorgang **D 9.5**, in dem das Politbüromitglied Kurt Hager bat, dem Gen. Prof. Dr. Reinhold Daten zu überlassen für eine wissenschaftliche

Zusammenarbeit mit den Sowjets. Donda fragte daraufhin Mittag, ob er dem Wunsch Hagers entsprechen dürfte.

Die Geheimhaltung von Daten war seit jeher eine „Krankheit“ der DDR-Statistik (Gespräch D). In den Akten des Staatsarchivs in Potsdam finden sich viele Briefe aus den frühen 50er Jahren, nicht nur von Westdeutschen oder von „einfachen“ DDR-Bürgern, sondern auch von Organen von Staat und Partei der DDR oder von prominenten Vertretern der amtlichen Statistik des Auslands (z. B. Gini, Italien) mit der Bitte um die Überlassung von Daten (**D 9.7** – **D 9.13**). Aber fast alle Bitten wurden abgelehnt. Nur ein geradezu groteskes Beispiel hierzu:

Ein Herr F. bat am 6.7.1951 um die Einsichtnahme in die Produktionsstatistik des Statistischen **Reichsamt** aus dem Jahre 1936 mit unterwürfigen Formulierungen (**D 9.7**): „Es ist durchaus verständlich, daß zum Schutze der Wirtschaft der DDR generelle Einsichtsverbote in die Statistik erforderlich sind, doch ...“ oder „Sollten sich trotz meiner mühevollen Argumentation nicht alle Zweifel zerstreut haben, so bitte ich, mir doch wenigstens die entsprechenden Werte für Westdeutschland einsehen zu lassen“ usw. Seine Bitte wurde abgelehnt „da das Material für uns leider nicht greifbar ist“. Das war offensichtlich gelogen, wie die handschriftliche Notiz zur Vorbereitung des Antwortschreibens zeigte: „ca. 1800 Fragebögen sind vorhanden (Muster T17). Das Einsehen und Abschreiben des ... würde unsere lfd. Arbeiten stören“. Es gab damals übrigens auch eine „zentrale Verschlusabteilung der Regierungskanzlei für Verschlusachen“ wie aus einem anderen Schreiben zu erfahren war.

Es gab innerhalb der SZS verschiedene Stufen der Geheimhaltung. Dies war um so wirkungsvoller, als das allgemeine politische Klima dazu führte, daß die Bereitschaft groß war, Statistiken ganz generell als Staatsgeheimnis zu betrachten.

Die Geheimhaltungsstufen, die in der SZS und innerhalb anderer Ämter angewandt wurden, waren in der Reihenfolge zunehmender Vertraulichkeit und verschärfter Überwachungsvorschriften (Gespräch L):

---

NFD	=	nur für den Dienstgebrauch
VD	=	vertrauliche Dienstsache
VVS	=	vertrauliche Verschlusache
GVS	=	geheime Verschlusache.

---

Als Faustregel konnte man sagen, je höher aggregiert, komplexer und analytischer die Zahlenzusammenstellung war, desto höher war die Geheimhaltungsstufe.

Die Einflußnahme der Partei über den Verteiler wurde im Laufe der Jahre immer rigider gehandhabt. Die SZS mußte einen Vorschlag für den Verteiler vorlegen, der dann zu genehmigen war. Für alle brisanteren Berichte wurden

verschiedene Varianten vorgelegt, die unterschiedlich tiefe Einblicke in die Sache erlaubten. Das Dokument **D 3.1** aus dem Jahre 1968 ist ein gutes Beispiel für diese Praxis. Es zeigt, daß man schon damals nicht nur mehrere Textvarianten erarbeitete, sondern auch den Umfang der Information abstufte in

1. Textinformation (vier Spitzengenossen)
2. Zahlenbericht
  - a) Gesamtbericht
  - b) Auszüge.

Man muß davon ausgehen, daß damals gegen Ende der Ulbricht-Ära das Thema Automatisierung, um das es in diesem Dokument (**D 3.1**) geht, von besonderer politischer Tragweite war. Unter diesem Aspekt hatte die bereits erwähnte Exklusivinformation von Donda an G.M. (**D 9.1**), die genau dieses Thema betraf, durchaus ein gewisses Gewicht.

Bei allen veröffentlichten statistischen Angaben wurde eine detaillierte *textliche Überarbeitung von Mitarbeitern des ZK* vorgenommen. Wie sehr man dabei ins Detail ging, ist dem Dokument **D 5.1** zu entnehmen. Auffallend ist an diesem schon etwas älteren Papier von Anfang 1971, daß ganz offensichtlich alle etwas kritischer anmutenden Formulierungen „vorwärtsweisend“ geändert wurden. Man sollte bedenken, daß es das übergeordnete *Ziel der Statistik ist, ein zutreffendes Bild von der Realität zu zeichnen*. Sie tut dies auf verschiedene Weise. Zahlenangaben sind nur ein Mittel zu diesem Zweck, wengleich das im engeren Sinne ein typisches Mittel der Statistik ist. Die textliche Kommentierung von Methoden und Ergebnissen gehört auch dazu. Unterdrückung von Zahlenangaben, mangelhafte Erläuterung von Methoden und einseitige textliche Kommentare sind somit auch Manipulationen von Statistiken im weiteren Sinne.

Ein krasses Beispiel, das letztlich auf den Vorschlag hinausläuft, für die Öffentlichkeitsarbeit frisierte Zahlen herauszugeben, findet sich im Dokument **D 9.2** [Anhang]. Hierauf wird am Beginn des Kapitels 3 noch einmal eingegangen. Interessant ist an diesem Beispiel nicht nur, daß der amtlichen Statistik von einem Kombinat falsche Zahlen gemeldet wurden, sondern daß offenbar von der SZS in Absprache mit dem zuständigen Ministerium Zahlen veröffentlicht wurden, die inkorrekt, zumindest aber mißverständlich waren und daß entsprechende Berichtigungen bzw. kommentierende Hinweise ausschließlich in „**internen** Materialien der SZS“ (Hervorhebung von mir) angebracht wurden.

Es hat immer wieder in Westdeutschland und offenbar auch in der DDR die Auffassung gegeben, daß kritische Zahlenangaben zwar unterdrückt wurden, aber die wenigen veröffentlichten Daten im Rahmen der ihnen zugrundeliegenden Definitionen und Methoden korrekt waren, und zwar vor

allem aus folgendem Grund: weil sie in der veröffentlichten Form auch innerhalb der DDR für weitergehende Analysen verwendet wurden.

Dieses Argument steht und fällt damit, daß Staat und Partei bei einer veröffentlichten Zahl keine andere Zahlenangabe als diese zur Verfügung stand und daß man nicht die paradoxe Situation in Kauf nehmen wollte, daß auch große Teile des Staatsapparates auf der Basis falscher Zahlen Analysen vornahmen. Wie sehr beides westlichen Beobachtern aufgrund ihrer an westlichen Verhältnissen gebildeten Denkgewohnheiten plausibel erschien, zeigt das folgende Zitat vom DIW:

Es wird „...häufig der Einwand erhoben, daß die von amtlichen Stellen der DDR veröffentlichten Zahlen schon deshalb nur bedingt verwendbar seien, weil sie von der SED-Führung als Propagandainstrument eingesetzt würden. Daß dieser Einwand für die kurzfristige Berichterstattung z. B. in den jährlichen Planerfüllungsberichten berechtigt ist, läßt sich in der Tat an einigen Beispielen nachweisen, es spricht jedoch für die Korrektheit der Statistiken, daß wirtschaftspolitische Entscheidungsunterlagen, Modelle und Prognosen in der DDR hauptsächlich unter Verwendung des veröffentlichten Materials erarbeitet wurden. Die Verwendung der amtlichen Statistiken erscheint somit vertretbar.“ (37, 102).

Es mag sein, daß in der Tat der größte Teil des veröffentlichten Materials korrekt war. Ein Beweis, daß **alle** Angaben korrekt waren, ist mit solchen an westlichen Verhältnissen orientierten Plausibilitätserwägungen jedoch nicht zu erbringen. Wie später in dieser Studie gezeigt wird, war diese Vermutung in der Tat nicht zutreffend.

Dagegen spricht auch, daß – wie die Dokumente zeigen – durchaus Varianten der statistischen Information bestanden und daß das Interesse der SED-Führung an „Modellen und Prognosen“ anderer Stellen (die mir nicht bekannt sind) nicht sonderlich groß war. Man nahm durchaus die paradoxe Situation in Kauf, daß viele, auch maßgebliche Leute, sich nur ein unvollständiges (oder auch falsches) Bild vom Wirtschaftskreislauf machen konnten.

#### *Exkurs: Nachweisbare Veröffentlichungsverbote der Partei*

In der DDR war es der SZS offenbar von der SED verboten, Daten über Außenwanderungen oder Selbstmorde zu veröffentlichen (64, 309). Ferner zeigt unsere Dokumentation, daß „zahlenmäßige Entwicklungen der Abiturstufe an den erweiterten Oberschulen“ auf Geheiß von Margot Honecker nicht veröffentlicht werden durften (D 4.1). Beweisbar ist auch, daß Mittag selbst die Weisung erteilte, beginnend mit dem Statistischen Jahrbuch (StJB) 1975 im Außenhandel nur noch der Umsatz (Export + Import), nicht Export und Import getrennt) auszuweisen, sowie der Nachweis des Außenhandels nach Ländern einzuschränken (D 4.2 [Anhang], bzw.

aufgrund „zentraler Festlegung“, wie es in **D 17.3** heißt). Das Politbüro hat ferner offenbar die (vorübergehende im StJB 1983) Nichtveröffentlichung der Beiträge der Wirtschaftsbereiche (Branchen) zum Gesellschaftlichen Gesamtprodukt angeordnet (**D 17. 3**).

### *Exkurs: Tabuthema Außenhandel*

Zu den typischen Tabuthemen gehörten offenbar (**78, 13**) vor allem die Außenwanderungen, die Beschäftigten im sog. X-Bereich (Volksarmee, Polizei, Uranerzbergbau, Rüstungsbetriebe, Staatssicherheit), die vom DIW Mitte der 70er Jahre auf etwas über eine halbe Millionen Personen geschätzt wurden (**164, 27**) und ganz besonders der Außenhandel.

Weil allerdings die Rückschlüsse, die aus Außenhandelszahlen allein zu ziehen gewesen wären doch recht begrenzt waren, gab es wohl in erster Linie ideologische Gründe für die Heimlichtuerei auf diesem Gebiet. Ideologie und Wirklichkeit klappten hier anscheinend besonders weit auseinander:

1. Die Zusammenarbeit im RGW war keineswegs so harmonisch und eindeutig vorteilhaft für die DDR. Es gab Interessengegensätze, die Idee eines gemeinsamen Marktes scheiterte (**65, 179, 15, 147**), wegen stagnierender Umsätze waren verstärkt Westimporte nötig („Importablösung“) und deshalb auch Exporte um jeden Preis zu Lasten der Investitionen (**65, 30**) bis hin zur unsinnigen eigenen Ersatzteilfertigung für importierte Anlagen.
  2. Ein großer Teil des Außenhandels wurde außerhalb des Plans v.a. auch zwecks Umgehung der COCOM-Liste durch den berühmten DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski abgewickelt. Das machte zeitweise 30% der Einfuhren aus dem und 20% der Ausfuhren in den Westen aus (**65, 183 f**). Man wollte nicht zu erkennen geben, daß die Erlöse, wie Schürer (**117**) zugab, auch zu einem großen Teil für den Konsum der Spitzenfunktionäre ausgegeben wurden.
  3. Die Propaganda gegen den Westen, insbesondere gegen die Bundesrepublik wäre unglaublich geworden, wenn erkennbar gewesen wäre, daß der Westen trotz abnehmender Kreditgabebereitschaft das Regime ökonomisch eher unterstützt als geschädigt hat (**14, 77**).
- e) *Schaffung von Neben- und Kontrollapparaten zur SZS bei der Beschaffung statistischer Daten und ungehinderte Nutzung von Mikrofiles der Statistik*

Zu den Grundsätzen der Rechnungsführung und Statistik gehörte ursprünglich auch das Verbot der Doppelerhebung (**40, 26 ff**). Es wurde gerade als eine besondere Leistung dieses Systems hervorgehoben, daß damit der

Zersplitterung des Berichtswesens ein Ende gemacht wurde. Gleichwohl war die fachliche Zentralisation, d. h. die Monopolstellung der SZS bei der Bereitstellung statistischer Daten schon immer durchbrochen gewesen. Es gab grundsätzlich

1. das zentralisierte Berichtswesen der SZS und
2. das fachspezifische Berichtswesen der Ministerien.

Inwieweit diese Bereiche stets säuberlich getrennt waren oder aber Doppelerhebungen und Querverbindungen bei der Bearbeitung von Daten oder Berichten existierten, ist nicht ohne weiteres aufzuklären. Recht unklar blieb mir z. B. die Rolle der SZS bei der politisch streng als Verschlusssache angesehenen Umweltstatistik.

Die Partei hatte nicht nur unbeschränkt Zugang zu den Mikrodaten der Statistik, sie und andere Teile des Staatsapparates hatten auch selbständige Datenerhebungen durchgeführt, mit denen zu einem gewissen Umfang die Angaben der SZS kontrolliert werden konnten. Es begann (für das folgende Gespräch L) mit sog. „Fallberichten“ über einzelne Betriebe, die kaschierte Doppelerhebungen waren. Eine weitere selbständige Datenquelle, neben der amtlichen Statistik, waren alle zehn Tage abzugebende Dekadenmeldungen, die von der SZS als „Dekadenberichte“ zusammengefaßt und der Partei zugeleitet wurden (die Archive sind voll von solchen Berichten). Die Dekadenmeldungen über Produktion, Export usw. gingen u. a. an die Industrieministerien, die aber auch noch andere Datenquellen hatten. Größere Betriebe hatten einen sog. „Dispatcher“, der Tagesmeldungen über die mengenmäßige Produktion weiterleitete, Havarien meldete usw.. Anders als beim „Hauptbuchhalter“ gab es keine offizielle Beziehung zwischen der Statistik und dem Dispatcher. Man darf davon ausgehen, daß die Ministerien einen recht detaillierten Einblick, zumindest in das (mengenmäßige) Produktionsgeschehen hatten, und zwar unabhängig von der Statistik. Das gleiche dürfte für die Partei gelten, über deren Informationskanäle aber weniger bekannt ist.

f) *Einflußnahme der Partei auf Definitionen und Methoden der Statistik sowie Absprachen über die Manipulation von statistischen Ergebnissen*

Zu den spektakulären Eingriffen der Partei in die Statistik gehört natürlich das Vorschreiben von Methoden und Ergebnissen der Statistik. Grundsätzlich bieten sich in diesem Zusammenhang wohl nicht viel mehr Möglichkeiten an als diese:

1. Aufforderungen an die Statistiker, auf bestimmten Gebieten Methoden zu wählen, die bestimmte von der Partei gewünschte Ergebnisse erwarten lassen oder Ablehnung und Unterbindung von Methoden der Statistik, die nicht oder nicht mehr die Ergebnisse liefern, die die Partei haben möchte;
2. Vorschriften, wie bestimmte Erhebungstatbestände zu definieren sind, so



daß die entsprechenden Zählungen zu den politisch gewünschten großen oder kleinen Zahlen führen (die bereits bekannten Beispiele dafür sind die weit gefaßten Begriffe „fertiggestellte Wohnungen“, „Industrieroboter“ oder „CAD/CAM-Anlage“) und

3. Anweisungen, daß korrekt ermittelte Zahlenangaben für die Veröffentlichung um bestimmte Beträge nach oben oder unten zu „korrigieren“ sind. Für alle drei Eingriffsmöglichkeiten lassen sich Beispiele finden.

1. *Eingriffe in Methoden und Definitionen: Industrielle Warenproduktion, Produktivität*

Das Dokument **D 3.1** zeigt deutlich, daß Donda offenbar in einem Gespräch mit Mittag im Herbst 1968 den Auftrag erhielt, Fortschritte bei der „Schwerpunktaufgabe“ „komplexe Automatisierung“ besser statistisch nachzuweisen. Offensichtlich sollte ein „Automatisierungsgrad“ definiert werden, der nicht nur die Einsparung von Arbeitskräften zum Ausdruck bringt. Dabei wurde ihm auch vorgeschrieben, das statistische Meldewesen auf dem Gebiet der Automatisierung stärker zur Kontrolle von Einzelfällen auszubauen (was an sich ja nicht Aufgabe der Statistik sein kann). Im Tagesordnungspunkt 2 dieses Gespräches (davon Seite 2 im Dokument **D 3.1**) wurde ihm vorgeschrieben, in den Außenhandelsdaten die UdSSR gesondert auszuweisen und weitere Erhebungsmerkmale zu untersuchen, denn die UdSSR „kann doch nicht in der Analyse genauso wie Entwicklungsländer behandelt werden“. Andererseits sollten aber Betriebe mit gleich großem Planerfüllungsgrad aber unterschiedlichem geplanten und tatsächlichen Wachstum gerade nicht in einen Topf geworfen werden. Bei der Abrechnung neuer Anlagen wurde schließlich vorgeschrieben, daß „ein ausreichender Probelauf berücksichtigt werden“ muß. Im Ergebnis hat das natürlich die Auswirkung, daß die Zahlen über Fehlinvestitionen geringer werden, denn wenn man auch eine Anlage, die erst nach Jahren mit Ach und Krach zum Laufen gebracht wird, noch als planmäßig betrachtet, dann bleiben nicht mehr so viele Fälle übrig, die man noch als Fehlinvestitionen bezeichnen könnte. Interessant ist schließlich auch die Anweisung hinsichtlich der Messung der Arbeitsproduktivität (TOP 3 des Gespräches), in der eine Veränderung der Methoden angemahnt wurde dergestalt, daß mehr Einblicke in die relative Position einzelner Branchen oder auch der DDR insgesamt im Vergleich zum Ausland möglich werden.

Ich halte dies nur für ein Beispiel von ganz sicher in großer Zahl zu findender Unterredungen ähnlicher Art. Es wurde von mir so ausführlich beschrieben, weil es deutlich macht, von welcher Art die Aufträge der Partei an die Statistik waren: das Primäre ist offenbar, was die Statistik im Ergebnis zeigen soll, der Weg, der beschritten werden muß, um zu den Ergebnissen zu gelangen, ist sekundär.

Der Übergang zwischen dieser Art der Einflußnahme und dem Vorschreiben von Definitionen (und damit auch des Weges, der zu beschreiten ist) ist natürlich fließend. Der folgende Vorgang, der in den Unterlagen ausführlich dokumentiert ist, ist nicht nur interessant, weil er belegt, in welcher ungewöhnlich heftiger Form Donda gemäßregelt wurde, sondern auch weil er zeigt, wie mit sachfremden Erwägungen eine bisher angewandte Methode und ein bisher verwendeter Begriff (die industrielle Warenproduktion IWP) verändert wurden.

Der in den Dokumenten **D 8.1,2** und **3** beschriebene Vorgang ist m.E. ein massiver Eingriff in die methodische Unabhängigkeit einer Statistikbehörde. Er führte u. a. zur Empfehlung des ZK's der SED: „Dem Vorsitzenden des Ministerrats wird empfohlen, den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik...disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen“ (**D 8.1**).

Das Problem, um das es hier ging, ist schwer zu verstehen, wenn man die Begriffe der DDR-Statistik und ihre Funktion für die Wirtschaftslenkung nicht kennt. Man muß wohl grundsätzlich unterscheiden zwischen Kennziffern, deren Nutzen vor allem in

1. der Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung von Produkten und Leistungen, also für die Planung zu sehen ist und
2. Kennziffern wie die Eigenleistung oder die Nettoproduktion, die geeignet sind zur Messung und Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Betriebe.

Zur ersten Gruppe gehören die Kennziffern Bruttoproduktion (BP) und industrielle Warenproduktion (IWP). Die IWP unterscheidet sich von der BP durch die Bestandsänderung unfertiger, noch nicht absatzfähiger Produkte. Die IWP sollte im Prinzip die zum Absatz bestimmte Produktion darstellen.

Die Kombinatbildung ist eine vertikale Integration, d. h. ein Zulieferer (etwa Betrieb B 1) wird mit dem Betrieb B 2 auf der nachgelagerten Produktionsstufe zu einem Kombinat K (quasi B1 + B2) zusammengefaßt. Der Teil der IWP von B 1, der an B 2 geliefert wurde ist jetzt kombinatinterner Umsatz und nicht mehr eine Produktion für den **Absatz**, also keine IWP mehr. Aus diesem Grunde konnte die IWP durchaus weniger steigen als die Bruttoproduktion. Aber genau das war der Stein des Anstoßes.

Was Donda tat, indem er das Konzept der IWP beibehielt trotz dieser Konsequenz der Kombinatbildung, wurde ihm von der Partei vorgeworfen, weil es zu unerwünschten Ergebnissen führte. Es war voll im Einklang mit dem Konzept der IWP und der statistischen Literatur.

Aber es ist ihm offenbar wohl nicht gelungen, der Partei klar zu machen, daß die IWP eine Kennziffer für die Mengenplanung ist und nicht ein Maß der Nettoleistung einer produzierenden Einheit und daß sie deshalb auch nicht Grundlage der Produktivitätsmessung sein kann (**84, 3, 172, 209**). Typisch für die Politisierung der Statistik ist nicht nur der Umstand,

daß sich die Partei anmaßte, statistische Begriffe zu ändern, weil sie deren Implikationen offenbar nicht verstand<sup>3</sup>, sondern auch wie das geschah: So heißt es in **D 8.1**, daß Unzufriedenheit in Betrieben und örtlichen Partei- und Staatsorganen geherrscht hätten, und daß Donda, zur Rede gestellt, „Unsicherheiten“ gezeigt habe. Man muß allerdings berücksichtigen, daß die Diskussion um das Konzept IWP nicht nur aus statistischen Gründen geführt wurde, sondern ein allgemeines Problem der Planungsmethode und Reformdiskussion betraf (Gespräch W).

Das Machtwort der Partei führte dazu, daß als neue IWP das betrachtet wurde, was unter dem Namen „industrielle Produktion“ (nach dem Vorschlag der SZS), d. h. die bisherige industrielle Warenproduktion **plus** kombinatinterne Umsätze definiert wurde<sup>4</sup>.

So wurde von G.M., Honecker (**D 8.1**) gegenüber verkündet, die Produktionsleistung und die Arbeitsproduktivität sei von der SZS „falsch“ berechnet worden, sie sei tatsächlich höher und Donda gab ebenfalls in einem Brief an Honecker vom 16.12.1971 (**D 8.3**) klein bei: „Ferner ist auch der Absatz der Kombinatbetriebe an andere Betriebe desselben Kombinats in die Planung und Abrechnung der industriellen Warenproduktion einzubeziehen“.

## 2. Festlegung und Veränderung von Definitionen: Industrieroboter

Bekannt geworden ist in der westlichen Presse (zumindest nach der „Wende“ in der DDR) die von der Parteiführung durchgesetzte sehr weit gefaßte Definition des Begriffes „Industrieroboter“. Darüber ist auch von DDR-Funktionären in Interviews gesprochen worden. Nach Aussage von G. Schürer konnte in der DDR „auch eine Melkmaschine als Roboter abgerechnet werden“ (**117**). Donda brachte das gleiche Beispiel in dem veröffentlichten Interview (**41**).

Hinsichtlich der Definition der Industrieroboter ist das Dokument **D 7.1** aus dem Jahre 1982 aus heutiger Sicht vor allem aus drei Gründen interessant:

1. Die Enthüllungen über dieses Definitionsproblem in Interviews nach dem Zusammenbruch der DDR mögen im Westen wohl den Eindruck erzeugt haben, daß dies alles erst Ende der 80er Jahre stattfand (als erkennbar

3 Herrn Prof. Dr. H. Wolf verdanke ich den Hinweis, daß diese Diskussion um Produktionsbegriffe nur zum Teil auf statistische Probleme bezogen war. Zum wohl größeren Teil war es auch die breit angelegte Diskussion um Grundlagen der Planwirtschaft und der Wirtschaftsreformen zur damaligen Zeit.

4 Interessant ist dabei das Motiv der Partei: Mit dieser Annäherung des Begriffs der IWP an die **Brutto**produktion erscheinen Produktion und Produktivität höher. Als ca. 20 Jahre später infolge einer Verbesserung der „Materialeffektivität“ die Nettoproduktion stärker anstieg als die Brutto- oder Warenproduktion wurde umgekehrt die **Nettoproduktion** zur beliebtesten Kennziffer der Partei „weil sie ein besonders rasantes Wachstum auswies“ (**78**, 11).

wurde, daß der DDR der große technologische Sprung nach vorne nicht gelungen war) und nicht schon bereits zu Beginn der 80er Jahre.

2. Der geradezu konspirativ anmutende Schriftverkehr über eine Konferenz der UNO-Wirtschafts-Kommission für Europa (ECE), in Genf (25.11.1982), läßt den Eindruck aufkommen, daß die SZS gar nicht vorher über eine UNO-Definition Bescheid wußte (zumindest nicht über die in Genf erarbeitete). Auch die bereits beschriebene Konfliktsituation wird deutlich: Die DDR wollte einerseits nicht an der Studie mitarbeiten (weil sie dann ja auch die „richtigen“ Zahlen an die ECE hätte liefern müssen), andererseits wollte sie aber auch nicht „als ein entwickelter sozialistischer Industriestaat in diesem Material“ **nicht** in Erscheinung treten. Man befand sich also in einer Zwickmühle.
3. Die Peinlichkeit war wohl auch deswegen so groß, weil die Unterschiedlichkeit der Zahlen nach DDR Maßstab (17.268 Roboter) und nach UNO-Maßstab (1.005) gewaltig war, nämlich 1:17.

Bei der Abgrenzung von Begriffen wie „Mikroprozessortechnik“ und „Industrieroboter“ hat sich die DDR offenbar gegen andere Länder im RGW (wohl auch gegen die UdSSR) für eine **weite** Definition ausgesprochen. Das zeigt sich m. E. deutlich in einem Schreiben Dondas an Ehrensperger vom 23.5.85 (**D 7.3**), in dem es heißt, daß nur dank der „hartnäckigen Diskussion der DDR-Vertreter“ bei Gesprächen von RGW-Experten in Moskau am 22.–26.4.85 eine Kompromißlinie gefunden werden konnte, mit der die DDR neben „prozeßflexiblen Industrierobotern“ noch weitere von ihr so genannte „Roboter“ unter den Sammelbegriff „Industrieroboter und Manipulatoren“ ausweisen konnte. Was ist mit „Manipulationen“ gemeint? In der ADN – Meldung (**D 7.1**) heißt es: „einfache automatische Manipulatoren, die für die Ausführung neuer Aufgaben mechanisch umgerüstet werden“. Offensichtlich sind also Manipulatoren genau der Differenzbetrag von  $17268 - 1005 = 16263$  also 94 % der 17268 Geräte, die am 31.8.82 von der DDR-Statistik „Industrieroboter und Manipulatoren“ oder gar nur „Industrieroboter“ genannt worden sind.

### 3. CAD/CAM-Arbeitsplätze

Im Juni 1977 beschloß eine Tagung des ZK's der SED die Mikroelektronikindustrie als „einen völlig neuen Industriezweig in der DDR aufzubauen“ (7, 234). Angeblich waren Ende 1986 in der DDR bereits 24.700 solche CAD/CAM-Arbeitsstationen in Betrieb (7, 283) und nach dem hier zitierten Schulbuch des Faches „Geschichte“ in der DDR aus dem Jahre 1989 ergab sich die folgende Statistik der Tab. 2.1.

Tab. 2.1: Anteil der Maschinen mit mikroelektronischer Ausrüstung an der Gesamtproduktion 1981 und 1985 in v.H.

	1981	1985
Plast- und Plastverarbeitungsmaschinen	45	75
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	11	72
Polygraphische Maschinen	27	60
Textilmaschinen	12	45

Quelle: 7, 284

Wenn man den nicht recht klaren Tabellentitel des Schulbuches, der hier übernommen wurde, richtig interpretiert, dann heißt das wohl, daß ca. 3/4 der Maschinen, die für die Plastikherstellung und -verarbeitung 1985 hergestellt wurden (oder im Einsatz waren?) mit einer wie auch immer definierten Mikroelektronik ausgerüstet war. Das Buch enthält viele derartige Aussagen und auch Abbildungen zur Automatisierung, Robotertechnik, Mikroelektronik usw., ohne daß an irgendeiner Stelle Definitionen von diesen Begriffen zu finden wären.

Diese Aussagen stehen in einem ungeheuer großen Mißverhältnis zur Realität, insbesondere auch im Vergleich mit der Bundesrepublik. Ausgehend von den Daten der Tab. 2.2, die auf amtlichen Daten der jetzt gesamtdeutschen Statistik beruhen (65, 169), kann das Geschichtsbuch (also Tab. 1) nur krasse Lügen verbreitet haben.

Tab. 2.2: Produktion und Einsatz von Mikroelektronik-Produkten

a) Produktion von NC- und CNC-gesteuerten Werkzeugmaschinen (Stückzahlen)

Jahr	BRD	DDR	BRD = 100
1970	762	339	44,5
1989	10614	1657	15,6
Zunahme	+ 1293%	+ 389%	30

b) Einsatz von NC- und CNC-Werkzeugmaschinen in der Volkswirtschaft 1985

BRD	DDR	BRD = 100
64000	3500	5,5

Wenn nach Tab. 2.2 b) in der Bundesrepublik etwa 18 mal so viele mikroelektronische Arbeitsplätze bestanden haben, dann müßte die der Industrie der DDR schon ungewöhnlich wenig Maschinen gehabt haben, wenn gem. Tab. 2.1 angeblich im Jahre 1985 etwa 50–60% der Arbeitsplätze entsprechend ausgerüstet waren.

Interessant ist aber auch Teil a) der Tab. 2.2. Die **Wachstumsrate** der Produktion war danach in der DDR noch nicht einmal ein Drittel (30%)

derjenigen der BRD (389% im Vergleich zu 1293%). Der Rückstand gegenüber der Bundesrepublik vergrößerte sich also zusehends.

Man muß diese in der DDR veröffentlichten Tabelle 2.1 (aus 7) auch vor dem Hintergrund der in **D 7.6** gegebenen internen Informationen sehen. Danach war die Ausstattung der Berufstätigen mit EDV-Anlagen 1986 in der BRD ca. 13 mal so groß wie in der DDR oder die Ausstattung mit NC- und CNC-Maschinen 1986 je 100.000 Beschäftigten verhielt sich etwa wie 8:1 (im Dokument 111 zu 14). Es sollte also bekannt gewesen sein (zumindest der Parteiführung), daß die Angaben im Schulbuch (das wegen der „Wende“ kaum noch zum Einsatz gelangte) wohl unrealistisch waren. Bemerkenswert ist übrigens angesichts des technologischen Rückstands der DDR, daß diesem Papier (**D 7.6**) gemäß die Ausstattung der DDR mit prozeßflexiblen Industrierobotern 1986 133 betrug und danach höher als in den USA (112) war. Das alles erscheint doch wenig glaubhaft. Dabei ist noch nicht einmal von „Industrierobotern und Manipulatoren“ die Rede.

Auch bei der Abgrenzung von CAD/CAM hat sich offensichtlich Donda **persönlich** und zwar auch gegen Einwände des Ministeriums für Wissenschaft und Technik sowie gegen die SPK für eine **weite** Definition eingesetzt. Aus den Dokumenten **D 7.4** und **D 7.5**, beide Briefe an G. M. vom gleichen Tag und bezogen auf den gleichen Vorgang (Probeerhebung über Bestand und Zugänge von CAD/CAM Arbeitsstationen) geht dies deutlich hervor. Daraus folgt auch:

1. in die Definition hat sich G. M. persönlich eingemischt („unter Beachtung der von Dir gegebenen Hinweise“) und G. M. hat auch über die Definition zu entscheiden („Wir bitten um Bestätigung der Definition zu CAD/CAM“);
2. der Begriff wurde ausgeweitet hinsichtlich
  - a) des Einsatzgebietes (nicht nur materielle Produktion) und
  - b) der Aufgabenstellung (nicht nur Produktion sondern, ähnlich wie bei „Industrierobotern“ auch Lenkung und Kontrolle der Produktion im weitesten Sinne, d.h. alle möglichen betrieblichen Funktionen wie auch Rechnungsführung und Statistik sind damit „Design“ oder „Manufacturing“ im Sinne von CAD oder CAM).

Danach ist jede dialogorientierte rechnergestützte Arbeit, z. B. die Anwendung eines Tabellenkalkulationsprogramms bei „Bilanzierungssystemen“ außerhalb der materiellen Produktion (z. B. im Bank – oder Versicherungswesen) als Anwendung der CAD/CAM – Technik deklariert worden. Dabei wird selbst zugegeben, daß die Definition so weit gefaßt wurde, daß „die überwiegende Mehrzahl aller Anwendungsfälle von Büro – und Personalcomputer“ in diesen Begriff eingeschlossen sind und daß damit „die spezifische Qualität der CAD/

CAM Technik“ als Element einer automatisierten Produktion „verwischt“ wird (D 7.4).

#### 4. Wohnungsbau: Definition von fertiggestellten und neugebauten Wohnungen

Ein bereits früh bekannt gewordenes Beispiel für eine fehlerhafte bzw. sogar bewußt verfälschte Veröffentlichung von Daten war das des Wohnungsbaus. Durch die politisch erzwungene, zu weit gefaßte Definition von „Wohnungen“ waren die Zahlen ab 1971 überhöht. Berichtigungen sind bereits im Statistischen Jahrbuch der DDR 1990 vorgenommen worden.

Eine „Fälschung“ ist auch hier nicht durch eine bewußte „Korrektur“ an den erhobenen Daten entstanden, sondern durch eine unzulässige Ausweitung des der Erhebung zugrundeliegenden Begriffs (ähnlich wie bei den „Industrierobotern“).

Daß hier Zahlen geschönt wurden liegt daran, daß der Wohnungsbau lange vernachlässigt worden ist, dann aber mit dem Machtantritt Honeckers zum Kernstück der Sozialpolitik erklärt wurde. Man wollte die „Wohnungsfrage als soziales Problem“ bis 1990 gelöst haben (65, 259).

Auf höchste Weisung des ZK der SED und des Ministerrats (u. a. Beschlüsse vom 28.3.74 und 28.9.78) gab es „Manipulationen . . . Sie verkörperten das Wunschenken der Partei. So wurde im Oktober 1988 von der „Partei- und Staatsführung“ die Übergabe der dreimillionsten seit 1971 fertiggestellten Wohnung gefeiert“ (65, 259, 78, 12 f). Tatsächlich waren es aber 1,9 Millionen Wohnungen, die in diesem Zeitraum gebaut wurden. Zum Ausmaß der Fehlangaben vgl. Tab. 2.3.

Tab. 2.3: Ausmaß der Überhöhung der Daten zum Wohnungsbau 1971 bis 1988 (141, 45)

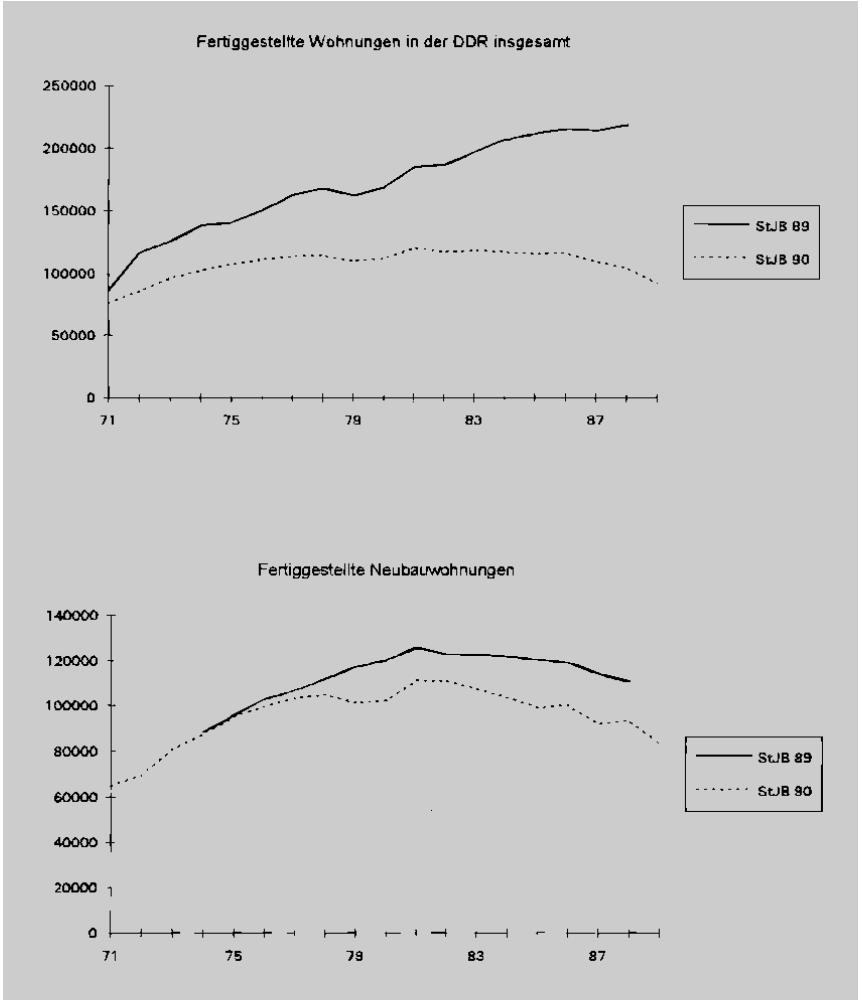
	überhöhter Nachweis	realer Nachweis	Überhöhung
Fertigstellungen	3.059.792	1.950.179	56,9%
dar. Neubau	1.915.959	1.725.941	11,0%

Die unzulässige Ausdehnung des Konzepts „Wohnungsbau“ bestand im einzelnen in der Einbeziehung (141, 46 f):

- modernisierter Wohnungen in die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen (der Einbau eines neuen Fensters in einer bestehenden Wohnung ist ja nicht die Fertigstellung neuen Wohnraums)
- von Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Heimplätze, Plätze in Feierabendheimen) nach Beschluß des Ministerrats vom 28.3.74.

Die Unkorrektheit der Wohnungsdaten ist in der DDR propagandistisch genutzt worden und offenbar im Westen auch nicht aufgefallen. In westdeutschen

Abb. 2.1: Wohnungsbau in der DDR-Statistik vor und nach der Wende



Quelle: Daten des Statistischen Jahrbuchs der DDR 1989 und 1990



Schriften ist zwar festgestellt worden, daß der Wohnungsbau der DDR einen relativ (verglichen mit der BRD) geringen Anteil an den Bauinvestitionen hatte und schon daher anzunehmen war, daß der Neuzugang an Wohnungen in der DDR absolut und relativ geringer war als in der Bundesrepublik (151, 86). Man wußte aber nicht, daß die entsprechend geringen Zahlen für die fertiggestellten Wohnungen und (darunter) die Neubauten, die den Statistischen Jahrbüchern bis 1989 zu entnehmen waren noch überhöht waren.

Thalheim zitiert die überhöhten Zahlen für die Jahre 1971 bis 1976, die bei den Fertigstellungen zwischen 14% und 36% über den später (StJB 90, 141, 43 ff) berichtigten Zahlen lagen (151, 87), wies aber bereits darauf hin, daß der Begriff der Modernisierung ziemlich dehnbar ist. Daß hier Mißbrauch der Statistik betrieben wurde konnte deshalb vermutet werden, weil der Anteil der Neubauten an den Fertigstellungen mit etwa 70% in der DDR relativ gering war (in der BRD über 90%), also extensiv „Modernisierungen“ gemeldet wurden (151, 88). Auch das DIW zitierte die falschen Zahlen. Der „Zahlenspiegel“ der Bundesregierung wurde weitgehend mit Angaben des DIW erarbeitet. Um nur ein Beispiel anzugeben: Danach wurden 1976 in der DDR 103.091 Wohnungen neu gebaut (27, 48). Es handelt sich also um die falsche Zahl, die richtige betrug 99.558. Die Differenz betraf damals noch nur die nach ECE-Methodik nicht zu zählenden Plätze in Feierabendheimen (141, 48).

Die überhöhten Zahlen des Wohnungsbaus sind auch in (halb)wissenschaftlichen Büchern der DDR veröffentlicht worden: „Von 1971 bis 1975 wurden 609.000 Wohnungen übergeben, darunter 400.000 Neubauwohnungen“ (5, 37, 91). Die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs 1989 ergaben in der exakten Summe 608.666 Fertigstellungen und 399.586 Neubauten, diejenigen des Jahrbuchs 1990 der DDR dagegen 476.954 und 397.851.

g) *Das Ausland und die erzwungene Datenlieferung an internationale Organisationen als Schranke für den Einfluß der Partei*

Nicht von innen, von Bürgern der DDR und wohl auch nicht von der SZS, sondern vom Ausland wurde die SED bei ihrem hemmungslosen Mißbrauch der Statistik in die Schranken verwiesen. Diese Feststellung ist symptomatisch für die gesamte Vorgeschichte des Zusammenbruchs des SED-Staates. Es wird ja nicht selten in den zahlreichen nach der „Wende“ erschienenen Darstellungen der ökonomischen Fehlentwicklung in der DDR (z. B. 42, 82) behauptet, daß diese vor allem durch die Außenwirtschaft (Außenhandel und Auslandsverschuldung) zustande gekommen sei. Als Insel hätte die DDR wohl längere Zeit weiter bestehen können, wobei die Wirtschaftspolitik dann wohl immer mehr das Produkt von selbst verschuldetem Wunschenken mit falschen statistischen „Daten“ geworden wäre.

Das westliche und zunehmend auch das östliche Ausland hat auf eine weiche Manier diesen Weg immer schwerer begehbar gemacht. In Kapitel 1 und 3 ist an vielen Stellen leicht erkennbar, wie außerordentlich stark die amtliche Statistik und die sie leitende Monopolpartei durch die Anforderung statistischer Daten seitens internationaler Organisationen in Bedrängnis gebracht wurde. Es verdient einmal festgehalten zu werden, daß Transparenz in Sachen Statistik auch eine Methode der Demokratisierung sein kann. Es wird einerseits als Verdienst Honeckers gewertet, daß dieser der DDR eine internationale Geltung verschafft hatte. Allerdings war andererseits der Preis dafür sehr hoch und erst allmählich erkennbar. Er bestand u. a. auch darin, sich in die Karten schauen zu lassen, womit auch die Verheimlichung und Manipulation von Statistiken als Methode zur Sicherung der Macht der SED immer schwieriger wurde.

Die internationale statistische Zusammenarbeit der DDR war grundsätzlich nicht auf Gegenseitigkeit angelegt. Die DDR versuchte sich einseitig Vorteile zu verschaffen durch offenen Zugang zu Daten des Gegners, aber gleichzeitig diese Maßstäbe für sich nicht gelten zu lassen.

Die einseitige Herangehensweise war auch typisch für die Mitarbeit in der UNO oder in anderen internationalen Gremien, in denen auch westliche Länder mitwirkten. Die DDR fühlte sich an internationale Standards in puncto Statistik, selbst wenn sie ihnen zugestimmt hat, keineswegs gebunden. Das zeigt sich deutlich bei:

- ihrer Außenhandelsstatistik, die auf Weisung von G. M. (aus dem Jahre 1976, **D 4.2**) nur Umsätze meldete,
- bei der konstanten Weigerung eine Zahlungsbilanz preiszugeben und besonders kraß natürlich bei
- der Fälschung von Statistiken (Kap. 3).

Es wurde mit Recht im Westen moniert, daß die DDR trotz der KSZE-Beschlüsse ihre Veröffentlichungspraxis eher noch eingeschränkt hat (**D 16.1**) und es war, wie viele Schriften belegen, die Unzufriedenheit des Westens mit dieser Verfahrensweise der DDR in der SZS bekannt. Man kann wohl auch nicht sagen, daß diese restriktive Veröffentlichungspraxis (trotz des Unmuts des Westens) allein Weisung der Partei war, sie war wohl auch gestützt auf die Zustimmung der maßgebenden Statistiker. Warum hatte sich z. B. Donda in seinem Schreiben an G. M. vom 30.12.1987 (**D 17.8**) nicht nur gegen die Veröffentlichung der Zahlungsbilanzstatistiken ausgesprochen sondern auch vorgeschlagen, daß die im Entwurf der Deklaration zum Wiener KSZE-Folgetreffen stehende Forderung, nach vermehrter internationaler Zusammenarbeit um „Disparitäten“, also Unstimmigkeiten in den Außenhandelsstatistiken aufzudecken „etwas weniger zwingend formuliert werden“ sollte?

### 3. *Gehorsam und Fälschungsbereitschaft der amtlichen Statistik der DDR*

Gegenstand dieses Kapitels ist die Mitwirkung der amtlichen Statistik bei mehr oder weniger gravierenden Unkorrektheiten in statistischen Veröffentlichungen. Auf die Schwierigkeiten der Abgrenzung des Fälschungstatbestandes sowie der Frage der Vorwerfbarkeit des Verhaltens einer letztlich von der Partei gelenkten Behörde ist bereits in der Einführung eingegangen worden. Zentralisierung und Kommandowirtschaft führten im Falle der DDR „zur straff organisierten Verantwortungslosigkeit“ (90, 15). So gesehen hat niemand „Schuld“ und es ist danach müßig, zwischen Manipulationen der Partei (Kap. 2) und (vorausgehendem) Gehorsam der Untergebenen (Kap. 3) zu unterscheiden. Ich halte diese extreme Auffassung nicht für angemessen. Es muß m.E. deutlich gesehen werden, daß die amtliche Statistik in der DDR ihren Sachverstand eingebracht hat um mit z.T. harmlos erscheinenden Manipulationen, z.T. aber auch mit krassen Fälschungen der Daten das Regime zu stützen.

#### a) *Unseriöse Vorschläge und Praktiken bei der Publikation von Daten*

##### 1. *Willkürliche Änderungen der Darstellungsgesamtheit*

Die SZS bewegte sich nicht nur mit „vorwärtsweisenden“ Textvorschlägen am Rande der Seriosität, sondern auch mit den Zahlendarstellungen, die sie selber vorschlug. Es ist unseriös, beispielsweise (vgl. **D 9.2** [Anhang]), das Wachstum der Nettoproduktion (NP) und der industriellen Warenproduktion (IWP) im Bereich des Schwermaschinen- und Anlagenbaus von 1987 bis 1988 ohne Kommentar für die Öffentlichkeitsarbeit **ohne** ein bestimmtes Kombinat, das offenbar unkorrekt gemeldet hat, mit NP: + 5,5% und IWP: + 3,9% anzugeben und gleichzeitig vorzuschlagen „in allen internen Materialien der SZS (nicht für die Öffentlichkeitsarbeit) diese Verfahrensweise durch eine Fußnote kenntlich...zu machen“ und die Zahlen **einschließlich** des Kombinats mit NP: + 2,4% und IWP: + 0,8% auszuweisen (vgl. **D 9.2**, S. 2). Wie sich aus den stark divergierenden Zahlen ergibt und daraus, daß für das nun auf einmal weggelassene Kombinat die Wachstumsraten NP: -7,5% und IWP: -9,8% waren, hatte dieses Kombinat 1987 einen Anteil von 23,8% am NP (insgesamt) und 22,6% an der IWP. Eine Einheit, die 1987 gut ein Fünftel zur Nettoleistung einer Branche beitrug, kann man nicht einfach ohne Kommentar in den Produktionszahlen weglassen.

##### 2. *Wahl des Basisjahres*

Eine recht harmlos anmutende Manipulation statistischer Daten ist ohne Zweifel die Wahl eines unpassenden Basisjahres bei Meßzahlen und Indizes.

Jeder statistische Laie weiß, daß man hiermit enorme Effekte erzielen kann, ohne daß dies im engeren Sinne eine „Fälschung“ darstellt. In den Unterlagen der SZS findet sich ein Schreiben von Donda an Stoph vom 29.06.1988, in dem Donda vorschlägt, lange Reihen nicht, wie im Politbüro bisher akzeptiert, auf 1950 zu basieren, sondern (zumindest bei wirtschaftlichen Daten) auf 1949:

„Von Bedeutung ist außerdem, ... daß die Wachstumsraten bezogen auf das Jahr 1949 wesentlich höher sind als auf das Jahr 1950. Die Berechnung der Steigerung von Hauptkennziffern ergibt beispielsweise folgende unterschiedliche Ergebnisse für das Jahr 1987“. Es folgt dann diese Übersicht:

	Basisjahr 1949	auf das	Basisjahr 1950
prod. Nationaleinkommen	10,5 fache		8,6 fache
Industrieproduktion	15,4 fache		12,2 fache

Das Ergebnis ist einfach darauf zurückzuführen, daß das Nationaleinkommen von 1949 auf 1950 um über 20% stieg (in Preisen von 1985 von 24.917 auf 30.352 Mill. M laut StJB 1990, S. 13), während die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den folgenden Jahrfünften war:

1950/55	13,1%
1955/60	7,1%
1960/65	3,5%

(errechnet mit den Daten des StJB 90). Es ist damit ganz offensichtlich, daß schon 1950 und erst recht 1949 kein „Normaljahr“ war und deshalb gerade **nicht** als Basisjahr in Frage kommen sollte. Das ist ein trivialer Zusammenhang, der auch in Dondas Lehrbuch wie folgt beschrieben wird:

„Ist beispielsweise bei der Untersuchung der Industrieproduktion kapitalistischer Länder der Ausgangspunkt ein Krisenjahr mit niedriger Produktion. . . ., so wird man eine überhöhte Einschätzung des durchschnittlichen Wachstumstempos erhalten“ (40, 207).

Ein Brief an Stoph ist sicher nicht der Ort für Scherze und Taschenspielertricks. Es ist vielmehr anzunehmen, daß hiermit ernsthaft etwas gezeigt werden sollte. So heißt es in Dondas Brief weiter:

„Mit den publizierten Fakten der DDR kann im Vergleich mit der BRD nachgewiesen werden, daß die Auswirkungen des Krieges auf die DDR wesentlich größer waren und es komplizierter war, unter den Bedingungen der Spaltung Deutschlands und der entstandenen Disproportionen die Wirtschaft in der DDR aufzubauen.“

Wenn mit großen Wachstumsraten tatsächlich auf so einfache Weise große Leistungen nachgewiesen werden könnten, dann müßten auch kleiner wer-

dende Wachstumsraten kleiner werdende Leistungen bedeuten und z. B. die Leistungen der DDR nach dem Mauerbau geringer geworden sein als vorher, wie dies die oben errechneten durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in verschiedenen Fünfjahresperioden zeigen.

Der oben kritisierte Vergleich mit dem Basisjahr 1949 war nicht einfach eine bloße Zahlenspielerei, sondern hat in die Politik eingewirkt. Erich Honecker hat bei seiner Festansprache zum 40ten Jahrestag der DDR von solchen Vergleichen viel Gebrauch gemacht. Ein Beispiel: „1989 werden 279 Milliarden Mark Nationaleinkommen erzeugt, elfmal soviel wie 1949. Auf das Zehneinhalbfache stieg die Arbeitsproduktivität. In der Industrie erhöhte sich die Produktion in diesem Zeitraum sogar auf das Achtzehnfache.“ (zitiert nach **30**, 19)

### 3. *Änderung der Warenauswahl*

Eine Datenmanipulation ohne Veränderung ermittelter Zahlen, also ohne direkte „Fälschung“, die sehr beliebt war und die sicher von manchen noch als harmlos eingestuft wird, ist die folgende Methode (die im Prinzip zu der unter Nr. 1 genannten Methode gehört):

- bei Produktionszahlen wurden in einem Entwurf an G.M. nur solche Waren aufgelistet, bei denen die mengenmäßige Produktion gestiegen ist. Waren, deren Produktion gesunken ist, wurden besonders kenntlich gemacht, und dann in den Veröffentlichungen nicht erwähnt (so ist z. B. in **D 17.3** expressis verbis von „Nichtveröffentlichung wegen des Produktionsrückgangs“ die Rede),
- die analoge Verfahrensweise bei der Preisstatistik war die laufende Änderung der Warenauswahl in veröffentlichten absoluten Preisangaben, so daß in der Liste nur solche Waren erschienen, deren Preis gesunken oder wenigstens gleich geblieben ist.

Für die zuletzt genannte Taktik finden sich auch Belege in den Akten. So heißt es z. B. in einem Brief Dondas an G.M. (vom 27.05.1988): „Die Auswahl der Industriewaren, für die im Statistischen Jahrbuch der DDR Einzelhandelsverkaufspreise ausgewiesen werden, ist in Übereinstimmung mit dem Leiter des Amtes für Preise verändert worden. Die vorgeschlagene Nomenklatur demonstriert die beschlossene Politik stabiler Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs und sichert zugleich den Ausweis einer repräsentativen Auswahl von technischen Konsumgütern“. Auf diesem Gebiet haben „Lügen“ natürlich besonders kurze Beine, denn Änderungen der Nomenklatur kann man leicht nachvollziehen, indem man jeweils zwei Statistische Jahrbücher gegenüberstellt.

Ein Beispiel für eine solche Gegenüberstellung ist ein Vergleich der „Einzelhandelspreise ausgewählter Waren“ in den Statistischen Jahrbüchern der DDR

1987 und 1988. Nur einige Artikel der entsprechenden Tabelle werden hier aufgezählt:

im StJB 87 aber nicht mehr im StJB 88	im StJB 88 aber noch nicht im StJB 87
Kleinkinder-Schnürstiefel	Kinderbett, -tisch, -roller, -laufgitter
Herrensträßenanzug	Herrenkurzsocken
Damenstrümpfe, Damenstrumpfhose*	Damenstrumpfhose**
Herrenstrickjacke, -pullover, -anzugshemd	Trainingsanzug für Erwachsene
Bettbezug (Linon)	Bettlaken (Baumwolle)
Kleinschreibmaschine	Plastikeimer
Stereo-Kompakt-Anlage	Streichhölzer
insgesamt 22 von 27 Artikeln	insgesamt 28 von 33 Artikeln

\*) Dederon Silastik 18M

\*\*) Feinsilastik 14M

Bei den verbleibenden jeweils 5 Artikeln des Statistischen Jahrbuchs 1987 und 1988 ist eine Vergleichbarkeit (zumindest teilweise) gegeben. Als noch vergleichbar wurden z. B. eingestuft Haushaltswaschvollautomat VA 561 (StJB 87) und Waschmaschine, Vollautomat mit Programmeinstellung (StJB 88) mit dem gleichen Preis.

Woher kommt die Neigung, bei der Preisstatistik zu manipulieren? Die Stabilität der Preise war ein politisches Tabu. Preisreformen bargen immer die Gefahr eines politischen Umsturzes (15, 88) und die erste Erfahrung mit Preiserhöhungen in der DDR war der Volksaufstand vom 17.6.1953, der seit dem wie ein Trauma wirkte (15, 122).

#### 4. Basisbereinigung

Wenn eine Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr größer werden soll als sie tatsächlich ist, dann ist das natürlich auf einfache Weise rechnerisch dadurch möglich, daß man den Vorjahreswert verringert. Man nannte dies in der DDR „Basisbereinigung“. Eine andere Manipulation ist die „Planpräzisierung“, d. h. die Reduktion der Planwerte so, daß man bei gleichen Ist-Zahlen zu einer höheren Planerfüllung gelangte. Das sind quasi Fachausdrücke, die wohl vielen DDR-Bürgern bekannt sind. Man findet sie in **D 14.3**, einem Papier, das im übrigen deutlich macht wie wichtig es offenbar den Planern und Statistikern war, daß die „festgelegte Wachstumsrate gesichert wird“. Es ist Ausdruck eines Wachstumsraten-Fetischismus der u. a. auch die Anwendung der Basisbereinigung „im volkswirtschaftlichen Interesse“ rechtfertigt. Im Dokument **D 14.6** wird deutlich, daß allerdings eine unkoordinierte Manipulation dieser Art auch Verwirrung schaffen kann. Wenn es „aus politischen Gründen für zweckmäßig erachtet wird . . . Entwicklungsraten auf der Grundlage korrigierter Basiswerte auszuweisen“ so ist das an sich nur dann bedenklich, wenn es nicht abge-

sprochen ist und nicht in anderen Berechnungen berücksichtigt wird. Eine Bedenkenlosigkeit im Umgang mit dieser „Basisbereinigung“ spricht auch aus einem Brief Dondas v. 10.3.87 (**D 14.5**), in dem er berichtet, daß er in zwei Punkten „festgelegte“ Basisbereinigungen berücksichtigt habe in einem anderen das aber nicht mehr tun könne, weil der Vormonatswert bereits in Genf vorläge. Das wird in dem Schreiben bedauert, aber es wird auch ein Ausweg gezeigt: Zahlenlieferungen für einen Monat oder mehrere aussetzen und dann prüfen „welcher Ausgleich zwischen den Indizes der Monate zweckmäßig ist“. Das funktioniert gut, wenn ein Rückgang nur vorübergehend ist.

### 5. *Falsche Puzzles aus DDR-Statistiken im Ausland*

Zu den wohl eher harmlosen Tricks, mit denen die DDR offenbar durchaus mit Erfolg Verwirrung bei den ausländischen Nutzern ihrer Statistik erzeugt hat, gehört die „selektive Preisgabe einiger Informationen“. Sie kann in Verbindung mit verbal ausgestreuter Information und mit zu erwartenden naheliegenden Fehlinterpretationen im Westen als recht geschickt bezeichnet werden. Ein Beispiel hierfür ist die in den Akten der SZS befindliche Notiz des US-amerikanischen Wharton-Instituts und die Stellungnahme von Donda hierzu (**D 16.1** [Anhang]). Das Institut klagte u. a. darüber, daß „in Gesprächen mindestens drei unterschiedliche Schätzgrößen für die Exporte und Importe **in harter Währung** im Jahr 1981 übermittelt“ (Hervorhebung von mir) wurden, darunter eine mit einem geringen Handelsüberschuß. In der Stellungnahme von Donda heißt es hierzu: die Zweifel an einem Exportüberschuß mit den **kapitalistischen Industrieländern** könnten sich nicht auf das Statistische Jahrbuch (StJB) der DDR 1982 stützen. Ein Exportüberschuß ist ihm nicht zu entnehmen, womit Donda bei genauer Betrachtung, die aber für den Westen nicht ohne weiteres nachvollziehbar war, auch Recht hatte. Das StJB veröffentlichte die Zahlen der Tab. 3.1 über den Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW).

Tab. 3.1.: Außenhandel der DDR mit dem NSW in Mill. VM

Jahr	AH-Umsatz	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo
1970	11.257,3	5.019,0	6.238,8	-1.219,8
1975	22.548,5	9.420,3	13.128,2	-3.708,2
1980	40.291,0	17.413,6	22.877,4	-5.463,8
1981	44.383,0	22.290,1	22.092,9	+197,2

Quelle: StJB 1982, 230

Die Salden, die man sich aus den Angaben leicht errechnen kann, zeigen, daß nach Jahren des Defizits offenbar erstmals ein Plus erwirtschaftet worden ist. Der Gedanke mag naheliegend sein, daß die Kategorie NSW gleichzusetzen ist mit „harter Währung“. Dies ist aber falsch. Der Fehlschluß kann auch

entstehen, wenn man die Tabelle übersieht, in der der Außenhandelsumsatz (Summe von Export und Import, ohne diese zu trennen, was an sich schon eigenartig anmutet) differenziert wird nach „Entwicklungsländer“ (EL) und „kapitalistische Industrieländer“ (KIL), bzw. wenn man sich davon leiten läßt, daß der Anteil der EL am Umsatz mit dem NSW mit knapp 15% insgesamt relativ gering ist (Tab. 3.2)

Tab. 3.2: Außenhandelsumsatz der DDR in Mill. VM (NSW differenziert)

	1980	1981
(1) EL	7.331,2	6.542,3
(2) KIL	32.959,8	37.840,7
(3) Summe	40.291,0	44.383,0
(1) in vH von (3)	18,2	14,7

EL = Entwicklungsländer KIL = Kapitalistische Industrieländer

Quelle StJB 1982, 230

Man sollte hierbei beachten: der genannte Fehlschluß kam wohl gelegentlich im Westen (z. B. in den USA, worauf sich ja auch das Dokument **D 16.1** bezieht) zustande, in der DDR war dagegen unter Fachleuten bekannt, daß die Kategorie „NSW“ **beide** Ländergruppen, KIL und EL umfaßt. Das gleiche gilt für den Umstand, daß zum Handel mit dem NSW auch z.T. der Handel mit der Sowjetunion gehörte, dann nämlich, wenn er in Transferrubel abgewickelt wurde. Auch das war für westliche Beobachter ungewöhnlich, nicht aber für DDR-Bürger. Darauf nimmt auch Schürer in einem Interview (**117**) Bezug. Allerdings kamen der DDR diese Mißverständnisse wohl sehr gelegen und man unternahm deshalb auch nichts um sie zu korrigieren.

In der Notiz von Donda sind die Umsätze der Tab. 3.2 differenziert nach Export und Import. Diese nicht dem Jahrbuch zu entnehmenden Daten sind voll kompatibel mit denen des Jahrbuchs, wenn man einen Umrechnungsfaktor von ca. 3,32 für die Umrechnung von US \$ in VM ansetzt, der sich auch aus einem Vergleich mit späteren Jahrbüchern ergibt. Die Zahlenangaben der Stellungnahme finden sich in der Tab. 3.3.

Tab. 3.3: Differenziertere Außenhandelsangaben für 1981

gem. **D 16.1** in Mill. US \$ (in Klammern: in Mill. VM)

Handel mit	Export	Import	Saldo
EL	1.268,3 (4.210,8)	702,3 (2.331,6)	+566 (+1.879,2)
KIL	5.445,6 (18.079,4)	5.952,2 (19.761,3)	-506,6 (-1.681,9)
insges.(NSW)	6.713,9 (22.290,2)	6.654,5 (22.092,9)	+59,4 (+197,2)

Gesetzt den Fall, die Angaben in **D 16.1** sind richtig (eine Annahme, die keineswegs selbstverständlich ist, wie Kap. 3, Abschn. b zeigt), so ist im



Statistischen Jahrbuch 1982 der DDR nicht gelogen worden. Bloß die dann auch zutreffende Aussage von Donda, der „erzielte Exportüberschuß resultierte ausschließlich aus dem Handel mit Entwicklungsländern“ ist mit den Angaben des StJB 1982 nicht nachvollziehbar, andererseits aber ein nicht unwichtiges Detail. Erst in späteren Jahrbüchern (z. B. den beiden letzten von 1989 und 1990) findet man die Angaben, die eigentlich interessieren, nämlich der Handel in harter Währung. Sie weisen in allen interessanten Fällen **Negativ**salden aus (Tab. 3.4) im Unterschied zu +197,2 (was sich mit den Angaben des StJB 1982 errechnen läßt). Wie man sieht, stimmen sie mit Dondas Angaben in **D 16.1** voll überein.

Tab. 3.4: Außenhandelsangaben für 1981 im StJB '89 und '90 in Mill. VM (in Klammern umgerechnet in Mill. US \$)

	Export		Import		Saldo (Mill. US\$)
insgesamt	65.927,0 (19.857,5)		66.999,9 (20.180,7)		
darunter: westl. Industrieländer	18.079,4	(5.445,6)	19.761,3	(5.952,2)	-506,6
darunter: EG- Länder	10.929,6	(3.292,0)	11.078,3	(3.336,8)	-44,8

Die Umrechnung von VM in US \$ ist natürlich bei allen Ländern, die nicht zu den „westlichen“ (oder früher „kapitalistischen“) Industrieländern zählen (insbesondere bei den RGW-Ländern) problematisch.

Die sog. „Valutamark“ ist überhaupt ein Verdunkelungsmanöver großen Stils. Der Gegenwert in „Mark der DDR“ oder in einer harten Währung ist meist nicht bekannt und der Umrechnungsfaktor war schwankend und geheim. Das DIW schreibt: „Die Valuta-Mark (VM) ist eine künstliche Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR. Die Relation der VM zur Binnenwährung ist nicht bekannt. Gegenüber anderen Währungen wird die Relation über den Transfer-Rubel ermittelt“ (**224**, 58). Wegen der Probleme der Interpretation einiger Ausführungen der SZS (Dokumente **D 16.2** bis **16.4**) habe ich Herrn Dr. Lachnit vom Statistischen Bundesamt um Erläuterungen gebeten (vgl. **D. 16.5**).

Daß gerade auf dem Gebiet des Außenhandels seitens der DDR die Sachlage vernebelt wurde und sogar Daten gefälscht wurden, ist einerseits verständlich (wegen der politischen Brisanz des Themas), andererseits aber auch erstaunlich, denn Exporte (Importe) der DDR können durch Importe (Exporte) der Partnerländer gegengerechnet werden. Allerdings gibt es hierbei deutlich Grenzen (hierzu finden sich gerade in **D 16.1** interessante Hinweise von Donda), so daß ein gewisser Spielraum bestand, den man natürlich ausnutzen konnte, wenn man – wie hier dargestellt – Intransparenz durch Lückenhaftigkeit der Information schuf. Der Spielraum, der trotz der Statistiken der Partnerländer

blieb, war sogar so groß, daß sowohl die Sowjetunion als auch die DDR von sich behaupten konnten, daß ihr bilateraler Handel Exportüberschüsse aufwies. Auch die Mengenangaben (z. B. bei Rohöllieferungen) wichen in beiden Ländern voneinander ab (vgl. hierzu ausführlich **224**, 59). Daß die DDR Zahlen über Mengen im Export mit Erdölprodukten gegenüber dem NSW manipuliert hat geht aus **D 15.2** hervor, aber darüber, was die Importe aus der UdSSR betrifft, ist mir nichts bekannt geworden. Das DIW vermutet, daß die „Lösung eines lange bestehenden Rätsels“ (Überschüsse **beider** Länder, der DDR und der UdSSR) darin bestehen könnte, daß die UdSSR, weil z.T. in Devisen bezahlt werden mußte, zum NSW gerechnet wurde (**224**, 59). Man darf wohl zusammenfassend davon ausgehen, daß es auch ohne offensichtliche Fälschung der DDR-Statistik gelungen ist, Intransparenz oder gar Fehlinformation zu erzeugen durch

- Weglassen entscheidender Steinchen in einem Puzzle,
- Verwendung vernebelnder Kategorien, wozu z. B. die „Valutamark“, aber auch die Abgrenzung sozialistischer und nichtsozialistischer Wirtschaftsgebiete gehörten.

Erst allmählich gegen Ende der 80er Jahre und wohl auch dank der zunehmenden Offenheit der sowjetischen Statistik wurde es vermutlich immer schwieriger, dieses Spielchen zu spielen<sup>5</sup>. Aber spätestens zu dieser Zeit hat man nachweisbar zu noch drastischeren Methoden gegriffen.

Ein anderes Beispiel für das Weglassen von Steinchen im Puzzle ist die Statistik des **Staatshaushalts (65, 133 f)**. Man vermied es „eine Durchrechenbarkeit der Einnahmen und Ausgaben zu ermöglichen, indem jeweils nur die Hauptpositionen veröffentlicht wurden. Diese hatten größtenteils eine ideologische und propagandistische Bedeutung“. Das Zusammenfügen der Steinchen zu Gesamteinnahmen und -ausgaben und auch im Zeitablauf zu Zeitreihen war mithin **absichtlich** unmöglich gemacht worden. Hinzu kommt auch in diesem Fall, daß

- „oftmals eine Anpassung der Abrechnungsdaten an die Plandaten erfolgte“,
- Haushaltsangaben zur Sicherheit und zur Verteidigung selbst „in damals geheimgehaltenen Abrechnungsunterlagen . . . verzerrt dargestellt worden“ sind und

<sup>5</sup> Es kann nicht genug betont werden, daß der Außenhandel nur ein Beispiel für diese Verschleierungen ist. Ich habe grundsätzlich, z.T. recht ausführlich nur dann Verfahrensweisen der DDR-Statistik beschrieben, wenn ich sie mit Unterlagen der beigefügten Dokumentation belegen konnte und diese Unterlagen sind sicher – wie gesagt – nur die Spitze des Eisberges. Ein Verwirrspiel wurde in vielen anderen Bereichen über viele Jahre auch betrieben, ohne daß auch dies hier dargestellt wird. Und das war auch offensichtlich und bekannt, wobei auch sicher nicht zu unrecht böse Absicht vermutet wurde. So ist z. B. die ganze Preisstatistik irreführend gewesen. Methodische Grundlagen bestimmter Indizes sind nie ausreichend beschrieben worden. Was die korrekte Behandlung von Qualitätsveränderungen betrifft, so waren immer Zweifel angebracht.

- manche Positionen aufgrund der Besonderheiten einer Planwirtschaft geschickt kaschiert werden konnten (z. B. die innere Verschuldung des Staates als Verschuldung der staatlichen Betriebe) (65, 138).

#### 6. *Hilfe vom DIW bei gewollten Lücken und Unklarheiten der DDR-Statistik*

Zu den „unseriösen Praktiken“, wie es in der Überschrift dieses Abschnitts heißt, derer sich die SZS oder die diese Behörde bestimmenden Politiker bedienten, gehörte auch der Umgang mit führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft, Politik und Wirtschaftsforschung des „Klassengegners“.

Wenn man bisher noch nicht geglaubt haben sollte, daß Unklarheiten in Statistiken und Weglassen von entscheidenden Stücken in einem Puzzle eine **bewußte** Strategie der SED waren, dann sollte man das Dokument **D 19.1** [Anhang] genauer betrachten. Darin findet sich ein Brief von Frau Dr. Cornelsen (DIW) an Donda vom 23.12.1985 und dessen Reaktion hierauf in Form eines Briefes an das ZK der SED vom 2.1.1986.

Es ist bekannt daß das DIW eine führende Rolle unter den westdeutschen Instituten im Umgang mit der DDR-Statistik spielte und u. a. auch die Materialien zum Bericht über die Lage der Nation stets maßgeblich beeinflußt hatte. Daraus folgt auch eine besondere Verantwortung im Umgang mit offiziellen Daten der DDR. Das DIW hat auch in zahlreichen Veröffentlichungen durch methodische Randbemerkungen den Eindruck erweckt, daß es sich dieser Verantwortung bewußt ist und DDR-Daten kritisch überprüft. Wenn dann aber die „Linie“ dieses Instituts von einer Abteilungsleiterin selbst wie folgt beschrieben wird: „Wir vertreten grundsätzlich die Meinung, daß die amtlich veröffentlichten Zahlen aus der DDR zuverlässig sind“ dann ist dies nicht unbedenklich.

Diese Linie ist nicht nur im Lichte der in dieser Studie ausgebreiteten Archivunterlagen, die damals im Westen natürlich nicht bekannt waren, problematisch, sie konnte auch als Signal an die SZS und deren allein politisch bestimmte Öffentlichkeitsarbeit gedeutet werden. Hinzu kommt daß offensichtlich, wie Dondas Schreiben vom 2.1.85 an Ehrensperger zeigt, Frau Dr. Cornelsen nicht nur durch die diskrete Behandlung eines Telefonats „eine Diktion fand, die den Interessen der DDR entspricht“, sondern daß sie auch mit den Freihafenlägern ein Stichwort lieferte, bzw. akzeptierte, das von Donda dankbar aufgegriffen wurde. Denn anders ist doch wohl der folgende Satz schwer verständlich:

„Damit wird von einem renommierten Wirtschaftsinstitut aus einem kapitalistischen Land nach meinem Wissen erstmals eine plausible Erklärung für die – von uns gewollten – nicht eindeutigen bzw. vollständigen Angaben über den Außenhandel der DDR gegeben auf die ggf. durch uns zurückgegriffen werden kann“.

Bemerkenswert ist daran nicht nur der Einschub „von uns gewollten“ sondern

auch die Freude darüber, daß man mit dem Segen eines renommierten westlichen Instituts auf ein Argument zurückgreifen kann. Dabei scheint das Argument nicht notwendig stichhaltig zu sein (und ist der DDR selber ja wohl auch nicht eingefallen), wenn man, wie nachfolgend in dieser Arbeit gezeigt wird, in der DDR bei Export- und Importmengen gerade im Bereich Erdöl und Erdölprodukte ziemlich ungeniert einmal 500 kt abzog, ein anderes Mal 200 kt addierte (so z. B. in **D 15.11** [Anhang]) ohne überhaupt von Freihafenlägern zu reden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich einen Aktenvorgang wie den des Dokuments **D 19.1** nicht gesucht, sondern zufällig gefunden habe. Die politische Tragweite des dokumentierten Vorgangs einzuschätzen möchte ich auch anderen überlassen. Allerdings stellen sich bei der Lektüre des Briefes von Frau Dr. Cornelsen doch einige recht naheliegende Fragen:

1. War dies ein Einzelvorgang oder hat es auch vorher und nachher schriftliche Kontakte zu statistischen Fragen gegeben, mit dem Austausch von Interpretationen und methodischen Hinweisen?
2. Wie sah der ursprüngliche Ansatz des DIWs **vor** der „Hintergrundinformation“ aus und in welcher Art wurde er revidiert? Worin bestand die Hintergrundinformation?
3. Welche Untersuchung ist mit der „großen vergleichend ... angelegten Untersuchung über die DDR“ gemeint, mit der das DIW offenbar 1986 beschäftigt war und bei welchen Problemen wurde eine „Klärung“ im Gespräch mit Donda für nützlich empfunden?
4. Was hat **beide** Seiten (Donda **und** Cornelsen) dazu bewogen, die dem Brief vorangegangene telefonische Auskunft so diskret zu behandeln?
5. Wie konnte das Wort „zuverlässig“ von der DDR verstanden werden? Nach meinem Empfinden impliziert das erheblich mehr als die wiederholt ausgesprochene Vermutung, daß die DDR-Statistik nicht bewußt gefälscht worden ist.

Es wäre sicher auch notwendig, wenn man den Vorgang analysieren will, zu prüfen, wie groß die Abweichungen zwischen den OECD- und den DDR-Statistiken waren, ob es den beschriebenen Import und anschließenden Reexport über Freihafenläger der DDR gegeben hat und wenn ja, ob dieser hinreichend bedeutsam war, um überhaupt den größten Teil der Abweichungen zu erklären. Das ist ja gerade dann keineswegs selbstverständlich, wenn die DDR-Seite ganz bewußt mit Angaben operiert, die nicht eindeutig und nicht vollständig sind und ihr dieses Argument noch nicht vorher eingefallen ist.

Die Linie des DIW wurde selbst – wie gesagt – von Günter Mittag dankbar aufgegriffen. In seinem Rechtfertigungsbuch „Um jeden Preis“ schreibt G. M., der über Jahrzehnte die SZS bis ins Detail beherrscht hatte und es nun wirklich besser wissen müßte nur wenige Zeilen über die DDR-Statistik: keine

eigene Bemerkung zum Thema Fälschung, ausschließlich unter Berufung auf einen Zeitungsartikel (Berliner Morgenpost vom 29.10.1989) von Frau Dr. Cornelsen: „Damit entkräftet eine BRD-Expertin die Mär von der bewußten Fälschung von Zahlen“ (96, 342).

Die Fragen des Energieverbrauchs und insbesondere der Rohölexporte aus der Sowjetunion, auf die das Dokument **D 19.1** wohl Bezug nimmt, waren für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der DDR ganz offensichtlich von sehr großer Bedeutung und es hat hierüber auch stets große Unklarheiten im Westen gegeben, wie nachfolgend gezeigt wird.

In einem Aufsatz von J. Bethkenhagen aus dem Jahre 1989 (**16a**) ist von einem „Kunstgriff“ der DDR die Rede, wonach diese trotz „deutlicher Reduzierung des Heizölverbrauchs (rd. 5 Mill. t) . . . ihre Importe von Rohöl aus der UdSSR nicht entsprechend“ einschränkte. Die DDR „exportierte vielmehr die eingesparten Mengen gegen Dollar in westliche Länder“ und konnte so nicht nur ihre Raffineriekapazitäten weiterhin auslasten, „sondern auch noch Transfer-Rubel in Dollar 'verwandeln'“ (**16a**, 357). Diese Darstellung geht von der Feststellung aus, die DDR habe „zusätzlich zu den handelsvertraglich vereinbarten 17,1 Mill. t rd. 2,5 Mill. t p.a. zu aktuellen Weltmarktpreisen“ aus der UdSSR importiert „und gegen Zahlung in konvertibler Währung“ verkauft.

„Diese Hypothese gründet sich auf die jüngsten Veröffentlichungen im Außenhandelsjahrbuch der UdSSR, die von den Daten in der DDR-Statistik abweichen:

Rohölimporte der DDR aus der UdSSR in Mill. t		
	1986	1987
UdSSR-Statistik	19,4	19,8
DDR-Statistik	17,1	17,1

Als Erklärung bietet sich an, daß die DDR die Differenz nicht als Import aus dem sozialistischen Währungsgebiet verbucht hat, weil sie dafür mit Devisen bezahlt hat.“ (**16a**, 357)

Man könnte nun, da die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR zu der damaligen Zeit besser nachvollziehbarer sind, prüfen, ob die Vermutung von Bethkenhagen richtig war. Nach Auskunft von Frau Haendcke-Hoppe-Arndt war sie wohl nicht zutreffend, zur damaligen Zeit aber durchaus plausibel. Es bestand im Westen Unsicherheit darüber, ob der angesichts der Energiesparmaßnahmen der DDR als sehr groß eingeschätzte Ölimport der DDR aus der UdSSR in dem Ausmaß von 19 Mill. t wirklich erforderlich war. Es wurde als Überraschung empfunden als nach der Wende von führenden Funktionären der DDR (Mittag **96**, Schürer **63a, b**) erklärt wurde, daß die Kürzung der Erdöllieferungen aus der UdSSR die DDR doch **entscheidend** getroffen hat. Eine so starke Abhängigkeit von Ölimporten

und ein so hoher inländischer Ölverbrauch in der DDR wurde offenbar im Westen nicht vermutet.

Andererseits war bekannt, daß die DDR um jeden Preis Devisen beschaffen mußte, so daß ein solcher „Kunstgriff“ nicht unplausibel war. Man mußte aber unterscheiden, ob die Devisenbeschaffung über **Erdöl** (per „Drehgeschäft“) oder, was wohl überzeugender erschien und auch nachträglich durch die Fakten eher gestützt ist, über **Erdölprodukte** erfolgte (so Haendcke-Hoppe in **45b**, 73).

Wie auch immer die DDR tatsächlich agiert hat, bzw. ihre Aktionen nach außen kaschiert hat, es dürfte zumindest das gesichert sein: Das Thema Energieverbrauch, Import von Erdöl und Export von Erdölprodukten war von großer Bedeutung für die Position der DDR als Schuldnerland. Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die „Korrekturen“ an den Import- und Exportmengen bei Rohöl und entsprechenden Produkten im Handel mit dem NSW zu sehen, die in **D 15.2**, **15.3** und **15.11** dokumentiert sind. Ob es in einer Situation der Unkenntnis und Verwirrung über bestimmte statistische Daten (und evtl. deren Manipulation) ratsam war, auf Vermutungen weitreichende Folgerungen zu stützen sei, dahingestellt. Jedenfalls folgert Bethkenhagen, daß dieser „Kunstgriff“ dazu beitrug, die infolge der faktischen Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens ausgelöste „Vertrauenskrise westlicher Banken ... in relativ engen Grenzen“ zu halten und es der DDR erleichtert habe „ihr Schuldenproblem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu lösen“, was im Lichte heutiger Kenntnisse allerdings eine gewagte Folgerung war (**16a**, 357, vgl. dagegen **45b**, 67, 76).

Offensichtlich sind also im Dokument **D 19.1** Fragen aufgeworfen, die von einer weiterreichenderen Bedeutung sind, als man zunächst bei einer Lektüre der Schreiben vermuten könnte.

Es ist bemerkenswert, wie in der DDR Begegnungen mit „Klassengegnern“ detailliert in Akten festgehalten wurden und dabei stets die **politischen** Aspekte im Vordergrund standen. Auch in **D 19.7** [Anhang] finden sich gewisse Einschätzungen westlicher Besucher der DDR (Prof. Dr. Klotten und Dr. Cornelsen) durch einen hohen Funktionär der DDR. Bei einer Würdigung des Inhalts dieser Notiz wird man sich wohl fragen müssen, was in den Augen der DDR „Bemühen und Sachlichkeit“ bedeutet, die man Frau Dr. Cornelsen attestierte, ihrem ehemaligen Chef Prof. Dr. Thalheim jedoch deutlich absprach.

*Exkurs: „Vorwärtsweisende“ Interpretationen in Textdarstellungen von Statistiken für die Öffentlichkeitsarbeit*

Aufgabe der Statistik ist es, einen Gesamteindruck einer Situation oder Entwicklung zu geben. Die zahlenmäßige Darstellung ist nur ein – wenngleich

das typisch statistische – Mittel hierzu. Es wird oft vergessen (offenbar mehr in der damaligen Bundesrepublik als in der ehemaligen DDR), daß die textliche Kommentierung ein wichtiger Bestandteil der statistischen Arbeit ist. Deshalb hat sich auch das ZK hierbei das letzte Wort vorbehalten und die Vorschläge der Statistiker hatten dies zu berücksichtigen.

Das Dokument **D 5.4** ist geeignet, einmal zahlenmäßige Feststellungen und darauf bezogene Textvorschläge zu vergleichen. Es enthält hierzu reichlich Beispiele (auch für die sog. „vorwärtsweisenden Formulierungen“), wovon einige nachfolgend aufgelistet werden:

Realität (Zitate aus <b>D 5.4</b> )	Textvorschlag (Zitate aus <b>D 5.4</b> )
Nichterfüllung großer Teile des Plans	„publizieren, obwohl in einzelnen Fällen mit Reaktionen des Klassegegners zu rechnen ist“
Selbstkostensenkung: Plan 2,3 %, Ist nur 1 %	es „wird sichtbar, daß weitere Reserven zur Senkung der Kosten zu erschließen sind“
Produktion der chemischen Industrie, Plan: +11,9 %, Ist: +2,6 %	„Für die Erhöhung der Leistungskraft ... wurden Maßnahmen ... eingeleitet“
„Der Beitrag von Wissenschaft und Technik ... hat sich gegenüber 1986 verringert“	„Der Ertrag aus ... wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen ... kann weiter erhöht werden“
geplante Senkung der Energieintensität nicht erreicht	Vorschlag „auf diese Problematik ... nicht einzugehen“
Rückgang des Exportwachstums	absolute Werte publizieren

Man kennt diese Herangehensweise aus dem Verfassen von Zeugnissen oder Geschäftsberichten von Unternehmen, aber es ist nicht üblich, solche Formulierungskünste von der amtlichen Statistik zu verlangen. Auch in den Dokumenten **D 14.7** und **D 14.8** ist leicht zu erkennen, nach welchen Kriterien die Öffentlichkeitsarbeit erfolgte:

- wenn keine Steigerung feststellbar war (z. B. bei Exporten in **D 14.8**), oder angekündigte Planvorhaben nicht realisiert wurden (z. B. Erneuerungsgrad), ging man zu absoluten Zahlen über,
- waren unangenehme Größen (Exportrückgang gegenüber dem NSW in **D 14.7**) nicht zu verheimlichen (z. B. weil hierüber „auf Grund der Partnerländerangaben in den westlichen Medien bereits informiert“ wurde), so ging man in Pressemitteilungen darauf gar nicht ein.

In der Öffentlichkeitsarbeit wurden auch ungeniert gefälschte Daten verwendet. Das Dokument **D 14.8** ist mit **D 15.7** zu vergleichen. Der für die Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilung) verwendete Außenhandelsumsatz

von 83 Mrd. Valutamark (VM) erscheint in **D 15.7** als 83 170 Mill. VM nach einer Korrektur des Importüberschusses gegenüber dem NSW von – 224 zu einem Exportüberschuß von + 776 Mill. VM. Der tatsächliche Außenhandelsumsatz war nicht 83 sondern 79 Mrd. VM.

b) *Bewußte und mit der Parteiführung verabredete Fälschungen statistischer Daten über den Außenhandel*

Für Nichtstatistiker besteht der spektakulärste Fall einer Fälschung von Statistiken natürlich in der nachträglichen Änderung von Daten, möglichst auch noch mit Hinweisen auf Vertuschungsaktionen. So ein krasser Mißbrauch der Statistik dürfte zumindest in einem Fall, nämlich bei den Außenhandelsdaten m. E. aus den Akten der SZS hervorgehen. Ein großer Teil der hierzu der Enquete – Kommission vorgelegten Dokumente (der Nr. **15**) ist hier deshalb auch in den Anhang aufgenommen worden.

1. *Außenhandel mit dem NSW<sup>6</sup> 1987 und 1988 (Jahreswerte)*

Der Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) war seit jeher von höchstem Geheimhaltungsgrad. In den Akten des Büros Mittag fand ich einen Brief von Donda an Mittag (6.7.1967), in dem Donda über eine (auch im Vergleich zur BRD) unzureichende Exportentwicklung der DDR mit dem NSW klagte. Die Information war ausschließlich nur für fünf weitere Personen bestimmt (Ulbricht, Honecker, Stoph, Mittag und Jarowsky). In den Akten der SZS finden sich zahllose Unterlagen, die zumindest den Eindruck erwecken, daß auf diesem Gebiet der internationalen Öffentlichkeit gegenüber vorsätzlich gelogen wurde.

Die im folgenden kommentierten Aktenvorgänge sind alle in die Dokumentation [Anhang] aufgenommen worden.<sup>7</sup> Dabei handelt es sich um das bereits erwähnte Papier **D 15.1** vom 26.10.1988 und um die Dokumente **D 15.2** vom 20.01.1988, **D 15.3** vom 3.11.1988 und **D 15.4** vom 14.12.1988. Gemeinsam ist allen diesen Vorgängen, daß es sich um Vorschläge handelt, welche Zahlen über den Außenhandel der DDR dem RGW und der UNO zu übergeben sind und daß diese jeweils mit den Genossen Fenske und Schalck abgesprochen waren und dem ZK der SED zur Zustimmung vorgelegt wurden.

<sup>6</sup> NSW = nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

<sup>7</sup> Das gilt zunächst für diesen Abschnitt und für das Archivmaterial von 1988, das ich nicht vollständig bearbeitet und in die Dokumentation aufgenommen habe. Ich habe später in einem zweiten Unterabschnitt dieses Abschnitts weitere Archivunterlagen zum Jahre 1987 gesammelt und dargestellt.



In **D 15.2** wird ein Exportüberschuß in das NSW 1987 durch Erhöhung der Exporte und Verringerung der Importe nachträglich erhöht (von 1,15 auf 1,35 Mrd. VM. Dabei ist zu beachten, daß aus dem Schreiben hervorgeht, daß dies bereits die zweite „Korrektur“ der Zahlenangaben ist und der „tatsächliche“ Exportüberschuß -1,95 Mrd. VM, also ein **Importüberschuß** war). In **D 15.1** wurden die Exporte erhöht, so daß aus einem Importüberschuß (-1193) ein Exportüberschuß (+107) wurde. Das Dokument **D 15.3** bezieht sich auf die gleichen Zahlen wie **D 15.1** und ist wenige Tage später verfaßt (und an G.M. statt an Ehrensperger gesandt), es zeigt aber, daß den Angaben von **D 15.1** offenbar bereits Datenmanipulationen der Halbjahresergebnisse vorausgegangen sind, die in **D 15.1** nicht erwähnt worden sind. Auch hier wurde ein Importüberschuß zu einem Exportüberschuß „korrigiert“. Das Problem bestand darin, daß diese Korrekturen halbwegs in Einklang zu bringen waren mit bereits an internationale Organisationen weitergeleiteten, ebenfalls bereits gefälschten Daten. Das zuletzt genannte Dokument **D 15.4** umfaßt einen weiteren Berichtszeitraum (Jan. – Dez. 1988 statt Jan. – Sept. 1988). Hier zeigt sich im besonderen Maße der Fluch der bösen Tat. Die tatsächlichen Jahresergebnisse 1988 zeigen eine geringfügige Erhöhung der Exporte in das NSW (von 23633 auf 23700 also um ca. 0,3%) allerdings auch eine beträchtliche Erhöhung der Importe aus dem NSW (von 25583 auf 27100, also um 5,9%). Da allerdings die Exportzahl für 1987 bereits gefälscht war (28033 statt 23633) hatte man die größte Mühe, eine Zunahme der Exporte **und** weiterhin einen Exportüberschuß zu konstruieren, der einigermaßen glaubhaft war. Die offensichtliche Fälschung der Zahlen für 1987 ist umso dreister, als im Archiv der SZS eine Mitteilung über den „Außenhandel und seine Effektivität 1987“ vorliegt, aus der eindeutig hervorgeht, daß es beim Export (selbst in das sozialistische Wirtschaftsgebiet) erhebliche Einbußen zu beklagen gab. Waren wurden nicht abgenommen, Termine nicht eingehalten usw.

Die verwirrende Situation, die in den genannten Dokumenten beschrieben wird, mag etwas übersichtlicher werden, wenn man die nachfolgende Tabelle betrachtet (Tab. 3.5).

Tab. 3.5: Außenhandel der DDR mit dem NSW in Mill. VM

Zeitraum	tatsächliche Zahlen			gemeldete Zahlen		
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo
1987	23633	25583	-1950	28033	26683	+1350
1.HJ.88	10740	11048	- 308	12210	11760	+ 450
1.1.-30.9.88	16415	17608	-1193	17715	17608	+ 107
1988	23700	27100	-3400	27300	27100	+ 200

vgl. auch Hinweise bei Tab. 3.9

Wie die Tabelle zeigt, wurden „Korrekturen“ um bis zu 18,6% (Exporte 1987) vorgenommen.

Viel interessanter als die Zahlen selbst sind jedoch die Argumente mit denen hier Fälschungen gerechtfertigt wurden.

So heißt es z. B. „Im Interesse des Ausweises eines Exportüberschusses“ (**D 15.3**) oder ähnlich: „Zur Sicherung eines...Exportüberschusses“ (**D 15.2**). Die Zahlenangaben waren auch so zu verändern, daß man mit dem Ergebnis „einer vertretbaren Exportentwicklung“ aufwarten konnte. (**D 15.3**). Recht verwegene erscheint mir auch die offenbar ganz willkürliche Kürzung des Exports von Erdölprodukten um 500 kt zur „Gewährleistung einer ausgeglichenen Relation zwischen dem Import von Erdöl...und dem

Export von Erdölprodukten“, was den mengenmäßigen Exportüberschuß gegenüber dem NWS um 500 kt verringerte und daß diese Absenkung einfach „bei der Position Heizöl erfolgen“ sollte.

Es ist nicht zu ersehen, ob dieser Manipulation der Mengenangaben auch eine dazu passende Manipulation der Wertangaben (Mengen mal Preis) entsprach. Dieses Papier (**D 15.2**) ist überhaupt voller Widersprüche. Ein gleich großer Export (Außenhandelsumsatz) gegenüber dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet ist einmal 102,7%, ein anderes Mal 101,3% (oder beim Außenhandelsumsatz einmal 100%, einmal 99,4%) des Vorjahreswertes ( ). Wie schließlich das Dokument **D 15.3** zeigt, ist 1988 offensichtlich genauso wie 1987 eine Absenkung NSW Exporte von Erdölprodukten um 500 kt vorgenommen worden. Durch solche Manipulationen wurde also im Interesse ausgeglichener Zahlen der mengenmäßige Exportsaldo 1987 um fast 70% (von 722 auf 222) und 1988 (Zahlen bis 01.09.1988) um knapp über 70% gegenüber dem wahren Wert nachträglich gesenkt worden.

An dieser Stelle heißt es ausdrücklich: „Unter Beachtung der für 1986 gemeldeten Angaben und Beibehaltung der bisher vorgeschlagenen Entwicklungsraten müßte dazu...“ oder „Durch diese Verfahrensweise würden keine Widersprüche zu allen im Pressebericht veröffentlichten Angaben über den Außenhandel auftreten“ (**D 15.2**) oder „Abgeleitet von den Erfahrungen der Vorjahre ist eine möglichst geringe Erhöhung der tatsächlichen Angaben die Voraussetzung, um auch zukünftig glaubwürdige Ergebnisse veröffentlichen zu können“ (**D 15.1**) und schließlich Dondas Hinweis darauf, daß die Partnerländer im NSW die Angaben der DDR bis zu einem gewissen Grade überprüfen können:

„Beim Vorschlag . . . wurde davon ausgegangen, daß der tatsächliche Importüberschuß erheblich angestiegen ist und dieser Tatbestand durch Export- bzw. Importangaben der Partnerländer nachvollzogen werden kann. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der Forderungen nach Erweiterung der Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Außenhandels, halte ich es nicht für möglich, mit einem noch höheren Korrekturbetrag zu arbeiten.“ (**D 15.3**)

Am Beispiel der Zahlen für 1988 läßt sich leicht zeigen, daß offensichtlich mit den gefälschten Zahlen in der öffentlichen Diskussion gearbeitet wurde, nicht nur in der UNO und im RGW, sondern auch im Inland und in Westdeutschland. Um die folgenden Zitate besser verstehen zu können, seien noch einmal in Tab. 3.6 die Zahlen des Dokumentes **D 15.4** zusammengestellt:

Tab. 3.6: Außenhandel der DDR 1988 in Mill. VM

	Export	Import	Saldo
(1) soz. Wirtschaftsgebiet (unverändert gemeldet)	62100	59200	+2900
(2) NSW gemeldet	27300	27100	+ 200
(3) Summe (1)+(2)	89400	86300	+3100
(4) NSW tatsächlich	23700	27100	-3400
(5) Summe (1)+(4)	85800	86300	- 500

Daß falsche Exportzahlen in das NSW wohl selbst von hochrangigen Funktionären geglaubt und weiterverwendet wurden, zeigt auch das folgende Interview mit G. Schürer (117), dem Chef der Plankommission:

„Frage: Dann basieren auch die zuletzt Anfang 1989 gemeldeten Exportüberschüsse auf frisierten Zahlen?“

Antwort: Drei Milliarden Mark Exportüberschuß in Valuta-Mark haben wir gemeldet. Nur ein Bruchteil davon waren echte Devisen, die wir im Handel mit westlichen Ländern erzielt haben. Der Löwenanteil der Summe entstand, weil wir den Exportüberschuß aus dem Geschäft mit der Sowjetunion hineingerechnet haben. Wir haben den Rubel unzulässigerweise in Valuta umgemünzt. Der Saldo in unserer Exportbilanz war also gelogen.“

Mit den drei Milliarden VM war offenbar der Betrag von 3.100 Mill. VM gemeint und mit dem „Bruchteil“ der Betrag von +200. In Wahrheit war der Bruchteil aber wohl eher -3.400 Mill.VM, d. h., die DDR hat nicht drei Milliarden VM erlöst, sondern über drei Milliarden VM Devisen aufwenden müssen. Angesichts dieses Vorganges halte ich die zitierte Argumentation des DIW, wonach die veröffentlichten Zahlen wohl deshalb korrekt sein müßten, weil die Staatsorgane der DDR selbst hiermit gerechnet hätten, für ausgesprochen blauäugig. Vorausgesetzt, daß Schürer tatsächlich das sagte was er wußte und kein besseres Wissen verheimlichte, so scheint es doch eher so zu sein, daß man bedenkenlos auch hochrangige Funktionäre mit falschen Zahlen rechnen ließ.

Von einem Exportüberschuß gegenüber der westlichen Welt ist auch in der Literatur die Rede. So wird z. B. in **82**, 53 (eine nach der Wende von DDR-Ökonomen herausgegebene Schrift) behauptet, der Exportüberschuß im NSW habe 1987: 0,7 und 1988: 0,1 Mrd. US \$ betragen und er habe sich erst 1989 in einen Importüberschuß von einer Mrd. US \$ verwandelt. Offenbar sind auch hier die gefälschten Zahlen übernommen worden. Die Größenbeziehung

0,1: 0,7 entspricht in etwa den falschen Angaben +200 (**D 15.3**) und +1350 (**D 15.2**) von Donda. Vergleicht man die Angaben von **82**, 53 mit den richtigen Zahlen der beiden SZS-Papiere, so hätte es wohl eher 1987: -0,2 und 1988: -0,3 Mrd. US \$ heißen müssen.

Das westdeutsche DIW wies in Wochenberichten von Februar (**224**) und August (**225**) 1989 die folgenden Außenhandelsalden der DDR mit dem NSW in Mrd. VM aus:

---

1987:	+3,3 ( <b>224</b> , 54),	+3,26 ( <b>225</b> , 362)
1988:	+3,0 ( <b>224</b> , 54),	+3,01 ( <b>225</b> , 362)

---

Für 1987 war ja die vermutlich richtige Zahl  $1,914 - 1,95 = -0,036$  im Unterschied zur weitergereichten falschen Zahl  $1,914 + 1,35 = 3,264$ .

Und 1988 galt: richtig -0,5 und falsch +3,1 Mrd. VM (die Zahl 3,01 Mrd. VM, bzw. 3.014,6 Mill. VM findet sich im StJB 89, vgl. Tab. 3.7). Wie man sieht, hat das DIW die gefälschten Zahlen übernommen.

Ausgesprochen amüsan ist auch die folgende Geschichte: „Die Außenhandelsstatistik der DDR entspricht nicht den weltweit üblichen Standards. Das Institut der deutschen Wirtschaft stellt deshalb Daten der DDR-Statistik Berechnungen der UNO gegenüber“ (**155**, 30). Das läßt natürlich nur dann eine Verbesserung erwarten, wenn die Daten der UNO andere wären als die (falschen) Daten, die der UNO von der DDR geliefert worden sind. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn in dem zitierten Artikel heißt es weiter, daß man die Angaben in Valutamark in US-Dollar umgerechnet hat. „Danach exportierte die DDR im Jahre 1988 für 32,2 Milliarden Dollar, der Wert ihrer Importe lag bei 31,1 Milliarden Dollar“ (**155**, 30). Rechnet man  $2,776 \text{ VM} = 1 \text{ US \$}$ , so erhält man genau die **falschen** Zahlen 89,4 Mrd. VM Export und 86,3 Mrd. VM Import von Tab. 3.6, also ein Saldo von +3,1 Mrd. VM (1,1 Mrd. US \$) statt -500 Mill. VM (-180 Mill. US \$). Es mag nützlich sein, sich noch einmal die Größenordnungen zu verdeutlichen:

---

+ 1,1 Mrd. US \$    statt    - 0,18 Mrd. US \$

---

um sich klar vor Augen zu halten, daß es sich hier nicht um ein paar kleine „Korrekturen“ handelt.

In den beiden letzten Statistischen Jahrbüchern der DDR (von 1989 und 1990) wurden für 1988 Zahlen veröffentlicht, die in Tab. 3.7 zusammengestellt sind. Danach scheint man sich erst 1990 bereitgefunden zu haben, die Falschangaben zu berichtigen.

Tab. 3.7: Außenhandel der DDR 1988 nach den letzten Statistischen Jahrbüchern der DDR

	Export		Import	
	St JB '89	St JB '90*	St JB '89	St JB '90*
insgesamt	90175,8**	141096,1	87161,2**	144710,3
darunter westliche Industrieländer		68436,5		76834,3
darunter EG-Länder		45711,9		47372,8

\*) Angaben in „Valutagegenwert“: Nach dem StJB 1990 gilt 1 DM = 4,4 Mark Valutagegenwert und der Valutagegenwert sei nicht mit der Valutamark (VM) vergleichbar.

\*\* in Mill. VM; daraus ergibt sich ein Saldo (Exportüberschuß) in Höhe von 3.014,6 Mill. VM (was etwa den 3,1 Mrd. VM der Tab. 3.6 entspricht) und geringfügige Zuwächse gegenüber 1987.

Aus den Angaben der Tab. 3.7 ergeben sich laut StJB 1990 Importüberschüsse (Exportdefizite) gegenüber westlichen Industrieländern und EG-Ländern, aber interessanterweise auch ein Exportdefizit für den gesamten Außenhandel in Höhe von -3614,2<sup>8</sup> Valutagegenwert ( $\approx$  821 Mill. DM) während man ein Jahr vorher (StJB 89) ja noch einen Exportüberschuß für 1988 angegeben hatte<sup>9</sup>.

Rechnet man übrigens die Angaben des StJB 90 zum Westhandel in DM um, so zeigt sich, daß offenbar die Außenhandelsituation der DDR gegenüber westlichen Industrieländern ab 1986 prekär wurde. Die Angaben des StJB 89 erlauben so detaillierte Betrachtungen natürlich nicht (wie ja auch Tab. 3.7 zeigt).

Tab. 3.8: Export in und Import aus westlichen Industrieländern umgerechnet in Mill. DM nach dem StJB 90

	Export	Import	Saldo
1986	13.548	12.466	-1.082
Veränderung zum Vorjahr	-16,4%	+6,8%	
1987	13.406	14.640	-1.234
Veränderung zum Vorjahr	-1,0%	+17,4%	
1988	14.205	16.360	-2.155
Veränderung zum Vorjahr	+6,0%	+11,7%	
1989	15.554	17.462	-1.908
Veränderung zum Vorjahr	+9,5%	+6,7%	

Von Exportüberschüssen in das NSW kann nach Tab. 3.8 ab 1987 offenbar überhaupt keine Rede sein. Gleichwohl hat die SZS, wie die Dokumente

8 = 141096,1 - 144710,3

9 90175,8 - 87161,2 = 3014,6

zeigen, für 1987 und 1988 solche Exportüberschüsse (auch internationalen Organisationen) gemeldet und diese Zahlen sind wohl auch geglaubt worden.

## 2. *Die Schwierigkeit, über einen längeren Zeitraum konsequent Daten zu manipulieren*

Ich habe vor dem Hintergrund der soweit dargestellten Datenmanipulationen Prof. Dr. Donda gefragt, ob es bei der Weitergabe von Daten an die UNO oder den RGW „Fälschungen“ gegeben habe. Dies wurde entschieden verneint. In weiteren Akten aus dem Jahre 1987 (Dokumente **D 15.5** bis **D 15.15**) fand ich dann recht merkwürdige Formulierungen, wie etwa diese: der Handel mit dem SW „soll so ausgewiesen werden, wie er tatsächlich realisiert wird“ und „Es wird gewährleistet, daß die vorzunehmenden Korrekturen im Handel mit dem NSW durch die Organe des RGW und der UNO nicht nachprüfbar sind“ (beide Zitate in **D 15.15**). Solche Formulierungen machen wenig Sinn, wenn man sich vornimmt jeglichen Handel so auszuweisen, wie er tatsächlich realisiert wurde.

In den folgenden Abschnitten a) bis d) habe ich mich bemüht, den Hergang der Korrekturen aus den Dokumenten **D 15.5** bis **D 15.15** zu rekonstruieren und z. T. aufgrund von Prozentangaben die wahren Werte zu bestimmen. Vergleiche hierzu auch die mehrseitige Tabelle im Anhang zum Kapitel 3, die in Abschnitte a) bis d) in gleicher Weise gegliedert ist wie der folgende Text.

### a) Das erste Quartal 1987

Nachdem man bereits im Vorjahr die Exporte bzw. Importe gegenüber dem NSW kräftig um gut 36 % bzw. 56 % nach oben korrigiert hatte („um ein Wachstum gegenüber dem 1. Quartal 1985 auszuweisen“) entstand das Problem, daß danach die Exporte bzw. Importe gegenüber den gemeldeten Werten um 30 % bzw. 27 % gesunken wären, während sie sich tatsächlich um -4,9 % bzw. +13,7 % verändert haben. Es war deshalb auch 1987 eine Korrektur nach oben nötig, wobei man zunächst mit 1,87 Mrd. VM und dann mit 1,5 Mrd. VM rechnete. Das führte zu einer noch verträglichen Abnahme der Exporte, bzw. Importe gegenüber dem NSW um -10, bzw. -4% (statt -30 und -27%).

### b) Das erste Halbjahr 1987

Hier entstand das Problem, daß ein (natürlich „korrigierter“) Außenhandelsüberschuß von +776 aufgrund der vorläufigen Zahlen von G. M. bereits

bestätigt wurde und daß deshalb erneut eine Korrektur (oder wie es in **D 15.8** heißt, eine „Präzisierung“) nötig war „bei Gewährleistung der benötigten Angaben zur Entwicklung und zum Saldo“ (**D 15.8**). Hätte man die bisherigen Korrekturen von 2600 und 1600 beibehalten, dann hätte man gegenüber dem NSW die folgenden Angaben machen müssen:

Export und Import jeweils ca +36,5 %, Saldo + 750

Mit den neuen Korrekturen (2200/1100) ergab sich aber

Export +20 % und Import +31,2 %, Saldo +850

was wohl etwas besser den vorläufigen Werten vom 30.6.87 entsprach

Export +24 % und Import +31,4 % sowie Saldo +776.

Bemerkenswert ist allerdings, daß die Zunahme der Exporte so infolge der die milderen Korrektur [2200/1100] in den endgültigen Ergebnissen geringer zu sein scheint als in den vorläufigen (20 gegenüber 24 %), während sich die beiden tatsächlichen Ergebnisse ja vor allem „durch außerordentlich hohe NSW-Exporte außerhalb des Planes im Monat Juni“ (**D 15.8**), die nicht vorherzusehen waren unterschieden. Der größere Anstieg der Exporte war aber schwer darstellbar, weil die vorläufigen Werte ja durch eine etwas deftigere Korrektur (2600/1600) verfälscht waren. Hätte man andererseits diese ursprüngliche Korrektur (2600/1600) belassen, dann wäre das Ex- und Importwachstum mit jeweils ca. 36,5 % wohl etwas zu hoch und der Außenhandelsaldo mit nur +750 statt +850 etwas zu niedrig erschienen.

Es ist auch hier wieder interessant, zu sehen, wie sich die Wachstumsraten verhalten hätten, wenn man nicht korrigiert hätte: Betrachtet man als tatsächliche Werte jeweils die endgültigen von **D 15.8** dann zeigt sich, daß die Exporte in das NSW um ca 4 % gestiegen sind. Weil man aber 1986 eine **erhebliche** Korrektur der Exporte und Importe nach oben mit ca 36,5 % des Wertes vorgenommen hatte, war man wohl gezwungen auch 1987 die Angaben nach oben zu korrigieren (wenngleich weniger beträchtlich) weil sonst der Eindruck entstanden wäre die Exporte seien um ca. 22,5 % gestiegen und die Importe nur um ca 13,7 % gesunken (während in Wahrheit ja wohl beide Werte gestiegen sind, nämlich um ca. 4,0 % und 19,6 %).

Auch die Korrektur für das erste Halbjahr 1987 geschah im „Interesse des Ausweises eines Exportüberschusses und unter Beachtung der Entwicklung zu den gemeldeten Angaben im Vorjahr“ (**D 15.11** und **12**). Schließlich wurde auch in der Halbjahresrechnung „zur Gewährleistung einer ausgeglichenen Relation zwischen dem Import von Erdöl aus dem NSW und dem Export von Erdölprodukten in das NSW“ (Anschreiben im **D 15.8**) eine Mengenreduktion beim Heizöl um 350 kt vorgenommen ganz ähnlich wie oben bereits dargestellt für die Jahresrechnung 1988.

c) Der Zeitraum Jan. bis Ende Sept. 1987

Aus dem Dokument **D 15.9** ergibt sich zunächst, daß der Außenhandel mit dem NSW mit -579 (weil mit dem SW: +2044 und insgesamt: +1465) abschloß. „Damit auch per 30.9 ein Exportüberschuß gemeldet werden kann „wurden Korrekturen wie im ersten Halbjahr (2200/1100) vorgenommen, so daß per Saldo ein Überschuß entstand (+521 mit dem NSW und +2565 insgesamt), der offenbar auch der UNO und dem RGW gemeldet werden sollte.

Weiter ergibt sich aus diesem Dokument, daß offenbar 1987 und auch schon 1986 der Überschuß der Exporte von Erdölprodukten gegenüber dem Import von Erdöl (jeweils gegenüber dem NSW) durch entsprechende Korrekturen mengenmäßig um nicht wenig (nämlich um ca 70 % ) verringert wurde um zu einer ausgeglicheneren Relation und zu etwa „gleichen Größenordnung“ wie im Vorjahr zu gelangen. Man beachte die Korrektur um 204,1 um zu einer glatten Zahl zu gelangen, während sonst recht runde Zahlen (wie etwa 200, 500 oder 350) als Korrekturen angeboten werden.

Das wohl bemerkenswerteste Papier, das mir überhaupt zu Gesicht kam ist ein handschriftlicher **Aktenvermerk über eine Intervention von Günter Mittag (D 15.10 [Anhang])**, wonach dieser offenbar den vorgeschlagenen Aktivsaldo von +521 Mill. VM (der ja schon eine „Korrektur“ von -579 darstellte) nicht akzeptierte und den Ausweis eines Exportüberschusses von +910 Mill. VM verlangte. Der Text der Aktennotiz lautet:

Genosse H. Neumann hat mich am 30.10.87 beauftragt über folgendes den Leiter der SZS, Gen. Prof. Donda zu informieren: Der im Schreiben des Leiters vom 16.10.87 zu den Außenhandelsangaben für RGW [gemeint wohl: RGW] und UNO ausgewiesene Exportüberschuß per 30.9.87 in Höhe von 521 Mio VM wurde von Gen. Dr. Mittag nicht bestätigt. Entsprechend einer Entscheidung von Gen. Dr. Mittag ist ein Exportüberschuß von 910 Mio VM auszuweisen.“

Interessant ist nicht nur wie G.M. gerade auf 910 gekommen ist, sondern auch, wie Gen. Donda die mit dieser Entscheidung verbundenen notwendigen Veränderungen vornahm. Im Dokument **D 15.11**, das ansonsten identisch ist mit **D 15.9** findet man handschriftliche Korrekturen, wonach einfach die Importe um ca 2 % auf 17893 herabgesetzt worden sind und die Exporte unverändert gelassen wurden. Außerdem sieht man, daß Donda offenbar am gleichen Tag sich um 11<sup>50</sup> und 13<sup>15</sup> Uhr mit genau den Genossen abgestimmt hatte, die in der Aktennotiz genannt waren. Wie man schließlich am Dokument **D 15.12** erkennt, waren offenbar hinfort diese Zahlen (17893 statt 18282) „amtlich“. Die Zahl 3054 handgeschrieben in **D 15.11** ist übrigens ein Rechenfehler. Es muß natürlich 2954 heißen (wie auch in **D 15.12**).



## Ergebnis dieser Manipulation:

	tatsächlich	gemeldet
Saldo gegenüber NSW	- 579	+ 910
insgesamt (SW und NSW)	+1465	+2954

Aus den Angaben der Papiere geht auch hervor, daß für den gleichen Zeitraum im Vorjahr (1986) offenbar ebenfalls Korrekturen vorgenommen wurden. Die Werte sind ungenau (die Angaben für 1986 ließen sich nur durch die angegebenen prozentualen Veränderungen schätzen): Exporte und Importe sind jeweils um ca 3,6 Mrd. VM (das sind ca. 22 % bei den Exporten und 24 % bei den Importen) nach oben korrigiert worden (übrigens offenbar um den gleichen Betrag wie die Halbjahreswerte 1986), so daß der Außenhandelsaldo gegenüber dem NSW ca 1,4 Mrd. VM betrug. Von daher ist es auch verständlich, daß man schon 910 Mill. VM ausweisen wollte um nicht einen allzu großen Rückgang des Exportüberschusses gegenüber 1985 anzuzeigen.

## d) Das ganze Jahr 1987

Hierzu findet man Angaben in den Dokumenten **D 15.13** und **D.15.14**, die sich nur in ihrem letzten Absatz unterscheiden (dessen tieferer Sinn mir nicht ganz klar ist). Daraus ergibt sich, daß das Außenhandelsdefizit gegenüber dem NSW von -1300 zu einem Überschuß von +1150 verwandelt wurde. Offenbar waren diese Korrekturen nicht das letzte Wort, denn nach Tabelle Nr. 3.5 erhält man ja für 1987 (auf der Grundlage neuerer Dokumente) den Ist-Wert: -1950 (statt -1300) und den gemeldeten Wert +1350 (statt +1150).

In den genannten Papieren **D 15.13** und **D 15.14** findet sich übrigens der Begriff „gemeldetes Ist“ der außerordentlich verwirrend ist und ganz offensichtlich kein „Ist“, sondern ein „korrigiertes Ist“ darstellt. Demgegenüber ist das Dokument **D 15.15** schon etwas klarer: hier wird unterschieden zwischen „tatsächliches Ist“, „korrigiertes Ist“ und „gemeldetes Ist“, wobei das Wort „Ist“ wohl nur im ersten Fall angebracht sein dürfte. Daraus ergibt sich übrigens, daß auch schon 1986 die Angaben für das ganze Jahr nicht unerheblich „korrigiert“ worden waren und zwar um Beträge über 6 Mrd. VM nach oben. Das waren bei Exporten +28 %, Importen +26 % und beim Aktivsaldo gegenüber dem NSW etwa eine Anhebung von ca (Ungenauigkeiten wegen Rückrechnung aufgrund von Prozentangaben) +0,8 auf +1,4 Mrd. VM.

Die Korrekturen 1986 erzeugten 1987 eine gewisse Verlegenheit, weil der Außenhandel mit dem NSW ja offenbar mit -1300 (bzw. -1950 in Tab. 3.5) abschloß und man sich doch gezwungen sah einen Überschuß zu konstruieren (wie ja auch in den ersten drei Quartalen 1987). Das Ergebnis der Korrekturen

war, wie gesagt + 1,15 Mrd. VM (bzw. gem Tab. 3.5: +1,35), was natürlich einen Rückgang darstellte gegenüber dem Wert für 1986, der wohl mit ca. 1,4 Mrd. VM angegeben war und um ca. 75 % nach oben korrigiert war. Wäre der Wert für 1986 nicht so erheblich nach oben korrigiert worden, dann hätte sich +1,15 Mrd. VM natürlich gut sehen lassen können, so dagegen war das ein Rückschritt, der aber hinnehmbar war: „Entsprechend den eingetretenen Veränderungen auf den Weltmärkten ist für die DDR im NSW der Ausweis eines Rückgangs für den Export und Import zu vertreten“ (**D 15.15**). Das war natürlich noch eher zu verschmerzen als die Wahrheit, nämlich ein Defizit in Höhe von ca. -1,3 Mrd. VM.

e) Fazit

Das Problem bei den Korrekturen war offenbar, daß man die folgenden Ziele erreichen wollte

1. Steigerung der Exporte in das NSW
2. Außenhandels**überschuß** gegenüber dem NSW
3. beständig **zunehmender** Exportüberschuß.

Wegen Nr. 1 mußten die Exportzahlen nach oben korrigiert werden. Dabei trat dann das Problem auf, daß im Vorjahresvergleich mit den korrigierten Angaben auch eine Exportsteigerung als Abnahme erscheinen könnte, weil ja der gemeldete Wert zu hoch war. Das ist in der Tabelle im Anhang deutlich zu sehen. Hätte man nicht jeweils erneut nach oben korrigiert, dann wären die Wachstumsraten des Exports gewesen: a) -30,2 % b) -22,5 % c) -17,4 % d) -21,2 % obgleich tatsächlich z. T. ein geringes Wachstum zu verzeichnen war.

Ohne gleichzeitige Korrektur der Importwerte nach oben wären wahrscheinlich die Außenhandelsalden ungläubwürdig gewesen. Dabei war natürlich das Ziel Nr. 2 zu beachten. Das machte es erforderlich, die Korrekturen beim Export immer größer und beim Import immer kleiner zu gestalten, je mehr sich der Außenhandel defizitär entwickelte.

Tab. 3.9: Korrekturen und Meldungen quartalsweise 1987 in Mill. VM

	tatsächl. Saldo	Korrektur		gemeldeter Saldo
		Export	Import	
a) Quartal 1	+ 529	+ 1500	+ 1500	+ 529
b) Halbjahr 1	- 224	+ 2600	+ 1600	+ 776
c) Quartal 1-3	- 579	+ 2200	+ 711	+ 910
d) Jahr 1987 *)	- 1300	+ 4050	+ 1600	+ 1150
e) Jahr 1987	- 1950	+ 4400	+ 1100	+ 1350

\*) Diese Angaben stimmt nicht mit den Angaben der Tab. 3.5 überein (die hier als Zeile e

noch einmal wiederholt wird), da sie auf D 15.4 und D 15.5 (beide Dez. 1987) beruhen, während Tab. 3.5 die späteren (Jan. 1988) Angaben von D 15.2 benutzt.

Interessant ist an dieser Gegenüberstellung, daß sich die tatsächlichen Werte (weil ja über die Perioden aggregiert wird) allmählich von einem Außenhandelsüberschuß zu einem immer größeren Defizit entwickelten, während die gemeldeten Zahlen (auch wohl weil man glaubte, andernfalls nicht konsistent zu sein) einen ständig zunehmenden Überschuß vortäuschen. Bezieht man schließlich auch das Jahr 1986 in die Betrachtung ein so ergibt sich folgendes Bild, wobei zu berücksichtigen ist, daß alle Zahlenangaben für 1986 **sehr** ungenau und gerundet sind weil sie aus Wachstumsraten zurückgerechnet wurden.

Tab. 3.10: (vermutete) Korrekturen und Meldungen quartalsweise 1986 in Mill. VM

	tatsächl. Saldo	Export	Import	gemeldeter Saldo
a) Quartal 1	+ 1350	+ 1967	+ 2301	+ 1016
b) Halbjahr 1	+ 1170	+ 3648	+ 3648	+ 1170
c) Quartal 1-3	+ 1420	+ 3648	+ 3648	+ 1420
d) Jahr 1986	+ 800	+ 6690	+ 6020	+ 1470

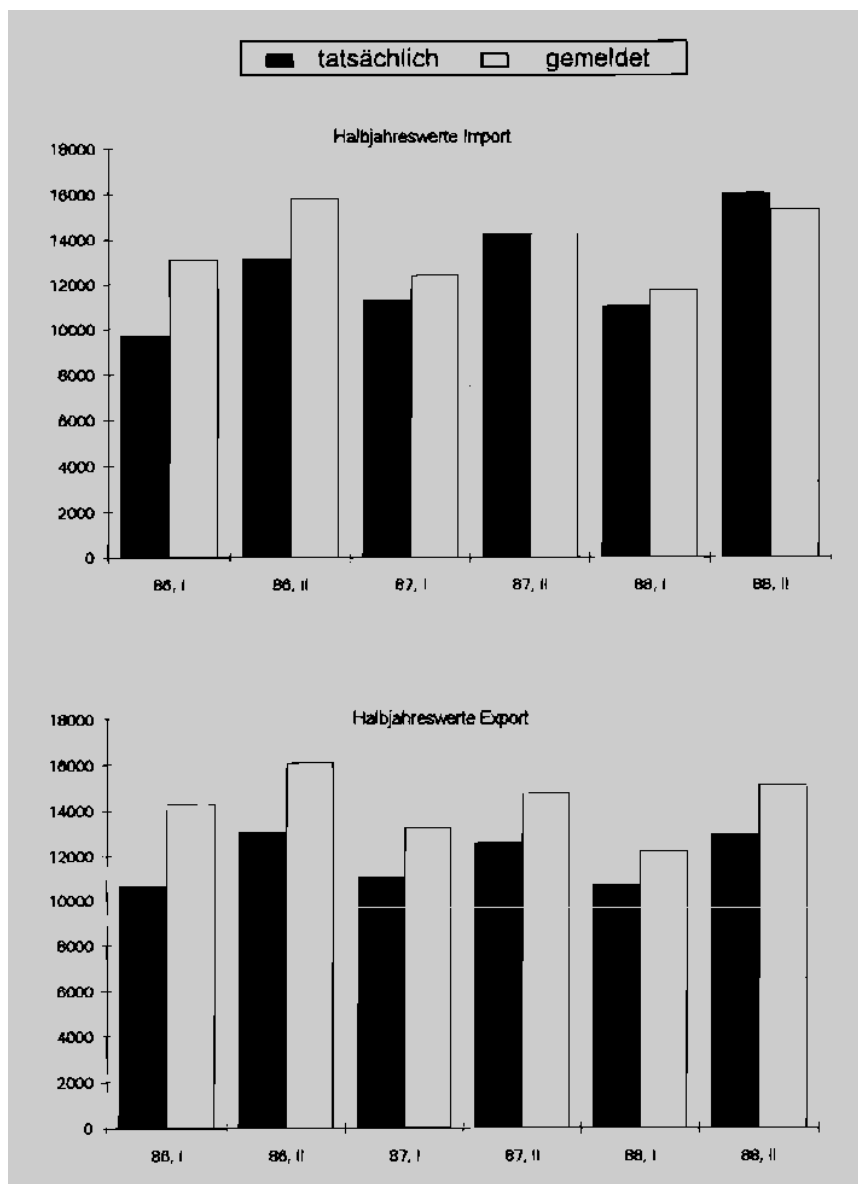
Man erkennt hieran (wie auch in der Tab. 3.9 für 1987), daß offenbar die Darstellung auch unter der Vorgabe erfolgte (als dritte Forderung für die vorzunehmenden Korrekturen), daß der Überschuß von Quartal zu Quartal zunehmen sollte, daß also nicht sichtbar wird, daß auch einmal ein Quartal mit einem Defizit abschließt. Geht der Überschuß zurück, offenbar auch weil die Exporte abnehmen, so sind dann zunehmende Korrekturbeträge nötig, was sich ja auch in der Tat im Zeitablauf 1986 und 1987 zeigte.

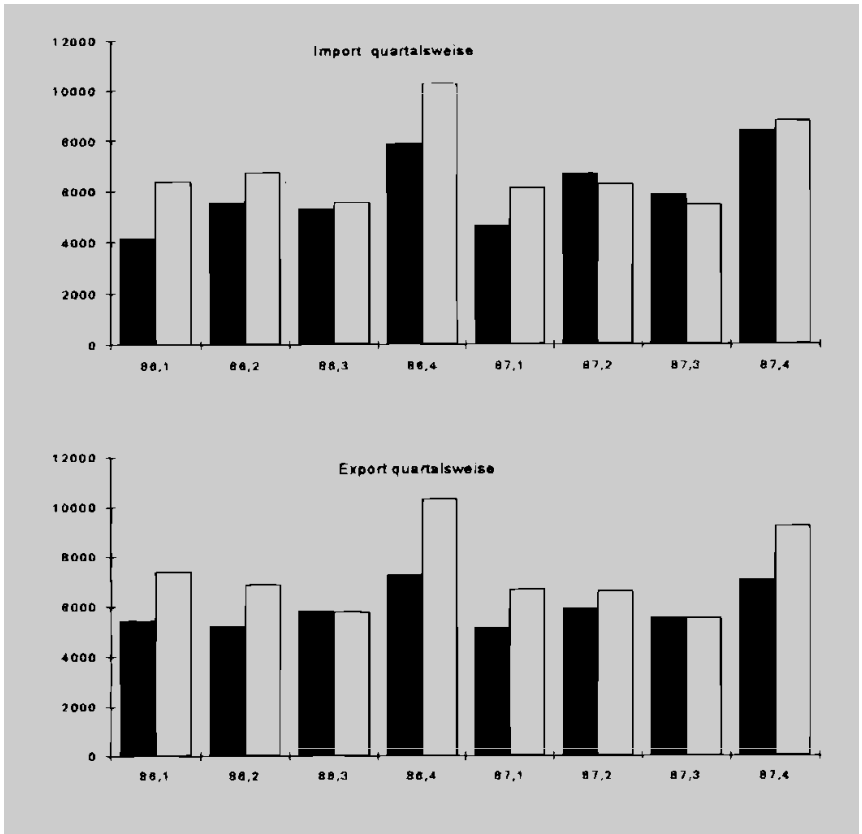
Es mag von Interesse sein, sich die Auswirkungen der „Korrekturen“ einmal graphisch zu veranschaulichen (Abb. 3.1), so daß auch deutlich wird, welchen Verlauf die tatsächlichen und die korrigierten Daten auf der Basis von Halbjahren und Quartalen genommen haben. Dazu sind die jeweils für mehrere Quartale kumulierten Daten der Tab. 3.9 und 3.10 auf einzelne Quartale zurückgerechnet worden.

#### f) Verantwortung für Fälschungen

**Wann** man in der DDR dazu überging, Außenhandelsdaten effektiv zu fälschen, ist mir nicht bekannt. Aus Unterlagen des Büros Dr. Günter Mittag (**D 15.16 f**) geht hervor, daß man sich angesichts wachsender Importüberschüsse schon 1976 mit dem Problem beschäftigte, die Realitäten zu verheimlichen und trotzdem zu vermeiden, daß der „Gegner“ gerade daraus „Kapital schlägt“. Über die möglichen Lösungen bei diesem Konflikt gibt es ein Gutachten der SZS vom 27.4.77, das einzige Dokument, das zu kopieren mir nicht gestattet

Abb. 3.1: Verlauf des tatsächlichen und des gemeldeten DDR-Außenhandels mit dem NSW gem. Tab. 3.9 und 3.10





Angaben für 1986 sind äußerst unsicher, da sie vom Verf. aus verschiedenen Quellen zurückgerechnet werden mußten

war. Es scheint außerdem so zu sein, daß Mittag sich Rückendeckung bei Honecker zu verschaffen suchte. **Wer** aber **wann** letzten Endes grünes Licht gab für diese Fälschungs-Praxis, ist bislang nicht klar.

c) *Absprachen, die Fälschungs- und Verheimlichungsabsichten vermuten lassen: Zahlenlieferungen an internationale Organisationen*

Fälschungsabsichten können zumindest vermutet werden, wenn in Absprachen zwischen der SZS und anderen Stellen oder in Ratschlägen der SZS gegenüber der Partei oder übergeordneten staatlichen Stellen Formulierungen auftauchen, die zeigen, daß man

- versucht, sich gegenüber Nachprüfungen und die Entdeckung von Inkonsistenzen zu schützen und

- Ergebnisse präjudizieren möchte.

Die ganz offensichtlich nur widerwillig erfolgte Zahlenlieferung an internationale Organisationen steht ganz unter dem Vorzeichen solcher Vorsichtsmaßnahmen. Zahlenlieferungen dieser Art waren, wie die Dokumente zeigen:

- mit Sicherheit hochrangige Staatsgeheimnisse, die im engsten Führungskreis abgesprachen wurden und sie waren
- deutlich bestimmt von der Befürchtung sich andernfalls politisch zu isolieren (d. h. sie erfolgten eindeutig widerwillig und nur dann, wenn sie „unausweichlich“ waren) und
- von der Befürchtung, daß damit evtl. auch andere von der DDR veröffentlichte Daten überprüft werden könnten.

Die zuletzt genannten Bedenken werden sehr deutlich in einer Formulierung des Außenhandelsministers Dr. Beil in einem Brief an Donda (vom 11.10.1988) ausgesprochen:

„Die Erweiterung der öffentlichen Statistik zu den Ergebnissen des Außenhandels ist aus den Ihnen bekannten Ursachen mit Risiken verbunden. Daher bitte ich Sie, daß nochmals durch Ihre Mitarbeiter geprüft wird, inwieweit mit den neuen Statistiken Angaben übergeben werden, aus denen westliche Institute und Presseorgane zu den bisher veröffentlichten Angaben Widersprüche konstruieren können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß Preise und Kurse der bisherigen Außenhandelsstatistik von denen abweichen, die mit der Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO verwendet werden.“ (D 17.2).

Bemerkenswert ist übrigens die Einschränkung „sofern die Teilnahme ... unausweichlich ist“ in diesem Brief und die Feststellung eines Exportüberschusses in Höhe von 4,7 Mrd. Mark, wo es doch offensichtlich 1987 (laut StJB 1990) einen Importüberschuß, und zwar sowohl insgesamt in Höhe von 2552,3 Mill. Valutagegenwert ( $\approx$  580 Mill. DM) als auch gegenüber dem NSW in Höhe von 5433 Mill. Valutagegenwert ( $\approx$  1234,8 Mill. DM) (vgl. Tab. 3.8) gab.

Man beachte auch die folgenden Formulierungen: „Auf die Berechnung der Ergebnisse hat die DDR keinen Einfluß. Die Realität der berechneten Angaben läßt sich mit Hilfe anderer Vergleiche einschätzen“ (D 17.2) und auf den gleichen Vorgang (Beteiligung am ICP-Projekt) bezogen: „Auswirkungen der Auswahl der Warenrepräsentanten auf die Ergebnisse sind vorher nicht zu ermitteln“ (D 17.2), bzw. in dem Gutachten von Haeder: „Hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse sind keine gesicherten Voraussagen über Rang- und Reihenfolge der DDR möglich. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, das (?) ein reales Bild der volkswirtschaftlichen Leistung der DDR im internationalen Vergleich aufgrund

bürgerlicher Wertkennziffern gewonnen werden wird“ (**D 17.2**). Auf eine **politische** Beurteilung der Sozialproduktsrechnung nach dem SNA durch die SZS (vgl. **D 10.1**) wird noch an späterer Stelle eingegangen. Sowohl beim ICP-Projekt als auch bei der Übergabe von Sozialproduktszahlen an die UNO fehlen nicht die üblichen Hinweise auf die politische Unausweichlichkeit und die Teilnahme der UdSSR und anderer sozialistischer Länder oder: „Werden . . . keine Angaben zur Verfügung gestellt, erfolgt eine Schätzung durch das Statistische Amt der UNO“ (**D 17.1**).

Im Endeffekt war diese Einsicht zusammen mit der Beschwichtigung, daß man so auch wertvolle Erkenntnisse für die DDR selber gewinnen könnte, ausreichend, um sich in das Unvermeidbare zu fügen. Beunruhigend war dabei auch die Garantie, daß die Daten von der UNO „ausschließlich für die Berechnung der . . . Beitragsanteile“ benutzt werden dürfen und ansonsten „vertraulich zu behandeln“ seien und somit nicht im Inland bekannt werden dürften.

Wie zäh die allmähliche Ausweitung der Zahlenlieferung an die UNO ablief macht auch ein Schreiben von Donda an Ehrensperger vom 23.12.1988 deutlich. Es heißt dort, der Leiter der SZS werde „in jedem konkreten Fall prüfen, daß keine Zahlen übergeben werden, die den Interessen der DDR widersprechen“ oder: Angaben über Erdöl und Erdölprodukte werden nicht übergeben, „weil ihre Kenntnis zum Schaden der DDR genutzt werden könnte“ und schließlich: „Es wird politisch nicht für zweckmäßig erachtet, die Zahlenlieferungen über das Wissenschaftspersonal der DDR über die vorgeschlagenen Kennziffern hinaus zu erweitern“ und „Angaben über Investitionen nach der UNO-Nomenklatur werden nicht übergeben, weil sie in der geforderten Spezifizierung die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit und damit die Entwicklungsrichtung der Wirtschaftsstruktur der DDR sichtbar werden ließen“.

Es ist schließlich auch bezeichnend, daß der Leiter der SZS durchaus politisch argumentierte, wenn er sich damit auf der Linie der Partei befand (bei der Rechtfertigung der Zurückhaltung der Daten) aber auf jede politische Wertung einer kritischen Beurteilung der DDR-Praktiken verzichtete, wenn diese vom westlichen Ausland kam (vgl. den Vorgang mit der Wharton-Studie **D 16.1**).

#### d) *Kritische Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden*<sup>10</sup>

Zu den Aufgaben eines Statistikers gehört auch die kritische Überprüfung von Methoden und die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Statistik (Ziff. 1.2 in der ISI-Declaration). Das bedeutet nicht, daß man allen modischen

<sup>10</sup> Zu den vier Unterabschnitten dieses Abschnittes enthält die längere Fassung der Expertise erheblich detailliertere und weiterführende Angaben.

Strömungen erliegen sollte, wohl aber daß man sachlich die Über- oder Unterlegenheit neuerer Verfahren prüfen sollte und hierüber Nichtfachleute nach bestem Wissen unterrichten sollte. Eine einseitig politische Stellungnahme zu Anforderungen an die Statistik, die von den verschiedensten (insbes. auch ausländischen) Nutzern der statistischen Ergebnisse gestellt worden sind, ist nicht vereinbar mit dem erwähnten Berufskodex.

### 1. *Sozialproduktsrechnung nach östlicher und westlicher Methode*

Auf internationaler Ebene ist es seit längerer Zeit eine allgemeine Überzeugung, daß die (östliche) Nationaleinkommensrechnung nach dem sog. MPS für internationale Vergleiche weniger geeignet ist als die umfassendere auch wohlfahrtsrelevante, nichtmaterielle Dienstleistungen einbeziehende Sozialproduktsrechnung nach dem SNA. Es wird außerdem behauptet, daß wegen der zunehmenden Bedeutung von Dienstleistungen und wegen des notwendigen Ausbaus des tertiären Sektors die „von Marx angelegte Selbstbeschränkung auf den materiellen Bereich...heute noch viel weniger sinnvoll (ist) als vor hundert Jahren“ (164, 14). Die DDR sah sich auch zunehmend von anderen RGW-Ländern in diesem Punkte quasi von rechts überholt. Sie mußte mit ansehen, wie zunächst Ungarn und Polen, dann aber auch die Sowjetunion sich zunehmend aufgeschlossen zeigte „bürgerliche“ Konzepte auf diesem Gebiet zu übernehmen, und zwar nicht nur als erzwungene „Zahlenlieferung“ an internationale Organisationen, sondern auch zur Information der eigenen Bevölkerung.

Zu einer methodischen Auseinandersetzung mit der (westlichen) Sozialproduktsrechnung habe ich in den Unterlagen der SZS keine Ausführungen gefunden. Lediglich das interne Arbeitspapier **D 10.1** geht hierauf ein, allerdings bezeichnenderweise fast ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten wie z. B. Opportunität der Zahlenlieferung und voraussichtliches Zahlenergebnis für die DDR. Man gibt darin zu Bedenken, daß eine Isolation der DDR im RGW durch weitere Verweigerung der Zahlenlieferung „aus politischen Gründen nicht zugelassen werden“ sollte. Die Unterschiede zwischen MPS und SNA werden zwar zutreffend dargestellt, es wird aber nichts über die Verwendbarkeit von SNA-Konzepten für eigene Planungs- und Analyseaktivitäten in der DDR ausgesagt. Entscheidend sind vielmehr Aspekte wie

- daß die Zahlenlieferung „ohne politische und ökonomische Nachteile für die DDR möglich ist“
- sich „keine Widersprüche gegenüber den der UNO übermittelten Berechnungsgrundlagen für die Beitragszahlung der DDR zum UNO-Budget“ ergaben
- „keine Einzelheiten über solche Bereiche wie Verteidigung, Parteien und Massenorganisationen abgeleitet werden“ können



- auf welchem Rangplatz (auch im Vergleich zur BRD) die DDR bei internationalen Niveauvergleichen des BSP je Einwohner gelangen wird und (in diesem Dokument und auch in Briefen)
- ob die Wachstumsrate des Nationaleinkommens oder die des Sozial- bzw. Inlandsprodukts größer ist.

Zur Begründung erfährt man mehr in einer Vorlage der SZS für den Ministerrat vom 5.8.88. Es heißt dort: „In statistischen Veröffentlichungen der DDR sollten Angaben zum Sozialprodukt nicht verwendet [werden] . . . Bei diesem Vorschlag wird berücksichtigt, daß das Leistungswachstum für die DDR beim produzierten Nationaleinkommen . . . sich in höherem Tempo vollzieht als beim Bruttosozialprodukt.“

## 2. Preisstatistik

Zu den Aufgaben der Preisstatistik gehört v.a. die Konstruktion von Preisindizes zur Messung spezieller Preisniveaus (z. B. des Verbraucherpreisniveaus durch Einzelhandelspreisindizes oder Preisindizes für die Lebenshaltung) und zur Preisbereinigung (Deflationierung) der Sozialproduktsaggregate.

Westlichen Beobachtern fiel nicht nur die geringe Preissteigerung auf, sondern auch „paradoxe Ergebnisse“ bei der Umstellung der Preisbasis der Nationaleinkommensrechnung z. B. von 1967 auf 1975 (164, 16). Die sich danach implizit ergebende Preissenkung überraschte, weil auch bekannt war, daß „immer wieder über Verteuerungen Klage geführt wurde“, insbesondere bei Investitionsgütern (164, 17). Es wurde deshalb schon früh vermutet, daß das Verfahren der Preisbereinigung und der Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen zu einer vorgetäuschten Konstanz des Preisniveaus führen würden.

Mir ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Problematik der Preisbereinigung aus der DDR nicht bekannt. Es ist anzunehmen, daß man damit auch an dem Dogma stabiler Preise gerüttelt hätte und daß sie deshalb auch unterblieb. Wie sehr diese politische Zielvorgabe auch die methodische Arbeit der Statistiker beeinflusste ist in der längeren Fassung dieser Expertise ausführlich dargelegt worden.

## 3. Vergleiche mit der BRD: Lebensstandard, Arbeitsproduktivität

Die fachliche Beratung durch die SZS in diesem Punkte ist von besonderem Interesse. Das waren nicht nur Kernprobleme in Ost **und** West (vgl. Kap. 4), es ist auch für die Beurteilung der Arbeit der SZS von großer Bedeutung, ob sie sich im Vergleich DDR-BRD täuschte oder ein zutreffendes Bild machen konnte. Es spricht viel dafür, daß die SZS ehrlich davon überzeugt war, daß die DDR im Vergleich besser dastand als sie es in Wirklichkeit tat.

Nicht nur die Propaganda der Partei und der von ihr ausgeübte Zwang auf die Veröffentlichungen der Statistik war verantwortlich für ein zu gutes Bild der DDR. Dies entsprach zu einem großen Teil nach meinem Eindruck auch der ehrlichen Überzeugung der amtlichen Statistik der DDR. Zwar hat diese, wie die Dokumente beweisen, in Einzelfragen (z. B. Ausrüstung mit Maschinen, Stand der elektronischen Datenverarbeitung usw.) zutreffend auf den Rückstand der DDR hingewiesen, aber bei summarischen Aussagen über die Arbeitsproduktivität oder die Realeinkommen der DDR im internationalen Vergleich hat sie der DDR einen zu hohen Platz zugewiesen. Eine ganz andere Frage, die gerade gegenwärtig von großer politischer Bedeutung ist, hängt damit eng zusammen: warum hatte man im Westen ganz offensichtlich die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft überschätzt?

In einem internen Papier (Brief an G.M. vom 30.1.76) teilte Donda mit, daß es stimme (was offenbar in der ausländischen Presse behauptet wurde), daß die DDR Großbritannien hinsichtlich des Nationaleinkommens je Einwohner (nicht je Beschäftigten) überrundet habe. Im gleichen Brief werden Sozialproduktvergleiche „auf der Grundlage der bürgerlichen Werttheorie“ abgelehnt und Verzerrungen aufgrund des Dollarkurses beklagt. In diesem Brief wurden Mittag die folgenden, offenbar von der SZS selbst für 1974 ermittelten Zahlen mitgeteilt, wonach die DDR hinsichtlich der Arbeitsproduktivität und des Wohlstands Italien und in bezug auf den Wohlstand allein auch Großbritannien überrundet hat (vgl. Tab. 3.11).

Tab. 3.11: Selbsteinschätzung der DDR im internationalen Vergleich 1977

	Nationaleinkommen je	
	Einwohner <sup>1)</sup>	Berufstätigen <sup>2)</sup>
	(DDR = 100)	
Italien	64	87
Großbrit.	87	115
Frankreich	120	149
BRD	112	132
USA	121	179

1) als Indikator des Wohlstands

2) als Indikator der Arbeitsproduktivität

In **D 12.4** [Anhang] wird die Arbeitsproduktivität der DDR mit vielen östlichen und westlichen Ländern verglichen. Der Rückstand gegenüber der BRD war danach von 1970 bis 1983 ca 30 %. Die **DDR übertraf** alle Ostblockstaaten (abgesehen von der CSSR, die in einigen Jahren vor der DDR lag) und sie übertraf **sogar Japan beträchtlich**, ein Land dessen Arbeitsproduktivität man auf dem Niveau der UdSSR ansiedelte (!!)

#### 4. *Fachliche Beratung bei sonstigen statistischen Themen*

Zu diesem Problemkreis lag mir eine Studie aus dem Jahre 1965 vor, in der es galt „den ökonomischen Schaden, der durch die Störtätigkeit des westdeutschen Imperialismus der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1950–1961 zugefügt wurde“ zu schätzen (**D 10.4**). Die SZS kam zu folgendem Ergebnis:

---

Produktionsausfall (netto)	60 Mrd.DM
Ausbildungskosten	1 Mrd.DM
Private Erziehungsaufwendungen	39,7–55 Mrd.DM.

---

Interessant ist jedoch, daß ein ungemein DDR-freundlicher Autor (**1**, 47 ff, vgl. auch **21**, 149) in Westdeutschland zur erheblich niedrigeren Zahl 42,6 Mrd. DM gelangte.

#### e) *Umgang mit Kritikern der Statistik*

Bei uns ist das Statistische Bundesamt per Gesetz verpflichtet, statistische Erhebungen nicht nur unter Beachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu planen und durchzuführen, sondern auch sich bei diesen durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit um Akzeptanz der Befragten zu bemühen. Weiter umfaßt dies auch nach Abschluß der Erhebung und Auswertung die Verantwortung sich der Kritik zu stellen, was u. a. durch Veröffentlichungen über methodische Details geschieht.

Im Gegensatz dazu war die SZS so gut wie vollständig frei von solchen Verpflichtungen. Sowohl die Öffentlichkeitsarbeit bei der Vorbereitung der Erhebung als auch die Auseinandersetzung mit Kritik an Erhebungen, Methoden und Analysen war ganz offensichtlich maßgeblich Sache der Partei. Die amtliche Statistik hatte also keine kritische Öffentlichkeit zu „fürchten“, sei es die der Bevölkerung (vgl. **D 13.2**), sei es die von Wirtschaftsfachleuten, Forschungsinstituten usw.. Man kann sicher nicht geltend machen, daß eine amtliche Statistik unseriös ist, wenn es eine solche kritische Öffentlichkeit nicht gibt, aber sie kann es sehr viel eher sein als wenn es sie gäbe. Man sollte die politische Tragweite einer solchen Situation nicht unterschätzen. Tatsache ist doch, daß in Ostdeutschland ein böses Erwachen eintrat, als man nach der Wiedervereinigung nicht nur durch Zahlen, sondern auch durch viele konkrete und schmerzliche Erfahrungen feststellen mußte, daß die DDR wirtschaftlich gar nicht so gut dastand, wie die Partei es in ihren Parolen glauben machen wollte.

f) *Zahlen lügen doch*

In Abwandlung des Titels unter dem das wiederholt zitierte Interview mit Donda publiziert wurde, nämlich „Zahlen lügen nicht“, soll abschließend ein Aspekt der Manipulation oder gar Fälschung angesprochen werden, der schon von subtilerer Art ist. Das Problem betrifft die Grenzen der Statistik und das verbreitete Vorurteil, daß man mit Statistiken „lügen“ oder „alles beweisen“ kann. Tatsache ist, daß mit vorhandenen richtigen, aber isolierten Zahlenangaben durchaus in dem Sinne „gelogen“ werden kann, daß man damit ein falsches Bild erzeugt. Das gleiche gilt für fehlende Zahlen.<sup>11</sup>

Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, durchaus zutreffend, daß die DDR Ende der 80er Jahre mehr Wissenschaftler, Forscher, hochqualifizierte Ingenieure usw. hatte als die BRD (wobei das natürlich auch eine Frage der Definition ist), wie dies Donda in dem o.g. Interview (41) gesagt hatte.

Es mag paradox klingen: das ist **nicht falsch**, was die Zahlen betrifft (vgl. u. a. 42, 82), **wohl aber eine Verfälschung**. Denn es gibt genügend Hinweise darauf, daß die Effizienz dieser Personen vergleichsweise gering war, so daß die richtige Zahl eine falsche Information darstellt.

Für manche zeigte sich die Fehlentwicklung der DDR ganz besonders darin, daß „die Schere zwischen Möglichkeiten und Wirklichkeiten des wissenschaftlichen-technischen Fortschritts (der von der Partei seit Beginn der 80er Jahre als **der** Hebel erkannt wurde) ganz besonders weit auseinanderklaffte (42, 159). Statistisch interessant ist dabei der folgende Aspekt: die Vergeudung von Energie mit „Pflichtenheften“, Anträgen, Berichten, Erfolgsmeldungen usw.<sup>12</sup>

Das ganze ist nur **ein** Beispiel dafür, daß man als Statistiker auch mit richtigen Zahlen „lügen“ kann. Es ist auch deswegen interessant, weil es zeigt, daß es entgegen häufig geäußerter Vermutung einer Planwirtschaft gerade **nicht** besser möglich ist durch Planung und Konzentration der Kräfte punktuell Großtaten zu verbringen als einer Marktwirtschaft. Weil es die Bürokratie so wollte, wurde eben „in den Betrieben fleißig alles in den Plan Wissenschaft und Technik hineingeschrieben, was notwendig war, um einen angeblichen wissenschaftlich-technischen Leistungsanstieg auch nachzuweisen“ (42, 168). Konsequenz: wenn die Daten schon bei der Erhebung falsch sind (wobei das nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch für viele andere Bereiche in der DDR gegolten haben dürfte),

11 Ein Beispiel von Eppelmann zeigt das recht gut (65, 6): die Zahl der Konzerte ist interessant, aber noch interessanter wäre die Zahl der aus politischen Gründen verhinderten Konzerte (z. B. von Wolf Biermann).

12 Die Planung und Abrechnung von Kennziffern, die der Sache (Wissenschaft) nicht angemessenen sind, ist eine wirksame Methode, Ineffizienz und unsinnige statistische Daten zu erzeugen. Das ist ein Zusammenhang, der auch der Wissenschaftsbürokratie in manchen alten Bundesländern offensichtlich noch nicht ganz klar zu sein scheint.

dann kann auch eine Behörde, die **diese** Daten vollkommen korrekt und seriös erhebt, ein Instrument der Desinformation sein und das mit gutem Gewissen.

### Anhang zu Kapitel 3

*Ausmaß und Konsequenzen der Korrekturen der Außenhandelsdaten der DDR zur Weitergabe an die UNO und den RWG (Angaben in Mill. VM oder in vH)*

#### a) Das erste Quartal 1987

##### 1. Korrekturen:

Quelle (Datum)	korrigiert wurde	Grund, Bemerkung
D 15.5 (21.4.87)	Export und Import NSW um jeweils +1869 (36,2%, bzw. 40,3% des wahren Wertes)	„um ein Wachstum gegenüber dem I. Quartal 1986 auszuweisen“
D 15.6 (24.4.87) und D 15.5*	Export und Import NSW um jeweils +1500 (29,0 bzw. 32,3% des wahren Wertes)	dito

\*) handschriftliche Notiz

##### 2. Vergleich mit 1. Quartal 1986:

dort vorgenommene Korrektur  
Export NSW +1967  
Import NSW +2301

##### 3. Konsequenzen für das Wachstum der NSW-Exporte und -Importe in vH

	wahr 86		gemeldet 86	
	Export	Import	Export	Import
wahr 87	-4,9	+13,7	-30,2*	-27,3*
	gemeldet 1987 (mit + 1500)		-9,9*	-3,8*

\*) vgl. handschriftl. Notiz bei D 15.5

#### Achtung:

Die wahren Werte 1986 sind zurückgerechnet aufgrund der Prozentangaben (daher Unsicherheiten). Dies gilt auch für die Teile b bis d der Tabelle.

#### 4. Veränderung des Außenhandelssaldos gegenüber dem Vorjahr durch die Korrekturen in beiden Jahren

	gegenüber NSW	Insgesamt
wahre Daten	Überschuß (1987:529) um ca. 61% gesunken (1986:1357)	Überschuß um ca. 1 % gestiegen
gemeldete Daten	Überschuß (529) um ca. 48 % gesunken (1986:1023)	Überschuß um ca. 19 % gestiegen

#### b) Das erste Halbjahr 1987 (vorläufig D15.7 endgültig D 15.8)

##### 1. Korrekturen

Quelle (Datum)	korrigiert wurde	Grund, Bemerkung
D 15.7 (30.6.87)	Export NSW +2600 (+24,5%) und Import NSW +1600 (+14,8%) Saldo NSW +776 * statt -224	Abrechnungsergebnis bis Ende Mai (vorläufige Werte)
D 15.8 (15.7.87)	Export NSW +2200 (+19,9%) und Import NSW +1100 (+9,7%) Saldo NSW +850 stat -250	Abrechnungsergebnis bis Ende Juni (endgültige Werte)

\*) Diese Angaben wurden von Mittag zur Weitergabe „bestätigt“ (D15.6)

#### 2. Vergleich mit 1. HJ 1986: Dabei war zu beachten, daß damals bereits folgende Korrekturen vorgenommen wurden

Export in die UdSSR	+ 818 (+4,9%)
Export NSW	+3648 (+34,3%)
Import NSW	+3648 (+38,5%)

Dadurch wurde das Defizit im Außenhandel mit dem SW (der UdSSR) von etwa \*) -250 (-850) auf ca. +570 (-32) verändert und der Außenhandelsüberschuß insgesamt (gegenüber SW **und** NSW) im ersten Halbjahr 1986 von etwa +930 um ca. 88% vergrößert

\*) Angaben für 1986 zurückgerechnet aufgrund der Prozentangabe, aber Fehler in diesen Zahlen um ca. ≈ 5.

#### 3. Konsequenzen für das Wachstum der NSW-Exporte und -Importe in vH

	wahr 86		gemeldet 86	
	Export	Import	Export	Import
wahr 87*)	+4,0	+19,6	-22,5	-13,7
		gemeldet 87	-7,1	-5,3

\*) endgültige Werte (D 15.8)

#### 4. Veränderung des Außenhandelssaldos gegenüber dem Vorjahr durch die Korrekturen in beiden Jahren

	gegenüber NSW	insgesamt
wahre Daten	Überschuß ca.+1170 (1986) und Defizit -250 (1987)	Überschuß 1986 ca. 933,0 auf 1121 (1987) gestiegen (um ca. 20 %)
gemeldete Daten	1986 unveränderter Überschuß (1170) aber 1987 gesunken auf +850	Überschuß 1986 ca. +1740 auf 2221 (1987) gestiegen (um erheblich mehr, nämlich 27,6 %)

Handel mit der UdSSR: 1987 gemeldet +207 (war unkorrigiert), das Defizit 1986 war aber erheblich größer (ca. -850) als gemeldet (ca. -32) wegen der Korrektur der Exporte in die UdSSR um 818 Mill. VM.

#### c) Der Zeitraum Jan. bis Ende Sept. 1987

##### 1. Korrekturen

zunächst (Vorschlag von 16.10.87, D 15.9)

Exporte NSW	+2200
Importe NSW	+1100
Saldo	+521 statt -579

nach Intervention von G.M. (D 15.10) am 30.10.87

Exporte NSW	+2200
Importe NSW	+711
Saldo	+910

##### 2. Vergleich mit Vorjahr:

offenbar gleiche Korrekturen vorgenommen wie bei den Halbjahreszahlen 1986.

##### 3. Konsequenzen für das Wachstum der NSW-Exporte und Importe in vH (als gemeldet gelten die Werte nach der Intervention von G.M.)

	wahr 86		gemeldet 86	
	Export	Import	Export	Import
wahr 87	+0,9	+14,3	-17,4	-8,0
		gemeldet 87	-6,5	-4,2

d) *Das ganze Jahr 1987*

## 1. Korrekturen gem. D 15.14 (offenbar nicht die endgültigen Korrekturen)

---

Exporte NSW	+4050 (+21,5%)
Importe NSW	+1600 (+8,9%)
Saldo	+1150 statt -1300

---

## 2. Korrekturen im Vorjahr:

ca. +28% bzw. +26% (Saldo damals ca. 1,4 Mrd. VM)

## 3. Konsequenzen für das Wachstum der NSW-Exporte und -Importe in vH

---

	wahr 86		gemeldet 86	
	Export	Import	Export	Import
wahr 87	+1,0	-12,7	-21,2	-12,7
	gemeldet 87		-7,9	-7,2

---

## 4. Veränderung des Außenhandelssaldos gegenüber dem NSW im Vergleich zum Vorjahr durch die Korrekturen der beiden Jahre

---

wahre Daten	von +800 zu -1300
gemeldete Daten	von +1400 zu +1150

---

4. *Das in Westdeutschland entstandene Bild von der DDR*

In diesem Kapitel soll versucht werden zu zeigen, wie die DDR in Westdeutschland wahrgenommen wurde, wie ihre Leistungsfähigkeit und der Lebensstandard in der DDR eingeschätzt wurden und welche Zukunftschancen man der DDR in der Bundesrepublik gab.

Es ist bekannt und wohl auch mit den westdeutschen Veröffentlichungen über die DDR belegbar, daß die DDR bis zuletzt im Westen überschätzt wurde und daß wohl auch kaum jemand mit dem plötzlichen Zusammenbruch der DDR, zumindest zu der Zeit, zu der er stattfand, gerechnet hat.

Bei der Beobachtung der DDR in der Bundesrepublik durch Wissenschaftler, Politiker und Journalisten hat es deutlich, recht unterschiedliche Etappen gegeben, die geprägt waren von Veränderungen des allgemeinen politischen Meinungsklimas (Abschnitt a). Den professionellen Forschern der DDR-Ökonomie sind zwar einige methodische Unstimmigkeiten der DDR-Statistik aufgefallen, aber grundlegende Zweifel an der Verwendbarkeit amtlicher statistischer Daten aus der DDR gab es im allgemeinen nicht (Abschnitt b). In den Abschnitten c und d wird gezeigt, wie die DDR eingeschätzt wurde



hinsichtlich globaler Indikatoren (wie Wachstum, Lebensstandard usw.) und wie jeweils ihre kurz- und mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik dargestellt wurde.

a) *Hauptrichtungen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik*

Es ist angebracht, im Zusammenhang mit einer Aufarbeitung der Geschichte der DDR auch einmal daran zu erinnern, welche Wandlungen das generelle politische Verständnis des „real existierenden Sozialismus“ in Westdeutschland durchmachte. Ein besonders wichtiger Einschnitt scheint mir die Zeit ab Mitte der 60er Jahre (Ende der Adenauer-Ära) bis zur Anfangszeit der sozialliberalen Koalition zu sein. Es gab damals einen erheblichen Linksruck im allgemeinen politischen Spektrum, die Studentenunruhen, für manche ein Vehikel für eine Revolution gegen den Kapitalismus (oder das „Establishment“, wie es damals hieß), eine Marx-Renaissance und den Ruf nach mehr Staat, mehr Planung und systemverändernde Reformen in „unserem“ (westlichen) System. Die Konvergenztheorie und die Ablehnung des bisherigen Denkstils als Antikommunismus war damals Mode. Es lohnt sich, einmal einige inzwischen längst vergessene Thesen der damaligen Zeit Revue passieren zu lassen. Dabei beschränken wir uns auf die Einschätzungen der DDR; auf die mindestens ebenso interessanten Aussagen über die angeblichen Reformfordernisse des kapitalistischen Systems, die damals diskutiert wurden, muß verzichtet werden. Nur einige Beispiele für die damalige Stimmung:

Die hinsichtlich der öffentlichen Meinung einflußreiche Presse zeigte viel Verständnis für die Probleme und die Aufbauleistung der DDR. So schrieb das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL schon 1962: „Der wirtschaftliche Aufbau Mitteldeutschlands mußte bis heute gegen Schwierigkeiten erkämpft werden, die jeden freien Unternehmer das Gruseln lehren würden (Nr. 60/1962, zitiert nach **1**, 69). Oder im gleichen Magazin heißt es am 18.12.1967: „...nicht erst seit dem Advent 1967 signalisieren volle Schaufenster und steigende Umsätze, daß – im Gegensatz zur zählebigen Westpropaganda – im deutschen Osten die Brüder nicht mehr darben und die Schwestern nicht länger hungern müssen. Denn nicht nur nach DDR-eigenen Erfolgsmeldungen hat sich der ostdeutsche Lebensstandard von Jahr zu Jahr verbessert.“ (zitiert nach **61**, 246).

Für Sebastian Hafner war schon 1966 der Beweis für die Leistungsfähigkeit des DDR-Systems erbracht. So schrieb er in einem Artikel in der Zeitschrift „Konkret“ im März 1966 (zitiert nach **61**, 199): „Der Beweis, daß eine intelligent geleitete sozialistische Planwirtschaft nicht weniger leistungsfähig ist als eine kapitalistische Marktwirtschaft, ist erbracht; und nichts verbindet die kommunistische Führung und die Bevölkerung der

DDR heute so sehr wie der Stolz darauf, daß er gerade in Deutschland erbracht worden ist.“

Im September 1967 kam es bei einer Tagung in Tutzing und im Dezember 1967 bei der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin (W) zu einer Art Aufstand einer sich fortschrittlich, ideologiefrei und empirisch empfindenden neuen Richtung der westdeutschen DDR-Forschung gegen den „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ und gegen Forscher, die auf deren Linie lagen und die nun als antikommunistisch-verbohrt galten (61, 244, 247). Auf die Streitfragen der damaligen Zeit und die eher enttäuschenden Erfolge der Herausforderer geht auch ein recht interessanter Leserbrief von Plück<sup>13</sup> ein (99). Unter heftigen Protesten wurde der Forschungsbeirat 1975 aufgelöst (mehr zu den politischen Details des Vorgangs 53, 445).

Die damals neue Sicht der Dinge kommt auch deutlich zum Ausdruck in den folgenden Formulierungen des erstmals 1971 vom DIW herausgegebenen Handbuchs „DDR-Wirtschaft“, in dem es im Vorwort heißt<sup>14</sup>, man wolle die DDR wertneutral, aus sich heraus verstehen: „Wie wertet jetzt der westliche, eben nicht-parteiische, sich nicht absichtlich irrende Wissenschaftler? Beurteilt er das ökonomische System für sich und damit als ineffizient, oder als Instrument einer Politik und dann vielleicht als richtig?“ (36, 23). Man ging zwar nicht so weit, wie damals viele Linke, daß man das System der DDR für Westdeutschland empfahl, aber man glaubte sich doch moderner, empirischer, und weniger ideologisch, indem man die DDR-Publikationen und natürlich auch Statistiken im Rahmen des DDR-Systems interpretierte, ohne darauf unsere Wertvorstellungen zu übertragen. In einer Schrift wird der ordoliberalen Sicht die „empirische“ Betrachtung gegenübergestellt (164), als ob erstere nicht empirisch sei, nur weil sie vielleicht nicht so viele Statistiken präsentiert! Implizit wird sie in dem obigen Zitat ja auch als parteiisch, sich absichtlich irrend, nur auf Ablehnung und Abschaffung der DDR gerichtet, kritisiert. Sie habe zu „Fehleinschätzungen der Gesamtlage“ geführt: Es „entgingen dieser Form der Diagnose die erheblichen Steigerungen der politischen Kraft und die Verbesserung der wirtschaftlichen Position der DDR“ (36, 23).

13 Ministerialdirektor Dr. Kurt Plück war von 1982 bis 1989 Leiter der Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Kultur“ im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Er kritisierte den „einlullenden Stil der Schönfärberei“ in der DDR-Forschung während der sozialliberalen Koalition, die von dem Grundsatz ausging, „es gelte das SED-System zu stabilisieren, um es zu humanisieren und zu pazifizieren“ (53, 416). In dem hiermit zitierten Leserbrief wird auch die Vermutung ausgesprochen, daß manche DDR-Forscher, u. a. auch im DIW, ihre Arbeit unter dem Motto verrichteten, „... der SED und ihrem Apparat gute Ratschläge für den Wandel zur anerkannten sozialistischen Herrschaft zu geben“.

14 Dabei ist zu bedenken, daß dieses Buch an die Stelle des Wirtschaftshandbuchs des o.g. Forschungsbeirats trat, das seinerzeit auf Weisung des innerdeutschen Ministeriums nicht veröffentlicht wurde (53, 444). Das im folgenden zitierte Vorwort stammt von K.D. Arndt, dem späteren Präsidenten des DIW (vgl. 53, 446, wo es ebenfalls zitiert wird).

Ein Protagonist dieser sich für wertfrei und modern haltenden Richtung war auf mehr politologisch-soziologischem Feld Peter Christian Ludz, der auch maßgeblich mitgewirkt hat bei den 1971 eingeführten Berichten der Bundesregierung zur Lage der Nation. Ludz glaubte, daß die DDR nach einer Phase der „Machtsicherung“ mit dem Mauerbau 1961 in ihre zweite (und letzte) Phase, die „Effektivierungsphase“ eingetreten sei, in der die alten unqualifizierten, aber linientreuen Parteiapparatschiks durch eine neue technokratische Elite ersetzt werde, die staatliche Unterdrückung nicht mehr so in Erscheinung trete, Terror nur noch als Möglichkeit bestünde und auch die Partei mehr und mehr sich um die Zustimmung der Bevölkerung bemühe (als Indiz dafür nahm man das NÖSPL-Experiment) (29, 7). Diese konvergenztheoretisch geprägte Sicht führte dann sogar zu Prognosen der politischen Entwicklung der DDR in den achtziger Jahren, die heute zu lesen geradezu peinlich ist. Danach träten in der DDR „immer stärker Grundzüge einer sowohl dynamischen und mobilen wie auch sozial stabilisierten Gesellschaft hervor, deren Wirtschaftssystem am Ideal der Leistungsgesellschaft technokratischen Typs orientiert ist“ (91, 215). Zu den dynamischen, qualifizierten Funktionärstypen zählte Ludz u. a. auch ausdrücklich Günter Mittag (91, 220). Leistungsgesellschaft, modernes Land und eine hierzu sowie zur politischen Führung loyale karrierebewußte und effizient arbeitende Bevölkerung, das war die Prognose. Von dieser Darstellung einer „neuen“ DDR-Gesellschaft waren auch, nach einem Eingeständnis von Klaus Bresser, die meisten westdeutschen Hörfunk- und Fernsehjournalisten beeinflusst (53, 300 f).

Alles andere als einen Zusammenbruch der DDR prognostizierte damals auch das DIW, das spätestens seit Beginn der sozial-liberalen Koalition quasi die Rolle eines amtlichen Begutachters der DDR-Ökonomie mit einem letztinstanzlichen Ansehen und insofern der SZS „übergeordnet“ (75) in der Bundesrepublik einnahm. In den ersten Materialien zum Bericht über die Lage der Nation (1971) schätzte das DIW das Niveau der Arbeitsproduktivität 1968 „dürfte in der DDR insgesamt etwa um ein Drittel niedriger sein als in der Bundesrepublik“ (24, 92), bzw. an anderer Stelle ist auch von 72% die Rede (24, 89). Das Niveau des Bruttosozialprodukts je Einwohner, das ebenfalls als globales Maß der Arbeitsproduktivität gilt, war nach Angaben der Materialien 1969 sogar in der DDR 85,8% der Bundesrepublik (1960 noch 79,1%), wobei jeweils mit einer Kursrelation 1:1 zwischen M und DM gerechnet wurde. Während des gesamten Zeitraums bis 1987 hielt das DIW etwa an diesen Relationen fest. Im Jahr 1987 trat mit dem „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation *im geteilten Deutschland* 1987“, eine gewisse Veränderung ein. Diese Materialien waren etwas anders gestaltet als die früheren Materialien, was schon durch die Hervorhebung im erweiterten Titel deutlich wird. In diesem Band war nämlich erstmals dem bisher allein vom DIW bearbeiteten

Teil (jetzt „Teil B“) ein „Teil A“ vorangestellt, in dem auch zahlreiche Wissenschaftler zu Wort kamen, die vom DIW abweichende Positionen vertraten. Ich habe über die (letzten) Materialien von 1987 ausführlich in einem Aufsatz berichtet (**89a**).

In den Materialien 1987 und in einer Schrift aus dem Jahre 1991 wurde vom DIW der Stand der DDR hinsichtlich der Arbeitsproduktivität vom DIW mit ca. 50–54% angegeben (**49**, 12, 18, ähnlich **34**), bezogen auf 1985.

Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre konnte sich die Tradition des Forschungs- beirats wieder politisch Gehör verschaffen. Im erwähnten Teil A der „Materialien 1987“ gelangten Autoren, die der „Forschungsstelle“ nahe standen auch zu wesentlich pessimistischeren Einschätzungen des Leistungs- und Wohlstandes der DDR und insbesondere auch der Reformfähigkeit der DDR als das DIW.

Angesichts der in dieser Studie dargestellten Informationspolitik der SZS und der Schwierigkeit, sich im Westen zutreffend über die DDR zu informieren, halte ich es nicht notwendig gleich für ehrenrührig, wenn man sich über die DDR geirrt und diese zu günstig eingeschätzt hat. Aber andererseits halte ich es auch für dringend geboten, sich im nachhinein zu Irrtümern zu bekennen. Wenn man schon von Politikern in dieser Hinsicht wenig erwarten kann (wer hat schon gesagt, er habe sich geirrt, als er für die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft plädiert hat?), dann sollten doch wenigstens Wissenschaftler in diesem Punkt mit gutem Beispiel vorangehen. Eine selbstkritische Bestandsaufnahme scheint mir auch im Sinne der Zielsetzungen der Enquête-Kommission geboten. Ihr Name heißt ja auch „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und nicht „...in der DDR“, und es ist ein Irrtum zu glauben, es gäbe Fehler nur in der DDR und nicht auch im Westen aufzuarbeiten (**53**, 60 f).<sup>15</sup> In diesem Zusammenhang scheint mir aber auch bemerkenswert, daß nicht nur Politiker und Wissenschaftler bislang ungenügend bereit waren, Irrtümer über die DDR einzugestehen. Das gilt auch für Journalisten, die vor Jahren in ganz anderen Tönen über die DDR berichtet haben (**53**, 394 ff) und hieran offenbar nicht mehr erinnert werden möchten. Das Fehlen von selbstkritischer Besinnung ist besonders bedauerlich bei einem Berufsstand, der sich als Wächter der öffentlichen Moral begreift.

Was die Ursachen der eklatanten Fehleinschätzung der DDR betrifft, so scheinen sie mir in zwei Punkten zu liegen:

<sup>15</sup> Mir scheint es z. B. nicht sehr aufrichtig zu sein, wenn dieselben Ökonomen, die sich in der „68er“-Zeit quasi für die Abschaffung der damals als reaktionär geltenden DDR-Forschung zugunsten einer „systemimmanenten“ Betrachtung stark machten, jetzt beklagen, daß es zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR im Westen keine „eigenständige Untersuchung des Sozialismus“ gab und daß man dort „gar auf eine schonungslose Kritik seiner real existierenden Varianten „verzichtet habe (**101**, 192). Und das wird dann als (erneutes) Versagen der bürgerlichen Ökonomie dargestellt.

- der „Relativismus der Systeme“ (54, 62, 53, 444), der beide Systeme auf die gleiche Stufe stellt, den totalitären Charakter der DDR und auch die immanenten Schranken einer Planwirtschaft ignoriert und den „Wettbewerb der Ordnungen“ (Willy Brandt, vgl. 53, 445) allein als eine Angelegenheit der Produktions- und Einkommensstatistik begreift (entscheidend war ferner, daß man sich im Westen offensichtlich leiten ließ von einer Vision über eine zukünftige DDR<sup>16</sup> und von politischen Rücksichtnahmen<sup>17</sup>).
- Überbewertung statistischer Indikatoren und Detailversessenheit bei Zahlenangaben, wobei die Begleitumstände, die für deren Interpretation wesentlich sind, mißachtet werden.

Zur Verdeutlichung nur jeweils ein Beispiel für den Relativismus (1) und die statistische Detailversessenheit (2):

(1) Im Jahre 1973 erschien eine Schrift der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich mit der Qualität des Lebens in beiden Teilen Deutschlands auseinandersetzt. Darin erhält die DDR in vielen Punkten gute bis sehr gute Noten: Es sei „unbestritten, daß die DDR auf dem Gebiet der Bildung einen Reformvorsprung vor der Bundesrepublik hat“ (47, 34), gelobt wurden auch die „unbestreitbaren Errungenschaften“ der DDR im Gesundheitswesen, im Umweltschutz (man betrachtete in erster Linie die gesetzlichen Vorschriften) und bei der Lösung der Verkehrsprobleme. Alle auch jetzt immer noch hervorgehobenen „Errungenschaften“ der DDR werden gewürdigt. Der einzige Mangel ist (ganz unabhängig, losgelöst von den Errungenschaften und ohne daß dies weiter ausgeführt wurde): die DDR ist keine pluralistische Demokratie. Der totalitäre Staat erscheint also nur noch als ein beiläufig

16 Die Vision der zukünftigen DDR hatte die folgenden Züge, die bereits in den Aussagen von Ludz anklagen: endgültige Erledigung des Themas „Wiedervereinigung“ (zwei Staaten und etabliertes DDR-Nationalgefühl), Sozialismus reformiert sich aus eigener Kraft zu einem stabilen System ohne autoritäre Züge, Interessensharmonie von Staat und Gesellschaft, hochentwickelter moderner Industriestaat, Herrschaft einer technokratischen Elite. Es ist nicht nur interessant zu fragen, aus welchen Beobachtungen eine solche Vision, die ja offensichtlich **nicht** eingetreten ist, abgeleitet worden ist, interessant ist es auch zu fragen, warum und mit welchen Folgen die Vision unsere Wahrnehmung der Realität bestimmte.

17 Die Rücksichtnahmen sind eine Konsequenz der Entspannungspolitik. Mit ihr war nicht nur verbunden, daß man glaubte, die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR als „Vorleistung“ einbringen zu müssen (über dieses Motiv mehr in 53, 139), sondern auch das Gefühl, daß die Hervorhebung negativer Aspekte der DDR von dieser als Feindseligkeit empfunden werden würde und die Entspannungspolitik gefährden könnte. Bezeichnend ist z. B. in diesem Zusammenhang, daß die Staatssicherheit (Stasi) der DDR erst zu einem Zeitpunkt, als es sie nicht mehr gab, zu einem Gegenstand westlicher DDR-Forschung wurde (53, 433). Geradezu ein Dogma war auch die Auffassung, daß die Teilung Deutschlands ein Element des Friedens und der Sicherheit in Europa war. Der status quo und die Selbstdarstellung der DDR waren also Maßstäbe für die Wahrnehmung der DDR im Westen geworden. Jetzt, im nachhinein sieht man, daß die Wahrnehmung falsch war, z.T. schon allein deshalb, weil die Selbstdarstellung der DDR falsch war. Die Lehre, die man daraus ziehen könnte ist nicht, daß die Entspannungspolitik falsch war, sondern daß es falsch war, nicht dafür zu sorgen, daß sich die Forschung unabhängig von Rücksichtnahmen auf den Zeitgeist und die Politik entwickeln konnte. Gerade in der DDR-Forschung gab es ja wohl eine große finanzielle Abhängigkeit von der Politik.

erwähntes Randproblem. Die neutrale, wertfreie und objektive Analyse ist eine Illusion und eher ein Produkt des Unvermögens, die Bedeutung des Faktors Wirtschafts**ordnung** zu erkennen.

- (2) Genau dieses Unvermögen berührt auch die Interpretation statistischer Daten. Die SZS hat 1989 das Anlagevermögen (Grundmittelbestand) der DDR mit 1,7 Bill. Mark beziffert. Es ist letztlich von geringer Bedeutung, wenn man geltend macht, daß der wahre Wert vielleicht nur 1,65 Bill. Mark sein könnte, weil die DDR keine korrekte Preisbereinigung betrieben habe (und von dieser Art war die Kritik z. B. des DIW an den DDR-Statistiken meist). Das ist irrelevant oder eigentlich sogar irreführend, wenn sich herausstellt, daß diese Zahl, gemessen an den Maßstäben des internationalen Wettbewerbs eine „Fata Morgana“ war, „die mit dem Fall der Mauer und der Einführung der Marktwirtschaft im Nichts verschwand“ (108, 29). Daß sie im Nichts verschwand zeige sich, so der zitierte Autor, an den Verkaufs“erfolgen“ der Treuhand. Es gab ja eine Zeit, in der man sich Gedanken machte, wie der Privatisierungsgewinn am besten verteilt werden könnte.

Es sind dieselben Institute und Fachleute, die damals Zahlen, wie die 1,7 Bill. Mark praktisch mehr oder weniger übernahmen, was dann ja auch solche Gewinnverteilungsdiskussionen rechtfertigte, die jetzt (1993) Berechnungen über den Sanierungsbedarf der DDR vorlegen, in denen es von zwei- und dreistelligen Milliarden-Beträgen nur so wimmelt. Das scheint mir ein Widerspruch zu sein, der durchaus auch eine Aufarbeitung westdeutscher Fehlleistungen anregen sollte, von Fehlleistungen, die nicht mit einer arglistigen Täuschung durch die DDR entschuldigt werden können.

Der ausführliche Rückblick auf Grundsatzdiskussionen der frühen 70er Jahre in Westdeutschland zur Methode der „DDR-Forschung“ scheint mir aus bestimmten Gründen nicht unwichtig zu sein. Er zeigt nämlich, daß mit der vom DIW dominierten Betrachtungsweise der Westen

- **nicht** schicksalhaft auf die DDR hereingefallen ist, daß er sich also nicht zwangsläufig in die Rolle eines Opfers begab, sondern daß
- das DIW vielmehr **offensiv**, auch gegen andere Meinungen, eine Position vertrat, die dies begünstigte, und die sich als überlegen, wertneutral, objektiv und fortschrittlich empfand

*Exkurs: Eine westdeutsche Prognose des Sieges der DDR über die Bundesrepublik im Wettbewerb der Systeme*

Welche groteske Formen die Fehleinschätzung der DDR in Westdeutschland zur Zeit der beschriebenen „Revolution“ in der DDR-Forschung annehmen konnte, sei kurz anhand einer 1966 erschienenen Schrift von Hans Apel (1) belegt. Der Autor, sicher ein Außenseiter, gab sich als Kenner der

deutschen und amerikanischen Wirtschaft aus, der nach eigenen Aussagen in den USA erfolgreich Prognosen aufgestellt habe. Er schätzte einen Anstieg des Nationaleinkommens der DDR von 1965 bis 1970 um fast 35% und des „persönlichen Einkommens“ (eher: verfügbares Einkommen) um 42,5% (die beiden letzten Statistischen Jahrbücher der DDR weisen eine Steigerungsrate von ca. 23% für das Nationaleinkommen in diesem Zeitraum aus). Die Einkommensverteilung bewegte sich nach Apel in der DDR schon 1966 auf etwa dem Niveau von 90% der Westeinkommen und weil es keine Reichen gäbe, andererseits man aber wirklicher Armut Herr geworden sei, sei die Verteilungssituation der DDR eher besser als im Westen. (1, 187). Apel glaubte, daß mit „einem Gleichstand im materiellen Lebensstandard schon Anfang der 70er Jahre“ zu rechnen sei, so daß viele in den Osten zurückkehren werden, bzw. auch aus der Bundesrepublik in die DDR auswandern werden. „Am Ende des Jahrzehnts, in dessen früherer Zeit die Mauer errichtet wurde, mag die Trennungswand wieder gefallen sein“ (1, 245 f). Auch dieses Buch machte ausgiebig Gebrauch von Statistiken und verstand sich als Versuch, „die vorherrschende Diagnose über die Krankheit der DDR zu korrigieren und sie realistischer zu gestalten“ (1, 205). Wie man sieht, trug das mit den beiden Punkten „Relativismus der Systeme“ und „Überbewertung statistischer Indikatoren“ beschriebene Programm einer DDR-Forschung schon merkwürdige Früchte.

b) *Aufdeckung methodischer Probleme der DDR-Statistik im Westen*

Es gab einige wiederkehrende kritische Anmerkungen zur Statistik der SZS in westlichen empirischen Arbeiten. Sie betrafen insbesondere

- bestimmte Gebiete der Statistik, wie die Preisstatistik, insbesondere die Preisbereinigung (Deflationierung) und die Außenhandelsstatistik
- Unklarheiten bei der verwirrenden Vielfalt der Begriffe (z. B. Investitionen in den verschiedensten Abgrenzungen) sowie eine Kritik der Uneinheitlichkeit der Begriffe in Plänen und Planerfüllungsberichten
- erkannte Einseitigkeit und Schönfärberei in verbalen Darstellungen sowie Sparsamkeit bei der Angabe methodischer Details (z. B. die Kritik, daß nicht deutlich wird, ob die Daten arbeitstäglich bereinigt sind (118)),

alles Mängel der DDR – Statistik, die gewollt waren (was man damals natürlich im Westen nur vermuten konnte). Es gab auch gelegentlich recht unbestimmte Zweifel, weil „Ungereimtheiten, Verzerrungen und offensichtliche Fehler“ (171) vermutet wurden.

Zweifel an der Seriosität der DDR-Statistik wurden nach der beschriebenen Wende in der DDR-Forschung zur „systemimmanenten“ Analyse seltener geäußert als vorher. Hans Dieter Schulz vom Berliner Deutschlandfunk, der sehr kritisch der DDR-Statistik gegenüber eingestellt war (53, 403) sprach

von einer proletarischen und patriotischen Pflicht, „den Klassenfeind zu täuschen“ (136, 113) und stellte auch fest, was nach unserer Erkenntnis richtig sein dürfte, daß mit wachsenden ökonomischen Problemen in der DDR die Statistik noch weniger vertrauenswürdig wurde (136, 138). Abgesehen von Zweifeln im Detail galt generell jedoch die Feststellung von Doris Cornelsen, es herrsche unter den DDR-Forschern in der Bundesrepublik „weitgehende Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Daten von dieser nicht bewußt verfälscht oder manipuliert wurden“ (31, 42). Diese Einschätzung der Statistik sozialistischer Länder war allerdings seinerzeit auch in anderen westlichen Ländern nicht unüblich: „Bewußte Fälschungen werden außer von der Moskauer Polemik gegen China, heute meist nicht mehr unterstellt“ (17, 20.)

Statistische Ungereimtheiten, die in Westdeutschland, insbesondere auch dem DIW aufgefallen sind, betrafen vor allem die

- (1) vermutlich überhöhten wertmäßigen Angaben bei der Produktion (aufgrund der Preise bzw. Preisbereinigung, aber auch aufgrund von Abgrenzungen) und auch vermutlich überhöhte Wachstumsraten;
- (2) Außenhandelsstatistik: z. B. Abweichungen aggregierter von nicht aggregierten Daten, oder von Angaben der DDR einerseits und von den Handelspartnern andererseits usw.

### Zu 1:

Es war im Westen bekannt, daß die Abgrenzung und Bewertung der Produktion undurchsichtig war und wohl auch zu überhöhten Ergebnissen führte. Abgrenzungen, wie (Produktion) „im Bereich der Industrieministerien“ oder „zentralgeleiteter Betriebe“ wurden als verwirrend empfunden, Konzepte wie Bruttoproduktion und Industrielle Warenproduktion (IWP) sind nicht ohne Doppelzählungen aggregierbar und das Verfahren der Preisbereinigung (Bewertung der Produktion zu „vergleichbaren“ Preisen, bzw., in westlicher Terminologie: zu „konstanten“ Preisen) durch die Betriebe, d. h. die Befragten selber wurde mit Mißtrauen betrachtet. Hinzu kam, daß die Betriebe auch Preiszu- und -abschläge bei Qualitätsveränderungen vornehmen sollten. Vermutet wurde auch, daß der „Preiseffekt“ bei der Nettoproduktion stärker zu Buche schlägt als bei Bruttoproduktionswerten (197, 59). Vermutungen, daß Produktionsdaten aufgrund der Preise überzeichnet seien, wurden schon früh geäußert (68) und auch gelegentlich quantifiziert (aus 32 ergibt sich, daß die jährliche Wachstumsrate der IWP um etwa 0,6% überhöht sein könnten). Auch bei Preisvergleichen (vgl. Abschn. c zur Berechnung der Kaufkraftparität durch das DIW) war man sich im Westen bewußt, daß die Preisstatistik der DDR zahlreiche Schwachstellen hatte und daß Faktoren, wie Defizite bei Dienstleistungen, Aufwand zur Warenbeschaffung, nichtmarktliche Versorgung (z. B.



Schattenwirtschaft) usw. zu berücksichtigen sind, aber die Quantifizierung solcher Einflüsse war im Westen natürlich kaum möglich.

## Zu 2:

Unstimmigkeiten in der Außenhandelsstatistik sind im Westen durchaus aufgefallen und es ist auch bemerkt worden, in welche Richtung (Aggregate erhöhend oder senkend) offenbar bestimmte Fehler in der Statistik wirken könnten. Aber es bestand stets Unsicherheit darüber, worauf Abweichungen der offiziellen Außenhandelszahlen der DDR von Schätzungen des Westens zurückzuführen sind. Manipulationen der DDR konnte man zwar vermuten, nie aber wirklich beweisen. Bekannt war, daß die Abweichungen von Angaben der Partnerländer des internationalen Handels oft erheblich waren, daß die Export- und Importangaben der DDR offenbar überhöht waren, andererseits aber z. B. der innerdeutsche Handel vermutlich aus politischen Gründen zu niedrig ausgewiesen wurde und bekannt war schließlich auch, daß Unklarheiten in den Daten über Erdölimporte (Mengen) bestanden (**38, 58, 195**).

Daß ausgerechnet bei Außenhandelsdaten Unstimmigkeiten der DDR-Statistik im Westen aufgefallen sind, also genau auf dem Gebiet, auf dem in dieser Studie Fälschungen nachgewiesen werden konnten, dürfte wohl daran liegen, daß man in der (alten) Bundesrepublik, insbesondere im DIW viel Mühe auf die Sichtung und Überprüfung von Statistiken verwandt hat und daß auf diesem Gebiet noch am ehesten von außen Kontrollen möglich waren. Damit ist zwar nicht bewiesen, daß die DDR-Statistik auf anderen Gebieten zuverlässiger war, es spricht nur dafür, daß krasse Manipulationen bei der Außenhandelsstatistik auf die Dauer wohl schwerer durchzuhalten sind als auf anderen Gebieten.

Bei der Frage nach den Ursachen für Abweichungen der DDR-Statistik war man im Westen auch gerne bereit, diese eher in westlichen Statistiken zu suchen. Fälschungen durch DDR-Statistiken mußte man nicht gleich vermuten. Denn es gab genügend andere Gründe, die man dahinter vermuten konnte: die Abgrenzung des Handels (General-/Spezialhandel), die Ländergliederung, die Verbuchung von Dreiecksgeschäften, getrennte Umrechnungskoeffizienten für Devisen bei Export und Import und vor allem die Bewertung (der Kurs) der künstlichen Recheneinheit „Valutamark“ (**38, 182, 213**).

Zusammenfassend kann man sagen: gerade auf dem Gebiet des Außenhandels gab es zwar die Möglichkeit, unabhängige Kontrollrechnungen aufzumachen und so die Plausibilität der DDR-Angaben zu überprüfen, gerade auf diesem Gebiet gab es aber auch viele Möglichkeiten, bei Unstimmigkeiten ganz harmlose methodische Unterschiede als Ursache zu vermuten.

c) *Einschätzung der Position der DDR im internationalen Vergleich hinsichtlich globaler Wirtschaftsindikatoren*

Als globaler Indikator wird beim Systemvergleich gerne die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität herangezogen. Daß gerade in sozialistischen Ländern dieser Zahl eine außergewöhnliche Bedeutung beigemessen wurde hat eine lange, auf Lenin zurückgehende Tradition<sup>18</sup>. Ein anderer für eine globale Einschätzung der DDR wichtiger Bereich ist der Komplex Lebensstandard, Einkommen, Verbrauch und die Kaufkraft des Geldes.

1. *Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-Sozialprodukt*

Korrekt gemessen verlangt die Messung der Arbeitsproduktivität ein Maß der realen, preisbereinigten Nettoproduktionsleistung und des Arbeitsinputs (in Personen oder Stunden gemessen). Beim internationalen Vergleich ist auch darauf zu achten, daß Unterschiede beim Produktionsbegriff, bei den Preisen, der Abgrenzung des Arbeitsvolumens sowie der Struktur der Beschäftigten berücksichtigt sind. Ob dies geschehen ist, soll im folgenden nicht jeweils dargestellt werden. Dies mag ein Blick auf die zitierte Literatur ergeben.

Ein grober Indikator für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität ist auch das Inlands- oder Sozialprodukt (BIP/BSP) je Erwerbstätigen (bzw. je Beschäftigten)<sup>19</sup> oder (bei vergleichbarer Erwerbsquote) auch je Einwohner, wobei das BSP je Einwohner auch als Wohlfahrtsmaß gilt. Für die 80er Jahre wurden die verschiedensten Schätzungen westlicher Autoren hinsichtlich dieser Indikatoren in einer Schrift zusammengefaßt (69): setzt man die Bundesrepublik = 100, so schwankten die Schätzungen des BIP bzw. BSP je Einwohner zwischen 33 und 102 und je Erwerbstätigen zwischen 33 und 70.

Bemerkenswert ist die **Spannweite** der Schätzungen und auch ob diese vor oder nach der Wende, also dem Krisenjahr 1989 abgegeben wurden. In Übers. 1 findet sich eine Zusammenstellung von Aussagen des DIW.

**Vor der Wende:** Im ersten Bericht zur Lage der Nation gab das DIW, wie dargestellt, einen Produktivitätsrückstand der DDR um ca. 30% an (24, 89) und dies wurde auch in den 70er und 80er Jahren (bis zu den erwähnten „Materialien“ 1987) im wesentlichen so beibehalten.

Das DIW gab für die Jahre 1967, 1973, 1976 ein Niveau des (nach westlicher Methode) geschätzten BSP je Beschäftigten der DDR in

18 Lenins vielzitatierter Satz „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ steht in seiner Schrift „Die große Initiative“ (Juli 1919).

19 Weil häufig die Gliederung der Beschäftigten in Arbeiter, Angestellte und Selbständige usw. nicht bekannt war, mußte man sich mit einer solchen Näherung an die Arbeitsproduktivität begnügen.

Höhe von 67, 64 und 63% Westdeutschlands an. Es war üblich, den Produktivitäts-Rückstand der DDR mit etwa 1/3 zu beziffern (z. B. **164**, 54, **36**, 122, **151**, 82, **192**, 363, **37**, 101, **188**, 196, **29**, 49) und beim Indikator BSP je Einwohner mit nur etwa 1/5. Das Niveau des BSP je Einwohner sei in der DDR 1976 ca. 78–83% des Stands von Westdeutschland schreibt H. Wilkens und dabei sei auch zu berücksichtigen, daß das repricing (Bewertung der Produktion eines Landes mit Preisen des anderen Landes) nicht vollständig erfolgen konnte. Dies stelle die DDR aber nur um 2–3% zu günstig dar (**164**, 50). Dieser angeblich so geringe Fehlerbereich erweckte den Eindruck einer recht genauen und sorgfältig erarbeiteten Aussage.

Auch andere, sich meist auf das DIW berufende Schriften, sprechen von einem Rückstand der Arbeitsproduktivität oder z. B. auch der realen Arbeitseinkommen von etwa 1/3 (**47**, 20, **21**, 127, 134), wobei hinsichtlich der Einkommen, so wurde betont, das Bild für die DDR evtl. noch günstiger sei, wenn man kostenlose Gesundheitsdienste u.ä. berücksichtige. Im „Zahlenspiegel“ 1978 der Bundesregierung (**27**, 44) findet man auch folgende Relationen: BSP je Einwohner 83 und je Beschäftigten 63 (also ein Rückstand von 17% bzw. 37%).

Mit einem Produktivitätsrückstand von etwa einem Drittel lag das DIW Anfang der 70er Jahre durchaus in dem Rahmen, in dem sich auch Studien aus dem westlichen Ausland bei der Einschätzung der DDR bewegten (**17**, 160). Bei der Messung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft konnte man für den Output mit Mengen- statt Wertangaben operieren, so daß das Problem der Preisbereinigung nicht auftrat. Hier ermittelte man im Westen (auch in Westdeutschland) niedrigere Arbeitsproduktivitäten, einen Rückstand der DDR um z.T. 50% (**65**), was aber auch darin begründet sein dürfte, daß die Landwirtschaft eine geringere Arbeitsproduktivität hatte als das (die Gesamtwirtschaft dominierende) produzierende Gewerbe der DDR.

Mit solchen Einschätzungen war die westliche Literatur nicht weit entfernt von der offiziellen Darstellung in der DDR selber. Auf dem VI. Parteitag der SED 1963 gab Ulbricht den Rückstand der DDR nur mit rund 25% an (**17**, 176, nach Honeckers Aussage sogar nur 20% (zitiert in **134**, 2)). Später schätzte die SZS diese Zahl mit etwa 30% und Honecker mußte „öffentlich eingestehen, daß sich der Rückstand der Arbeitsproduktivität in der Zeit seiner Amtsführung von 25 auf 30 Prozent vergrößert hat“ (**14**, 88). Erst nach der Wende hat sich das damalige Statistische Amt der DDR (als Nachfolgerin der SZS) selbst korrigiert und für 1988 erstmals einen Rückstand von 40% angegeben. Auch internen Arbeitsunterlagen der SZS für die politische Führung der DDR zufolge (**D 10.2**) waren die Relationen in der Arbeitsproduktivität 1970: 69 vH, 1980: 70 vH und 1987: 72 vH

(und 1983: 70% (**D 12.3**)) des Standes der Bundesrepublik. Dabei gelangte man jedoch auch zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem ob man der Nationaleinkommensberechnung der beiden Länder ihre jeweiligen Preise oder in beiden Ländern die gleichen Preise zugrundelegte. Das ist ein Aspekt, der wegen des recht unterschiedlichen Preisniveaus von Hightech-Produkten sehr bedeutsam ist. Noch 1988 rechnete die SZS mit einem Niveau des BSP (bzw. des Nationaleinkommens) je Einwohner von 80% (bzw. von 94%) (**D 10.1**).

**Nach der Wende** in der DDR veröffentlichte das DIW einige Studien zum Produktivitätsvergleich (**34, 49, 14, 65**), die u. a. auch Bezug nehmen auf Studien des westlichen Auslands und indirekte Vergleiche zwischen der Bundesrepublik über ein drittes (RGW-) Land. Darin ist zunächst noch von einem Rückstand der DDR um ca. 50% die Rede (**49, 12**), allerdings in einigen anderen, sich auf das DIW berufenden Darstellungen, sogar von einem noch größeren Abstand, z. B. heißt es, „daß ein Erwerbstätiger in der DDR pro Jahr nur 37 Prozent dessen hervorbringt, was die Erwerbstätigen in der Bundesrepublik erreichen. Zuvor angestellte Berechnungen waren überwiegend zu dem Ergebnis gekommen, daß der Produktivitäts-Rückstand der DDR „nur“ etwa 50% betrage“ (**30, 21**).

In der ausführlichen Studie des DIW aus dem Jahre 1991 wird einleitend festgestellt, daß in der DDR angestellte Vergleichsrechnungen den Produktivitätsrückstand offiziell nur mit 30 vH bezifferten „mit dem Hinweis, daß diese Relation schon in den siebziger Jahren bestanden habe und seitdem unverändert geblieben sei“ (**49,11**) und daß man sich in der DDR erst **nach** der Wende zu einer Korrektur (40% statt 30%) bereitfand. Nicht erwähnt wird aber, daß das DIW lange Zeit von ganz ähnlichen Zahlen (ca. 30%) ausging.

Sehr grundsätzlich war die Auseinandersetzung mit der Aussagefähigkeit der Produktivitätsvergleiche gleichwohl auch nach der Wende nicht. Es sei jedoch eine kritische Stimme zitiert:

„Schätzungen westlicher Experten über die Leistungskraft der ehem. DDR – Wirtschaft – zeitweilig zählte man die ehemalige DDR zu den zehn stärksten Industrienationen der Welt – waren eine Fata Morgana, die mit dem Fall der Mauer und der Einführung der Marktwirtschaft im Nichts verschwand. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezifferte Mitte der achtziger Jahre den Produktivitätsrückstand der ehemaligen DDR-Wirtschaft auf rund 50 vH – und rückte von dieser Schätzung zunächst nur zögernd ab. Aber auch andere westliche Forscher sind dem Trugschluß erlegen, daß die statistischen Kennziffern der sozialistischen Planwirtschaft in ähnlicher Weise interpretierbar sind wie entsprechende Kennziffern aus der Welt der westlichen Marktwirtschaften. Wohlgermerkt: Es war damals schon nicht dasselbe, ob man die physische Produktionsleistung eines Arbeiters im Trabant – Werk Zwickau mit der eines Arbeiters im VW – Werk Wolfsburg

oder ob man die Arbeitsproduktivität bei VW mit der bei General Motors oder Fiat verglich. An dem Tag, an dem sich die Mauer öffnete und die Menschen der ehemaligen DDR die Möglichkeit erhielten, ein Auto aus westlicher Produktion zu kaufen, wurden solche Produktivitätsvergleiche zwischen sozialistischen Planwirtschaften und westlichen Marktwirtschaften Makulatur.“ (108, 29 f)

Makulatur wurden genauso der Kaufkraftvergleich M – DM, die bekannte Aussage über das Produktivvermögen der ehemaligen DDR (die „berühmten“ 1,7 Billionen) oder auch viele Feststellungen des DIW in den „Materialien 1987“ (vgl. hierzu **89a**), wie etwa – um nur ein Beispiel zu nennen –, daß die Kapitalintensität der DDR ähnlich hoch sei wie in Westdeutschland (der Arbeitsplatz koste 150000 M statt 160000 DM, was ja auch den Eindruck eines ähnlichen Stands der Technik vermittelt).

Zusammenfassend läßt sich die Revision des Bildes, das sich der Westen von der Wirtschaftskraft der DDR machte, **nach** der Wende wohl am treffendsten wie folgt charakterisieren: „Im Vergleich mit der Leistung anderer Staaten der Europäischen Gemeinschaft stand die DDR also nicht, wie bis dahin immer wieder behauptet, auf der gleichen Stufe wie Großbritannien oder Italien, sondern auf der von Portugal oder Griechenland.“ (53, 448), oder auf der eines „auf Entwicklungshilfe angewiesenen Schwellenlandes“ (22 zitiert nach 53, 448). Der Vergleich der DDR mit Italien und Großbritannien findet sich auch in internen Unterlagen der SZS (vgl. den oben zitierten Brief Dondas an G.M. vom 30.1.76). Offenbar mit Bezug auf diese SZS-Ausarbeitung brachte sogar 1982 Honecker den Vergleich mit Italien und Großbritannien öffentlich (134.2).

*Übersicht 1:* Angaben des DIW zur Produktivität der ehemaligen DDR

- 1971 Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, Bonn 1971:  
Das Niveau der Produktivität“dürfte in der DDR insgesamt etwa um ein Drittel niedriger sein als in der Bundesrepublik“.
- 1985 Handbuch DDR-Wirtschaft, erweiterte und aktualisierte Auflage, Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:  
„Das Gesamtbild zeigt, daß die DDR je Einwohner etwa drei Viertel der westdeutschen Leistungen erreicht.“ Der Produktivitätsrückstand“liegt bei 40 vH und wird zum Teil dadurch wettgemacht, daß der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung (1980) in der DDR mit 55 vH erheblich höher ist als in der Bundesrepublik (43 vH).“ (S. 141) (Aussagen beziehen sich auf das Jahr 1980)
- 1987 Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1987, Bonn 1987:  
Das Produktivitätsniveau der DDR im Jahr 1983 wird auf 52 vH des Niveaus der Bundesrepublik geschätzt. (Vgl. Übersicht 3.1.–29 S. 390)  
Insgesamt ergibt sich“ein Produktivitätsrückstand der DDR von rund 50 vH. In den Materialien von 1971 war für Ende der sechziger Jahre der Produktivitätsrück-

- stand noch mit rund 30 vH beziffert worden. Die Korrektur ist im wesentlichen das Ergebnis der Neuberechnung für die Industrie.“ (S. 479)  
Insgesamt“verbesserte sich die Arbeitsproduktivität zugunsten der DDR ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre“ bis zum Jahr 1983. (S. 391)
- 1990 Cornelsen, Doris und Kirner, Wolfgang: Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR, DIW Wochenbericht 14/1990:  
„In den Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1987 hat das DIW die Produktion je Arbeitskraft in der DDR im Jahr 1983 auf rund 50 vH derjenigen in der Bundesrepublik beziffert.“ Ansonsten keine neuen Schätzungen der Produktivität.
- 1991 Görzig, Bernd und Gornig, Martin: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR, Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung Heft 121, 1991:  
Hier wird die Arbeitsproduktivität des Verarbeitenden Gewerbes der DDR auf 53 vH (1988) des Niveaus der Bundesrepublik geschätzt. (für 1970 45 vH und für 1980 48 vH) (Tab. 2/4 S. 27)
- 1992 Görzig, Bernd: Produktion und Produktionsfaktoren für Ostdeutschland, Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung Heft 135, 1992:  
Die Arbeitsproduktivität des Verarbeitenden Gewerbes der DDR wird für 1989 auf 43,4 vH des westdeutschen Niveaus (44,7 vH für 1980) und die Beschäftigtenstundenproduktivität für 1989 auf 40,6 vH geschätzt (44,2 vH für 1980).
- zusammengestellt von Dipl. Kfm. Klaus Keysberg

## 2. *Lebensstandard, Einkommen und Verbrauch*

Die Fehleinschätzung der DDR im Westen beruhte größtenteils auf einer Überschätzung

- der Leistungskraft, des Wachstumspotentials und der Reformfähigkeit sowie
- der sozialen Stabilität des Systems in der DDR.

Trotz kritischer Bemerkungen z. B. zur Außenhandels- und Umweltpolitik der DDR sowie zur Förderung der Mikroelektronik schrieb A. Wagner: „Die Frage nach etwa vorhandenen absoluten Grenzen weiteren Wirtschaftswachstums in der DDR ist mit Nein zu beantworten“ (158, 69). Nach allgemeiner Auffassung drohte der DDR also keine Gefahr durch nachlassende Wirtschaftskraft oder soziale Instabilität. Eine zwar langsame aber befriedigende Entwicklung des Lebensstandards der DDR erschien im Westen gesichert.

Sieht man von den Weiterungen um zahlreiche qualitative Faktoren der sog. „Qualität des Lebens“ ab, so wird die materielle Wohlfahrt entscheidend von der Entwicklung der Nominal- und mehr noch der Realeinkommen bestimmt. Was letztere betrifft, so wurde sie offensichtlich überschätzt und die genannten qualitativen Faktoren haben in Ost **und** West immer

wieder erhalten müssen, um die statistischen Ergebnisse dem positiven oder negativen Vorurteil über die DDR anzupassen.

In DDR-Schriften über das Lebensniveau<sup>20</sup> in der DDR werden meist Hinweise auf solche Faktoren gegeben. Erwähnt wird in DDR-Veröffentlichungen die Sicherheit des Arbeitsplatzes, unentgeltliche Dienstleistungen des Staates, soziale und kulturelle Betreuung der Bevölkerung durch Staat, Partei und Betriebe und insbesondere auch Bewußtseinsfaktoren, ausgedrückt „in der prinzipiellen Übereinstimmung der Interessen des einzelnen mit denen des jeweiligen Kollektivs und denen der Gesamtheit „(5, 14). Mit einer solchen Komponente der Lebensqualität kann es natürlich nie ein Defizit an Lebensstandard geben. Sollte jemand unzufrieden sein, so ist eben sein Bewußtsein noch nicht auf der Höhe der „fortgeschrittensten Werktätigen“ (5, 14). Bei den zahlreichen sozialistischen „Errungenschaften“, wie unentgeltliche Leistungen, die auch im Westen immer wieder als ein Einkommenselement betrachtet worden sind, ist oft vergessen worden, daß die Funktion solcher „indirekter Einkommen“ auch „die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten“ war (5, 89), wofür es im Westen nicht Vergleichbares gab.

Im Bericht zur Lage der Nation 1971 wurde zwar festgestellt, daß sich der Abstand zwischen West- und Ostdeutschland im Laufe der 60er Jahre hinsichtlich des materiellen Lebensstandards vergrößert hat (24, 125, ähnlich 151, 111), aber das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer betrug immerhin 1965 nach Angaben des DIW 77,6% (24) und 1970 ca. 68% (77) des Niveaus der Bundesrepublik. Die entsprechende Relation bei den Rentnern war sehr viel schlechter (35 bzw. 31%). Die Nettoverdienste (Arbeitseinkünfte) der Arbeitnehmer waren danach Anfang der 70er Jahre um ca. 30% niedriger als im Westen (24, 36, 194). Bei den ebenfalls für Vergleiche interessanten Haushaltsnettoeinkommen gab es unterschiedliche Einschätzungen: der Abstand im Niveau wurde größer (36, 197) oder kleiner (151, 113) eingeschätzt (letzteres wegen der in der DDR größeren Häufigkeit mitverdienender Ehefrauen). Einkommensvergleiche sind aus bestimmten nachfolgend genannten Gründen nicht ganz einfach und auch in der Folgezeit nicht sehr häufig angestellt worden.

Bei den Verdiensten (Arbeitseinkommen) gab die DDR nur Zahlen für vollbeschäftigte Arbeitnehmer in volkseigenen Betrieben an, die wegen der Nichtberücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten überhöht gewesen sein könnten. Zu fragen war ferner, ob man die DDR-Daten mit den westdeutschen Brutto- oder Nettoverdiensten und mit den nominalen oder realen Verdiensten vergleichen sollte, da ja in der DDR erheblich weniger

20 Entgegen der in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur häufig vorgenommenen Differenzierung wird im folgenden nicht unterschieden zwischen Begriffen wie Lebensstandard, -niveau, Wohlstand, Wohlfahrt u.ä.

Abzüge vorgenommen wurden und, zumindest statistisch keine Zunahme der Verbraucherpreise bestand. Verglichen mit den realen Nettoverdiensten hat in der DDR danach auch in den 80er Jahren ein Rückstand der DDR um nur ca. 30% bei den Verdiensten bestanden (Daten bis 1988) und bei den monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt) wurde für 1988 ein Rückstand von ca. 40% (2.321 M gegenüber 3.906 DM vgl. **30**, 23 f) geschätzt (ähnlich auch für 1982, vgl. **29**, 55: 1.510 M gegenüber 2.691 DM). Bekannt ist schließlich auch, daß im Systemvergleich mit einem unterschiedlichen relativen Gewicht des kollektiven (Staats-) und privaten Verbrauchs zu rechnen ist, so daß das private verfügbare Einkommen die wahren Verbrauchsmöglichkeiten in einem sozialistischen Land wie der DDR evtl. unterschätzt. Bei dem Vergleich der Verbrauchsaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind aber die unterschiedlichen Abgrenzungen dieses Rechenwerks zu beachten (**88**). Schätzungen eines vergleichbaren BSP, bzw. Privaten Verbrauchs je Einwohner ergaben für 1969 ein Niveau der DDR von 85,6 bzw. 82,6% des Niveaus der Bundesrepublik (**24**). Hinsichtlich solcher Indikatoren, von denen man aus den genannten Gründen geltend machen kann, daß sie vielleicht noch aussagefähiger sind für den Ost-West-Vergleich des Lebensstandards als ein Vergleich der Nominaleinkommen, wurde also das relative Niveau der DDR im Westen somit noch stärker eingeschätzt als mit der Entwicklung der Nominaleinkommen.

Man darf annehmen, daß im Zweifel die Position der DDR im Vergleich zur BRD in der DDR selber, also von der SZS auch bei den Einkommen eher noch etwas günstiger für die DDR dargestellt wurde. In dem bereits erwähnten<sup>21</sup> Dokument **D 12.2** wurde auf der Grundlage einer Kaufkraftparität von 145% (d. h. der Wert einer Mark war kaufkraftmäßig äquivalent dem Wert von DM 1,45) für 1985 geschätzt, daß sich das Durchschnittseinkommen der DDR-Haushalte auf dem Niveau von 62–64% des Niveaus der Bundesrepublik bewege. Wie man sieht, fielen die westlichen Schätzungen nicht gerade schlechter aus für die DDR als die Selbsteinschätzung durch die SZS.

### 3. *Kaufkraft der Ost-Mark und Preisentwicklung in der DDR*

Die soeben angegebene DDR-Schätzung der Kaufkraft der Mark Ost war, gemessen an den DIW-Schätzungen, stark übertrieben. Das DIW hat über viele Jahre die Verbraucherpreise der DDR beobachtet und bei Zugrundelegung jeweils gleicher Warenkörbe die Kaufkraftparität berechnet. Die Ergebnisse sind für ausgewählte Jahre in Tab. 4.1 zusammengestellt. Danach wäre eine Währungsrelation 1 DM = 1 M durchaus gerechtfertigt gewesen.

21 Nur in der Langfassung dieser Studie



Tab. 4.1: Kaufkraftvergleiche DM und Mark der DDR nach Einschätzung des DIW; Kaufkraft der Mark (Ost) in Prozent der DM (West)

Haushaltstyp*)	1960	1969	1981	1985
1. Arbeitnehmer				
a) der DDR	77	89	102	124
b) der BRD	75	83	83	88
2. Rentner				
a) der DDR	97	111-99	130	145
b) der BRD	88	99-88	99	110

\*) Typen: 1. Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt, 2. Zwei-Personen-Rentner-Haushalt, jeweils nach der Verbrauchsstruktur a) der DDR und b) der BRD.

Angabe mehrerer Zahlen, wenn größere Abweichungen in verschiedenen Quellen

Quellen: **24, 203, 215, 28,**

Ähnlich wie der Vergleich der Arbeitsproduktivität war auch die Kaufkraftparität der Mark gegenüber der DM ein wichtiges Thema bei der Schaffung einer Währungsunion im Sommer 1990. Auch auf diesem Gebiet war die westdeutsche Seite nicht sonderlich gut beraten und es herrschte viel Unsicherheit bei der Einschätzung des Werts (der Kaufkraft) der Mark. Die Frage ist dabei natürlich, ob die DDR-Preisstatistik das ihr entgegengebrachte Vertrauen verdiente und ob es hinreichend Möglichkeiten gab, die Preisentwicklung der DDR unabhängig von der SZS realistisch einzuschätzen. Man kann wohl beides verneinen. Dann sind aber auch grundsätzliche Zweifel an der statistischen Herangehensweise gerechtfertigt.

Im Nachhinein ist man immer klüger. Inzwischen ist bekannt, wie geschönt die Preisstatistik der DDR war, und daß die durchaus wiederholt vom DIW geäußerten Zweifel wohl weit schärfer hätten ausfallen müssen. Es war auch vor der Wende bekannt, daß es gar nicht unerhebliche inflationäre Prozesse in der DDR gab, die sich aber anders als in Form von Preissteigerungen darstellten (**153**). Eine ganz andere, vom Standpunkt der Statistik unorthodoxe Herangehensweise klingt an in einem Zitat von H.v. Berg et al. (eine Schrift vor der Wende, **14**, 89, zitiert nach **29**, 59): „Unter Ulbricht tauschten die Banken 1:3, unter Honecker 1:5; die Bevölkerung in der DDR früher 1:4 bis 5, heute 1:6 bis 7. Das Volk hat ein unübertroffenes Gespür für reale Preise. Um methodisch den hiesigen Kaufkraftvergleichen...auf die Sprünge zu helfen: Ein 64-K-RAM-Speicherchip kostet im DDR-Kombinat Mikroelektronik 800,00 Ostmark. Bei Siemens kostet er 7,00 Westmark. Werden 100 Stück gekauft, reduziert sich der Stückpreis auf 4,20 Westmark.“

A propos Preise für Mikroelektronik. Das DIW lobte in einem der letzten Berichte über die DDR (**224**) „die Vorstellung des 1-Megabit-Speicherschaltkreises“ der DDR im Jahre 1988 wie folgt: „Diese Leistung

der DDR ist in der Tat sehr beachtlich. Allerdings dauert es erfahrungsgemäß ein bis zwei Jahre, bis eine Serienproduktion mit akzeptabler Ausbeute angelaufen ist“ (224, 57). Von Preisen war nicht die Rede, sonst hätte man wohl fragen müssen, was für einen Sinn eine Serienproduktion haben könnte. Es überrascht deshalb auch nicht, daß – wie noch gezeigt wird – von herannahenden Problemen der DDR-Wirtschaft in diesem Bericht über den Zustand der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89 überhaupt nichts zu spüren war (ganz als anders z. B. in der zitierten Schrift von H.v. Berg et al., die immerhin zwei Jahre früher erschien). Wenn man eine Lehre aus diesem Kapitel ziehen möchte, dann vielleicht diese: Man kann auch mit sorgfältigen statistischen Arbeiten bei der Beschreibung der Wirklichkeit oder gar bei der Prognose voll daneben liegen.

Es gibt Zweifel, ob die üblichen Methoden des internationalen Kaufkraftvergleichs auf den Fall von zwei Ländern mit unterschiedlichem Wirtschaftssystem, wie die Bundesrepublik und die DDR überhaupt angewandt werden sollten (und nichts anderes hat ja das DIW getan). Sie treffen dann natürlich auch zu auf ähnliche internationale Vorhaben (z. B. das ICP-Projekt der UNO). So wird argumentiert:

- Man sollte auch den wahren Preis der Stützung der Produkte des Grundbedarfs durch Subventionen angemessen berücksichtigen. Er besteht nicht nur in der Belastung des Staatshaushalts, sondern auch in Fehllenkungen, Verschwendungen und Zerstörung von Leistungsanreizen. Zur Abschätzung der Kaufkraft der Einkommen dürften die Preise allein nicht ausreichen, selbst dann nicht, wenn die Preisstatistik korrekt wäre und alle (!) Unterschiede hinsichtlich Qualität, Verfügbarkeit usw. der Produkte sowie des gesamten Umfelds des Konsums angemessen berücksichtigen würde.
- Mit einem Preisvergleich kann man streng genommen nur dann die Kaufkraft von Währungen vergleichen, wenn ein Haushalt auch die gleichen Waren alternativ für M oder DM in Ost oder West kaufen könnte, was aber gerade im Falle der gegen pendelnde Konsumenten ausreichend abgeschotteten DDR mit einer nicht konvertiblen Währung eine höchst fiktive Vorstellung ist.

Das erste Argument mag als Mißverständnis abgetan werden, weil es nicht darum geht, Realeinkommen zu messen, sondern allein um die Kaufkraft einer Währung. Aber macht es Sinn, so etwas zu messen, wenn die Mark nur eingeschränkt und allenfalls im Inland eine Währung ist? Darauf nimmt das zweite, grundsätzliche Argument Bezug.

Beim Kauf von 100 M Nahrungsmitteln mußte der DDR-Staatshaushalt 1989 etwa 84 M Subventionen aufwenden und die Mieten deckten nicht einmal ein Drittel des Erhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwandes von Wohnungen (65, 106). Gemessen in Arbeitszeit (also unter Berücksichtigung von Preisen **und** Löhnen) war der Konsum in der DDR nicht so billig

wie es angesichts der Preise allein erschien. Das Statistische Bundesamt errechnete, daß ein vergleichbarer 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt für den Erwerb der Nahrungsmittel im Warenkorb 130 Stunden in der DDR, aber nur 60 Stunden in der Bundesrepublik aufwenden mußte (65, 115 f). Man schätzt, daß etwa 30% der subventionierten Kinderkleidung außer Landes gegangen ist (90, 68).

„Entlarvungen“ der DDR-Preisstatistik gab es nach der Wende viele: Mengen wurden reduziert, die Qualität änderte sich oder eine „Index-Ware“ verschwand plötzlich (im Verkauf) als „Mangelware“, wurde aber weiter notiert. Für die Käufer war sie bereits ersetzt durch eine teure Ware. Nicht berücksichtigt wurde in der Preisstatistik auch, daß immer mehr Waren nur noch in Exquisit- oder Delikatläden oder gar nur noch gegen Westgeld erhältlich waren (65, 116, 152). Die Preisinformationen des DIW stammten aus dieser amtlichen Statistik, Pressemeldungen sowie einem Warenhauskatalog der DDR und die Möglichkeit, solche Angaben zu korrigieren waren natürlich sehr begrenzt (97).

d) *Laufende Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR*

Die in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet geleisteten Arbeiten sind sicher nicht einfach zu beurteilen. Bei den zahlreichen Lageberichten des DIW ist es oft schwer zu erkennen, was über die kritische Durchsicht (auch hinsichtlich der Plausibilität) von offiziellen Publikationen (Pläne, Planerfüllungsberichte, Statistiken) der DDR hinaus an eigenen Analysen erarbeitet wurde. Kritische Stellungnahmen sind nicht häufig und betreffen dann auch meist nicht sehr grundsätzliche Fragen, abgesehen von dem nicht selten vorgebrachten Einwand, daß ein bestimmtes Planziel vielleicht zu ehrgeizig sei, oder daß die DDR mehr Geld aufwenden sollte für diesen oder jenen Zweck. Es gab natürlich kritische Anmerkungen zur Lage in der DDR, aber die gab es auch z.T. schon in der DDR-Literatur. Häufig waren die Berichte eher geprägt von viel Einfühlungsvermögen in die Probleme der DDR-Führung, wie dies auch einige Texte in der Übersicht 1 zeigen und worauf auch K. Plück mit seiner Bemerkung über „gute Ratschläge“ anspielte<sup>22</sup>.

Aus heutiger Sicht beeindruckt der Reichtum an Details und Zahlenangaben in diesen Berichten. So wurden z. B. zahlreiche Wachstumsraten präsentiert und verglichen und auch Aussagen über einzelne Investitionsprojekte gemacht. Andererseits mag man sich, ebenfalls aus heutiger Sicht, fragen, ob in der laufenden Lagebeurteilung wirklich immer die Probleme der DDR jeweils mit ihren richtigen Gewichten und Implikationen für die weitere Entwicklung

22 vgl. Fußnote 5.

gesehen wurden, d. h. ob nicht eine zu technokratische Sichtweise bestand und kleine Probleme als große und große als kleine Probleme behandelt wurden. Dies mag an zwei Beispielen aus den umfangreichen Schriften des DIW demonstriert werden, eines mehr zu Beginn und eines ziemlich am Ende der laufenden Berichterstattung über die DDR:

1. In den Materialien zum Bericht über die Lage der Nation 1974 wird die Analyse stark beherrscht von Schätzungen makroökonomisch relevanter Größen wie z. B. Arbeits- und Kapitalproduktivität, Kapitalintensität, Struktur der Investitionen und des Kapitalstocks usw.. Nicht nur, daß hiermit eine wachstumstheoretische Sichtweise dominiert, die ganz besonders systemindifferent angelegt ist, es werden auch Schlußweisen demonstriert, die wenig überzeugend sind, wenn man die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsordnungen nicht völlig aus den Augen verloren hat. So wird z. B. die Struktur der beiden Volkswirtschaften hinsichtlich der Beiträge der einzelnen Branchen zum Nationaleinkommen betrachtet, Bereichsanteile werden miteinander korreliert und es wird gefolgert (26, Tz. 688):

„Schon von hier aus kann auf eine Ähnlichkeit der Technologie geschlossen werden“ oder (Tz 689): „Die Hypothese von einer eigenständigen und neuartigen strukturellen Entwicklung der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft wird also schon durch die Globalzahlen fragwürdig“. Es wird nüchtern berichtet über den neuen Investitionsschwerpunkt Elektronik (Tz. 694), aber man erfährt nichts über die Risiken einer solchen Weichenstellung für ein so kleines, vom westlichen Weltmarkt abgeschnittenes Land wie die DDR.

*Übersicht 2:* Zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation und der Kreditwürdigkeit der DDR durch das DIW

*Zitate aus DIW-Wochenberichten (WB)*

- |          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| WB 6/78  | Jedenfalls sollte dies im Westen nicht dazu führen, die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR überzubewerten: Die Verschlechterung der Terms of Trade hat sicherlich zu Wachstumsverlusten, nicht aber zu einer Wachstumskrise geführt.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
| WB 31/78 | Aus ökonomischer Sicht besteht für eine rigorose Konsolidierungspolitik auch keine Veranlassung; zumindest im Westhandel ist ein größeres Defizit durchaus finanzierbar.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| WB 31/80 | Die Produktion ist trotz aller Restriktionen, die sich aus Einsparungen beim Materialeinsatz, knappen Investitionsmitteln und lückenhaftem Angebot für die Bevölkerung ergeben haben, bislang noch in bemerkenswertem Ausmaß gewachsen. Die restriktive Veröffentlichungspraxis der DDR erschwert zwar eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung außerordentlich; es ist indes nicht zu verkennen, daß sich die Abschwächung des Wachstums schon seit dem zweitem Halbjahr 1979 nicht fortgesetzt hat. Es bleibt aber abzuwarten, ob es sich hierbei nicht nur um eine einmalige Niveauanhebung handelt. |
| WB 31/81 | Im abgelaufenen Fünfjahrplan hat die Wirtschaftsführung der DDR in bemerk-                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |

kenswert flexibler Weise auf die Veränderungen der wirtschaftlichen Bedingungen reagiert.

- WB 32/82 Die kritische Zuspitzung konnte von der DDR nicht vorausgesehen werden, weder das anhaltend hohe Zinsniveau, noch der Umschwung in der Haltung der westlichen Banken bei der Vergabe von Krediten. ... Die Anstrengungen der DDR, die hier liegenden Probleme zu bewältigen sind beachtlich, was sowohl an den Tendenzen für den Export und Import als auch an der Verringerung des Schuldenstandes nachzuweisen ist. Ob die Anstrengungen ausreichen, hängt freilich auch von den westlichen Banken ab. ... Das Verhalten der DDR bietet keine ökonomischen Gründe, die gegen eine Gewährung von Anschlußkrediten sprechen.
- WB 5/83 1982 hat die DDR unter dem Druck der außenwirtschaftlichen Belastung beachtliche Leistungen erreicht. ... Nach der Entwicklung im Jahre 1982 ist die restriktive Haltung der westlichen Banken ökonomisch nicht mehr zu begründen. Bleibt man dennoch dabei, schädigt dies unmittelbar die Ausgewogenheit der Handelsbeziehungen der DDR zum Westen und beeinträchtigt die Chancen der westlichen Firmen, in die DDR zu exportieren.
- WB 32/83 Allgemein wird angenommen, daß sich für die DDR bei weiter rückläufiger Nettoverschuldung ohnehin bald wieder eine Entspannung der Schulden-situation abzeichnen wird. Ihre ökonomische Leistungsfähigkeit hat sie inzwischen unter Beweis gestellt – nicht zuletzt mit Hilfe der Verbesserung im Wirtschaftsmechanismus.
- WB 32/84 Die pünktliche Zahlungsweise der DDR hat ihr inzwischen wieder den Ruf eines vernünftigen Risikos eingebracht. 1984 hat sie auch schon wieder auf dem Euromarkt Kredite erhalten. ... Ökonomische Fakten, die eine Kreditaufnahme erzwungen hätten, sind nicht erkennbar. Die Liquiditätslage der DDR ist zur Zeit nicht ungünstig, große Investitionsprogramme oder umfangreiche Einkäufe zur Verbesserung der Versorgung zeichnen sich nicht ab. Für diese Einschätzung spricht das insgesamt positive Bild der Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr.
- WB 5/85 In jedem Fall ist die Diskussion über die Guthaben derzeit ebenso emotions-geladen wie die abrupte Herabstufung der DDR als Schuldnerland zu Anfang der achtziger Jahre. Wie irrational der Kurs der Banken angesichts der realen ökonomischen Tatbestände bisher auch gewesen ist – für die DDR dürfte allein wichtig sein, daß sie am Euromarkt wieder akzeptiert wird. Die geplanten Summen der Kredite wurden wegen des großen Interesses der Banken fast immer überschritten.
- WB 32/85 Im Prinzip ist eine restriktive Westhandelspolitik nicht geboten. Investitions-güter und Vorleistungen aus westlichen Ländern könnten für die Wirtschaft-sentwicklung der DDR nur von Vorteil sein; Finanzierungsschwierigkeiten sind auch nicht mehr erkennbar. Die DDR hat inzwischen große eigene Reserven bei westlichen Banken und gilt als guter Schuldner. Zwei große Kredite im ersten Halbjahr 1985 hatten durchaus günstige Konditionen (Zins und Laufzeit).

*Zum Vergleich*

- G. Mittag     Der ökonomische Kollaps deutete sich 1981 an und wurde 1983 offensichtlich.  
 (Spiegel-Gespräch in: DER SPIEGEL 37/1991)

Zusammengestellt von Götz Plagemann

Inzwischen ist klar, daß die Annahme „daß in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die Bedarfsstrukturen und die Produktionstechnik im ganzen recht ähnlich sind“ (Tz. 705) schon damals falsch war, zumindest was die Technik betraf<sup>23</sup>.

2. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die letzten DIW-Berichte zur Lage in der DDR vor dem Fall der Mauer nicht gerade geeignet waren, eine politische Destabilisierung der DDR zu prognostizieren. Liest man jetzt die inzwischen (Herbst 1993) fast vier Jahre alten Berichte, so deutet sich in ihnen nichts von dem an, was schon wenige Wochen nach ihrer Veröffentlichung in der DDR passierte. Man sollte das auch offen zugeben. In vielen Interviews leitender Funktionäre der DDR ist diesen die Frage gestellt worden, ab wann sie einen Zusammenbruch der DDR für möglich gehalten haben, bzw. sie haben sich selbst hierzu geäußert (so z. B. auch Donda und Mittag). Natürlich ist im Nachhinein jeder klüger, d. h. die Aussagen sind mit Vorsicht zu betrachten. Aber das zeigt doch, daß die Frage von allgemeinem Interesse ist.

Was berichtete z. B. das DIW im August 1989 über die DDR? Es sah nicht nach ernststen Problemen in der DDR aus. So wurde z. B. festgestellt (**225**), daß:

- im ersten Halbjahr 1989 das „vorgesehene Wachstumstempo erreicht worden ist“, es wird aber kritisch gefragt, ob die SZS „die Preisentwicklung methodisch noch ausreichend im Griff hat“,
- schon jetzt und wohl noch mehr 1990 die Gefahr besteht, daß Lehrstellen nicht besetzt werden, weil es in der DDR zu wenig Schulabgänger gibt,
- es bei der Fertigstellung des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde Verzögerungen gibt,

23 Offenbar hat in späteren Jahren das DIW auch seine statistischen Berechnungen zur DDR sehr viel vorsichtiger interpretiert. So hieß es z. B. 1991 (in **49**, 31–37), daß einerseits die geringe Arbeitsproduktivität in der DDR auf eine unzureichende Kapitalausstattung zurückgeführt wird, andererseits aber rein statistisch die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze, also die Kapitalintensität in der DDR (in M gemessen) um 26% über derjenigen der Bundesrepublik läge (in DM gemessen). Nach Darstellung der bekannten Sachverhalte, wie Überbewertung von Anlagegütern (insbesondere bei importierten Anlagen), lange Nutzungsdauer, geringe Auslastung wegen langer Stillstandszeiten usw. gelangt man zum Schluß, daß „erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß die Kapitalintensität in der DDR das Ausmaß des dort stattgefundenen Substitutionsprozesses in einer mit der Bundesrepublik vergleichbaren Weise beschreibt. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß ... ein unmittelbarer Vergleich von Produktion und Produktionsfaktoren mit der Bundesrepublik nicht möglich ist.“ (**49**, 33) oder: „Unter diesen Umständen ist die gemessene hohe Kapitalausstattung der Arbeitsplätze kein Indikator für besonders kapitalintensive Faktorproportionen“ (**49**, 36).

- es, wie bereits oben erwähnt, eine beachtliche Leistung (1 Megabit Chips) und „beachtliche Zuwachsraten“ bei mikroelektronischen Bauelementen gab,
- im Wohnungsbau die Sanierung von Dächern neue Methoden und Bautechniken erforderlich macht,
- es bei Gemüse im ersten Halbjahr 1989 eine „ausgesprochene Mangellage“ gab,
- die Abwicklung des „Staatsplans Investitionen“ plangemäß erfolgt,
- die Devisenrentabilität kontinuierlich sinkt und die DDR seit Jahren Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit im Westhandel hat,
- Kampagnen zum 40. Jahrestag der DDR von zweifelhaftem Nutzen seien und es besser sei, „Reformen zur Erhöhung der Selbständigkeit der Betriebe voranzutreiben“.

Natürlich kann hier nicht der ganze Artikel wiedergegeben werden, aber schon diese Zusammenfassung zeigt, daß die Lage nicht als besonders ernst empfunden werden konnte. Das war auch im Januar 1989 nicht anders, als es galt, die Aussichten für das Jahr 1989 darzustellen (224). Da wurde z. B. die Hoffnung in das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung“ etwas gedämpft und auch die Planung des Außenhandels der DDR für 1989 als „wieder sehr optimistisch“ kritisiert. Es wurde berichtet, das Angebot an „hochwertigen Konsumgütern soll vergrößert werden“ und der Artikel schließt mit dem Satz „In vielem...bedeutet die Planung für 1989 einen Umschwung in den bisherigen Tendenzen“. Da dies nicht näher erläutert wurde, scheint der Umschwung, von dem hier die Rede ist, wohl nicht von fundamentaler Art zu sein.

Um es noch einmal zu wiederholen: Es gab auch andere Einschätzungen der Entwicklung der DDR, wie z. B. die erwähnte Schrift von H. von Berg et al. mit Aussagen von mehr impressionistischer Art. Die statistische Methode muß nicht notwendig der impressionistischen Methode überlegen sein. Man kann nämlich, wie gesagt, auch mit sorgfältigen statistischen Bemühungen in die Irre gehen. Das Problem war oft **nicht**, wie das DIW immer betonte, ein Mangel an Daten, sondern ein Mangel an Interpretation und die Angelegenheit wird dann pikant, wenn es evtl. sogar, wie **D 19.1** nahelegt, der DDR möglich gemacht wurde, oder zumindest erleichtert wurde, sich in offiziellen westdeutschen Zahlenvergleichen so darzustellen, wie sie es für richtig hielt.

---

*Exkurs: Vom DIW abweichende westdeutsche Beurteilungen der Lage der DDR-Wirtschaft*<sup>24</sup>

Natürlich interessiert die Frage, ob es auch ganz andere Einschätzungen der Lage in der DDR gegeben hat, als die des DIW. Ich glaube schon, daß es diese gegeben hat, aber man muß hierbei auch etwas Nachsicht üben. Welche Möglichkeiten hat es denn gegeben, sich mit ganz anderen Aussagen über die DDR-Wirtschaft Gehör zu verschaffen? Wie bereits dargelegt, hatte das DIW seit Beginn der 70er Jahre quasi die Rolle einer „amtlichen“ Stelle mit dem entsprechenden Ansehen, was die westdeutsche Beurteilung der DDR-Wirtschaft betraf. Die „Gegenseite“ konnte demgegenüber nur aus Einzelpersonen, z. B. Professoren evtl. mit ihren Universitäts-Instituten, entsprechende Vereine (wie z. B. der Radein-Verein) oder kleinere Institute, wie z. B. die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen“ bestehen. Zu bedenken ist dabei, daß empirische Arbeiten außerordentlich aufwendig sind. Einzelpersonen können nicht im großen Stil statistische Datenbanken aufstellen, pflegen und mit ihnen Analysen anstellen. Das Handicap aller Kritiker der quasi offiziellen westdeutschen DDR-Wirtschaftsanalysen des DIW war also, daß sie selbst kaum mit umfangreichen Datensammlungen und Berechnungen aufwarten konnten. Es ist bekannt – und das macht ja gerade die besondere Verwerflichkeit der Herrschaft der SED über die SZS aus – daß man ohne statistische Daten in der Wirtschaftspolitik wenig ausrichten kann. Somit war es nicht nur leicht, Kritiker als Einzelkämpfer und Außenseiter sondern auch als mangelhaft informiert hinzustellen.

Aus allen diesen Gründen sollte man Verständnis dafür haben, daß man alternative Ansichten über die DDR-Wirtschaft schon mit der Lupe suchen muß. Auffallend finde ich ferner, daß solche alternativen Ansichten häufig von Personen geäußert wurden, die jeweils vor nicht allzu langer Zeit in der DDR als Ökonomen tätig waren. Ein Beispiel hierfür war der bereits erwähnte **H. v. Berg (15)**, früher auch **F. Schenk (107)**, aber diese Autoren haben sich nicht mit **statistischen** Analysen hervorgetan. Gelententlich haben solche Personen, die mit der DDR-Ökonomie vertraut waren, vorsichtig den Umgang westdeutscher Experten mit DDR-Statistiken kritisiert, aber sie haben damit nicht sehr viel Beachtung gefunden. So kritisierte z. B. Paul **Frenzel**, das Westdeutsche bei der Interpretation der Verschuldung des Staatshaushaltes, der Einschätzung der Steuerbelastung oder der Frage der Existenz von Geldüberhängen, die Statistiken nicht richtig interpretieren würden, weil in Westdeutschland zu wenig über die ganz andere Funktionsweise des DDR-Geldsystems bekannt sei (**4.6**). Interessant und vielleicht sogar bezeichnend mag es sein, daß im Westen offenbar Vertrautheit mit der DDR aus eigener

<sup>24</sup> Dieser Exkurs war zunächst nur in der Langfassung des Gutachtens enthalten. Für die Buchveröffentlichung ist er gekürzt worden.



Anschauung nicht positiv, sondern eher negativ gewertet wurde. Sie galt wohl eher als Indiz für fehlende Objektivität.

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob es Anfang der achtziger Jahre sehr viel kritischere Einschätzungen der DDR-Wirtschaft gegeben hat als die des DIW. Damals war eine Zeit, von der jetzt bekannt ist (z. B. aus Berichten von Mittag [96, 97] oder Schürer [63a, 63b]), daß es eine sehr kritische Situation für die Zahlungsfähigkeit der DDR gab und im Zusammenhang damit sind die Milliardenkredite der Bundesrepublik an die DDR zu sehen.

Die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche Fragen hat mir Material zugesandt, insbesondere eine Zusammenstellung des Presseechos auf ihr „7. Symposium“ von 19./20. Nov. 1981 in Berlin (45a), aus dem hervorgeht, daß damals Vertreter der Forschungsstelle nicht nur die ehrgeizige Wirtschaftsstrategie der DDR für die achtziger Jahre für nicht realisierbar hielten (das haben andere auch getan), sondern daß sie auch voraussagten, daß die DDR-Wirtschaft auf mittlere Sicht mit ihrer Strategie der Intensivierung und Forcierung des technischen Fortschritts Schiffbruch erleiden wird. Die Diskussion<sup>25</sup> auf dem Symposium 1981 scheint typisch zu sein für die Art, in der Kontroversen unter den westdeutschen DDR-Forschern offenbar seit Jahren ausgefochten wurden:

- es gab eine Gruppe, die (allerdings nicht allzu konkret) praktisch **immer** den Zusammenbruch der DDR kommen sah: so wird z. B. Prof. Dr. **K. C. Thalheim** schon 1980 mit der Aussage zitiert, die Wirtschaft der DDR sei „überfordert“. „Die außen- und binnenwirtschaftlichen Belastungen übersteigen in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftskraft.“ (159a)
- und es gab eine Gruppe, die bemüht war mit relativierenden Argumenten die Dramatik herunterzuspielen (und auch das wohl immer): der generellen Skepsis von Prof. Dr. **G. Gutmann**, die DDR werde das Ziel 5 bis 5,5% Wachstum jährlich 1981–1985 nicht erreichen hielt Frau Dr. D. Cornelsen (159b, 45a) entgegen „Im internationalen Vergleich sei freilich auch ein geringeres Wachstum als geplant noch beachtlich“.

Es sollen nun beispielhaft einige Autoren zitiert werden, die sich kritisch mit den statistischen Arbeiten des DIW auseinandergesetzt haben.

**Gernot Schneider**, ein „Anfang 1984 aus der DDR nach Berlin (West) übergesiedelter ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ (143, 272) hat verschiedentlich das DIW angegriffen und sich mit dessen Methoden kritisch auseinandergesetzt. So wurde z. B. von ihm in einigen Aufsätzen im „Deutschland-Archiv“

<sup>25</sup> Ziemlich ausführliche Darstellungen der Diskussion auf diesem 7. Symposium finden sich auch in Heft 2, 1982 des Deutschland-Archivs und von F. L. Altmann in 1/1982 der Zeitschrift Osteuropa Wirtschaft (alle abgelichtet in 45a)

- gerügt, daß das DIW zur Jahresmitte 1984 propagandistische Selbstdarstellungen der DDR zu ihrem 35. Jahrestag, insbesondere Zahlen über das Produktionswachstum unkritisch übernommen und als „erfolgreiche Produktionsanstrengungen“ oder „beachtliche Wachstumserfolge“ herausgestrichen habe, wo doch jeder Kenner wissen müsse, daß „hohe Wachstumsraten sogar Folge ineffektiven Wirtschaftens wie auch technisch-technologischen Rückstands sein können“ (115, 376)
- der tiefere Sinn von Kaufkraftvergleichen BRD-DDR, wie sie das DIW anstellte in Frage gestellt, wobei er ganz ähnliche Bedingungen für einen sinnvollen Vergleich aufstellte, wie sie auch oben genannt wurden, die allerdings eher unüblich sind (114) und die damit abgetan wurden, daß er über das Ziel hinausgeschossen sei (143, 277).

In seinem erwähnten, 1985 erschienen Aufsatz (115) zeigt Schneider viele Gründe dafür auf, daß wert- aber auch mengenmäßige Daten über die Zunahme der Produktion nicht als Produktionsleistung oder gar -erfolg interpretiert werden dürfen. Die wichtigsten Einwände sind, daß diese Zahlen, selbst wenn sie zutreffend sind, in erster Linie Ausdruck der Produktionskosten sind, daß die Qualität und (z. B. verschleierte militärische) Zweckbestimmung der Produktion „tiefer ausgeleuchtet werden“ müssen und daß insbesondere ein nicht unerhebliches „Wachstum“ durch die folgenreiche und unökonomische Umrüstung auf Braunkohle entstanden sei.

Fazit: „Unter den Bedingungen staatlich gelenkter und geleiteter Produktion ist es unzulässig, aus dem Wachstum betrieblicher und volkswirtschaftlicher Kennziffern auf eine allgemein erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung zu schließen“ (115, 379). Es finden sich sogar Hinweise darauf, daß ein Rückgang der Baumaterialproduktion Mißtrauen gegenüber der Statistik des Wohnungsbaus aufkommen lassen sollte und auf die „Konsequenzen eines Verkäufermarkts für Verschwendung und Qualitätssenkung der Produzenten.

Was den von Schneider damit behaupteten Geldüberhang der Bevölkerung betrifft, so war das DIW stets bemüht mit Statistiken nachzuweisen, daß dieser faktisch nicht existiere. So wurde versucht durch einen Vergleich der Sparquoten zu zeigen, „daß das Zwangssparen in der DDR keine überragende Bedeutung haben kann“ (157, 43). Das impliziert natürlich auch eine Aussage über die Existenz oder Nichtexistenz inflationärer Prozesse in der DDR in Gestalt einer verdeckten, sich nicht als Preis- sondern als Kassenhaltungsinflation ausdrückenden Inflation.

Es gab in Westdeutschland Theoretiker, die sich seit Beginn der 70er Jahre bemühten, empirisch nachzuweisen, daß es trotz formal günstiger Voraussetzungen einer Geldmengensteuerung in der DDR durchaus inflationäre Prozesse gab. Zu nennen wären hier vor allem **D. Cassel** und **H. J. Thieme**. Ihre Argumentation war, daß auch der Kreditplan infolge der

Konkursunfähigkeit staatlicher Betriebe stets ein „weicher Plan“ war und daß auch nicht-stabilitätsgerechten Lohnforderungen und Ausgabensteigerungen des Staates kein systemimmanenter Widerstand gegenüberstand. Das war im Widerspruch zur offiziellen Theorie der Passivität (Neutralität) des Geldes im Sozialismus. Die Gegenposition, d. h. das Konzept der Kassenhaltungsinflation hat dagegen Implikationen:

- man kann die Veränderung der Kaufkraft einer Währung nicht mehr allein anhand der Bewegung des Verbraucherpreisniveaus beurteilen (denn mit dieser **unterschätzt** man dann den Wertverfall des Geldes) und
- der Zunahme der Geldeinkommen der Bevölkerung entspricht nicht im gleichen Maße eine Zunahme des Lebensstandards (diese wird vielmehr nicht unerheblich **überschätzt**).

Es ist mir nicht bekannt, daß sich das DIW solche Überlegungen zu eigen gemacht hat.

Bei der deutsch-deutschen Währungsunion gewann dann jedoch die Frage der Existenz von Geldüberhängen durchaus „praktische“ Bedeutung.

Schneiders Kritik am Kaufkraftvergleich des DIW wurde, wie zu erwarten war, entgegengehalten, daß Schneider die marktwirtschaftliche Theorie noch nicht richtig verstanden habe und daß sich das DIW im mainstream internationaler preisstatistischer Vergleichsmethoden befindet (157). Man warf ihm auch eine idealistische Verklärung von Wettbewerbsmärkten vor (157). Das DIW konnte den Kritiker nicht nur als offenbar wenig vertraut mit westlicher ökonomischer Theorie hinstellen, sondern sich selbst auch noch als (politisch motiviert) zu unrecht kritisiert<sup>26</sup>, weil die Ergebnisse des Instituts bestimmten Kreisen in Westdeutschland nicht gefielen.

Auf die grundlegende Frage, ob eine allein auf einen Vergleich des Verbraucherpreisniveaus abstellende Verbrauchergeldparität, wie sie unter westlichen Ländern üblich ist, einen „Sinn“ hat, d. h. wie beim Vergleich von Marktwirtschaften als relative Kaufkraft einer Währung interpretiert werden darf, geht die Replik auf Schneider gar nicht ein. Ich halte Schneiders Position für gerechtfertigt, denn ein Vergleich des Preisniveaus bei verschiedenen Wirtschaftssystemen war doch stets **inhaltlich** durch mehr behindert als nur durch rein **statistische** Probleme, wie z. B. die übliche mangelnde Vergleichbarkeit von Preisrepräsentanten (und

26 „Nachdenklich stimmt, daß die Kritik (nicht nur von Schneider) an den deutsch/deutschen Verbrauchergelduntersuchungen erst einsetzte, als die Berechnungen Paritäten 1:1 von ergaben.“ Früher, als die Ergebnisse weniger günstiger für die DDR waren, habe es eine solche Kritik nicht gegeben. „Es wäre mit dem Wissenschaftsverständnis des DIW unvereinbar“ jetzt, wo die Ergebnisse günstiger für die DDR ausfallen, „Verbrauchergeldvergleiche nicht mehr zu präsentieren; auch unbequeme Forschungsergebnisse gehören in die Öffentlichkeit“ (157, 47).

damit z. B. von Güterqualitäten) oder von Verbrauchsstrukturen (also von Warenkörben).

Man muß sich angesichts der Kritiken am DIW und der darauf erfolgten Repliken des DIW: einige grundsätzliche Fragen stellen:

- Ist jedem Wunsch, statistische "Daten" zu bekommen nachzugeben, auch wenn z. B. die Kaufkraft einer Währung gemessen werden soll, die eigentlich gar keine Währung im üblichen Sinne ist,?
- Kann man seine Berechnungen mit dem Hinweis auf ähnliche oder noch problematischere Berechnungen anderer Stellen rechtfertigen?
- Sind statistische Berechnungen, deren Sinnhaftigkeit mit Recht hinterfragt werden kann wirklich ausreichend gegen Kritik abgesichert, wenn man in Fußnoten methodische Vorbehalte macht?
- und, was vielleicht eigenartig klingen mag: wie ernst dürfen Statistiken generell genommen werden?

Das DIW hat später immer wieder geklagt, daß man seine Fußnoten nicht gelesen habe, oder daß diese, wie Stinglwagners es sagte „wohl etwas zu knapp und verklausuliert ausgefallen“ sind (143, 273). Dahinter steht offenbar wohl die Vorstellung, Fußnoten könnten die Verantwortung abmildern, die man in dem Augenblick übernimmt, in dem man eine statistische Berechnung präsentiert. Die Entscheidung, eine statistische Aussage zu präsentieren oder dies zu unterlassen ist vom Produzenten der Statistik zu fällen, sie kann nicht durch Fußnoten auf den Konsumenten abgewälzt werden.

Ich halte auch nichts vom Argument, andere hätten es auch nicht besser gemacht. Das DIW wies z. B. darauf hin, daß das Statistische Bundesamt Kaufkraftvergleiche mit Polen auf der Basis von sehr viel weniger Waren (100% statt ca. 700) anstelle (157, 40) oder es heißt, internationale Organisationen gingen bei ihren Kaufkraftvergleichen „erheblich weniger zimperlich vor als das DIW“ (143, 276).

Schneider behauptete auch (wie nach der Wende oft zu hören war), die DDR-Bevölkerung habe vielen offiziellen Statistiken, ähnlich wie auch verbalen Ausführungen der Partei nicht geglaubt, sie habe zwischen den Zeilen gelesen und sich auch **ohne** Statistiken ein **zutreffendes** Bild von der Lage gemacht (während andere mit Statistiken ein unzutreffendes Bild gezeichnet haben). Das sei möglich gewesen, weil sich die Bevölkerung gegenüber der Statistik eine entsprechend Haltung angewöhnt habe: „Sie weiß, was sie von veröffentlichten Wirtschaftsdaten zu halten hat, ist prinzipiell skeptisch und mißt ihnen nicht annähernd die Bedeutung bei, die ihnen die staatliche Agitation und manchmal auch bundesdeutschen Interpreten zu geben versuchen“ (116, 1164).

Anfang 1990 wurden die Kaufkraftvergleiche angesichts der bevorstehenden

Währungsunion mit der DDR im besonderen Maße relevant. Man kann sich dann fragen, welche Bedeutung in dieser Situation die Berechnungen des DIW hatten. Offenbar war sie geringer als sie hätte sein sollen, wenn der Kaufkraftvergleich das hätte leisten können, was er normalerweise leisten soll. Denn dann hätte er zumindest einen Anhaltspunkt für die Festlegung der Umtauschrelation bieten müssen.

Das war aber allem Anschein nach nicht der Fall, weil bei dieser währungspolitischen Entscheidung, die zu fällen, Aufgabe der Bundesregierung (nicht der Bundesbank) war, eine Reihe von politischen Faktoren (z. B. Wanderungsbewegungen nach dem Fall der Mauer) und wirtschaftspolitische Konsequenzen (z. B. die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Betriebe, unvorhersehbare Wirkungen auf die Geldmengensteuerung der Bundesbank usw.) zu bedenken waren, die in einem Kaufkraftvergleich nicht zum Ausdruck kommen können<sup>27</sup>.

Der Kaufkraftvergleich der DM mit der M war wenig hilfreich in einer Situation, in der er eigentlich gebraucht worden wäre, als nämlich die M-Ost als Währung zu existieren aufhörte und deshalb war Schneiders Frage schon sinnvoll: „Hat die Ermittlung innerdeutscher Verbrauchergeldparitäten einen Sinn?“ (Titel von **114**) und „lohnt sich der Aufwand, der damit betrieben wurde?“

Ein anderer Punkt, an dem sich wohl stets die Geister schieden, war die Einschätzung der **Erfolgsaussichten von gewissen Reformexperimenten**. Gernot Gutmann berichtete mündlich vor der Enquête-Kommission über Diskussionen im DIW, in denen z. B. Vertreter des DIW die Kombinatbildung anfänglich durchaus positiv bewerteten (**35**). Später wurde diese selbst von Günter Mittag als Fehlschlag, wenn nicht gar als eine der Ursachen für die Fehlentwicklung gewertet (**96**, 349).

Es gab unter den westdeutschen DDR-Forschern sogar noch nach der Wende ernsthafte Vorstellungen der Sozialismus könne durch „eine grundlegende Wirtschaftsreform“ wieder Tritt fassen und es könne einen „Ansturm“ ausländischer Besucher bei der Leipziger Frühjahrmesse 1990 geben, von denen die DDR „als interessanter Wirtschaftspartner eingestuft wird“ (**146**, 241). Andererseits hat es aber auch Autoren gegeben, die gezeigt haben, daß sich das ganze Reden über immer wieder angeblich ganz neue Reformen im Kreise dreht: nach v. Berg wurden z. B. alle Reformideen von Gorbatschow in der Sowjetunion für Wirtschaft und Verwaltung schon früher vorgeschlagen ohne daß sich wirklich etwas

27 Sinn und Sinn haben sich in ihrem Buch „Kaltstart“ (**139a**) ausführlich mit dem Paradoxon beschäftigt, daß die Kaufkraft der Mark und die Devisenrentabilität (quasi ein Maß der Wettbewerbsfähigkeit, des Außenwerts der Mark) auseinanderklafften. Das zeigt, daß im Falle der DDR die „Kaufkraft“ nicht die übliche Bedeutung haben konnte.

geändert hatte (**15**, 107). Er kam zum Eindruck, „daß sich eigentlich von Lenin bis Gorbatschow nie etwas wesentlich geändert hat“ (**15**, 128).

Zu einem ähnlichen Eindruck gelangte ich bei der Beobachtung der immer wiederkehrenden gleichen Themen in der Reformdiskussion in Polen (**85**) und es ist für mich eigentlich schon ein Zeichen mangelhafter Vertrautheit mit dem Sozialismus, wenn man sich nach einigen Jahren der Wirtschaftsbeobachtung eines sozialistischen Landes von so etwas noch einen grundlegenden Wandel verspricht.

Zu den relativ wenigen Autoren, die sich in Publikationen mit der DDR-Statistik und mit empirischen Arbeiten des DIW auseinandersetzten, gehörte auch **Hedwig Hoppe (68)**, seinerzeit Mitarbeiterin der o.g. Forschungsstelle und nicht zu verwechseln mit Maria Haendcke-Hoppe. Mir fiel eine Arbeit von ihr über die DDR-Produktionsstatistik auf.

In einer „Korrektur des Vergleichs“ der Industrieproduktion in Ost- und Westdeutschland in den 60er Jahren (**68**), stellte sie fest, daß die Angaben der DDR zum Wachstum der Industrieproduktion bis 1967 offenbar **enorm** überhöht sein mußten. Sie kritisierte die darauf gegründete Schätzung des Produktivitätsrückstands der DDR (**169**) und regte eine Korrektur an<sup>28</sup>. Sie kritisierte z. B. auch den unsinnigen Vergleich eines Bruttoproduktionsindex (DDR) mit einem Nettoproduktionsindex (BRD)<sup>29</sup>.

Der von ihr kritisierte DIW-Artikel (bearbeitet von H. Wilkens) (**169**) kam nicht nur zu einem viel geringeren (als unerwartet groß bezeichneten) Rückstand der DDR-Arbeitsproduktivität. Er prognostizierte auch, daß dieser sich in Zukunft durch ein neues ökonomisches System und „konzentrierte Realisierung des technischen Fortschritts“ eher verringern dürfte (**169**).

Woher kommen die Fehleinschätzungen westlicher Beobachter (nicht nur des DIW)? Ich glaube schon, daß es ein Mangel in grundsätzlichen Positionen zur Theorie der Wirtschaftsordnungen war und ich glaube v.a. nicht, daß eine sich über mehrere Jahre erstreckende Beobachtung eines sozialistischen Landes quasi zwangsläufig dazu führt, daß man dieses nicht mehr unvoreingenommen und möglicherweise nicht mehr kritisch genug beurteilen kann. Aufgrund eigener Erfahrung mit einer (auch offizielle Statistiken benutzenden) Beobachtung Polens würde ich sogar eher das Gegenteil vermuten, daß nämlich die Lektüre der sich ständig wiederholenden optimistischen Propaganda zu einem verstärkten Mißtrauen führt und dazu anregen sollte, einmal eine Periode gescheiterter Experimente kritisch zu resümieren (vgl. **85**). Die Erfahrungen mit Polen haben auch die Haltung westlicher Banken gegenüber der DDR

28 Nach Auskunft von Frau Haendcke-Hoppe-Arndt sei dies (Kritik durch Frau Hoppe) der einzige Fall gewesen, in dem das DIW nachträglich in einer Veröffentlichung eine DDR-Zahl korrigiert habe aufgrund einer Kritik anderer Autoren.

29 vgl. hierzu auch **89** (1. Auflage., 1973, S. 142 f).

geprägt. Sie waren keineswegs „emotionsgeladen“ oder „irrational“, wie es in Übersicht 2 dieses Kapitels heißt.

e) *Fazit*

Zusammenfassend kann man – das hat diese Untersuchung gezeigt – mit einer gewissen Berechtigung feststellen, daß zur Zeit der wohl für alle überraschend eingetretenen Wende in der DDR, die Politiker der Bundesrepublik kaum ein zutreffendes Bild von der DDR haben konnten<sup>30</sup>. Die Gründe dafür sind:

1. die mangelhafte und bewußt geschönte Darstellung der wirtschaftlichen Lage in der DDR durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS), deren Aufgabe es ja auch gewiß nicht war, die Bundesregierung zutreffend zu informieren und deren propagandistische Funktion im Westen offenbar nicht (mehr) richtig gesehen wurde,
2. eine den Systemunterschied unterschätzende, technokratisch-statistische Berichterstattung über die DDR im Westen, die sich über die wahren Defizite der DDR-Wirtschaft nicht selten täuschte und wohl auch politische Rücksichten nahm,
3. hinzu kommt, daß der Umsturz in der DDR verbunden war mit tiefgreifenden Umwälzungen im gesamten sozialistischen Lager, deren Tempo und Tragweite wohl kaum vorhersehbar war, was zusätzlich zur Einführung der Marktwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ganz neue Daten setzte (auch zutreffende Aussagen über die Wirtschaft der DDR hätten damit ihre Gültigkeit verloren).

Alle genannten Faktoren waren dazu angetan, die DDR eher zu über- als zu unterschätzen. Die Fehlerquellen waren auch nicht unabhängig. Die SZS stand unter einem enormen Druck, ihre Statistik politischen Erwägungen unterzuordnen und sie hat sich aller Möglichkeiten der Manipulation bedient, die überhaupt denkbar sind, bis hin zur Fälschung von Zahlen, die an die UNO und das RGW geliefert wurden. Im Westen herrschte ein zu großes Vertrauen in veröffentlichte statistische Daten der DDR. Erst jetzt gibt es die Möglichkeit, die Seriosität dieser DDR-Statistik zu prüfen. Erst jetzt kann man belegen, daß das Vertrauen nicht gerechtfertigt war. Diejenigen, die früher im Westen der DDR-Statistik grundsätzlich mißtrauten, konnten nicht

30 Ich glaube nicht, daß man sagen kann: „Der Zustand der DDR-Ökonomie war seit Jahren gut erforscht und – bis auf einzelne Details – bekannt.“ (101, 15, ähnlich S. 59, 75), so daß für jede Fehleinschätzung die Bundesregierung selbst die Verantwortung trägt. Man kann das auch nicht allein daraus folgern, daß „sich seit Jahrzehnten diverse Forschungsinstitute in der Bundesrepublik mit einer großen Zahl von Ökonomen mit nichts anderem als der Analyse der DDR-Wirtschaft befaßt haben“ (101, 60). Die gleichen Autoren widmen übrigens andererseits ein ganzes Kapitel ihres Buches (101, 186 ff.) der „ratlosen Ökonomenzunft“, also einem Defizit an Forschung über die DDR (vgl. Fußnote 3). Man kann durchaus „einzelne Details“ und insbesondere viele statistische Daten kennen und gleichwohl den Zustand einer Wirtschaft nicht wirklich erforscht haben.

**beweisen**, daß das Mißtrauen gerechtfertigt war. Hinzu kommt, daß man um die Benutzung dieser Statistiken nicht herum kam, denn es gab keine Möglichkeiten, sich unabhängig von der SZS statistische Daten über die DDR zu verschaffen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: das Problem ist **nicht**, daß man sich im Westen geirrt hat, sondern daß man sich hierzu nicht bekannt hat. Für die Irrtümer kann man Verständnis aufbringen, nicht aber dafür, daß sich die meisten "Falschmelder und Verklärer des Sozialismus" (149, 88) in Wissenschaft und Publizistik später nach dem Zusammenbruch der DDR überhaupt keinen Anlaß verspürten, sich von ihren früheren Äußerungen zu distanzieren. Sie haben sich sogar gegenseitig die Schuld in die Schuhe geschoben. Die Wissenschaft hat sich auf den „Zeitgeist“ berufen, der entscheidend von der Berichterstattung in den Medien geprägt wurde und die Journalisten auf die Wissenschaft. So erklärte z. B. Klaus Bresser: „Wir waren zu stark ausgerichtet auf die Sichtweise der Politik und die Meinung der Wissenschaft“ (zitiert in 149, 87, 53).

Im Nachhinein gibt es viel an den im Westen erarbeiteten Studien über die DDR zu bemängeln, aber mit den Augen der damaligen Zeit betrachtet war es verständlich, daß man so arbeitete. Man legte eben an die Veröffentlichungen der DDR dieselben Maßstäbe an wie an westliche Länder und ging davon aus, daß die deutsche Zweistaatlichkeit noch lange Bestand haben wird. Man bediente sich auch derselben statistischen Methoden, z. B. bei der empirischen Bestimmung der Kaufkraftparität, die beim Vergleich westlicher Länder untereinander angemessen waren, aber eben nicht beim Vergleich einer Marktwirtschaft mit einer sozialistischen Planwirtschaft.

Mehr emotionale und atmosphärische Faktoren und damit auch die Stimmung in der Bevölkerung wurden bei dieser technokratisch-statistischen Betrachtungsweise fast vollständig ausgeblendet. So konnte es kommen, daß das DIW noch wenige Wochen und Monate vor dem Umsturz in der DDR harmlose Routineberichte über die DDR veröffentlichte.

Ein unzureichendes und sogar falsches Bild von der DDR im Westen ist mithin entstanden als ein Gemeinschaftsprodukt vieler Menschen im Osten und auch im Westen Deutschlands. Es wäre nicht fair, jetzt allein der SZS oder gar allein Prof. Dr. Donda Vorwürfe zu machen und es ist auch unfair, wie es nicht selten geschieht, der Bundesregierung vorzuhalten, sie hätte es besser wissen müssen<sup>31</sup>. Wenn man schon in weiten Kreisen nicht bereit ist, sich zu Fehleinschätzungen zu bekennen, so sollte man doch zumindest erkennen, daß das falsche Spiel mit Statistiken zu unser aller Nachteil war. Um das zu zeigen sei abschließend G.M. zitiert.

31 Vgl. Fußnote 11 von Seite 84.



Man sollte sich fragen, wo die DDR-Wirtschaft, wie sie **tatsächlich** war, heute stünde, wenn es die DDR noch gäbe. Denn das ist m.E. der einzige faire Maßstab, an dem die Vereinigungspolitik zu messen ist. Natürlich ist die Frage hypothetisch, aber man sollte sie trotzdem ernst nehmen. Günter Mittag sagte in einem Interview mit der Zeitschrift DER SPIEGEL (97):

„Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war. . . Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjetunion, was hier heute los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend und Hunger“.

### 5. Versuch einer Beurteilung und Schlußfolgerung

In unserer Zeit wird Enthüllung oft als Selbstzweck betrieben. Manches ist schon allein deswegen gut, weil es sensationell ist. Das ist nicht nur schlechter Stil, oft ungerecht und wenig einfühlsam, es ist auch ein viel zu oberflächlicher Umgang mit der Geschichte, aus der man doch zumindest versuchen sollte zu lernen. Dazu im folgenden einige Überlegungen:

#### a) *Zwei Welten in Sachen Statistik*

Im Jahre 1982 hatte Donda eine Arbeitsgruppe aus ehemaligen leitenden Funktionären der SZS zusammengestellt, die Schriften über die Geschichte der SZS verfaßte. Eine dabei entstandene Arbeit über die Entwicklung bis 1980 ist mir als Kopie vom Bundesamt überlassen worden (2). In diesen ca. 300 Seiten starken Papier ist das Kunststück vollbracht worden, so gut wie über keinen der in dieser Studie angesprochenen Sachverhalte zu berichten. Nur drei Seiten sind dem Problem der Veröffentlichungen der SZS gewidmet. Nichts erfährt man über Geheimhaltungsprobleme, nichts über methodische Probleme der Preis-, Bevölkerungs-, Außenhandelsstatistik usw., nichts über die Gängelung durch Partei, z. B. bei Kontakten mit dem westlichen Ausland usw. Statt dessen wird in ermüdender Weise eine schier endlose Geschichte der folgenden Art erzählt

1. Parteitage, Beschlüsse, Besprechungen: das System der Berichterstattung muß gestiegenen Anforderungen an Informationen im Zuge der komplexer werden Planungsprobleme gerecht werden
2. Parteitage, Beschlüsse, Besprechungen: das neue System ist die weitere Vervollkommnung des Systems von Rechnungsführung und Statistik
3. weiter mit 1. und 2.

Wie die „Vervollkommnung“ aussah ist oft etwas nebulös: Bei einer Arbeitstagung „ging es vor allem um die Sicherung des Grundauftrages aller Organe der SZS, aktiver Helfer der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung des Arbeiter – und – Bauern – Staates . . . zu sein“ (2., 176).

Die vorgegebenen Leistungskriterien der amtlichen Statistik waren offensichtlich: schneller und umfassender Daten bereitstellen über immer neue, bzw. geänderte Kennziffern und zwar mit Totalerhebungen, Vereinheitlichung von Konzepten und Methoden, Abrechnungen im Detail überprüfen, Betriebe im Ausfüllen von Formularen unterweisen und möglichst viele komplette Datensätze elektronisch speichern, und das war dann „die leistungsfähigste Statistik . . ., die es je auf deutschen Boden gab“ (2, 22).

Aber dies ist eben auch eine völlig andere Welt als die im Westen in Ämtern und Hochschulen betriebene Statistik. Man sollte das bedenken, wenn man aus dem in dieser Studie zusammengetragenen Material den Statistikern der DDR einen Vorwurf konstruieren möchte.

Ein anderer Punkt ist wohl der, daß die Statistik ganz unter dem Aspekt des Umgangs mit Staatsgeheimnissen betrieben wurde, sie war ein Gefahrgut, eine politische und ideologisch brisante Angelegenheit. Statistischen Daten gegenüber konnte deshalb auch keine neutrale wertfreie Haltung, keine unbefangene wissenschaftliche Neugier entwickelt werden, die notwendig ist um sie überhaupt erst im Sinne der Statistik nutzbar zu machen. Die Geheimniskrämerei war offensichtlich auch zum Schaden des Staatsapparats selber, sie erzeugte Angst in der SZS- und im übrigen Staatsapparat und Mißtrauen außerhalb. Die Menschen haben sich belogen und abgekanzelt gefühlt, nicht nur wenn sie die veröffentlichten statistischen Daten betrachteten, sondern auch wenn sie eine Antwort der SZS bekamen auf ihre höfliche Bitte um Überlassung von Daten.

Man muß schließlich bei der Würdigung dieses Befunds auch bedenken, daß dies alles Erscheinungen sind, die nicht durch ein Fehlverhalten der Statistiker zustandekamen. In dieser Studie sind Dokumente präsentiert und kommentiert worden, die vermutlich nur eine Handvoll Menschen gekannt haben. Tausende haben über viele Jahre in diesem Apparat gearbeitet ohne das gewußt zu haben, was hier dargestellt wurde.

Bedenklich stimmt es auch, wenn man sieht, wie der Westen der SZS und ihren Daten mehr vertraute als dies gerechtfertigt gewesen wäre. Wenn die Amtsleitung selbst von gewollten Lücken und Unklarheiten in den Daten spricht, wenn diese selbst empfiehlt, Zahlen zurückzuhalten, weil sie politisch nicht opportun sind oder gar Zahlen fälscht, dann darf man ihr nicht das Vertrauen aussprechen, selbst dann nicht, wenn die Mehrzahl der Daten richtig ist (was ja wohl auch der Fall war) und schon gar nicht dann wenn sie dieses Vertrauen propagandistisch mißbraucht, was vorauszusehen war.

b) *Welche Folgerungen kann man aus diesem Bericht für die (amtliche) Statistik ziehen?*

Es hat in der „alten“ Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Volkszählung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hierzu (1983) eine Diskussion über die Rolle der amtlichen Statistik gegeben. So eine Diskussion war überraschend und ungewöhnlich, weil sich normalerweise die „Öffentlichkeit“ wenig für die amtliche Statistik interessiert. Es ging dabei vor allem um den Datenschutz, um die Belastung und Beunruhigung des Einzelnen durch statistische Erhebungen und um die Abwägung dieser Interessen mit dem Interesse des Gemeinwesens an statistischen Daten.

Die deutsche Einigung und die damit entstandene Chance, einmal ein ganz anders geartetes System der amtlichen Statistik kennen zu lernen, sollte auch Anlaß sein zu einer Besinnung über die amtliche Statistik in einer Demokratie.

Ich möchte im folgenden vier Erkenntnisse ausformulieren, die mir selbst vor dieser Studie in der vollen Tragweite noch nicht so klar waren und die es m. E. verdienen festgehalten zu werden:

1. Information und Kommunikation sind Produktivkräfte.
2. Transparenz und Internationalität sind ein Hebel der Demokratisierung.
3. Bei guter Statistik darf es keine Präjudizierung der Ergebnisse geben.
4. Wir sollten auch mehr als bisher den Zusammenhang zwischen der Ordnung der Statistik und der Staats – und Gesellschaftsordnung erkennen.

Die Volkszählungsdebatte hat das Abwägungsproblem Datenschutz-Statistik zum Thema gehabt. Es wäre schön, wenn man auch aus der DDR-Statistik eine Lehre zöge. Sie sollte ein Geheimhaltungsproblem ganz anderer Art zum Thema haben: Die Geheimhaltung von Statistiken sollte nicht länger für weniger verwerflich gehalten werden als die Fälschung von Statistiken und die Öffentlichkeit der Statistik sollte als ein Element der Demokratie verstanden werden. Mit ihren Erhebungen stellt sich die Statistik vielen zunächst als Instrument des Obrigkeitsstaates dar. Die Erhebungen sind aber nur eine Seite. Die andere Seite, die uns viel zu wenig bewußt ist, ist dagegen, daß die ganze Veranstaltung des Datensammelns ihren Sinn nur entfaltet, wenn sie auf Öffentlichkeit und Nutzung durch alle angelegt ist. Insofern ist Statistik gerade **nicht** Obrigkeitsstaat, sondern vielmehr ein Beitrag zu dessen Beseitigung.

In einem in großer Auflage verbreiteten Taschenbuch gelangte ein Soziologieprofessor aus Münster zu folgenden Erkenntnissen über die Statistik der „bürgerlichen Gesellschaft“: sie schaffe die „Voraussetzungen für die Heranbildung abstrakt allgemeiner Herrschaftsstrukturen“, die „Volksnummerung“ sei mit dem Polizeiblick verwandt, in ihr werde nach Alter, Geschlecht usw.

gefragt, weil wir es in (damals noch West-) Deutschland mit einer "sexistischen Klassengesellschaft" zu tun haben und im Kern gelte: "Der statistischen Betrachtung der Gesellschaft haftet ein objektiver Zug von Menschenverachtung an". Vgl. Hanns Wienold: Blicke der Macht, Sozialstatistik und empirische Sozialforschung als Staatsaktion, in: A. Guhar u. S. Pappcke (Hrsg.), Entfesselte Forschung, Die Folgen einer Wissenschaft ohne Ethik, Frankfurt/M. 1988, S. 67–86 (ein Buch, in dem die Statistik in die Nähe der Giftgasentwicklung und ähnlichem gerückt wurde). Ich kann mir nicht vorstellen, daß Wienold, der mit seinen Thesen ja auch die amtliche Statistik der damaligen Bundesrepublik meinte, diejenige des sog. real existierenden Sozialismus in der DDR kannte.

### *Zu 1: Information als Produktivkraft*

Es wird immer offensichtlicher, daß heutzutage Information und Kommunikation Produktivkräfte sind. Sie entfalten ihre Kraft aber nur dann, wenn die Information korrekt und die Kommunikation offen ist. Dies gilt umso mehr, je fortgeschrittener und anspruchsvoller Technik und Organisation sind. Eine Befehlswirtschaft versagt, wenn die Anforderungen an Qualifikation und Motivation der Beschäftigten steigen. Man kann Menschen zwingen zu einfachen Verrichtungen, etwa zum Kartoffelschälen, aber man kann sie nicht zwingen zu Fortschritten in der Wissenschaft, zu Erfindungen oder zu unternehmerischem Wagnis. Die DDR-Wirtschaft ist daran gescheitert. Spiegelbildlich dazu war auch die DDR-Statistik faktisch am Ende. Der Aufwand, der mit Kontrollen, Geheimhaltungen, Doppelinformationen (für interne Zwecke und für die Öffentlichkeitsarbeit) bis hin zur Fälschung getrieben werden mußte war gewaltig und zugleich auch vergeblich. Auf die Dauer war der Rückstand der DDR und die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht zu verheimlichen.

Der Aufwand für die Aufrechterhaltung eines Systems, das wesentlich mehr Informationen als üblich zum Staatsgeheimnis erklärte, wäre auch mit zunehmender Technik ins Unermeßliche gestiegen. Die DDR stand bei der modernen Technik der Informationsverarbeitung und Kommunikation vor einem ähnlichen Dilemma wie bei dem Bemühen um eine größere internationale Geltung: einerseits wollte man die moderne Technik nutzen, andererseits hatte man aber auch eine große Angst vor den mit ihnen verbundenen Gefahren (parasitäre Abstrahlung, Gefahren des Zugriffs auf Datenbanken, Hacker in Datenfernübertragungssystemen, Überwachung von Datenbanken rund um die Uhr, Virenprogramme usw.).

Die Erfahrungen der Bundesrepublik und anderer westlicher Länder wurden sorgfältig studiert und man sah in der DDR ab etwa 1995 erhebliche Probleme auf sich zukommen (**D 20.1** bis **20.3**). Aber nicht nur der Aufwand und die Erfolglosigkeit des Verhinderns macht die Kosten der Statistikpolitik der DDR aus, hinzu kommt noch die Unfähigkeit, Information

positiv als Produktivkraft zu nutzen. Das ist natürlich schwer zu greifen. Niemand weiß, welchen Weg die DDR gegangen wäre, wenn die breite Öffentlichkeit bedient worden wäre mit mehr und vertrauenswürdigeren Statistiken.

Die Erfahrung der DDR-Statistik ist m.E. ein Beweis dafür, daß die Behinderung der Statistik kontraproduktiv ist. Daß umgekehrt die Befreiung der Statistik, das zu sein, was sie sein sollte, nämlich ein objektiver und neutraler Dienst an alle, produktiv ist, ist m. E. aber auch mit Händen zu greifen.

### *Zu 2: Transparenz und Demokratie*

Die Forderung nach „Zahlenlieferung“ durch internationale Organisationen hat die DDR-Statistik immer mehr in Verlegenheit gebracht. Das Dilemma war: einerseits wollte die DDR international etwas gelten, sie wollte in internationalen Zahlenzusammenstellungen als entwickelter Industriestaat nicht fehlen, andererseits wollte man sich aber auch nicht in die Karten schauen lassen.

Lange vor dem Fall der Mauer haben internationale Organisationen eine statistische Mauer Stück für Stück eingerissen. Ihre bisherige Statistikpolitik durchzuhalten wurde dadurch für die DDR immer schwieriger, bis man schließlich sich sogar gezwungen sah, zumindest Außenhandelsdaten regelrecht zu fälschen. Das zeigt, daß die Forderung von statistischen Daten im Rahmen einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit ein Beitrag zum Abbau des Herrschaftssystems der SED war, ein Hebel zur Demokratisierung. Es zeigt aber auch, daß es einer Diktatur durchaus gelingen kann, das Ausland zu täuschen und daß sie nicht davor zurückschreckt, sogar statistische Daten zu fälschen. Man sollte das bedenken, wenn jetzt z. B. die Bundesregierung kritisiert wird, sie habe die wahre Lage in der DDR falsch eingeschätzt oder wenn man jetzt **nach** dem Zusammenbruch der DDR sieht, daß das Vertrauen im Westen in die Korrektheit der DDR-Daten wohl doch etwas zu groß war. Ein Fazit könnte sein, daß man im Umgang mit Statistiken wachsamer sein sollte und daß das Sammeln und Prüfen von Daten anderer Länder genauso wie die Mühe, die mit nationalen Statistiken im eigenen Lande verbunden ist, eine Anstrengung ist, die sich durchaus lohnt.

### *Zu 3: Keine Präjudizierung der Ergebnisse, Unabhängigkeit bei Methoden*

Die Erfahrung mit der DDR-Statistik lehrt, wie wichtig die Unabhängigkeit der statistischen Ämter ist. Wenn sie nicht gegeben ist, besteht die Neigung der Statistik vorzuschreiben, welche Ergebnisse sie zu liefern hat, nicht genehme Ergebnisse werden unterdrückt oder gar gefälscht und Methoden werden geändert um die passenden Ergebnisse zu produzieren. Je mehr es bergab ging

mit der DDR, desto fragwürdiger wurden die Gegenstände der Erhebungen und deren begriffliche Abgrenzung. Ein Beleg dafür ist nicht nur das so bekannte Beispiel der „Industrieroboter“, es sind auch Begriffe wie „Erneuerung“, „Arbeitszeitverkürzungen durch Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, „Anteil der Spitzenleistungen“, „erzielter Nutzen bei Neuererbebewegungen“ usw. Wenn man nicht einigermaßen klar sagen kann, was man messen möchte, dann kann man auch nicht erwarten, daß die so erhobenen Daten von großem Nutzen sind.

Die abschreckende Herrschaft der SED über die SZS sollte auch Anlaß sein den Statistischen Ämter mehr Autonomie zu geben. Mit der übertriebenen Verrechtlichung der Statistik haben wir diese Autonomie mehr und mehr beschränkt, als ob dies ohne Gefahr für die Qualität der Statistik nach Belieben fortgesetzt werden könnte. Dabei wurde immer nur eine Gefahr gesehen, nämlich die des Mißbrauchs von Individualdaten, nicht aber eine andere Gefahr, der Verlust der Orientierung durch eine unbrauchbare Statistik.

#### *zu 4: Ordnung der nationalen Statistik*

Nach Art. 87 Abs. 3 GG kann der Bund eine Bundesbehörde für Statistik errichten. Diese hat damit eine auf die Verfassung zurückzuführende Legitimation. Nichts ist damit allerdings darüber gesagt, welche innere Verfassung dieses Staatsorgan selber haben soll. Das Beispiel der DDR-Statistik sollte uns lehren, daß es nicht nur **eine** Verfassung der Statistik gibt, sondern auch eine ganz andere, die zu einer anderen Staatsverfassung paßt. Die SZS war **die** Art nationaler Statistikbehörde, die zu einer zentralplanwirtschaftlichen Ordnung paßte.

Die Art der nationalen Statistik und auch die eingangs erwähnten berufsethischen Prinzipien, denen die amtliche Statistik eines demokratischen Staates zu entsprechen hat, haben m.W. weder Juristen noch Ordnungstheoretiker als Element einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung begriffen. Man hat dies wohl eher als ein technisches Detail oder als eine systemindifferente Sachentscheidung aufgefaßt, während in Wahrheit solche Fragen sehr viel höher angesiedelt sein sollten. Angesichts bestehender oder absehbarer Herausforderungen der amtlichen Statistik bedeutet dies auch: die amtliche Statistik sollte mehr und auch offensiver Öffentlichkeitsarbeit betreiben und dabei können auch die Erfahrungen mit der DDR-Statistik Stichworte liefern: Statistik ist richtig verfaßt ein Element einer demokratischen Ordnung, sie sollte ihr Selbstverständnis nicht nur in der Abgrenzung zum Datenschutz definieren und sie sollte auf die Pflicht der Staatsbürger als Befragte bei statistischen Erhebungen zur Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens beizutragen bestehen.

*Zusammenfassung*

Es war bisher, auch in der Enquête-Kommission, ziemlich unstrittig, daß die Statistiker in der ehemaligen DDR ihre Statistiken wohl nicht bewußt gefälscht hatten. In der 27. Sitzung der Kommission haben sich z. B. die Sachverständigen Harry Maier und Herbert Wolf entsprechend geäußert (35, 36 f, 76 f). Bekannt war, daß die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) auf Weisung der Partei viele Daten zurückhalten mußte, also nicht veröffentlichen durfte. Auch sind nach der Wende einige Beispiele dafür bekannt geworden, daß auf Geheiß der SED-Spitze den statistischen Erhebungen Definitionen zugrunde zu legen waren, die im Ergebnis zu „geschönten“ Daten führen mußten: fertiggestellte Wohnungen, Industrieroboter oder auch CAD/CAM-Arbeitsplätze sind solche Beispiele. Bekannt wurden auch verschiedene „Tricks“ der Statistiker bei ihren Berechnungen, die auch Zweifel an der Seriosität rechtfertigen. Solche Tricks waren z. B. die Änderung der Warenauswahl bei der Preis- und Produktionsstatistik oder die „Basisbereinigung“. Stieg der Preis einer Ware (oder sank die Produktion), so wurde diese Ware durch eine andere ersetzt und bei der Berechnung von Wachstumsraten wurde, damit diese größer erschienen, nicht selten der jeweilige Basiswert (z. B. der Vorjahreswert) nachträglich verringert. Aber „Fälschungen“ waren das wohl kaum. Das gilt auch, wenn die Daten schon im Stadium der Erhebung problematisch sind, weil etwa die Antworten der Befragten interessengeleitet sind, wenn die Methoden anfechtbar sind oder wenn die Daten nur die „halbe Wahrheit“ wiedergaben und die andere Seite bewußt verschwiegen wurde. Auch wenn die Benutzer der Statistik über mögliche Fehlinterpretationen und methodische Details im Unklaren gelassen werden, so ist dies zwar ein schlechter Stil, aber von einer dreisten Fälschung noch weit entfernt.

Neu ist demgegenüber die Beobachtung, daß offenbar die Parteispitze in Absprache mit dem Leiter der SZS (gewiß wohl korrekt ermittelte) statistische Daten nachträglich manipulierte und ganz bewußt veränderte Daten an internationale Organisationen weitergegeben hatte. Zumindest im Falle von Daten über den Außenhandel der DDR legen die Archivunterlagen diesen Schluß nahe, denn ihnen sind auch Formulierungen zu entnehmen, die deutlich zeigen, mit welchen politischen Motiven dies geschah und mit welchen Überlegungen versucht wurde, dies zu vertuschen. So wurde wiederholt aus einem Außenhandelsdefizit (Importüberschuß) ein Plus (Exportüberschuß) durch nachträgliche „Korrekturen“ gemacht und dabei wurde auch in den hier dokumentierten Schreiben ganz offen darüber spekuliert, ob diese Manipulationen vom Ausland durchschaut werden könnten oder nicht, d. h., ob es den kapitalistischen Ländern z. B. mit Kontrollrechnungen möglich ist, die angegebenen Größen zu überprüfen und ob die veränderten Daten

angesichts früherer (ebenfalls manipulierter) Daten, die bereits von der DDR veröffentlicht waren, noch plausibel sein könnten.

Die Konflikte, in die man sich damit begab, waren schon rein statistisch nicht einfach zu bewältigen. Eine Analyse der Texte und Zahlenzusammenstellungen ergab, daß ganz offensichtlich versucht wurde, gleichzeitig wachsende Exporte, beständig einen Exportüberschuß und im Zeitablauf auch einen stetig zunehmenden Exportüberschuß gegenüber dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) statistisch nachzuweisen. Es sollte also vermieden werden, daß im Ausland der Eindruck entstehen könnte, die DDR habe, wenn auch nur vorübergehend einmal in einem Quartal ein Außenhandelsdefizit hinnehmen müssen. Es ist klar, daß die Produktion von „Statistiken“, die allen diesen Nebenbedingungen genügten, die Statistiker vor keine leichte Aufgabe stellte. Hinzu kommt, daß die Realität dem Auftrag der Partei ziemlich genau entgegenstand: die Erfolge der DDR bei den Westexporten haben deutlich nachgelassen und die Statistiken sollten das Gegenteil zeigen.

Mit zunehmender Verschärfung solcher Widersprüche wurden die Eingriffe der Partei immer ungenierter. Die Daten für den NSW-Außenhandel der ersten drei Quartale 1987 ergaben z. B. einen Exportdefizit in Höhe von  $-579$  Mio VM (Valutamark). Die SZS schlug Korrekturen vor, die zu einem Aktivsaldo von  $+521$  Mio VM führten. Dies wurde dann aber von Günter Mittag nicht akzeptiert. Er wollte, daß  $+910$  Mio VM gemeldet werden und die Statistiker haben sich die Arbeit leicht gemacht, indem sie einfach die Zahl für die Importe durchgestrichen und eine um  $389$  ( $910 - 521 = 389$ ) kleinere Zahl darübergeschrieben hatten (statt  $1100$  einfach  $711$  Mio VM).

Man ging, wie gesagt, bisher nicht nur in West-, sondern wohl auch in Ostdeutschland davon aus, daß die amtliche Statistik der DDR unter dem Druck der Parteiführung zwar zu einer (unseriösen) Erfolgspropaganda gezwungen war, aber daß sie nicht direkt „gefälscht“ war. Diese Meinung konnte sich wohl deswegen schon fast als Vorurteil fest etablieren, weil es wenig plausibel, wenn nicht gar undenkbar erschien, daß ein Staat seine eigene Funktionsfähigkeit beschädigen könnte, indem er hohe und höchste Funktionäre hinsichtlich statistischer Daten im Unklaren läßt oder gar mit falschen Daten rechnen läßt. Aufgrund der hier zusammengetragenen Dokumente ist aber anzunehmen, daß genau das in der DDR in Kauf genommen wurde.

Der politische Konflikt, in dem die Parteiführung stand, war dabei sehr groß: die DDR wollte einerseits internationale Anerkennung als führendes Industrieland und Kredite aus dem Westen, sie mußte es aber andererseits auch um jeden Preis vermeiden, sich in die Karten schauen zu lassen. Sie fühlte sich auch mehr und mehr im Stich gelassen von der Sowjetunion bei ihren Bemühungen, Forderungen nach Zahlenlieferungen an internationale Organisationen abzublocken. Transparenz in Sachen Statistik war für die



DDR zu vermeiden, schon deshalb, weil sie große Schwierigkeiten hatte, den statistischen Schein eines High-Tech-Landes aufrecht zu erhalten. Das Mißverhältnis war dabei z.T. viel krasser als man es wohl im Westen vermutete. So verhielt sich z. B. die korrekte Zahl der Industrieroboter gemäß international abgesprochener Definition zu der Zahl der DDR-Statistik (aufgrund der von der Partei entwickelten Definition) wie 1:17.

Es scheint nicht eindeutig so zu sein, daß die Statistiker immer nur widerwillig auf Druck der Partei ein zu gutes Bild vom Entwicklungsstand und Lebensstandard der DDR zeichneten. Aus internen Papieren der SZS geht auch hervor, daß die Statistiker offenbar gelegentlich selbst der von ihnen mitgetragenen Propaganda erlagen. So hat z. B. die SZS noch Ende der 80er Jahre dem ZK einen internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität vorgelegt, wonach diese in der DDR höher war als in Japan und Japan sich nur auf dem relativ niedrigen Level der Sowjetunion befand.

**Wann** man in der DDR dazu überging, Außenhandelsdaten effektiv zu fälschen, ist mir nicht bekannt. Aus Unterlagen des Büros Dr. Günter Mittag (**D 15.16 f**) geht hervor, daß man sich angesichts wachsender Importüberschüsse schon 1976 mit dem Problem beschäftigte, die Realitäten zu verheimlichen und trotzdem zu vermeiden, daß der „Gegner“ gerade daraus „Kapital schlägt“. Über die möglichen Lösungen bei diesem Konflikt gibt es ein Gutachten der SZS vom 27.4.77, das einzige Dokument, das zu kopieren mir nicht gestattet war. Es scheint außerdem so zu sein, daß Mittag sich Rückendeckung bei Honecker zu verschaffen suchte. **Wer** aber **wann** letzten Endes grünes Licht gab für diese Fälschungs-Praxis, ist bislang nicht klar.

Fest steht allerdings, daß führende Politiker der DDR großen Respekt hatten vor den Bemühungen des DIW, Daten der DDR auf Plausibilität zu prüfen und daß sie dies offenbar in ihre Überlegungen einbezogen bei der Frage, ob und in welchem Maße Daten verfälscht werden sollten. Umso mehr dürfte deshalb der folgende Vorgang beachtlich sein: Frau Dr. Cornelsen vom DIW hatte in einem Schreiben vom 2.1.86 an Prof. Dr. Donda, dem Leiter der SZS, die „Linie“ ihres Hauses bekräftigt, wonach „die amtlich veröffentlichten Zahlen aus der DDR zuverlässig sind“, und ihm auch eine Argumentationshilfe bei der Erklärung von Unstimmigkeiten in der DDR-Außenhandelsstatistik angeboten, die dieser dankbar aufgriff (**D 19.1**). Das DIW hat diese Linie, die sich vor allem auf Plausibilitätserwägungen stützt, wiederholt in Publikationen vertreten. Man findet solche Vermutungen sehr oft auch in der nicht-ökonomischen Literatur. Danach sind Fälschungen unwahrscheinlich, weil „ein politisch-operativer Apparat wohl kaum über mehrere Jahrzehnte funktionieren könnte, wenn konzeptionell und in der praktischen Tätigkeit von einer rein fiktiven Welt ausgegangen worden wäre“ (**161**, 18). Welche Konsequenzen ein darauf gegründeter „Persilschein“ hat, ist auch Günter Mittags Äußerung zur DDR-Statistik zu entnehmen. In

seinem Rechtfertigungs-Buch „Um jeden Preis“ schreibt dieser Mann, der über Jahrzehnte die SZS bis ins Detail beherrscht hatte, der es nun wirklich besser wissen müßte und auch viel dazu sagen könnte, nur wenige Zeilen über die DDR-Statistik. Er schreibt unter Berufung auf einen Zeitungsartikel von Frau Dr. Cornelsen: „Damit entkräftet eine BRD-Expertin die Mär von der bewußten Fälschung von Zahlen“ (96, 342).

Die Untersuchung hat ergeben, daß nicht nur in dieser pauschalen Form, sondern auch im Detail, Westdeutschland die Statistik der DDR nicht immer durchschaut hatte. Es ist zumindest bei einigen westlichen DDR-Experten anzunehmen, daß zu wenig kritische Distanz gegenüber der DDR-Statistik bestanden hatte. Man sollte daraus auch die Lehre ziehen, daß eine angeblich wertfreie sich technokratisch verstehende und auf Statistiken berufende Ostforschung nicht notwendig auch beanspruchen kann, zu wirklichkeitsnäheren Erkenntnissen zu gelangen als eine mehr verbal argumentierende Richtung.

Daß die Statistik bewußt vom Staat benutzt werden kann um den politischen Gegner zu desinformieren ist nur dann möglich, wenn eine Partei ihr Informationsmonopol sicherstellt und bis ins Detail die amtliche Statistik beherrscht. Wie das die SED tat, wird in der Expertise ausführlich dokumentiert.

Dabei hat sich auch gezeigt, daß der Aufwand erheblich war, um die Macht der Partei über die Statistik aufrechtzuerhalten, und daß die Partei in ihrem Bemühen zu verheimlichen oder schönzufärben, nicht zuletzt vor allem von außen durch zunehmende internationale Zusammenarbeit immer mehr in Bedrängnis gebracht wurde. Neben der Schwierigkeit, die katastrophale Fehlentwicklung im eigenen Lande um jeden Preis zu vertuschen, war dies möglicherweise auch der Grund dafür, daß man sich am Schluß nicht mehr anders zu helfen wußte, als Statistiken ganz offen zu fälschen.

Die Konsequenz, die sich aus diesen Feststellungen ergeben sollte, könnte – das wäre zu wünschen – vor allem ein geändertes Verständnis der Rolle der amtlichen Statistik in der Öffentlichkeit sein. Es wäre zu begrüßen, wenn die amtliche Statistik nicht mehr nur als lästige Sammlerin von Daten oder gar als Gefahr für den Datenschutz gesehen werden würde, sondern als eine Institution, die für eine Demokratie ähnlich wichtig ist, wie eine freie Presse und freie Wissenschaft. Es ist ja bemerkenswert, daß eine Diktatur nicht nur mit aller Gewalt die Meinungs- und Pressefreiheit unterbindet, sondern sich auch des Apparats der amtlichen Statistik bemächtigt. Das Beispiel der DDR zeigt auch, daß es sich auf lange Sicht nicht auszahlt, diese Freiheiten und die Unabhängigkeit der Statistik zu beseitigen.

**Anhang***Literaturverzeichnis**a) Bücher, Buchbeiträge, Aufsätze in Zeitschriften**(ohne Artikel in DIW-Wochenberichten ohne Nennung des Autors; hierzu vgl. b)*

- 1 Apel, Hans:  
Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966.
- 2 Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (Gerd Füge, Albert Kindelberger, Siegfried Meyrich):  
Allgemeine Entwicklung der Aufgabenstellung, Arbeitsweise und Organisation der staatlichen Statistik und Organisation der staatlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1980, Berlin 1987 (unveröffentlicht, als Kopie im Archiv des StBA).
- 3 Autorenkollektiv:  
Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus, Berlin (O) 1969.
- 4 Autorenkollektiv:  
Die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsführung in den Werken Lenins und ihre aktuelle Bedeutung, Beiträge anlässlich des 100. Geburtstags W.I.Lenins, Berlin (O) 1970.
- 5 Autorenkollektiv (Leitung G. Manz):  
Lebensweise und Lebensniveau im Sozialismus, Berlin (O) 1977.
- 6 Autorenkollektiv:  
Die Volkswirtschaft der DDR, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (O) 1979.
- 7 Autorenkollektiv:  
Schulbuch „Geschichte, 10.Klasse“, Verlag Volk und Wissen Berlin (O) 1989.
- 8 Autorenkollektiv:  
Schulbuch „Staatsbürgerkunde, 10.Klasse“, Verlag Volk und Wissen Berlin (O) 1989.
- 9 Barlow, Robin:  
A Test of Alternative Methods of Making GNP Comparisons, in: Economic Journal, Vol. 87, 1977, S. 450.
- 10 Barthel, Wilfried u. Klaus Müller:  
Fragen des Vergleichs der gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens mit Westdeutschland I, in: SP 12/1960, S. 282.
- 11 Barthel, Wilfried u. Klaus Müller:  
Fragen des Vergleichs der gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens mit Westdeutschland II, in: SP 1/1961, S. 10.
- 12 Barthel Wilfried, Werner Karbstein u. Wolfgang Schmidt:  
Statistik des Nationaleinkommens, Reihe Planung und Leitung des Volkswirtschaft, Bd. 36, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (O) 1971.
- 13 Beckermann, Wilfried u. Robert Bacon:  
International Comparisons of Income Levels: A Suggested New Measure, in: Economic Journal, Vol. 76, Sept. 1966, S. 519.
- 14 Berg, Herrmann von, Franz Loeser u. Wolfgang Seiffert:  
Die DDR auf dem Weg in das Jahre 2000, Plädoyer für eine demokratische Entwicklung, Köln 1987.
- 15 Berg, Hermann von:  
Die Antiökonomie des Sozialismus, Zur Reformfähigkeit parteimonopolistischer Staatswirtschaften, Würzburg 1989.
- 16 Bernhardt, Vera:  
Zur Beurteilung volkswirtschaftlicher Kennziffern im Vergleich BRD – DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1990, S. 372.
- 16a Bethkenhagen, Jochen:

- Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW4/1989, S. 351.
- 17 Beyme, Klaus von:  
Ökonomie und Politik im Sozialismus, Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, München 1977.
- 18 Bölling, Klaus:  
Die fernen Nachbarn, Erfahrungen in der DDR, Hamburg 1983.
- 19 Bork, Joachim u. Fritz Küster:  
Methoden des Niveauevergleichs der Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und Westdeutschlands, in: SP 7/1961, S. 183.
- 20 Bracher, Karl Dietrich:  
Politik und Zeitgeist – Tendenzen der siebziger Jahre, in: K.D.Bracher, W.Jäger u. W. Link: Republik im Wandel 1969–1974, Die Ära Brandt, Stuttgart, Mannheim 1986, S. 285.
- 21 Bröll, Werner:  
Das sozialistische Wirtschaftssystem, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): DDR, Das politische, wirtschaftliche und soziale System, München 1973.
- 22 Buck, Hansjörg F.:  
Lieber Bankrott als ehrlich. Das Erbe der Diktatur (IX): Wie die SED Führung die Wirtschaft der DDR wissentlich ruiniert hat, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt v. 17.6.1991.
- 23 Bürgin G., u. S. Schnorr-Bäcker:  
ISL-„Declaration of Professional Ethics“, Internationaler Berufskodex für Statistiker aus der Sicht der Bundesstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, 8/1986, S. 573.
- 24 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.):  
Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, Bonn 1971.
- 25 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.):  
Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972, Bonn 1972.
- 26 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.):  
Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1974, Bonn 1974.
- 27 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.):  
Zahlenspiegel, Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – Ein Vergleich, Bonn 1978.
- 28 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.):  
DDR-Handbuch, 3.Aufl., Köln 1985.
- 29 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):  
Die DDR, Schriftenreihe: Informationen zur politischen Bildung, H. 205, Bonn 1988.
- 30 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):  
Wirtschaft, Wirtschaftsordnungen im Vergleich, Schriftenreihe: Informationen zur politischen Bildung, H. 180, Neudruck Bonn 1990.
- 31 Cornelsen, Doris:  
Vergleich der Wirtschaftsergebnisse (unter Berücksichtigung methodischer Probleme), in: Politische Bildung, 23. Jg., 1970, Nr. 1, S. 41.
- 32 Cornelsen, Doris:  
Überlegungen aus der Sicht der Wissenschaft am Beispiel der Erfahrungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit 1990, Sonderdruck (der Zeitschr. Wirtschaft und Statistik), S. 1.
- 33 Cornelsen, Doris:  
Datenlage und Anforderungen mit Blick auf Mittel- und Osteuropa, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1992, S. 53.
- 34 Cornelsen, Doris u. Wolfgang Kirner:  
Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR, DIW-Wochenbericht 14/1990.
- 35 Deutscher Bundestag, 12.Wahlperiode, Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“:

- Protokoll der 27. Sitzung der Enquete Kommission am 5.2.1993.
- 36 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.):  
Handbuch DDR-Wirtschaft (erste Ausgabe), Reinbek bei Hamburg 1971.
- 37 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.):  
Handbuch DDR-Wirtschaft (aktualisierte Ausgabe), Reinbek bei Hamburg 1977.
- 38 Dietz, Raimund:  
Der Westhandel der DDR, Zwei Datensätze – zwei Perspektiven, in: DA 3/1985, S. 294.
- 39 Donda, Arno:  
Die Statistiker der DDR würdigen den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, SP 1977, S. 193.
- 40 Donda, Arno, Eva Herrde, Otfried Kuhn u. Richard Struck:  
Statistik (Lehrbuch), 6. Aufl., Verlag Die Wirtschaft, Berlin (O) 1986.
- 41 Donda, Arno:  
Zahlen lügen nicht, Interview mit Prof. Dr. Arno Donda, in: Zimmermann, Brigitte u. Hans-Dieter Schütt.: Ohnmacht, DDR Funktionäre sagen aus, Verlag Neues Leben, Berlin 1992.
- 42 Ebel, Horst:  
Abrechnung, Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Politik des „realen Sozialismus“, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990.
- 43 Fischer, H. u. F. Stöbe:  
Moralischer Verschleiß und Abschreibungspolitik im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Wirtschaftswissenschaft 1/1968, S. 56.
- 44 Forbig, Gotthard:  
Grundriss der Industriestatistik, Lehrbuch, Band 1: Produktion und Arbeitskräfte, 3. überarb. Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (O) 1965.
- 45 Forbig, Gotthard, Otmar Brosch u. Ursula Wolff:  
Betriebsstatistik, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (O) 1983.
- 45a Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Resonanz zum 7. Symposium der Forschungsstelle zum Thema „Wirtschaftsstrategie der DDR für die achtziger Jahre“ am 19./20. Nov. 1981 im Reichstagsgebäude (Sammlung von Fotokopien von Presseartikeln und Rundfunkinterviews).
- 45b Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Entwicklungskonzepte für die DDR-Wirtschaft im Experiment, Teil I, 10. Symposium der Forschungsstelle am 22./23. Nov. 1984 in Berlin, FS-Analysen 5–1984.
- 45c Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Finanzierungsprobleme des Sozialismus, Gratwanderung zwischen Beharrung und Reform, Teil 1, FS-Analysen 2–1990.
- 45d Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Finanzierungsprobleme des Sozialismus, Gratwanderung zwischen Beharrung und Reform, Teil 2, FS-Analysen 3–1990.
- 45e Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Gesamtdeutsche Eröffnungsbilanz, Teil I, 16. Symposium der Forschungsstelle am 22./23. Nov. 1990 in Berlin, FS-Analysen 2–1991.
- 45f Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:  
Gesamtdeutsche Eröffnungsbilanz, Teil II, 16. Symposium der Forschungsstelle am 22./23. Nov. 1990 in Berlin, FS-Analysen 3–1991.
- 46 Frenzel, Paul:  
Das sozialistische Geldsystem der DDR, in: DA 7/1988, S. 765.
- 47 Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.):  
Um die Qualität des Lebens in beiden deutschen Staaten, Wettbewerb oder Kooperation der Systeme? in der Reihe: Die DDR – Realitäten – Argumente, Bonn – Bad Godesberg 1973.
- 48 Glos, Michael:

- Das Erbe des Sozialismus, in: Politische Studien, Sonderheft 10/1993 (Vier Jahre nach dem Fall der Mauer), S. 5.
- 49** Görzig, Bernd u. Martin Gornig:  
Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR, Beiträge zur Strukturfor-  
schung (hrsg.v.DIW), Heft 121, Berlin 1991.
- 50** Grohmann, Heinz:  
Von der „Kabinettsstatistik“ zur „Statistischen Infrastruktur“, Reflexionen über eine Dienst-  
leistung für die Gesellschaft, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1989, S. 16.
- 51** Haacke, Wolfgang:  
Bonner Wunschbilder über die Produktionsentwicklung der DDR und die Wirklichkeit, SP  
3/1965, S. 91.
- 52** Haase, Herwig E.:  
Das Wirtschaftssystem der DDR, Eine Einführung, 2.Aufl., Berlin 1990.
- 53** Hacker, Jens:  
Deutsche Irrtümer, Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin,  
Frankfurt/M. 1992.
- 54** Hacker, Jens:  
Die deutsche Öffentlichkeit und die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit, in: Politische  
Studien, Sonderheft 10/1993 (Vier Jahre nach dem Fall der Mauer), S. 57.
- 55** Haendcke-Hoppe, Maria:  
Außenhandel und Außenhandelsplanung in der DDR, in: DA 2/1975, S. 154.
- 56** Haendcke-Hoppe, Maria:  
Betrachtungen zur außenwirtschaftlichen Entwicklung der DDR 1975 und 1976, in: DA 3/  
1977, S. 262.
- 57** Haendcke-Hoppe, Maria:  
DDR-Außenwirtschaft unter neuen Vorzeichen, in: DA 4/1983, S. 378.
- 58** Haendcke-Hoppe, Maria:  
DDR-Außenhandel im Zeichen schrumpfender Westimporte, Erstmals wieder aktive Han-  
delsbilanz, in: DA 10/1983, S. 1006.
- 59** Haendcke-Hoppe, Maria:  
Konsolidierung in der DDR-Außenwirtschaft, Die Entwicklung 1983/1984, in: DA 10/1984,  
S. 1060.
- 60** Haendcke-Hoppe, Maria:  
Außenhandel, in: DA 5/1990, S. 651.
- 61** Hartig, Günter:  
Probleme des internationalen Vergleichs, SP 5/1971, S. 253.
- 62** Hein, Ralf, Doris Hoepfner, Silke Stapel u. Mitarbeiter:  
Sozialproduktberechnung für die ehemalige DDR, Methoden und Ergebnisse für 1989 und  
das erste Halbjahr 1990, in: Wirtschaft und Statistik 7/1993, S. 446.
- 63** Heitzer, Heinz:  
Andere über uns. Das „DDR-Bild“ des westdeutschen Imperialismus und seine bürgerlichen  
Kritiker, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (O) 1969.
- 63a** Hertle, Hans-Herrmann:  
Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts-  
und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: DA  
2/1992, S. 127.
- 63b** Hertle, Hans-Herrmann:  
„Das reale Bild war eben katastrophal!“, Gespräch mit Gerhard Schürer, in: DA 10/1992,  
S. 1031.
- 64** Hölder, Egon:  
DDR-Statistik – Schein und Wirklichkeit, in: Statistik in bewegter Zeit, Ehrengabe zum 65.  
Geburtstag von Egon Hölder, Wiesbaden 1992.

- 65** Hölder, Egon (Hrsg.):  
Im Trabi durch die Zeit, 40 Jahre Leben in der DDR, mit einem Geleitwort von Rainer Eppelmann, Stuttgart 1992.
- 66** Hölder, Egon:  
Amtliche Statistik im vereinten Deutschland, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1/1992, S. 20.
- 67** Honecker, Erich:  
Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen, 7. Tagung des ZK der SED, 1./2.Dez.1988, Dietz Verlag, Berlin (O), 1989.
- 68** Hoppe, Hedwig:  
Zur Entwicklung der Industrieproduktion in Deutschland, Korrektur eines Vergleichs, in: DA 1971, S. 1015.
- 69** Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. Halle (IAW), Verf. Udo Ludwig u. Frank Klawun:  
Abschlußbericht zum Forschungsauftrag Nr. 48/91 vom BM f. Wirtschaft „Probleme der Umrechnung von Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR für die Zeit vor der Währungsunion von Werten in Mark der DDR in D-Mark“, hektographiert, o.J..
- 70** International Statistical Institute (ISI):  
Declaration on Professional Ethics, in: International Statistical Institute Review, 1986, S. 227.
- 71** Jansen, M. A.:  
Problems of International Comparisons of National Accounting Aggregates Between Countries with Different Economic Systems, in: Review of Income and Wealth, 1/1973.
- 72** Kaschkarewa, L.:  
Die Statistik in den Werken von Marx und Engels (Übersetzung aus dem Russischen), in: SP 5/1951, S. 73.
- 73** Keck, Alfred:  
Leistung, Wachstum, Wohlstand, Berlin (O) 1972.
- 74** Klinkmüller, Erich u. H. Machowski:  
Nationaleinkommen und Bruttosozialprodukt einiger RGW-Länder, der USA und der BR-Deutschland, in: Osteuropa Wirtschaft 2/1966, S. 159.
- 75** Klinkmüller, Erich:  
Strukturelle Schwächen und Stärken des Währungsgebietes der Mark, in: Fragen zur Reform der DDR-Wirtschaft. Tagungsband zur Sondertagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. in Bonn am 12.2.1990, Berlin 1990 (Beihefte zur Konjunkturpolitik), S. 85.
- 76** Klitsch, Wolfgang:  
40. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker – Resolution über die fundamentalen Prinzipien in der ECE-Region, in: Wirtschaft und Statistik, 8/1992, S. 495.
- 77** Knauff, Rudolf:  
Die Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme, in: H. Hamel (Hrsg.): BRD-DDR, Die Wirtschaftssysteme, München 1977, S. 93.
- 78** Kockel, Klaus:  
Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1992, S. 1.
- 79** Koziolok, Helmut:  
Reproduktion und Nationaleinkommen, Probleme und Zusammenhänge, Berlin (O) 1979.
- 80** Koziolok, Helmut:  
Zu den gesellschaftlichen Grundlagen der Leitung der sozialistischen Wirtschaft in den Werken Lenins, in: Nr. 4, S. 5.
- 80a** Krakat, Klaus:

- Realisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts am Beispiel der Mikroelektronik, 5. Symposion der Forschungsstelle am 22.11.1979, FS-Analysen 1–1980.
- 81** Krawczak, Klaus:  
Probleme des internationalen Vergleichs des Lebensniveaus der Bevölkerung, in: SP 1/1962, S. 9.
- 82** Kusch, Günter, Rolf Montag, Günter Specht u. Konrad Wetzker:  
Schlußbilanz DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.
- 83** Lambrecht, Horst:  
Außenwirtschaftliche Aspekte der ökonomischen Entwicklung der DDR, in: DA 2/1975, S. 151.
- 84** Lange, Heinz u. Ursula Lange  
Wirtschaftsstatistik, 3. Aufl., Berlin (O) 1978.
- 85** Lippe, Peter von der:  
Marxismus in Polen, Die Kosten der Ideologie in der Wirtschaftspolitik, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (Wirtschaftspolitische Chronik), 1/1983, S. 59.
- 86** Lippe, Peter von der u. Viktor Heese:  
Probleme des Lebensstandardvergleichs, in: G. Gutmann (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1983, S. 417.
- 87** Lippe, Peter von der:  
Volkszählung, Datenschutz und Statistik, ein Gegensatz? in: CIVIS, 3/1984, S. 63.
- 88** Lippe, Peter von der:  
Probleme des statistischen Ost-West Vergleichs unter besonderer Berücksichtigung der Sozialproduktsrechnung, in: RWI-Mitteilungen, 1/1988, S. 1.
- 89** Lippe, Peter von der:  
Wirtschaftsstatistik, 4. Aufl., Stuttgart 1990.
- 89a** Lippe, Peter von der:  
Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1987 als statistische Grundlage für die Staatsverträge mit der ehemaligen DDR, in: G. Gutmann u. U. Wagner (Hrsg.), Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – Eine Zwischenbilanz, Stuttgart, 1994.
- 90** Lotze, Hans Joachim:  
Wirtschaft in Not, Ein Experte nimmt Stellung, Leipzig, Jena, Berlin 1990.
- 91** Ludz, Peter Christian:  
Die Entwicklung der DDR, in: Grossner Claus et al. (Hrsg.): Das 198. Jahrzehnt, Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980, Hamburg 1969, S. 213.
- 92** Marschall, Wolfgang:  
Wende in der Struktur- und Technologiepolitik der DDR, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 6/1990, S. 569.
- 93** Melzer, Manfred:  
Preisplanung und Preispolitik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW 1/1977, S. 55.
- 94** Merkel, W. u. St. Wahl:  
Das geplünderte Deutschland, Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands 1949 bis 1989, Bonn 1991.
- 95** Merseburger, Peter:  
Grenzgänger, Innenansichten der anderen deutschen Republik, München 1988.
- 96** Mittag, Günter:  
Um jeden Preis, Berlin, Weimar 1991.
- 97** Mittag, Günter:  
„Allein die Statistik im Griff“ und Interview mit G. Mittag in der Zeitschrift DER SPIEGEL 37/1991.
- 98** Otto-Arnold, Charlotte:  
Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR), Berlin 1979.



- 99** Plück, Kurt:  
Als man nur das Funktionieren der DDR erforschte, Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) v. 28.7.1993 (Nr. 172), S. 8.
- 100** Plötz, Peter:  
Ein Jahr der Ernüchterung, in: Wirtschaftsdienst, 4/1978, S. 195.
- 101** Priewe, Jan u. Rudolf Hickel:  
Der Preis der Einheit, Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt/M. 1991.
- 102** Radke I. u. K. Radke:  
Zur Entwicklung des Rechnungswesens in der DDR bis zum einheitlichen System von Rechnungsführung und Statistik, in: SP 1970, S. 520.
- 103** Rauch, Heinz:  
Die Verbesserung des Arbeitsstils der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, in: SP 4/1959, S. 161.
- 104** Reinhold, Alfred:  
Lebenshaltung und Kaufkraft im geteilten Deutschland, in: DA 5/1970, S. 530.
- 105** Rytlewski, Ralf u. Manfred Opp de Hipt:  
Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49–1980, München 1987.
- 106** Saslawin, I.:  
Die bürgerliche Statistik im Dienste des Imperialismus (Übersetzung aus dem Russischen), in: SP 6/1951, S. 89.
- 107** Schenk, Fritz:  
Das rote Wirtschaftswunder, Die Zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart 1969.
- 108** Schmidt, Klaus-Dieter:  
Kritisches zur Erstellung langer Reihen für das Gebiet der ehemaligen DDR, in Nr. 142, S. 29.
- 109** Schmidt, Wolfgang:  
Die statistische Ermittlung des Nationaleinkommens I, in SP 3/1966, S. 107.
- 110** Schmidt, Wolfgang:  
Die statistische Ermittlung des Nationaleinkommens II, in: SP 4/1966, S. 144.
- 111** Schmidt, Wolfgang:  
Die statistische Ermittlung des Nationaleinkommens wurde den veränderten ökonomischen Bedingungen angepaßt, in: SP 1/1968, S. 31.
- 112** Schmidt, Wolfgang:  
Der Einfluß von Preisveränderungen auf das Niveau und die Dynamik des Nationaleinkommens, in: SP 3/1970, S. 163.
- 113** Schmidt, Wolfgang:  
Zum Einfluß der Veränderung der Wirtschafts- und Wissenschaftsorganisation auf die Dynamik des Nationaleinkommens, in: SP 1/1971, S. 22.
- 114** Schmidt, Wolfgang:  
Hat die Ermittlung innerdeutscher Verbrauchergeldparitäten einen Sinn?, in: DA 9/1984, S. 944.
- 115** Schneider, Gernot:  
Qualitatives Wachstum in der DDR-Volkswirtschaft? in: DA 4/1985, S. 376.
- 116** Schneider, Gernot:  
Bemerkungen zur Entwicklung der Endverbraucherpreise in der DDR, in: DA 11/1985, S. 1162.
- 116a** Schneider, Gernot:  
Wirtschaftswunder DDR, Anspruch und Realität, 2.Aufl., Köln 1990.
- 117** Schürer, Gerhard:  
(Interview mit G. Schürer) Die Bilanz war gelogen, Der ostberliner Bürokrat gibt zu,

- die DDR-Bevölkerung jahrzehntelang systematisch hinters Licht geführt zu haben, in: Wirtschaftswoche Nr. 30 v.20.7.1990, S. 14.
- 118** Schulz, Hans-Dieter:  
Beschleunigung des Wachstums erst ab 1973, in: DA 1/1971, S. 7.
- 119** Schulz, Hans-Dieter:  
Lückenhafter Bericht mit „Frisur“, in: DA 2/1972, S. 117.
- 120** Schulz, Hans-Dieter:  
Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik, in: DA 5/1972, S. 499.
- 121** Schulz, Hans-Dieter:  
1973 mit mehr Tempo, in: DA 1/1973, S. 1.
- 122** Schulz, Hans-Dieter:  
Statistisches Jahrbuch der DDR, Ein teilweise blinder Spiegel, in: DA 10/1973, S. 1023.
- 123** Schulz, Hans-Dieter:  
Etwas weniger Wachstum, in: DA 1/1974, S. 5.
- 124** Schulz, Hans-Dieter:  
Rekord mit Fragezeichen, in: DA 2/1975, S. 115.
- 125** Schulz, Hans-Dieter:  
Der Plan ist tot – es lebe der Plan, in: DA 1/1976, S. 7.
- 126** Schulz, Hans-Dieter:  
Auch der neue Fünfjahresplan ist verschleiert, in: DA 2/1976, S. 118.
- 127** Schulz, Hans-Dieter:  
Ein verblüffender Planbericht, in: DA 2/1977, S. 120.
- 128** Schulz, Hans-Dieter:  
„Alles andere als ein Spaziergang“, in: DA 12/1977, S. 1236.
- 129** Schulz, Hans-Dieter:  
Die Winterschlacht, in: DA 2/1979, S. 113.
- 130** Schulz, Hans-Dieter:  
Die DDR will die Wende erzwingen, in: DA 1/1980, S. 11.
- 131** Schulz, Hans-Dieter:  
Wirtschaftsstrategie für die 80er Jahre, in: DA 2/1981, S. 113.
- 132** Schulz, Hans-Dieter:  
Jetzt muß das große Sparen beginnen, in: DA 1/1982, S. 30.
- 133** Schulz, Hans-Dieter:  
1981 ist gut gearbeitet worden, in: DA 2/1982, S. 113.
- 134** Schulz, Hans-Dieter:  
Die Krisenspuren werden deutlicher, in: DA 1/1983, S. 1.
- 135** Schulz, Hans-Dieter:  
Wachstumsquellen „wie noch nie“, in: DA 1/1984, S. 5.
- 136** Schulz, Hans-Dieter:  
Auch Honecker sieht die Wende, in: DA 2/1985, S. 113.
- 137** Schulz, Hans-Dieter:  
Programme bis zum Jahr 2000, in: DA 1/1986, S. 6.
- 138** Schulz, Hans-Dieter:  
Die DDR braucht „ein kräftiges Wirtschaftswachstum“, in: DA 3/1986, S. 233.
- 139** Schulz, Hans-Dieter:  
Mit gedämpftem Optimismus ins Jahr 1988, in: DA 1/1988, S. 5.
- 139a** Sinn, Gerlinde und Hans-Werner Sinn:  
Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 3.Aufl., Tübingen 1991.
- 140** Statistisches Bundesamt (Hrsg.):  
Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 12 der Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“, Wiesbaden 1990.

- 141 Statistisches Bundesamt (Hrsg.):  
Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern, Bd. 22 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Stuttgart 1993.
- 142 Statistisches Bundesamt (Hrsg.):  
Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR, Bd. 24 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Stuttgart 1993.
- 143 Stinglwagner, Wolfgang:  
Noch einmal deutsch-deutsche Kaufkraftvergleiche. Haben sie einen Sinn?, in: DA 3/1985, S. 272.
- 144 Stinglwagner, Wolfgang:  
Modell mit Schönheitsfehlern, in: DA 6/1986, S. 633.
- 145 Stinglwagner, Wolfgang:  
Kein Anlaß zur Euphorie, in: DA 2/1989, S. 129.
- 146 Stinglwagner, Wolfgang:  
Schwere Zeiten für die DDR-Wirtschaft, in: DA 2/1990, S. 237.
- 147 Suhr, Heinz:  
Was kostet uns die ehemalige DDR?, Frankfurt/M. 1990.
- 148 Summers, R. u. A. Heston:  
A New Set of International Comparisons of Real Product and Price Levels, Estimates for 130 Countries 1950–1985, in: The Review of Income and Wealth, series 34, no. 1, 1988.
- 149 Sweerts-Sporck, Peter:  
Gelobt statt gescholten, in: Die politische Meinung, 4/1991, S. 83.
- 150 Taylor, Ch. L. u. M.C. Hudson:  
World Handbook of Political and Social Indicators, New Haven, London (Yale UP) 1972.
- 151 Thalheim, Karl C.:  
Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Opladen 1978.
- 152 Thalheim, Karl C.:  
Die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: DA 10/1987, S. 1072.
- 153 Thieme, Hans-Jörg:  
Makroökonomische Instabilitäten. Erscheinungsformen, Ursachen und Konzepte ihrer Bekämpfung, in: H. Hamel (Hrsg.): BRD-DDR, Die Wirtschaftssysteme, München 1977 (vgl. Nr. 77), S. 212.
- 154 United Nations:  
Handbook of Statistical Organization, vol.1, Studies in Methods, series F, no.6, New York, Dec. 1954, Neuaufl., no.28, New York 1980.
- 155 Vatthauer, Manfred:  
Wirtschaft der DDR: Bestandsaufnahme und Reformperspektiven, in Nr. 30, S. 27.
- 156 Volze, Armin:  
Die Devisengeschäfte der DDR, in: DA 11/1991, S. 1145.
- 157 Vortmann, Heinz u. Cord Schwartau:  
Zur Berechnung von Verbrauchergeldparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR, in: DA 1/1985, S. 39.
- 158 Wagner, Adolf:  
Kontinuierliches Wachstum oder Grenzen des Wachstums? Leistungsstand und Entwicklungsprobleme der DDR-Volkswirtschaft, in: G. Meyer u. J.Schröder (Hrsg.): DDR heute, Tübingen 1988.
- 159 Wagner, Helmut:  
Eigenleistung zu vergleichbaren Preisen, Kennziffer zur Messung der Arbeitsproduktivität im Perspektivplanzeitraum, in: SP 1/1970, S. 7.
- 159a Weertz, Peter:  
Ratlose Planwirtschaft, in: Die Welt, Bonn 22.11.1980.

- 159b** Weertz, Peter:  
Reformen sind nicht in Sicht, in: Die Welt, Bonn 21.11.1981.
- 160** Wernicke, Immo H.:  
Statistisches Taschenbuch der DDR 1977, in: DA 8/1977, S. 797.
- 161** Wilke, Manfred u. Michael Kubina:  
Lügen die SED-Akten?, in: Die Politische Meinung, 11/1993, S. 15.
- 162** Wilkens, Herbert:  
Der Spielraum für Produktivitätsfortschritte in der Industrie der DDR bis 1975, Eine Analyse des technischen Fortschritts, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW 3/1972, S. 154.
- 163** Wilkens, Herbert:  
Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland, Sonderhefte des DIW Nr. 115/1976.
- 164** Wilkens, Herbert:  
Sozialproduktvergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Veröffentlichungen des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln o.J.
- 165** Wilms, Dorothee:  
Die SED-Diktatur durchleuchten, in: Die politische Meinung, 11/1993, S. 9.
- 166** Zyrilin, L.M. u. A.I.Petrow:  
Bürgerliche Statistik und Wahrheit (Übersetzung aus dem Russischen, Moskau 1953), VEB Verlag Die Wissenschaft, Berlin (O) 1955.

*b) Artikel in den Wochenberichten des DIW ohne Verfasserangabe:*

**WB = Wochenbericht**

- 167** Entwicklungstendenzen des privaten Verbrauchs in der DDR, WB 1–2/1970.
- 168** Volkswirtschaftsplan 1970, Stärkeres Wachstum durch forcierten Strukturwandel, WB 3/1970.
- 169** Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik – ein Vergleich, WB 20/1970.
- 170** Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR im 1. Halbjahr 1970, WB 38/1970.
- 171** Konsolidierung durch Wachstumsverzicht? Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1970/71, WB 5/1971.
- 172** DDR-Wirtschaft 1971 bis 1975, WB 22/1971.
- 173** Die Lage der DDR-Wirtschaft im Sommer 1972, WB 36/1972.
- 174** Forcierte Wachstumsbemühungen, Zur Wirtschaftslage der DDR am Beginn des Jahres 1973, WB 5/1973.
- 175** Positive Halbjahresbilanz, Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte 1973, WB 35/1973.
- 176** Vor erneuter Wachstumsabschwächung? WB 4/1974.
- 177** Die wirtschaftliche Lage in der DDR zur Jahresmitte 1974, WB 32/1974.
- 178** Anhaltend hohes Wachstum, WB 6/1975.
- 179** Plan und Planerfüllung der DDR für 1975, WB 6/1975.
- 180** Das Sozialprodukt der DDR, WB 16/1975.
- 181** Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1975, WB 32/1975.
- 182** Zum Westhandel der DDR, WB 39/1975.
- 183** Vermindertes Wachstum?, WB 5/1976.
- 184** Die Wirtschaft der DDR vor dem Fünfjahresplan 1976/80, WB 8/1976.
- 185** Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1976, WB 33/1976.
- 186** Entwicklung und Struktur der Investitionen in der DDR bis 1980, WB 45/1976.

- 187 Anhaltendes Wachstum bei reduzierten Planvorgaben, WB 6/1977.  
188 Das Sozialprodukt der DDR und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, WB 23–24/1977.  
189 Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1977, WB 32/1977.  
190 Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1977/78, WB 6/1978.  
191 Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1978, WB 31/1978.  
192 Sozialproduktsrechnung für die DDR, WB 37–38/1978.  
193 DDR-Wirtschaft auf flacherem Wachstumspfad, WB 6/1979.  
194 Wachstumseinbußen infolge extremer Witterungsbedingungen, WB 31/1979.  
195 DDR: Außenhandel. Importrestriktionen bei unzureichendem Exportvermögen, WB 47/1979.  
196 Außenwirtschaftliche Belastungen mindern Wachstumschancen, WB 6/1980.  
197 Gute Wachstumsbedingungen im ersten Halbjahr, WB 31/1980.  
198 Subventionen kontra Investitionen – das Dilemma des Staatshaushalts der DDR, WB 33/1980.  
199 Energiewirtschaft der DDR vor schwierigen Aufgaben, WB 5/81.  
200 DDR-Wirtschaft im Strukturwandel, WB 6/1981.  
201 Hauptaufgabe Export, WB 31/1981.  
202 Nicht ganz geglückter Start in den neuen Fünfjahresplan, WB 31/1981.  
203 Das Kaufkraftverhältnis der D-Mark und der Mark der DDR Mitte 1981, WB 3/1982.  
204 Kräftiges Wirtschaftswachstum, WB5/1982.  
205 Verschuldungsproblematik vermindert Wachstumschancen in der DDR, WB 32/1982.  
206 Weiterhin Anspannung aller Ressourcen, WB 5/1983.  
207 Wachstumsstabilisierung durch Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus, WB 32/11983.  
208 Konsolidierung zu Lasten des privaten Verbrauch, WB 5/1984.  
209 Erfolgreiche Produktionsanstrengungen, WB 32/1984.  
210 Das Kaufkraftverhältnis der D-Mark und der Mark der DDR 1983, WB 17/1984.  
211 Verbesserte Versorgung – aber Investitionsrückgang, WB 5/1985.  
212 Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte 1985, WB 32/1985.  
213 Der Primärenergieverbrauch in der DDR und seine Struktur, WB 51/52/1985.  
214 Zur Lage der DDR-Wirtschaft am Ende des Fünfjahresplans 1981/85, WB 5/11986.  
215 Das Kaufkraftverhältnis der D-Mark und der Mark der DDR, WB 21/1986.  
216 DDR-Wirtschaft 1986 bis 1990, WB 31/1986.  
217 Der Staatshaushalt der DDR 1980 bis 1985, WB 42/1986.  
218 Konsolidierungspolitik im Westhandel der DDR gefährdet, WB 47/1986.  
219 Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1986/87, WB 5/1987.  
220 DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1987, WB 31/1987.  
221 Soziale Sicherung in der DDR 1970 bis 1986, WB 43/1987.  
222 Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1987/88, WB 5/1988.  
223 DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1988, WB 30/1988.  
224 Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89, WB 5/1989.  
225 DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1989, WB 31/1989.

### *Abkürzungsverzeichnis*

<b>BIP/BSP</b>	Bruttoinlands(sozial)produkt
<b>CAD/CAM</b>	Computer Aided Design (Manufacturing)
<b>DA</b>	Deutschland Archiv (Zeitschrift)
<b>DIW</b>	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

---

<b>DDR</b>	Deutsche Demokratische Republik
<b>G. M.</b>	Dr. Günter Mittag
<b>IWP</b>	Industrielle Warenproduktion
<b>Mill./Mio</b>	Millionen
<b>MPS</b>	Material Production System
<b>Mrd.</b>	Milliarden
<b>NP</b>	Nettoproduktion
<b>NSW</b>	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
<b>SED</b>	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
<b>SP</b>	Statistische Praxis (Monatschrift der SZS)
<b>SNA</b>	System of National Accounts
<b>StBA</b>	Statistisches Bundesamt
<b>StJB</b>	Statistisches Jahrbuch
<b>SW</b>	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
<b>SZS</b>	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
<b>ZK</b>	Zentralkomitee

### *Gliederung des Dokumentenanhangs*

#### **D Gegenstand**

- 1 Stellung der SZS in der Hierarchie von Staat und Partei  
Direktiven und Berichte bei (Auslands-) Reiseaktivitäten, allgemeine Einstellung der Partei zur Statistik
- 2 Selbstverständnis der SZS, Vorstellungen über die eigene Öffentlichkeitsarbeit, Prinzip der Einheit von Rechnungsführung und Statistik, Einflüsse auf das Fach Statistik an Hochschulen
- 3 Eingriffe der Partei I: Kritik an Methoden, Anmahnung von Methoden mit vorgeschriebenen Ergebnissen
- 4 Eingriffe der Partei II: Vorschriften über Veröffentlichungsweisen, Definitionen, strenge Rügen und Disziplinarverfahren (vgl. auch 8)
- 5 Eingriffe der Partei III: Partei verlangt die Anpassung der Statistik an ihre Beschlüsse, Vorschriften der Partei zu Texten der SZS und deren Formulierung und vorauseilender Gehorsam in diesem Fall
- 6 Aufträge der Partei, z.T. Hilfsarbeiten der SZS für die Partei, erbetene Stellungnahme zu Artikeln (insbes. auch aus der Westpresse), Überprüfung von Berichten
- 7 Vorgänge: CAD/CAM, Industrieroboter, Wohnungen
- 8 Industrielle Warenproduktion, Produktivität
- 9 Verfahrensvorschriften der SZS, Unterscheidung zwischen Öffentlichkeits-

arbeit und internen Unterlagen, Geheimniskrämerei, Exklusivinformationen an G.M.

- 10 Gutachtertätigkeit und methodische Arbeiten der SZS
- 11 Relativ neutrale Lageberichte der SZS, Routinemeldungen
- 12 Relativ brisante Informationen über Arbeitsproduktivität und Lebensstandard, Vergleiche mit BRD
- 13 Verhalten der SZS gegenüber Befragten und Kritikern
- 14 Manipulationen an Daten in Absprache mit der Partei bei Veröffentlichungen, Vorseilender Gehorsam bei Textformulierungen
- 15 Fälschung (nachträgliche Korrektur) von Außenhandelszahlen
- 16 Verdunkelung von Daten, bewußte Lückenbildung im Puzzle und Undurchsichtigkeit von Währungsumrechnungen
- 17 Ost-West-Vergleich (Sozialprodukt), Zahlenlieferungsprobleme (vgl. auch Nr. 4)
- 18 Neue Gegenstände der Statistik, z. B. Umweltstatistik
- 19 Kontakte mit der BRD, amtl. Statistik und Institute, Pressegespräche
- 20 Probleme von EDV und Datenschutz (technisch)

### *Dokumentenverzeichnis*

Für die Fundstellen der Dokumente wurden die folgenden Abkürzungen verwendet:

- A: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, früher: Staatsarchiv Potsdam;  
B: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv;  
C: Archiv der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes, früher: Archiv der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR.

### *Hauptgliederungspunkte und Gesamtübersicht der zitierten Dokumente*

Der Text des Dokumentenverzeichnisses wurde von Frau F. Sattler von der Enquête-Kommission geschrieben. Die kleiner geschriebenen kurzen Inhaltsangaben wurden vom Verfasser hinzugefügt. Mit \* wurden die Dokumente versehen, die im Anhang dieses Buches enthalten sind.

1. Stellung der SZS in der Hierarchie von Staat und Partei; Direktiven und Berichte bei (Auslands-) Reiseaktivitäten; allgemeine Einstellung der Partei zur Statistik

- D 1.1\*: Hausmitteilung der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED an den Genossen Dr. Mittag vom 23.8.1968;  
(B, IV A2/2021/328, Blatt 198)  
Anfrage, ob Donda an die Öffentlichkeit treten darf.
- D 1.2: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 2.9.1982;  
(C, ohne Signatur)  
Kontaktaufnahme der Weltbank.
- D 1.3: Schreiben der SZS, Genosse Jonas, an die Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Dr. Götz, vom 2.7.82;  
(C, ohne Signatur)  
Anfrage der UNO wegen Zahlenlieferung, Entwurf einer Direktive.
- D 1.4: Direktive für die Teilnahme an der 36. Tagung der Konferenz Europäischer Statistiker (KES) der ECE in Genf (13.–17.6.1988), mit Begleitschreiben vom 24.5.1988 vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)
- D 1.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 15.9.1988;  
(C, ohne Signatur)  
Donda fragt an, wie er sich gegenüber Hölder, der Kontakte wünscht, verhalten soll.
- D 1.6: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 10.6.1988;  
(C, ohne Signatur)  
Rechtlicher Status der SZS.
2. Selbstverständnis der SZS; Vorstellungen über die eigene Öffentlichkeitsarbeit; Prinzip der Einheit von Rechnungsführung und Statistik; Einflüsse auf das Fach Statistik an Hochschulen
- D 2.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und den Sekretär des ZK der SED, Dr. Günter Mittag, vom 25.9.1967 (mit Anlagen);  
(B, IV A2/2021/327, Blatt 205–212, 217–223; unvollständig)  
Reaktion auf Kritik des ZK an Arbeit der SZS; Donda sagt Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zu.
- D 2.2: Bericht über den Stand und die bisherige Durchführung des einheitlichen Systems der Rechnungsführung und Statistik vom 12.8.1968, mit Begleitschreiben vom 14.8.1968 vom Leiter der SZS, Prof. Dr.



- Donda, an das Mitglied des Politbüros und den Sekretär des ZK der SED, Dr. Günter Mittag, übersandt;  
(B, IV A2/2021/328, Blatt 146–149, 156–159, 166; unvollständig)
- D 2.3: Bemerkungen zum Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik „über den Stand und die bisherige Durchführung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ vom 6.9.1968, mit einer Hausmitteilung der Abteilung Planung und Finanzen vom 6.9.1968 an Genossen Dr. Günter Mittag übersandt;  
(B, IV A2/2021/328, Blatt 237–241)
- D 2.4: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und den Sekretär des ZK der SED, Dr. Günter Mittag, vom 15.5.1970 (mit Anlagen);  
(B, IV, A2/2021/419, Blatt 28–35; unvollständig)  
Donda klagt über unzuverlässige Meldungen und Berichte der Betriebe.
- D 2.5: Einschätzung über die politische Arbeit und staatliche Leitungstätigkeit auf dem Gebiet der internationalen Arbeit der SZS und Schlußfolgerungen für die Qualifizierung der internationalen Arbeit vom 31.3.1987 und Stellungnahme zur Teilnahme von DDR-Vertretern am ECE-Expertentreffen über Fragen der Bevölkerungsentwicklung (Budapest, 24.–27.2.1987), von Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, und dem Parteisekretär der SZS, Genossen Krause, mit Begleitschreiben vom 31.3.1987 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)
3. Eingriffe der Partei I: Kritik an Methoden; Anmahnungen von Methoden mit vorgeschriebenen Ergebnissen
- D 3.1\*: Material für die Unterredung Genosse Dr. Günter Mittag – Genosse Prof. Dr. Donda, mit einer Hausmitteilung der Abteilung Planung und Finanzen vom 5.9.1968 an Genossen Dr. Mittag übersandt;  
(B, IV A2/2021/328, Blatt 223–227, 231–233; vom Verfasser ausgewählte Seiten)  
Methoden der Berechnung der Arbeitsproduktivität und Automatisierung; Beispiel für Verteiler und unterschiedlich detaillierte interne Materialien.
- D 3.2: Schreiben des Mitglieds des Politbüros der SED, Günter Mittag, an den Leiter der SZS, Genossen Arno Donda, vom 4.7.1985;  
(C, ohne Signatur)  
ZK verlangt Ausarbeitung für Vortrag Honecker.
4. Eingriffe der Partei II: Vorschriften über Veröffentlichungsweisen; Definitionen; strenge Rügen; Disziplinarverfahren
- D 4.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Mini-

ster für Volksbildung, Genossin Dr. h. c. Margot Honecker vom 20.12.1984;

(C, ohne Signatur)

DDR will nicht bildungsstatistische Zahlen veröffentlichen und klagt über unvollständige Darstellung der DDR im UNESCO-Jahrbuch.

D 4.2\*: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Dr. Mittag, vom 8.3.1976;

(C, ohne Signatur)

Mittag reduziert veröffentlichte Außenhandelsstatistik.

5. Eingriffe der Partei III: Partei verlangt die Anpassung der Statistik an ihre Beschlüsse: Vorschriften der Partei zu Texten der SZS und deren Formulierung; vorauseilender Gehorsam in diesem Fall

D 5.1: Hinweise zum Entwurf der Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Entwicklung der Volkswirtschaft, partei-internes Material vom 18.1.1971;

(B, IV A2/2021/420, Blatt 10–13)

Eingriffe des ZK in Textgestaltung; Vorwürfe wegen Nicht-Übereinstimmung der SZS-Angaben mit Veröffentlichung des ZK.

D 5.2: Mitteilung zur „Information über wichtige Ergebnisse der Entwicklung der Volkswirtschaft“ für den Monat Februar 1971 (VVS B 6–71/71) vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, und dem Minister für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, Dr. Georgi, an das ZK der SED vom 12.3.1971;

(B, IV A2/2021/420, Blatt 68/69)

D 5.3: Einschätzung des Entwurfs der „Mitteilung über die Entwicklung der Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 1966“ der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, erstellt von der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED am 8.7.1966;

(B, IV A/2021/326, Blatt 198–200)

Detaillierte Vorgaben des ZK, was SZS zu schreiben hat.

D 5.4: Hauptprobleme bei der Erarbeitung der „Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1987“, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 11.12.1987 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;

(C, ohne Signatur)

Beispiele für vorwärtsweisende Formulierungen der SZS.

6. Aufträge der Partei; Hilfsarbeiten der SZS für die Partei; erbetene Stellungnahmen zu Artikeln (insbesondere aus der Westpresse); Überprüfung von Berichten

- D 6.1: Schreiben des Politbüro-Mitglieds Günter Mittag an den Kandidaten des Politbüros, Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen Schürer, sowie (gleichlautend) an den Leiter des SZS, Genossen Donda, vom 29.6.1982; (C, ohne Signatur)  
Auftrag eine Rede von Honecker vorzubereiten.
- D 6.2: Vermerk für Genossen Mittag vom 20.5.1971 (parteiinternes Material); (B, IV A2/2021/420, Blatt 102–105)  
Anforderung einer Stellungnahme zu einem Artikel der Westpresse.
- D 6.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Kandidaten des Politbüros, Sekretär des ZK der SED und Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen beim Politbüro, Genossen Dr. Günter Mittag, vom 18.5.1966; diesbezügliche Hausmitteilung der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED an Genossen Dr. Mittag vom 23.5.1966; (B, IV A2/2021/326, Blatt 179/180)  
Bericht der SZS über Chemiefaserindustrie und Einschätzung des Berichts durch ZK.
- D 6.4: Vermerk für Genossen Mittag zur „Information des Genossen Koziolk über die demographische Entwicklung“, parteiinternes Material vom 20.1.1978; (B, ohne Signatur)  
Donda fragt Mittag, wie Koziolk informiert werden soll.
7. Vorgänge: CAD/CAM, Industrieroboter, Wohnungen
- D 7.1\*: „Inoffizielles Material eines Genossen in Genf“ vom 29.11.1982 für die SZS (zu einer ADN-Meldung vom 25.11.1982: „ECE-Experten einigten sich auf Definition für Industrie-Roboter“); mit Schreiben vom 4.12.1982 vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, weitergeleitet; Notiz der Abteilung 3.6 der SZS zur ECE-Definition für Industrieroboter für Genossen Prof. Dr. Donda vom 6.12.1982; inhaltlich stellungnehmendes Schreiben Dondas vom 14.12.1982 an Ehrensperger; (C, ohne Signatur)  
Internationale Definition und DDR-Definition“Industrieroboter“.
- D 7.2: „Information zur Produktion, zu den Zugängen, zum Bestand sowie zu den Ergebnissen des Einsatzes der Industrierobotertechnik im Zeitraum 1.1. bis 28.2.1983“, erstellt von der SZS im April 1983; (C, ohne Signatur)
- D 7.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter

der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 23.5.1985;

(C, ohne Signatur)

Bericht über Streit mit anderen RGW-Ländern bei Definition Industrieroboter.

- D 7.4: Gemeinsames Schreiben des Staatssekretärs der Staatlichen Plankommission, Greß, und des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und den Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Günter Mittag, vom 18.10.1985 (mit Anlagen);

(C, ohne Signatur)

Probeerhebung CAD/CAM-Anlagen.

- D 7.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und den Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 18.10.1985;

(C, ohne Signatur)

Donda schlägt weite Definition CAD/CAM vor.

- D 7.6: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 11.12.1987;

(C, ohne Signatur)

Vergleiche DDR mit BRD, USA, Japan betr. Einsatz von Schlüsseltechnologien.

## 8. Industrielle Warenproduktion; Produktivität

- D 8.1\*: Vorlage der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED vom 13.12.1971 für das Sekretariat des ZK betreffend einer „Information zu Fragen der Abrechnung der Warenproduktion in volkseigenen Kombinat und ihren Betrieben“; diesbezügliche „Vorabinformation“ von Mittag an Honecker vom 14.12.1971;

(B, IV A2/2021/420, Blatt 238–248)

Kritik des ZK an Berechnung der Arbeitsproduktivität wegen Kombinatbildung; Androhung eines Disziplinarverfahrens.

- D 8.2: Notiz der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED betreffend „Planung und Abrechnung der Warenproduktion und der Arbeitsproduktivität in der Industrie“ vom 22.12.1971 (parteiinternes Material);

(B, IV A2/2021/420, Blatt 299–304)

Kritik an Methoden der SZS.

- D 8.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Günter Mittag vom 16.12.1971 (Zur-Kenntnisgabe eines Schreibens von Donda an Honecker zur Arbeitsproduktivität);

(B, IV A2/2021/420, Blatt 272–275)

Vollzugsmeldung Mittag an Honecker und Selbstkritik Dondas.

## 9. Verfahrensvorschriften der SZS; Unterscheidung zwischen Öffentlich-

keitsarbeit und internen Unterlagen; Geheimniskrämerei; Exklusivinformationen an Günter Mittag

- D 9.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, Genossen Dr. Mittag, vom 9.8.1968 (mit Anlage);  
(B, IV A2/2021/328, Blatt 129–131)  
Donda fragt, wem er Material geben soll.
- D 9.2\*: Information zur Verfahrensweise beim Ausweis der Wachstumsraten der Nettoproduktion und der industriellen Warenproduktion für den Bereich des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau vom 31.7.1988, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, an die Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Neumann, mit Begleitschreiben vom 12.8.1988 übersandt;  
(C, ohne Signatur, unvollständig)  
Unterschiedlicher Ausweis von Wachstumsraten für interne Zwecke und Öffentlichkeitsarbeit.
- D 9.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 13.12.1982;  
(C, ohne Signatur)  
SZS arbeitet zwei Varianten für Pressebericht aus und bittet um Anweisung, welche Variante veröffentlicht werden soll.
- D 9.4: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Minister für Elektrotechnik und Elektronik, Genossen Felix Meier, vom 20.2.1986; Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Minister für Chemische Industrie, Genossen Dr. h. c. Wyschofsky, vom 20.2.1986;  
(C, ohne Signatur)  
Donda fragt, welche Kennziffern für Leistungsvergleiche von Betrieben benutzt werden sollen.
- D 9.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 22.4.1987 (mit Anlage);  
(C, ohne Signatur)  
Donda fragt, ob er Material an Reinhold geben darf.
- D 9.6: „Verteiler für das Material zur Beratung in der Wirtschaftskommission“ (ohne Verfasser, ohne Datum);  
(C, ohne Signatur)
- D 9.7: Schreiben von Heinrich Fürste an den Vorsitzenden der Staatlichen

- Planungskommission der DDR, zu Hd. des 1. Stellvertreters, Herrn Leuschner, vom 6.7.1951;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Vergleiche Text des Gutachtens; Anfrage Fürste ist auszugsweise zitiert worden.
- D 9.8: Schreiben der Hilfsabteilung Statistik beim Bundesvorstand des FDGB, Fitzner, an das Statistische Zentralamt, zu Hd. Kollegen Scholz, vom 20.11.1951; diesbezügliches Schreiben des Leiters des Statistischen Zentralamtes, Scholz, an den Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, Warnke, vom 25.1.1952;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Anfrage wegen Herausgabe von Zahlenmaterial.
- D 9.9: Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Volksbildung, Fabisch, an das Statistische Zentralamt, z. Hd. Frau Dr. Hess, vom 23.11.1950;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Heftige Klage wegen Nichtherausgabe von Material.
- D 9.10: Schreiben der Zentralen Leitung – Industriewaren – der Handelsorganisation HO an das Statistische Zentralamt vom 17.2.1951; diesbezügliche Antwort des Statistischen Zentralamtes vom 26.2.1951;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Inhalt ähnlich wie bei 9.9
- D 9.11: Rundschreiben des Ministerium für Finanzen betreffend die Behandlung statistischen Materials an verschiedene staatliche Banken und Finanzbehörden vom 14.10.1950;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Weitergabe von Zahlenmaterial an andere Dienststellen; direkter Verkehr mit SZS bei Anforderung von Material untersagt.
- D 9.12: Schreiben der Universitäts-Frauenklinik Leipzig an das Stadtgesundheitsamt Leipzig vom 26.1.1951 und diesbezüglicher Schriftwechsel mit dem Ministerium für Gesundheitswesen des Landes Sachsen, dem Statistischen Landesamt Sachsen sowie dem Statistischen Zentralamt;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Inhalt ähnlich wie bei 9.9.
- D 9.13: Schreiben der HO Lebensmittel, Landesleitung Sachsen, an das Statistische Zentralamt vom 3.2.1951; diesbezüglicher behördeninternen Schriftwechsel und Antwortschreiben des Statistischen Zentralamtes vom 13.2.1951;  
(A, DE-2, 215, ohne Seitenangaben)  
Betr. Herausgabe von Zahlenmaterial.

## 10. Gutachtertätigkeit und methodische Arbeiten der SZS

- D 10.1: Entwurf einer Konzeption zur Berechnung des Bruttosozialprodukts der DDR; internes Material der SZS, erstellt 1988; (C, ohne Signatur)
- D 10.2: „Zur Problematik der schnelleren Entwicklung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in der DDR im Vergleich mit der BRD und dem seit Jahren unveränderten Rückstand der Arbeitsproduktivität der DDR gegenüber der BRD“ (Anlage eines Schreibens vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, an Neumann vom 21.7.1988); (C, ohne Signatur)  
Klärung methodischer Fragen auf Anfrage des ZK.
- D 10.3: „Berechnung einiger ökonomischer Daten unter Berücksichtigung des Wanderungsverlustes nach Westdeutschland und Westberlin in den Jahren 1950 bis 1961“, erstellt von der SZS am 12.2.1962, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 21.4.1965 an den Sekretär des ZK der SED und Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen, Genossen Dr. Mittag, übersandt; (B, IV A2/2021/326, Blatt 138–141)  
SZS schätzt Verlust durch Abwanderung in den Westen: Produktionsausfall mit 90 Mrd. DM; ferner Verluste wegen Ausbildungskosten.
- D 10.4: „Erläuterungen zur Ermittlung des Index der Einzelhandelsverkaufspreise, der Leistungspreise und Tarife ...“ (ohne Datum, ca. 1988, internes Material der SZS); (C, ohne Signatur)
- D 10.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 10.8.1988; (C, ohne Signatur)  
Internationaler Vergleich auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik.
11. Relativ neutrale Lageberichte der SZS; Routinemeldungen
- D 11.1: „Information“ zu Fragen der Elektrotechnik und Elektronik vom 28.11.1988 (internes Material der SZS); (C, ohne Signatur)
- D 11.2: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der SED sowie Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen beim Politbüro, Genossen Dr. Günter Mittag, vom 14.3.1966; (B, IV A2/2021/326, Blatt 177/178)
- D 11.3: „Information über die voraussichtliche Entwicklung des produzierten und verwendeten Nationaleinkommens im 1. Halbjahr 1988“, vom Leiter des SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 13.6.1988

an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)

12. Relativ brisante Informationen über Arbeitsproduktivität und Lebensstandard; Vergleiche mit der Bundesrepublik

D 12.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen, Genossen Dr. Mittag, vom 23.10.1965;

(B, IV A2/2021/326, Blatt 142)  
Arbeitsproduktivität in der Kaliindustrie.

D 12.2: „Vergleich der Einkommen und sozialen Leistungen in der DDR und der BRD“, vom Leiter des SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 14.1.1988 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)

D 12.3: „Stellungnahme zur Rundfunksendung von Werner Obst ‘Das andere Deutschland. Schwere Arbeit, karger Lohn. Die magere Bilanz der DDR-Planwirtschaft’ vom 4.1.1985“ (ohne Datum, internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)

D 12.4\*: „Entwicklung und Niveaurelationen der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität der europäischen RGW-Länder und ausgewählter kapitalistischer Länder“, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 9.1.1985 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)

D 12.5: „Stellungnahme zum Artikel der Frankfurter Rundschau’ vom 17.3.1987  
’Beim Einkommen hat sich der Abstand zur DDR sogar vergrößert“ vom 27.3.1987, (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)

D 12.6: „Stellungnahme zum DIW-Wochenbericht 20/70: Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik – ein Vergleich“ erstellt von der Abteilung Analyse der Industrie am 27.5.1970, (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)

D 12.7: „Stellungnahme zum DIW-Wochenbericht 20/70: Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik – ein Vergleich“, ohne Datum, (internes Material der SZS, evtl. Entwurf für D 12.6);  
(C, ohne Signatur)

13. Verhalten der SZS gegenüber Befragten und Kritikern



- D 13.1: „Information über die Ordnungsstrafverfahren der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik im Jahr 1987“ (mit Anlagen), Dienstsache 8.1/1/88 v. 8.1.1988;  
(C, ohne Signatur)
- D 13.2: Schreiben von Albert Kister an den Leiter des Zentralen Zählbüros, Kollegen Hagemann, vom 26.8.1988: sowie diesbezüglicher Schriftwechsel innerhalb der SZS und mit dem ZK der SED;  
(C, ohne Signatur)  
Kister klagt über Durchführung der Einkommensstichprobe.
14. Manipulationen an Daten in Absprache mit der Partei bei Veröffentlichungen; vorseilender Gehorsam bei Textformulierungen
- D 14.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 13.6.1988;  
(C, ohne Signatur)  
Anpassung der SZS-Zahlen an Angaben des Plenums; Vorschlag von 13 vorwärtsweisenden Formulierungen.
- D 14.2: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 14.12.1988;  
(C, ohne Signatur)  
Vorschlag, wie bei Veröffentlichung zu verfahren ist; Wirtschaftsentwicklung war negativ; SZS hält Veröffentlichung teilweise für nötig, da Reaktion des Klassengegners befürchtet.
- D 14.3: „Vorschläge zur Vervollkommnung der Planung, Abrechnung und Analyse des Leistungswachstums, des Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Nettoproduktion“, erstellt von der SZS, ohne Datum, ca. September 1983;  
(C, ohne Signatur)  
Planpräzisierungen, Basisvereinigungen
- D 14.4: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 24.6.1985;  
(C, ohne Signatur)  
Vorschlag, was wie auszuweisen ist.
- D 14.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 10.3.1984;  
(C, ohne Signatur)  
Vorschlag, wie zu verfahren ist gegenüber ECE; Zahlenlieferungen zwischenzeitlich aussetzen, Basisvereinigung etc.
- D 14.6: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter

der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 20.3.1986;

(C, ohne Signatur)

Basiskorrekturen durch Plankommission; Kritik, daß nicht einheitlich verfahren wird und Bitte um mehr interne Abstimmung.

D 14.7: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 9.12.1986;

(C, ohne Signatur)

Problem, wie man sich bei Außenhandelszahlen der Öffentlichkeit gegenüber verhalten soll.

D 14.8: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 22.6.1987;

(C, ohne Signatur)

Vorschlag, absolute Größe statt Steigerungsraten zu veröffentlichen

#### 15. Fälschungen (nachträgliche Korrekturen) von Außenhandelszahlen

D 15.1\*: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen“, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 26.10.1988 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;

(C, ohne Signatur)

Zeitraum: 1.1. – 30.9.88

D 15.2\*: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 20.1.1988 (mit Anlagen);

(C, ohne Signatur)

Zeitraum: 1.1. – 31.12.88

D 15.3\*: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für den Zeitraum 1.1. – 30.9.1988“, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 3.11.1988 an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, übersandt;

(C, ohne Signatur)

Zeitraum wie 15.1

D 15.4\*: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen“ (als Anlage), vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 14.12.1988 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;

(C, ohne Signatur)

Zeitraum wie 15.2

- D 15.5: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organe“ vom 20.4.1987 (mit handschriftlicher Anlage), vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 21.4.1987 an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, übersandt;  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum: 1. Quartal 1987; Handschriftliche Notiz über“reales-“ und“korrigiertes Ist“.
- D 15.6: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organe“ vom 24.4.1987, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 24.4.1987 an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, übersandt;  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum: 1. Quartal 1987
- D 15.7: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organe“ vom 29.6.1987, vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 30.6.1987 an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, übersandt;  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum: 1. Halbjahr 1987
- D 15.8: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 15.7.1987;  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum: 1. Halbjahr 1987; Außergewöhnlich hohe außerplanmäßige NSW-Exporte; Korrektur bei Heizöl.
- D 15.9: „Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organe für den Zeitraum 1.1. – 30.9.1987“ vom 16.10.1987 (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)  
Vorlage eines korrigierten Ergebnisses mit +521 Mio. VM.
- D 15.10\*: Aktenvermerk vom 30.10.1987 (handschriftlich, internes Material der SZS, unterzeichnet von Riedel);  
(C, ohne Signatur)  
Intervention Mittags wegen 15.9.
- D 15.11\*: „Vorschlag zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organe für den Zeitraum 1.1. – 30.9.1987“ vom 16.10.1987 (internes Material der SZS, mit handschriftlichen Korrekturen);  
(C, ohne Signatur)  
Ausbesserung der Vorlage 15.9 wegen 15.10.

- D 15.12: „Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für den Zeitraum 1.1. – 30.9.1987“ vom 30.10.1987 (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)
- D 15.13: „Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für das Jahr 1987 – nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit“ vom 14.12.1987 (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)  
Fast identisch mit 15.8.
- D 15.13a: „Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen auf der Grundlage des von Genossen Dr. Mittag bestätigten Vorschlages der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik“ (als Anlage, ohne Datum, ca. Juni/Juli 1987, internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)  
„Präzisierungen“ zur „Gewährleistung der bestätigten Angaben zur Entwicklung“, 1. Halbjahr 1987
- D 15.14: „Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für das Jahr 1987 – nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit“ vom 17.12.1987 (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum 1987
- D 15.15\*: „Vorschlag zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für das Jahr 1987“ vom 23.12.1987 vom Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, mit Begleitschreiben vom 23.12.1987 an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, übersandt;  
(C, ohne Signatur)  
Zeitraum 1987
- D 15.16\*: „Entscheidungsvorschlag zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR für das Jahr 1976“ vom 4.5.1977, mit Hausmitteilung vom 4.5.1977 vom Mitglied des Politbüros Günter Mittag an den Genossen Erich Honecker übersandt;  
(B, Vorl. SED 17679, ohne Seitenangaben)
- D 15.17: Entwurf einer Hausmitteilung vom Mitglied des Politbüros G. Mittag an den Genossen Erich Honecker vom 8.2.1978;  
(B, Vorl. SED 19324, ohne Seitenangaben)  
Politische Konsequenzen verschiedener Verfahrensweisen bei Veröffentlichung von Außenhandelsdaten.

16. Verdunklung von Daten; bewußte Lückenbildung im Puzzle; Undurchsichtigkeit von Währungsumrechnungen
- D 16.1\*: Wharton, Econometric Forecasting Associates, Zentrale Planwirtschaften. Bericht über Zahlungsbilanzen und Schulden, Übersetzung des Teilkapitels „Die Kosten der unzureichenden Wirtschaftsberichterstattung Ostdeutschlands“ vom 25.6.1982 durch P. Zaumseil vom 28.9.1982 (internes Material der SZS); „Argumentation zur Einschätzung des Handels der DDR mit kapitalistischen Industrieländern durch die amerikanische Beratungs- und Prognosefirma Wharton“, ohne Datum (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)  
Wharton klagt über restriktive Veröffentlichungspolitik der DDR; Donda weist auf methodische Unterschiede zwischen Ost- und Westaußenhandelsstatistik hin.
- D 16.2: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 12.4.1984;  
(C, ohne Signatur)  
Information über Verfahrensweise bzgl. Valutamark; zu diesem Dokument liegt eine Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes vor, vgl. D 16.5.
- D 16.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 6.3.1985;  
(C, ohne Signatur)  
Verfahrensweise betreffend Umrechnungskoeffizienten, vgl. auch D 16.5.
- D 16.4: „Vorschlag zum Ausweis der Abrechnung des gesamten Importaufwandes in Mark und Valuta“ als Anlage zum Schreiben von Herta König, Gerhard Beil und Arno Donda an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Günter Mittag, vom 12.11.1987;  
(C, ohne Signatur)
- D 16.5: Schreiben des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin an Prof. Dr. Peter von der Lippe vom 30.11.1993 (mit Anlagen);  
(Privatarchiv von der Lippe)
17. Ost-West-Vergleich (Sozialprodukt); Zahlenlieferungsprobleme
- D 17.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 25.3.1988 (mit dem Entwurf einer Vorlage für das Politbüro der ZK der SED für den 30.3.1988 betreffend die Bereitstellung von statistischen Angaben der DDR für die Berechnung der prozentualen Beitragsanteile der Mitgliedsstaaten der UNO für 1989 bis 1991);  
(C, ohne Signatur)  
Verfahrensvorschlag der SZS für die von der UNO geforderte Lieferung von Sozialproduktszahlen.

- D 17.2\*: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 7.11.1988 (mit dem Entwurf einer Vorlage für das Politbüro des ZK der SED betreffend die Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO und verschiedenen Anlagen);  
(C, ohne Signatur)  
Gutachten von Haeder; Empfehlungen zur Haltung der DDR hinsichtlich der Teilnahme.
- D 17.3: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an die Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Herbert Neumann, vom 12.7.1984;  
(C, ohne Signatur)  
Bericht über Veröffentlichungspraxis der DDR und Klagen internationaler Organisationen über zu geringe Zahlenlieferungen.
- D 17.4: Schreiben der SZS, Genosse Jonas, an die Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Herbert Neumann, vom 15.3.1984;  
(C, ohne Signatur)  
Einschränkungen der Zahlenlieferungen bei Einzelhandelsumsatz und Produktion im Maschinenbau.
- D 17.5: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Minister für Gesundheitswesen, Genossen OMR Prof. Dr. sc. med. Dr. h. c. Ludwig Mecklinger, vom 16.1.1985;  
(C, ohne Signatur)  
Donda bittet um Klarheit hinsichtlich der Zahlenlieferung an andere Stellen (Verfahrensfragen).
- D 17.7: „Übersicht über die Entwicklung des Nettoinlandsprodukts der DDR und die Beiträge der DDR zum UNO-Budget“ (als Anlage), ohne Datum, ca. 1985, (internes Material der SZS);  
(C, ohne Signatur)
- D 17.8: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an Zentralkomitee der SED (Dr. Mittag) vom 30.12.1987  
(C; ohne Signatur, Az 01-0/40-1)  
Betr. KSZE-Folgekonferenz in Wien. Donda spricht sich für möglichst wenig Zahlenlieferung aus und weist auf Gefahren liberalerer Weitergabe von Daten hin.
- D 17.9: Schreiben des Ministers für Außenhandel, Dr. Gerhard Beil, an den Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, vom 27.5.1986; internes Material der SZS „Zur Stellungnahme des Ministers für Außenhandel vom 27.5.1986“, ohne Datum;  
(C, ohne Signatur)  
Beil fordert restriktive Haltung bei Fragen der Zahlenweitergabe, obgleich es Konflikte innerhalb des RGW hierbei gibt.

18. Neue Gegenstände der Statistik, zum Beispiel Umweltstatistik
- D 18.1: Gemeinsames Schreiben von Hans Reichelt und Arno Donda an den Leiter der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED, Genossen Dr. Wambutt, vom 5.2.1988;  
(C, ohne Signatur)  
Vorschlag weiterer Veröffentlichung von umweltstatistischen Daten.
19. Kontakte mit der Bundesrepublik; amtliche Statistik und Institute; Pressegespräche
- D 19.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, vom 2.1.1986 (Anlage: Schreiben des DIW, Dr. Doris Cornelsen, vom 23.12.1985);  
(C, ohne Signatur)  
Dondas Einschätzung zu dem Schreiben von Cornelsen in der Anlage.
- D 19.2: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 10.7.1984;  
(C, ohne Signatur)  
Kontakte zwischen Siemens (Westdeutschland) und SZS um "Informationen ... abzuschöpfen" zu können
- D 19.3: Hausmitteilung des Leiters des Zählbüros, Hagemann, an den Leiter der SZS, Prof. Dr. Donda, vom 20.4.1987;  
(C, ohne Signatur)  
Direktive für Umgang mit Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung bei einem geplanten Hintergrundgespräch
- D 19.4: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Mittag, vom 22.4.1987;  
(C, ohne Signatur)  
vgl. 19.3
- D 19.5: Entwurf eines Schreibens des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Genossen Ehrensperger, ohne Datum;  
(C, ohne Signatur)  
vgl. 19.3
- D 19.6 „Auftrag für ein Pressegespräch zu Fragen der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung in der DDR“, ohne Datum, ca. April 1987, ohne Verfasser;  
(C, ohne Signatur)  
vgl. 19.3
- D 19.7\*: Kurzmitteilung von Genossen Koziolk an Genossen Mittag vom

20.5.1988 („Information über Gespräche, die am Rande der Ost-West-Konferenz der Ökonomen geführt wurden“);

(B, Vorl. SED 41736/2, ohne Seitenangaben; dem Autor zugesandt von R. Schneider, Außenstelle Berlin des Bundesministeriums des Inneren, Referat GB II 5/Dokumentation)

Gespräch mit Prof. Dr. Kloten und Dr. D. Cornelsen über Glasnost und Perestroika am Rande einer Konferenz.

## 20. Probleme von EDV und Datenschutz (technisch)

D 20.1: Schreiben des Leiters der SZS, Prof. Dr. Donda, an den Leiter der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR, Staatssekretär Genossen Dr. Möbis, vom 5.12.1985;

(C, ohne Signatur)

Betr. Fragen der Datensicherung und -fernübertragung und Geheimhaltung innerhalb des Amtes.

D 20.2: „Standpunkt zu Fragen des Datenschutzes und der Datensicherung bei der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung und -übertragung in der DDR“ vom 5.2.1986 (internes Material der SZS, mit einer handschriftlichen Anlage);

(C, ohne Signatur)

siehe 20.1

D 20.3: „Zur Verantwortung bei der Leitung der Prozesse zur Gewährung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz bei der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung und der Datenübertragung in der DDR“ vom 20.1.1986 (internes Material der SZS: „Nur zur persönlichen Arbeit!“);

(C, ohne Signatur)

siehe 20.1



1.1



SED

HAUSMITTEILUNG

58 68 63 60 27318 33/8.68 198

An	Genossen Dr. Mittag	von Abteilung Planung und Finanzen	Direktoren Wa/Bdt	Datum 23.8.68	Erledigungs- vermerk
Beur.					

Werte Genosse Mittag!

Genosse Donda informierte uns soeben, daß er vom Presseamt den Auftrag erhalten hat, ab sofort bis zum Beginn der Leipziger Messe Pressemeldungen über die Ergebnisse in der Entwicklung der Volkswirtschaft zu erarbeiten. Es soll über einzelne Industriezweige und Betriebe berichtet werden und auch über Ergebnisse in der Volksbildung, Kultur und in Gesundheitswesen. Bis Ende August soll für jeden Bezirk eine Meldung über den Monatsbericht in der Art des ND vom 21.8.1968 vorliegen.

Genosse Donda bittet um Mitteilung, ob das mit Dir abgestimmt ist. Wir sind der Auffassung, daß die Statistik die zentrale Argumentationsgruppe bei Genossen Janson unterstützen sollte und keine eigenen Informationen herausgibt. Die Genossen der Statistik sind nicht in der Lage, die politisch-ideologischen Auswirkungen im Zusammenhang mit Nachrichten über einzelne Betriebe, Industriezweige, Erzeugnisse usw. einzuschätzen. Zum anderen muß auch berücksichtigt werden, daß über bestimmte Gebiete nicht berichtet werden darf. Die Kenntnis darüber ist bei den Genossen der Statistik nur teilweise vorhanden. Weiterhin halten wir Berichte über die volkswirtschaftliche Entwicklung der Bezirke für falsch, weil sie nur sehr allgemein abgefaßt werden könnten. Es wäre wirkungslos, Ende August oder in den ersten Septembertagen Berichte der Planerfüllung vom Stand per 31. 7. 1968 zu publizieren.

Wir haben Genossen Janson davon Kenntnis gegeben und Genossen Donda gesagt, daß er ohne entsprechenden Auftrag von Dir solche Mitteilungen dem Presseamt nicht übergeben soll.

Mit sozialistischem Gruß

*H. Hengst*  
Hengst

## 3.1

21.3.68 579.68 223

58 08 03 68

**SED**

HAUSMITTELUNG

An	Genossen Dr. Mittag	Abteilung Planung u. Finanzen	Diktatzeichen KU/MH	Datum 5.9.68	Einschlagungs- vermerk
Betr.					

Werter Genosse Mittag!

Entsprechend Deinem Auftrag übersenden wir Dir das für die Unterredung mit Genossen Donda ausgearbeitete Material.

Mit sozialistischem Gruß

*Hengst*  
Hengst

**Abt. Planung und Finanzen****Material für die Unterredung****Genosse Dr. Mittag - Genosse Prof. Dr. Donda**

- 1. Abrechnung der Automatisierungsvorhaben**
- 2. Probleme der Informationstätigkeit der Statistik**
- 3. Messung der Arbeitsproduktivität**
- 4. Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR**
- 5. Zu Fragen der Kombinatbildung**
- 6. Rolle der dienstleistenden Rechenzentren**

1. Aufgaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik  
bei der Kontrolle der wichtigsten Automatisierungsvorhaben

- Entsprechend den Hinweisen des Genossen Walter Ulbricht im Septemberseminar ist die komplexe Automatisierung von Betrieben und Betriebsteilen als eine Schwerpunktaufgabe zu betrachten.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik muß die Parteiführung schnell und umfassend über die Entwicklung dieser Vorhaben und Betriebe informieren.

- Die gegenwärtige Aussage über die Messung des Automatisierungsgrades ist unbefriedigend. Es kommt darauf an, inhaltlich diese Berichterstattung zu vervollkommen und nicht einseitig von der Struktur der Arbeitskräfte auszugehen. Dieses Problem ist von Genossen Donda zu untersuchen und es sind Vorschläge auszuarbeiten, wie die inhaltliche Berichterstattung auf dem Gebiet des Automatisierungsgrades zu vervollkommen ist.

- Die bisher eingeleiteten Kontrollmaßnahmen zu den Automatisierungsvorhaben (siehe Anlage) sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Aussagefähigkeit nach dem Vorliegen der ersten Erfahrungen nochmals zu überprüfen. Es kommt darauf an, auf diesem Gebiet auch mit den Methoden der Fallmeldung zu arbeiten, damit Störungen im plan-

möglichen Ablauf sofort signalisiert werden.

- Angaben über die Automatisierungsvorhaben besitzen einen hohen Vertraulichkeitsgrad:

- Möglichkeiten der Störtätigkeit unterbinden
- Patente, Verfahren s. T. noch im Stadium der Erprobung.

Wir schlagen vor, daß nur folgende Genossen eine Text-information erhalten:

Genosse Walter Ulbricht  
Genosse Willi Stoph  
Genosse Erich Honecker  
Genosse Dr. Günter Mittag

Der Verteiler für den Zahlenbericht sollte folgende Genossen umfassen:

Gesamtbericht:

Genosse Schürer  
Genosse Rauchfuß  
Genosse Pöschel  
Genosse Hengst  
Genosse Matthes

**Auszüge:****1. Sekretäre der Bezirksleitungen****Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilungen  
des ZK****Industrieminister***1/12*

Die weitere Vervollkommnung der Berichte muß sich vor allem darauf konzentrieren, eine richtige Wertung des Wirtschaftsablaufs zu geben.

- So dürfen nicht alle Planschuldner über einen Kamm geschoren werden. Betriebe mit hohen Steigerungsraten der Produktion, wie Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt mit Steigerungsraten von 25 - 30 % und einer Planerfüllung von 99,5 %, dürfen nicht so behandelt werden wie Planschuldner, die keine wesentlichen Veränderungen ihres Produktions- und Exportvolumens geplant haben.
- Bei der Analyse der Planerfüllung neuer Anlagen, insbesondere bei denjenigen, für die es in der DDR keine Erfahrungen gibt, muß bei der Planung und Abrechnung ein ausreichender Probeablauf berücksichtigt werden. Die Genossen der Abteilung Planung und Finanzen haben entsprechende Aussprachen mit Genossen Fichtner und Genossen Klopfer geführt.

- In den Informationen über den Handel zwischen der DDR und der UdSSR müssen detailliertere Angaben über Planerfüllung, Warenstruktur, Realisierung der Abkommen erfolgen. Die UdSSR als unser größter Außenhandelspartner kann doch nicht in der Analyse genauso wie Entwicklungsländer behandelt werden.

- Genosse Donda hat in den letzten Monaten eine Reihe von Informationen unmittelbar an die Partei- und Staatsführung gegeben.

Es ist im Prinzip positiv, wenn er zu wichtigen Problemen der Republik, wie z. B. über Entwicklungstendenzen bei der Ausbildung von Hochschulkadern oder die Aus- und

Weiterbildung der Wirtschaftskader u. a., informiert. Gleichzeitig muß er jedoch sehen, daß hier eine sorgfältige Auswahl getroffen werden muß, um nicht Probleme an die Parteiführung heranzutragen, die von untergeordneter Bedeutung sind (wie z. B. Information an Genossen Walter Ulbricht über Fragen von "Minderjährigen Müttern und jugendlichen Selbstmörder").



### 3. Aufgaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Messung der Arbeitsproduktivität

Die Berichterstattung über die Arbeitsproduktivität ist seit Jahren unverändert und entspricht nicht den wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Darum kommt es vor allem darauf an:

- tiefgründiger zu untersuchen, wie sich die Niveauunterschiede der Arbeitsproduktivität

DDR - übrige RGW-Länder

DDR - USA/Japan

DDR - Westdeutschland

entwickeln.

- die Niveauunterschiede hinsichtlich der Produktivität der einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche und der einzelnen Zweige untereinander zu ermitteln.

8. 3. 1976

A-Lr 164 / 76

Ministerrat der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden  
des Ministerrates  
Genossen Dr. M i t t a g

102 B e r l i n  
Klosterstraße 47

Werner Genosse Dr. Mittag!

Als Anlage überreiche ich die zur Veröffentlichung im Statistischen Taschenbuch der DDR vorgesehenen Außenhandelsangaben.

Entsprechend Ihrer am 2.3.1976 erteilten Weisung wurde

- auf eine getrennte Darstellung der Gesamtgröße des Exports und des Imports je Land und je Wirtschaftsgebiet verzichtet. Damit kann ab Berichtsjahr 1975 aus den veröffentlichten Angaben der DDR nur noch die Gegenüberstellung von Export und Import insgesamt erfolgen. Je Wirtschaftsgebiet und je Land wird als Gesamtgröße nur noch der Außenhandelsumsatz (Export plus Import) veröffentlicht.
- eine Reduzierung des veröffentlichten Materials um rund 55 Prozent vorgenommen. Zum Vergleich ist ein Statistisches Taschenbuch des Vorjahrs beigelegt.

Die für das Statistische Taschenbuch getroffene Entscheidung gilt voll auch für das Statistische Jahrbuch der DDR und die Zahlenlieferungen der DDR für das öffentliche Statistische Jahrbuch des RGW und für Zahlenlieferungen an die UNO und ihre Spezialorganisationen.

- 2 -

Anhand des beiliegenden öffentlichen Statistischen Jahrbuchs des RGW und der UNO-Veröffentlichungen haben wir die sich daraus ergebende Konsequenz sichtbar gemacht, daß bei einigen Tabellen für die DDR als einziges Land keine Angaben mehr erfolgen.

Ab sofort sollte der Außenhandelsumsatz mit Chile nicht mehr gesondert ausgewiesen werden.

Ich bitte um Bestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

F.d.R.: *Di. 9.3.86*

Geo.: Prof. Dr. Donda

Anlagen

*In Abzug mit Berücksichtigung von 15.11.  
Berichte für DDR: BSW, UNO/ICE mit  
Büch. 2. B. (Name) oder Bundesstatistik*

*Lu-*

01-0/41

4.11.82

879/82

Zentralkomitee der SED  
 Leiter der Abteilung  
 Planung und Finanzen  
 Genossen Ehrensperger

1020 B e r l i n  
 Haus des Zentralkomitees  
 am Marx-Engels-Platz

Werter Genosse Ehrensperger!

Das beiliegende Material erhielten wir  
 inoffiziell durch einen Genossen in Genf

Wir haben es übersetzt.

Ich halte es für interessant besonders  
 auch im Zusammenhang mit den Aktivitäten  
 die über Genossen Dr. Polze mit unserer  
 Botschaft in den USA liefen.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Benda

Anlage

J. P. Mas  
 10.11.82

Abteilung 3.6

2 d A  
 f. Brief. an Gen. Groh  
 6. 12. 1982

Notiz für Gen. Prof. Dr. Donda

Gen. Prof. Dr. Donda  
 (11.12.1982)

Im Ergebnis der im ADN Bulletin enthaltenen Information über eine "verbindliche Definition für Industrieroboter" ergeben sich, nach Aussage von Gen. Groh, Vertreter der DDR in der erwähnten Expertengruppe der BCE, keine Konsequenzen für die praktische Arbeit in der DDR.

Im ADN-Bulletin sind die Ergebnisse der Beratung und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen nicht richtig dargestellt worden.

Bei der erarbeiteten "verbindlichen" Definition handelt es sich lediglich um eine Übereinkunft für die Erarbeitung einer Studie "Über die Produktion und den Einsatz von Industrierobotern" durch eine Expertengruppe der "Internationalen Organisation für Standardisierung" (ISO).

Seitens der DDR ist nicht vorgesehen, Zahlenangaben über die Produktion und den Einsatz von Industrierobotern an die ISO zu übergeben. Die Mitarbeit an dieser Studie soll, wenn überhaupt, auf Fragen der sozialökonomischen Wirkungen des Robotereinsatzes beschränkt werden.

Die Anwendung der veröffentlichten Definition in dem ADN-Bulletin würde darauf hinauslaufen, nur die prozessflexiblen Industrieroboter, als Industrieroboter anzuerkennen.

Danach würden wir in der DDR per 31.8.82 nur einen Bestand von 1 005 Industrierobotern ausweisen. Nach der DDR-Definition verfügen wir über 17 268 Industrieroboter.

Juske,

Dr. Scheibler  
 Abteilungsleiter

Man muss keine Infom. (11.12.82) f. Elapen  
 sende. (1. Aussage, ob die nicht mehr benötigt  
 wurde und die die P.O. nicht mehr  
 übergeben. Es gibt keine weiteren mit P.O. sende  
 an die P.O. 11.12.82

- w i a t - 29.11.82

## wissenschaftlich-technischer fortschritt .

-----  
 x ooc-experten einigten sich auf definition fuer industrie-roboter

information des adm-korr. g & n f, 25. 11. 82 - eine exportengruppe der uno-wirtschaftskommission fuer europa (eco) hat sich auf ihrer gemeinsamer tagung auf eine verbindliche definition fuer industrie-roboter geeinigt. auf der tagung waren experten aus 11 eco-laendern (darunter udsr, bulgarien, cser und ddr) sowie aus mehreren internationalen organisationen vertreten. nach umfangreicher diskussion wurde beschlossen, fuer kuenftige studien und statistiken im rahmen der cee die von der internationalen organisation fuer standardisierung (iso) vorgeschlagene definition fuer industrie-roboter anzunehmen. diese lautet:

„der industrie-roboter ist ein automatisch, elektrisch gesteuertes, flexibles programmierbares multifunktions-manipulator mit verschiedenen schein, der in der lage ist, unterschiedl. arbeitsaufgaben und spezialfunktionen durch vielfael programmierbare operationen zur erledigung einer vielfael von aufgaben zu bewaerken. er tritt haeufig in form einer oder mehrerer arme auf, die in einem gelenk angeschlossen sind. seine kontrolleinrichtung besteht aus einer oder mehreren handhabungs- und zusatzeinrichtungen genutzt, die auf die umgebung und ausseren einfluesse reagieren. diese multifunktionalen maschinen sind im allgemeinen dazu vorgesehen, sich wiederholende funktionen auszufuehren. sie koennen in andere funktionen ohne staendige vorrichtung der zusatzeinrichtung zu ueberfuehren.“

nach dieser definition werden einfache automatisch arbeitende roboter, die fuer die ausfuhrung von arbeitsaufgaben besonders geeignet sind, verwendet werden koennen, nicht zu den industrie-robotern zaehlen. sie sind daher in einzelnen laendern, darunter der ddr, aufzuehlen.

es wurde denn auch betont, dass unter reprozierbarkeit der industrie-roboter nicht der austausch von hardware, also von bewegungs- und mechanischen teilen, sondern lediglich der austausch von einzeleinheiten von programmen (software) verstanden wird. die ooc-experten stellten in diesem zusammenhang fest, dass mit der nichteingliederung der automatischen manipulatoren in die definition fuer industrie-roboter nicht die bedeutung dieser maschinen herabgesetzt werden soll. sie koennen jedoch nicht in der allgemeinen statistik der industrie-roboter erscheinen, da in vielen laendern keine statistischen unterlagen ueber sie vorliegen. in beschreibenden voröffentlichungen der eco werden sie jedoch auch kuenftig den entsprechenden raum finden.

zur klassifizierung von industrie-robotern empfiehlt die expertengruppe, die klassifizierungsprinzipien der iso zu uebernehmen, das heisst die roboter nach energiequelle, typ der bewegungskontrolle, programmierungsmethoden und der art des zusammenwirkens der sensoren einzuteilen. fuer naecherliegende studien und statistische zwecke wurde die einteilung in zwei gruppen; und zwar in programmierbare roboter und roboter mit sensorfunktion, empfohlen. -sp/wi-ai

japan will investitionen in hochtechnologichen bereichen steigern

t o k i o, 25. 11. 82 (kyodo) - ein beirat des miti (ministerium fuer internationalen handel und industrie) forderte am 25.11. eine verstaerkung der investitionen in hochtechnologichen bereichen und bis

31-8/41

14.12.1982

Zentralkomitee der SED  
Leiter der Abteilung  
Planung und Finanzen  
Genossen Ehrensperger

A-L: 924/82

1029 Berlin  
Am Marx-Engels-Platz

Werter Genosse Ehrensperger!

Im ADN-Wirtschaftsbulletin vom 29. 11. 1982 wurde über eine Expertentagung der ECE berichtet, die eine Definition für Industrie-Roboter beschlossen hat.

An dieser Tagung nahm auch eine Delegation der DDR unter Leitung des Genossen Groh, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Internationale Zusammenarbeit des Ministeriums für Werkzeugmaschinen- und Fahrzeugbau, teil.

Dazu muß ich feststellen, daß die SES vorher nicht konsultiert wurde, sondern erst durch das ADN-Bulletin Kenntnis von dieser Definition erhalten hat.

Ich habe Genossen Scheißler beauftragt, die Angelegenheit zu prüfen. Seine Rückfrage bei Genossen Groh ergab folgendes:

Im ADN-Bulletin seien die Ergebnisse der Beratung und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen nicht richtig dargestellt worden. Bei der erarbeiteten verbindlichen Definition handele es sich lediglich um eine Übereinkunft für die Erarbeitung einer Studie "Über die Produktion und den Einsatz von Industrierobotern" durch eine Expertengruppe der "Internationalen Organisation für Standardisierung" (ISO). Seitens der DDR sei nicht vorgesehen, Zahlenangaben über die Produktion und den Einsatz von Industrierobotern an die ISO zu übergeben. Die Mitarbeit an dieser Studie soll - wenn überhaupt - auf Fragen der sozialökonomischen Wirkungen des Robotereinsatzes beschränkt werden.

Es erscheint zweifelhaft, ob eine Zuarbeit selbst unter dieser eingeschränkten Zielstellung zweckmäßig ist, zumal noch geprüft werden sollte, ob es richtig ist, in der ECE-Region eine derartige Analyse mit unserer Zustimmung zu beschließen und dann als ein entwickelter sozialistischer Industriestaat nicht in diesem Material in Erscheinung zu treten.

MINISTERIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIC  
STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK

Blatt 2 vom Schreiben vom 14.12.1982 an Genossen Ehrensperger

---

In dem Zusammenhang weise ich noch darauf hin, daß bei Anwendung dieser Definition, die im Gegensatz zu den in der DDR getroffenen Festlegungen nur einen sehr eingeschränkten Kreis von Industrie-Robotern umfaßt, sich damit der Bestand von gegenwärtig (Stand 31. 8. 1982) 17 268 Industrierobotern auf 1 005 Industrieroboter reduzieren würde.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Döndä



## 8.1

Abt. Planung und Finanzen  
- 50 -

Berlin, den 13. 12. 1971

..... Ex. je ..... Blatt

..... Ex. .... Blatt

**V o r l a g e**  
**für das Sekretariat des ZK**

Betreff: Information zu Fragen der Abrechnung der Warenproduktion in volkseigenen Kombinat und ihren Betrieben

Beschlußentwurf:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen. Sie ist dem Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Stoph, zur Auswertung zu übergeben.
2. Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission innerhalb von 8 Tagen dem Präsidium des Ministerrates vorzulegen, wie noch für das Jahr 1971 die Korrektur in der staatlichen Abrechnung nachgeholt werden kann und wie im Jahre 1972 generell die statistische Berichterstattung unter Berücksichtigung der Gesamtleistungen der Betriebe monatlich vorgenommen wird.

- 2 -

3. Dem Vorsitzenden des Ministerrates wird empfohlen, den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Mängel in der staatlichen Abrechnung disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen.
4. Die Abteilung Planung und Finanzen des ZK wird beauftragt, diesen Beschluß des Sekretariats des ZK in der Parteiorganisation der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik auszuwerten.

Verantwortlich für die Durchführung: a) Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik

b) Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

Kontrolle: Abt. Planung und Finanzen des ZK

W a p p l e r

Zur Behandlung der Vorlege sind einzuladen:

1. Genosse Donda, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
2. Genosse Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
3. Genosse Wappler, Leiter der Abteilung Planung und Finanzen

- 3 -

Die Vorlage wurde  
zugestimmt von:

Genossin Eannelore Sonntag, Sektorenleiter der Abteilung  
Planung und Finanzen

Begründung: Beschluß des Sekretariats des ZK vom 8. 12. 1971

Verteiler:

1. - 15. Ex. Sekretariat des ZK
16. Ex. Vorsitzender des Ministerrates
17. Ex. Leiter der Staatlichen Zentral-  
verwaltung für Statistik
18. Ex. Vorsitzender der Staatlichen  
Plankommission
19. Ex. Abt. Planung und Finanzen

### I n f o r m a t i o n

#### zu Fragen der Abrechnung der Warenproduktion in volkseigenen Kombinatn und ihren Betrieben

Aus Hinweisen und Kritiken von Betrieben geht hervor, daß die statistische Abrechnung nicht die tatsächlich erbrachten Leistungen der Betriebe und Kombinate widerspiegelt. Es gibt darüber sowohl in Betrieben und Kombinatn als auch in örtlichen Partei- und Staatsorganen in den Kreisen und Bezirken Unzufriedenheit. Im Beschluß des Sekretariats des ZK vom 8. 12. 1971 wurde deshalb die Abteilung Planung und Finanzen des ZK beauftragt, in einigen Kombinatn die Planung und Abrechnung der Kennziffer "Warenproduktion" zu überprüfen.

Zur Klärung der mit dieser Problematik im Zusammenhang stehenden Fragen fand bei Genossen Mittag mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Genossen Donda, eine Aussprache statt. Dort vertrat Genosse Donda die Meinung, daß auf zentraler Ebene monatlich eine Ausgleichsrechnung durchgeführt wird, um die tatsächlichen Leistungen der Volkswirtschaft auf dem Gebiet der industriellen Warenproduktion darstellen zu können. Die entsprechenden Angaben dazu würden die Kombinate der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik übermitteln. Darüber hinaus würden notwendige Korrekturen nach Abschluß des Planjahres einmalig erfaßt und bei der Abrechnung im statistischen Jahrbuch berücksichtigt.

Genosse Donda wurde darauf hingewiesen, daß es Widersprüche zwischen seiner Aussage und praktischen Beispielen gibt, aus denen deutlich wird, daß die Leistungen der Betriebe und ihr Ausweis in der statistischen Abrechnung nicht übereinstimmen.

- 2 -

Als Genosse Donda auf die praktischen Auswirkungen hingewiesen wurde, zeigte er bei der Beantwortung der weiteren Fragen Unsicherheit. Er wollte deshalb eine Überprüfung in seinem Apparat vornehmen.

Das Ergebnis der von der Abteilung Planung und Finanzen durchgeführten Überprüfungen besteht in folgendem:

Die volkswirtschaftlich günstigen Ergebnisse der Leistungssteigerung in der Produktion durch die Spezialisierung werden in der statistischen Abrechnung nicht sichtbar, sondern verkehren sich sogar in bestimmten Maße in negative Aussagen.

So lange die Betriebe als juristisch selbständig galten, wurden ihre Leistungen insgesamt als "Warenproduktion" abgerechnet. Nach der Bildung der Kombinate und der damit im Zusammenhang stehenden Spezialisierung innerhalb der Kombinate wird so verfahren, daß die Lieferungen zwischen Betrieben des Kombinates nicht mehr als "Warenproduktion" erfaßt und abgerechnet werden. In der Berichterstattung auf der Grundlage der "industriellen Warenproduktion" werden die tatsächlichen Produktionsleistungen und die Arbeitsproduktivität der Kombinatbetriebe um diese sogenannten "kombinatsinternen Umsätze" zu niedrig ausgewiesen.

Für diese betrieblichen Leistungen wird lediglich zusätzlich die Kennziffer "Industrielle Produktion" abgerechnet und zur Verwendung für die Planabrechnung gegenüber dem Kreis bzw. Bezirk mit übergeben.

Die Überprüfungen in 4 Kombinatzen zeigten folgende Differenzen:

Kennziffer	VEB Kombinat	VEB Kombinat	VEB Werkzeug-	VEB Qual.u.
	elektr.Bau- elemente Teltow	Stern-Radio Berlin	masch.komb. "7.Oktobert" Berlin	Edelstahl- kombinat Hennigsdorf
	- in TM -	- in TM -	- in TM -	- in TM -
1. Gesamtleist. d. Kombinates (bezeichnet als "ind. Produktion")	Ist 1970: 394 086	419 727	593 000	3 268 600
	Plan 1971: 456 702	522 239	585 500	3 403 800

- 3 -

Kennziffer	VEB Kombinat elektr. Bau- elemente Teltow	VEB Kombinat Stern-Radio Berlin	VEB Werkzeug- masch. Komb. "7. Oktober" Berlin	VEB Qual. u. Edelstahl- kombinat Hennigsdorf
	- in TM -	- in TM -	- in TM -	- in TM -
2. Dav. zum Absatz außerhalb d. Komb. bestimmt (bezeichnet als "ind. Waren- produktion")	Ist 1970: 392 124 Plan 1971: 441 618	395 331  491 511	552 000  548 300	2 810 500  2 900 100
<u>Differenz zwischen 1. und 2. =</u>				
Prod. zum Absatz innerh. d. Kombinates (bezeichnet als "kombinats- interner Umsatz")	Ist 1970: 1 962 Plan 1971: 15 084	24 396  30 728	41 000  37 200	458 100  503 700

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß beispielsweise bei einer richtigen Berücksichtigung der Leistungssteigerung im VEB Kombinat Teltow der Zuwachs der Produktion nicht 12,6 %, sondern 15,8 % betragen würde. Beim VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Hennigsdorf würde die Steigerung der Produktion nicht 3,0 %, sondern 4,1 % betragen.

Würden die in den 4 Kombinaten zusammengeschlossenen Betriebe auch ihre kombinatsinternen Umsätze (Zulieferungen innerhalb des Kombinats) mit als Warenproduktion abrechnen, wäre der Anweis der Warenproduktion 1971 um insgesamt rd. 587 Mio M höher.

In der Entwicklung der Zuwachsraten 1971 im Vergleich zu 1970 stellt sich das wie folgt dar: (bei diesen 4 Kombinaten)

- Zuwachsrate auf Basis Warenproduktion : 5,6 %

(Das wird in der Statistik erfaßt und ausgewiesen)

- 4 -

- Zuwachsrate auf Basis industrielle Produktion (wird statistisch nicht abgerechnet, sondern nur intern von den Kombinat) 6,0 %

Die glatte Leistungssteigerung der Betriebe drückt sich in der Zuwachsrate von 6,0 % aus. In der statistischen Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1971 werden folglich 0,4 % Zuwachs weniger ausgewiesen.

Ein besonders krasses Beispiel wurde vom Kombinatbetrieb Eisenach des VEB Kombinat Stern-Radio Berlin sichtbar:

Mit fortschreitender Spezialisierung und Konzentration im Kombinat im Jahr 1972 nimmt der Anteil der kombinat-internen Umsätze (Zulieferungen innerhalb des Kombines) am Gesamtumsatz des Kombinatbetriebes erheblich zu. Das führt bei diesem Beispiel sogar zur Verminderung der Warenproduktion:

Geplante Erhöhung der industriellen Produktion 1972 : 1971 ca. 17 Mio M = 23 %

Geplante Verringerung der industriellen Warenproduktion ca. 1,0 Mio M = 2 %

Die gesamte Problematik der richtigen statistischen Abrechnung hat noch größere Bedeutung bei der Neuerichtung von Betrieben.

Zur Verbesserung der Rohstahlversorgung des Qualitäts- und Edelstahlkombinates wird im Jahre 1972 im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf ein neues Elektro-Stahlwerk in Betrieb genommen. Dieses Werk wird jährlich ein Wertvolumen von ca. 190 Mio M produzieren. Damit entspricht das Produktionsvolumen dieses Werkes allein dem Umfang eines mittleren Betriebes. Würde

- 5 -

dieses Werk als selbständiger Betrieb fungieren, ergäbe sich bei einem Investitionsvolumen von ca. 160 Mio M ein Leistungszuwachs von 190 Mio M für die gesamte Volkswirtschaft. Da dieses Werk Bestandteil des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf ist, ergibt sich für das Jahr 1972 folgende Situation:

ca. 150 kt der Produktion werden exportiert,  
sind also Warenproduktion,

100 kt werden als Vormaterial im Stahlwerk Hennigsdorf  
zur Ablösung von Importen eingesetzt.

Diese 100 kt Produktion mit einem Wertvolumen von ca. 63 Mio M werden in der statistischen Abrechnung nicht erfaßt. Dem Aufwand von 160 Mio M Investitionen steht also in der Abrechnung kein entsprechender Leistungseffekt gegenüber.

In der weiteren Entwicklung wird die Produktion dieses Stahlwerkes 100%ig als Vormaterial für ein neu zu errichtendes Walzwerk eingesetzt. Damit entfällt die Warenproduktion völlig.

Obwohl diese ökonomischen Vorgänge volkswirtschaftlich durchaus begründet sind, kommt an diesem Beispiel zum Ausdruck, daß nicht nur der Ausweis des Leistungszuwachses in der Warenproduktion fehlt, sondern daß die Aussage des Nutzeffekts volkswirtschaftlicher Investitionen beeinträchtigt wird.

Die Kontrolle der statistischen Abrechnung im Kreis und im Bezirk hat ergeben, daß für die Kreisleitungen und staatlichen Organe die Möglichkeit besteht, für die Betriebe ihres Territoriums - ganz gleich wen sie zugeordnet sind - einen Ausweis ihrer tatsächlichen Leistungen zu erhalten. Dafür wird ein besonderes Formblatt verwendet, auf dem eine sogenannte "EMte-Rechnung" mit der Kennziffer "Industrielle Produktion" vorgenommen wird. Diese Abrechnung, die jeder Kombinatbetrieb monatlich macht, verbleibt jedoch in den Kreis- und Bezirksstellen der Statistik und dort wird, wie die Überprüfungen zeigen, sehr unterschiedlich damit gearbeitet.



- 6 -

In einer Aussprache mit dem Stellvertreter des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Genossen Funke, der Mitglied der Zentralen Revisionskommission des ZK ist, wurde uns erklärt, daß für die staatliche Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes auf zentraler Ebene nur die Kennziffer "Industrielle Warenproduktion" abgerechnet und damit ein Teil der tatsächlichen Leistungen der Betriebe und deren Kombinate nicht erfaßt wird. Die für die Abrechnung im Kreis geschaffene Möglichkeit einer monatlichen Gesamtrechnung für den Ausweis der "Industriellen Produktion" wird in der Zentralverwaltung für Statistik nicht genutzt.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik macht eine solche "EMtite-Rechnung" nur einmal jährlich, und zwar jeweils im I. Quartal des Folgejahres. Diese Erhebung dient lediglich als Berechnungsgrundlage für volkswirtschaftliche Betrachtungen. Das wird auch von den Kombinat<sup>en</sup> bestätigt. Nach den Aussagen des Genossen Funke ergeben die bisherigen Berechnungen, daß für die Industrie insgesamt eine Differenz zwischen industrieller Warenproduktion und industrieller Produktion von ca. 3 Mrd. M in diesem Jahr besteht. Das sind ca. 2 % des Volumens der Warenproduktion in der Industrie. Um etwa diese Größe würde sich auch d Ausweis der Steigerung der Warenproduktion erhöhen.

Die befragten verantwortlichen Mitarbeiter in den Kreisstellen der Statistik und in den Kombinat<sup>en</sup> erklären übereinstimmend, daß die gegenwärtige Abrechnungsmethode in der Industrie und in der Landwirtschaft in ihrer Aussagefähigkeit beschränkt ist und treten dafür ein, eine solche Methode der Planung und Abrechnung anzuwenden, die die echte Leistungssteigerung jedes Betriebes sowohl für die Warenproduktion als auch für die Arbeitsproduktivität exakt zum Ausdruck bringt.

- 7 -

**Schlussfolgerungen:**

Es wird für erforderlich gehalten, die Abrechnung der Kombinatbetriebe so zu verändern, daß alle Produktionsleistungen, also auch die "kombinatsinternen Umsätze", in der staatlichen Berichterstattung einheitlich abgerechnet werden. Dazu sollte der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beauftragt werden, gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission einen Vorschlag zu unterbreiten, wie noch für das Jahr 1971 die Korrektur in der Abrechnung nachgeholt werden kann und wie im Jahre 1972 generell die Berichterstattung monatlich vorgenommen wird.

Genossen  
Erich Honecker

Ende  
14.12.71

| 365

*entf. Material  
1. April 1971  
wenn Abrechnung  
[Signature]*

Lieber Erich!

In der Anlage übermittle ich zur Vorabinformation  
eine Vorlage der Abteilung Planung und Finanzen für  
das Sekretariat mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Aus dem Material ergibt sich eindeutig die Bestätigung  
dafür, daß die tatsächlichen Produktionsleistungen und  
die Arbeitsproduktivität zahlreicher volkseigener  
Industriebetriebe in der zentralen Abrechnung durch  
die Statistik zu niedrig ausgewiesen werden.  
Es handelt sich dabei 1971 um eine Differenz in der  
Größe von ca. 3 Milliarden Warenproduktion, das sind  
ca. 2 % der Warenproduktion der Industrie.

Mit sozialistischem Gruß

Anlage

M i t t a g

*Nicht abgeben  
- Statistik  
Kauf Fritz Hübner  
- AP -  
- Vö 11 - Apparat*

*Quelle D. Apparat  
mit bis 1971  
- wenn der SK*

01-0141  
12e

Zentralkomitee der  
Sozialistischen Einheits-  
partei Deutschlands  
Abt. Planung und Finanzen  
Genossen Neumann  
Am Marx-Engels-Platz

12.08.88

A - L: 537 / 88

Berlin  
1 0 2 0

Wertes Genosse Neumann!

In der Anlage übergebe ich Dir eine Information zur Verfahrensweise beim Ausweis der Wachstumsraten der Nettoproduktion und der industriellen Warenproduktion für den Bereich des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau per 31. 7. 1988.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Donda



**Information**

**zur Verfahrensweise beim Ausweis der Wachstumsraten der Nettoproduktion und der industriellen Warenproduktion für den Bereich des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau per**

**31. 7. 1988**

Im Juni 1988 stießen wir abermals bei der Überprüfung der Angaben der Planabrechnung des Kombinats Schiffbau auf grobe Unwahrscheinlichkeiten s. B. sehr hohe Wachstumsraten bei den Leistungskennsiffern. Entsprechende Signale erhielten wir auch durch unsere Bezirkstelle in Rostock.

Überprüfungen an Ort und Stelle sowie Aussprachen mit dem Hauptbuchhalter des Kombinats ergaben, daß durch nicht durch Rechtsvorschriften gedeckte Veränderungen des Volumens der industriellen Warenproduktion und der Nettoproduktion des Jahres 1987, also des Vorjahres, ein nicht den Realitäten entsprechendes Wachstum im Jahre 1988 ausgewiesen wurde. Dieser Fakt wurde und wird von niemandem in Zweifel gezogen.

Durch das Kombinat Schiffbau wurde uns mitgeteilt, daß sie vom Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau auf der Grundlage des PKR-Beschlusses zur Leistungsentwicklung im Kombinat Schiffbau vom 16. 2. 1988 dazu veranlaßt wurden.

In diesem Beschluß sind in einer Anlage tatsächlich "bereinigte" Werte für 1987 enthalten.

Es gibt für konkrete Fälle die Berechtigung zur Veränderung der Vorjahresangaben (z.B. bei Betriebszusammenlegungen).

Es wird jedoch an keiner Stelle des Beschlusses gesagt, daß Rechtsvorschriften aufgehoben werden und damit nicht der Realität entsprechende Angaben für die Betriebe, das Kombinat, das Ministerium und die Volkswirtschaft auszuweisen sind.

Folglich muß unterstellt werden, daß es sich um Basisbereinigungen handelt, die nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und somit die tatsächlichen Verhältnisse grob entstellen.

Deshalb habe ich mit Schreiben vom 28. 6. 1988 vom Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau die Durchsetzung einer den Rechtsvorschriften entsprechenden Abrechnung per 30. 6. 1988 gefordert. Diese Forderung wurde zwar prinzipiell anerkannt, jedoch gebeten, die Veränderung der Abrechnung erst beginnend mit dem 31. 7. 1988 durchzuführen, um sie leitungsmäßig durch das Ministerium absichern zu können. Prinzipielle Übereinstimmung über die ordnungsgemäße Abrechnung der Leistungskennsiffern des Kombinats Schiffbau ab 31. 7. 1988 wurde auch zwischen den Genossen Klopfer, Genossen Dersch und mir in einem Gespräch am 14. 7. 1988 und in einem Gespräch zwischen Genossen Lauck und mir am 28. 7. 1988 erzielt.

Eine andere Verfahrensweise würde auch nicht dem Auftrag des Generalsekretärs entsprechen, dem Politbüro stets den Realitäten entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig verweise ich auf meine Ausführungen im Ministerrat am 14. 7. 1988 und den dazu gefaßten Protokollbeschluß, der die Fragen der Ordnungsmäßigkeit eindeutig klärt, einschließlich der Beseitigung von Manipulationen der Basisangaben.

Per 31. 7. 1988 wurde wie folgt verfahren:

1. Die betreffenden Betriebe des Kombinats Schiffbau haben als Vorjahresangaben die tatsächlich im Zeitraum 1. 1. - 31. 7. 1987 erzielten Leistungen ausgewiesen.
2. Auf dieser Grundlage wurde das Wachstum für das Kombinat und das Ministerium ermittelt. Es ergab sich (Entwicklung um Prozent)

	<u>Ministerium</u>	<u>Kombinat</u>
Nettoproduktion	2,4	- 7,5
ind. Warenproduktion	0,8	- 9,8

Per 30. 6. 1988 wurde auf der Grundlage der basisbereinigten Vorjahresangaben folgendes Wachstum ausgewiesen:

	<u>Ministerium</u>	<u>Kombinat</u>
Nettoproduktion	6,3	5,5
ind. Warenproduktion	4,4	2,7

3. Um eine sich aus Ausweis der Wachstumsraten per 30. 6. 1988 (basisbereinigt) und 31. 7. 1988 (tatsächliche Ergebnisse) ableitende Fehlinterpretation der Leistungsentwicklung im Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau zu vermeiden, habe ich entschieden, sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit als auch in den internen Materialien der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik das Wachstum für das Ministerium per 31. 7. 1988 ohne das Kombinat Schiffbau auszuweisen.

Es ergab sich für das Ministerium

Nettoproduktion	5,5
ind. Warenproduktion	3,9

Gleichzeitig habe ich festgelegt, in allen internen Materialien der SZS (nicht für die Öffentlichkeitsarbeit) diese Verfahrensweise durch eine Fußnote kenntlich und dabei gleichzeitig das Wachstum einschließlich des Kombinats Schiffbau sichtbar zu machen.

Ausweis in internen Materialien der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik:

Wachstum im Bereich des  
Ministeriums für Schwer-  
maschinen- und Anlagenbau  
per 31. 7. 1988  
um Prozent

Nettoproduktion	5,5 <sup>1)</sup>
ind. Warenproduktion	3,9 <sup>1)</sup>

1) ohne Kombinat Schiffbau

einschl. Kombinat Schiffbau: NP = 2,4 %

IWP = 0,8 %

Im Kombinat Schiffbau wurden die Pläne seit Jahresbeginn überboten

4. Diese Verfahrensweise wurde mit dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau abgestimmt.

12.4

01-0141

9.1.85

A-L:

17/85

Sozialistische Einheitspartei  
Deutschlands - Zentralkomitee  
Leiter der Abt. Planung und Finanzen  
Genossen Ehrensperger

1020 Berlin  
Am Marx-Engels-Platz

Werter Genosse Ehrensperger!

Entsprechend Deinem Auftrag übergebe ich Dir anbei Übersichten  
zur volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität der DDR im  
Vergleich mit RCW-Ländern und führenden kapitalistischen  
Industrielländern.

Anlagen

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Donda

2.1  
17/85

Entwicklung und Niveaurelationen der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität der europäischen RWG-Länder und ausgewählter kapitalistischer Länder

Land	Niveaurelationen <sup>2)</sup>			
	1970	1975	1980	1983
	DDR/jeweiliges Land = 100			
DDR	177	-	-	-
Bulgarien	216	136	124	125
Ungarn	173	124	129	134
Polen	141	136	155	189
Rumänien	254	141	130	135
UdSSR	161	120	118	120
CSSR	150	98	100	109
BRD	159	69	70	70
Frankreich	164	73	71	71
Großbritannien	153	87	91	91
Italien	135	89	94	105
Japan	172	126	122	117
Kanada	122	51	56	67
USA	121	45	51	60

1) Berechnet auf Grund national ausgewiesener Zuwachsraten

2) Berechnet auf Grund von internationalen Vergleichen in einheitlicher Währung und in einheitlichen Preisen



## 15.1

## Vorschlag

Übergabe von Außenhandelsangaben  
an den RGW und UNO-Organen

1. bis 30. 9. 1988 wurden für den Außenhandel  
wirtschaftsplanes und der vom Ministerium für  
benen Daten zu sonstigen Ex- und Importen fol-  
ach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen  
keitsarbeit erreicht:

Export	Import	Umsatz	Export-(+) bzw. Import- überschuß(-)
Mio VM			
61 697	59 589	121 286	+ 2 108
45 282	41 981	87 263	+ 3 301
24 513	23 527	48 040	+ 986
20 769	18 454	39 223	+ 2 315
es	16 415	34 023	- 1 193

folgende Entwicklungsraten gegenüber den  
an für den Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1987:

	Export	Import	Umsatz
	Prozent		
	100,6	99,6	100,1
	101,3	98,4	99,9
	98,4	93,8	96,1
i-	104,9	104,9	104,9
es	98,9	102,5	100,7

**Vorschlag**  
**für die Übergabe von Außenhandelsangaben**  
**an den RGW und UNO-Organen**

1. Für den Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1988 wurden für den Außenhandel im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes und der vom Ministerium für Außenhandel übergebenen Daten zu sonstigen Ex- und Importen folgende Ergebnisse nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit erreicht:

	Export	Import	Umsatz	Export-(+) bzw. Import- Überschuß(-)
Mio VM				
Insgesamt	61 697	59 589	121 286	+ 2 108
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	45 282	41 981	87 263	+ 3 301
UdSSR	24 513	23 527	48 040	+ 986
andere soziali- stische Länder	20 769	18 454	39 223	+ 2 315
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	16 415	17 608	34 023	- 1 193

Daraus ergeben sich folgende Entwicklungsraten gegenüber den tatsächlichen Angaben für den Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1987:

	Export	Import	Umsatz
Prozent			
Insgesamt	100,6	99,6	100,1
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	101,3	98,4	99,9
UdSSR	98,4	93,8	96,1
andere sozialisti- sche Länder	104,9	104,9	104,9
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	98,9	102,5	100,7

## 2. Es wird vorgeschlagen,

- im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet keine und
- im Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet folgende Veränderungen vorzunehmen:

Für die Außenhandelsangaben des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes wird vorgeschlagen, den Export um 1 300 Mio VM zu erhöhen.

Abgeleitet von den Erfahrungen der Vorjahre, ist eine möglichst geringe Erhöhung der tatsächlichen Angaben die Voraussetzung, um auch zukünftig glaubwürdige Ergebnisse veröffentlichen zu können.

Bei den Außenhandelsangaben für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet muß beachtet werden, daß im Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1987 die Angaben des NSW-Exports um 2 200 Mio VM und die des NSW-Imports um 711 Mio VM erhöht wurden. Diese korrigierten Angaben wurden den Organen des RGW und der UNO übergeben.

Bei Berücksichtigung der vorgeschlagenen Korrektur für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet würden sich für den Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1988 folgende Werte ergeben:

	Mio VM	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %
Export	17 715	94,2
Import	17 608	98,4
Umsatz	35 323	96,3
Exportüberschuß	+ 107	

Ohne diese vorgeschlagene Korrektur wären die Entwicklungsraten gegenüber den für den Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 1987 dem RGW gemeldeten Angaben für das NSW wie folgt:

Export	87,3
Import	98,4
Umsatz	92,7

15.2

01-0147

20.1.88

A - L: 3/88

Zentralkomitee der SED  
 Leiter der Abteilung  
 Planung und Finanzen  
 Genossen Ehrensperger  
 Am Marx-Engels-Platz  
 Berlin  
 1 0 2 0

Werner Genosse Ehrensperger!

Auf der Grundlage der jetzt vorliegenden endgültigen Außenhandelsangaben unterbreite ich nachstehende Vorschläge für die Übergabe an das Sekretariat des RGW und an Organe der UNO (Anlage 1):

1. Im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet ergibt sich anstelle des eingeschätzten Exportüberschusses von 2 200 Mio VM ein Exportüberschuß von 1 914 Mio VM. Ich schlage vor, die tatsächlichen Angaben unverändert weiterzumelden.
2. Zur Sicherung eines gesamten Exportüberschusses von 3,3 Mrd. VM entsprechend Pressebericht schlage ich vor, beim Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet einen Exportüberschuß von 1 350 Mio VM auszuweisen statt der bisher vorgeschlagenen 1 150 Mio VM.

Unter Beachtung der für 1986 gemeldeten Angaben und Beibehaltung der bisher vorgeschlagenen Entwicklungsraten müßte dazu der

NSW-Export um 4 400 Mio VM statt um 4 050 Mio VM

NSW-Import um 1 100 Mio VM statt um 1 600 Mio VM

erhöht werden.

Durch diese Verfahrensweise würden keine Widersprüche zu allen im Pressebericht veröffentlichten Angaben über den Außenhandel auftreten.

2

Zentralkomitee der SED  
Leiter der Abt. Planung und Finanzen  
Genossen Ehrensperger

3. In Anlage 2 übergebe ich die Angaben des Ministeriums für Außenhandel für den Import und Export von Erdöl und Erdölprodukten 1987.

Zur Gewährleistung einer ausgeglicheneren Relation zwischen dem Import von Erdöl aus dem NSW und dem Export von Erdölprodukten in das NSW schlage ich vor, für die Meldung an den RGW die Angaben des Ministeriums für Außenhandel um 500 kt beim Export von Erdölprodukten zu reduzieren. Die Absenkung sollte bei der Position Heizöl erfolgen.

Ich bitte um Bestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Donda

Anlagen

## Anlage 1

## Vorschlag für zu veröffentlichende Außenhandelsangaben für das Jahr 1987

	Export	Import	Umsatz	Export- (+) bzw. Import- überschuß (-)
	Mio VM			
<b>Insgesamt</b>				
tatsächlich	85 510	85 546	171 056	- 36
Vorschlag v. 17.12.	89 400	86 050	175 450	+ 3 350
neuer Vorschlag	89 910	86 646	176 556	+ 3 264
<b>Sozialistisches Wirtschaftsgebiet</b>				
tatsächlich	61 877	59 963	121 940	+ 1 914
Vorschlag v. 17.12.	61 400	59 200	120 600	+ 2 200
neuer Vorschlag	61 877	59 963	121 840	+ 1 914
<b>UdSSR</b>				
tatsächlich	33 861	34 616	68 477	- 755
Vorschlag v. 17.12.	33 760	33 980	67 730	- 220
neuer Vorschlag	33 861	34 616	68 478	- 755
<b>Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet</b>				
tatsächlich	23 633	25 583	49 216	- 1 950
Vorschlag v. 17.12.	28 000	26 850	54 350	+ 1 150
neuer Vorschlag	28 033	26 683	54 716	+ 1 350

## noch Anlage 1

	Entwicklungsraten gegenüber dem Jahr 1986		
	Export	Import	Umsatz
	auf Prozent		
<b>Insgesamt</b>			
tatsächlich	101,8	101,3	101,5
Vorschlag vom 17. 12.	97,7	95,1	96,4
neuer Vorschlag	98,3	95,8	97,0
<b>Sozialistisches Wirtschaftsgebiet</b>			
tatsächlich	102,7	97,4	100,0
Vorschlag vom 17. 12.	100,5	96,2	96,3
neuer Vorschlag	101,3	97,4	99,4
<b>UdSSR</b>			
tatsächlich	101,2	95,2	98,1
Vorschlag vom 17. 12.	98,5	93,5	95,9
neuer Vorschlag	98,8	95,2	97,0
<b>Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet</b>			
tatsächlich	99,6	111,6	105,5
Vorschlag vom 17. 12.	92,1	92,8	92,4
neuer Vorschlag	92,2	92,3	92,2

## Anlage 2

**Import von Erdöl und Export von  
Erdölprodukten mit dem NSW**

---

Zeitraum	Import von Erdöl	Export von Erdölprodukten kt	Saldo
<b>1.1. - 31.12.1986</b>			
MAH-Angaben ohne Veränderung so weitergemeldet	5 184	5 133	- 51
<b>1.1. - 30.9.1987</b>			
MAH-Angaben	2 686	3 674	+ 988
Veränderung	+ 200	- 500	
weitergemeldet	2 886	3 174	+ 288
<b>1.1. - 31.12.1987</b>			
MAH-Angaben	3 877	4 599	+ 722
Veränderung		- 500	
weiter zu melden	3 877	4 099	+ 222



15.3

01-0140.1

/je

3.11.88

ZK der SED  
Mitglied des Politbüros  
und Sekretär des ZK  
Genossen Dr. Mittag

A - L: 1063/88

Am Marx-Engels-Platz

Berlin

1020

Werner Genosse Dr. Mittag!

Beiliegend übergebe ich Dir einen Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an das Sekretariat des RGW und die Organe der UNO für den Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1988.

Der Vorschlag ist mit den Genossen Schalck und Fenske abgestimmt.

Ich bitte um Bestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Donda

Anlage

Kalt 2.11.  
U-3.11.  
Kun 3.11.

**Vorschlag**  
**zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW**  
**und UNO-Organen für den Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1988**

**I. Zur Veröffentlichung von Export und Import insgesamt mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet**

1. Für den Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1988 wurden im Gesamthandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet folgende Ergebnisse erreicht:

	Mio VM	Veränderung gegenüber den im gleichen Zeit- raum des Vorjahres ver- öffentlichten Angaben in %
Export	16 415	87,3
Import	17 608	98,4
Umsatz	34 023	92,7
Importüberschuß	1 193	

2. Im Interesse des Ausweises eines Exportüberschusses und einer vertretbaren Exportentwicklung wird vorgeschlagen, den Export um 1 300 Mio VM zu erhöhen.

Dabei muß beachtet werden, daß im Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1987 die Angaben des NSW-Exports um 2 200 Mio VM und die des NSW-Imports um 711 Mio VM erhöht wurden.

Bei Berücksichtigung der vorgeschlagenen Korrektur würden sich folgende Werte ergeben:

	Mio VM	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %
Export	17 715	94,2
Import	17 608	98,4
Umsatz	35 323	96,3
Exportüberschuß	+ 107	

Für das 1. Halbjahr 1988 wurden folgende Außenhandelsangaben von Dir bestätigt und veröffentlicht:

	Mio VM	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %
Export	12 210	92,0
Import	11 760	94,7
Umsatz	23 970	93,3
Exportüberschuß	+ 450	

Diesen Angaben liegt eine Korrektur des Exports um + 1 470 Mio VM und des Imports um + 712 Mio VM zugrunde, womit der Außenhandelsaldo von einem Importüberschuß von - 308 Mio VM in einen Exportüberschuß von + 450 Mio VM verändert wurde.

Beim Vorschlag für den Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1988 wurde davon ausgegangen, daß der tatsächliche Importüberschuß erheblich angestiegen ist und dieser Tatbestand durch Export- bzw. Importangaben der Partnerländer nachvollzogen werden kann.

Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der Forderungen nach Erweiterung der Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Außenhandels, halte ich es nicht für möglich, mit einem noch höheren Korrekturbetrag zu arbeiten.

3. Für den Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet ergab sich per 30. 9. 1988 ein Exportüberschuß von 3 201 Mio VM, so daß für den Außenhandel insgesamt ein Saldo von + 3 408 Mio VM an den RGW und UNO-Organen gemeldet wurde.

**II. Zur Veröffentlichung von Angaben über den Import von Erdöl und den Export von Erdölprodukten mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet**

	NSW-Import Erdöl	NSW-Export Erdölprodukte	Saldo
	kt		
<u>Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1987</u>			
MAH-Angaben	2 686,1	3 673,6	+ 987,5
Veränderung	+ 200,0	./.. 500,0	
weitergemeldet	2 886,1	3 173,6	+ 287,5
<u>Für das Jahr 1987</u>			
MAH-Angaben	3 877	4 599	+ 722
Veränderung		./.. 500	
weitergemeldet	3 877	4 099	+ 222
<u>Für das 1. Halbjahr 1988</u>			
MAH-Angaben	1 873	2 233	+ 360
ohne Veränderung weitergemeldet			
<u>Zeitraum 1. 1. - 30. 9. 1988</u>			
MAH-Angaben	2 373	3 501	+ 1 128
Vorschlag zur Veränderung	+ 300	./.. 500	
danach weiter- zumelden	2 673	3 001	+ 328

15.4

M-V/49

be

ZK der SED  
 Leiter der Abteilung  
 Planung und Finanzen  
 Genossen Ehrensperger

14. 12. 88

A - L: 1207/88

Am Marx-Engels-Platz

Berlin

1020

Werter Genosse Ehrensperger!

Beiliegend übergebe ich Dir einen Vorschlag für die Übergabe von Außenhandelsangaben an das Sekretariat des RGW und die Organe der UNO für das Jahr 1988.

Der Vorschlag basiert auf den Abrechnungsergebnissen bis Ende November und der Einschätzung für den Monat Dezember.

Auf Grund der tatsächlichen Ergebnisse werden geringfügige Veränderungen zu erwarten sein.

Der Vorschlag ist mit den Genossen Schalck und Fenske abgestimmt.

Durch die Abwertung des Dollars im Jahre ergibt sich auf Dollarbasis ein Wachstum im Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet beim

Export	auf 100,1 Prozent
Import	auf 104,4 Prozent und
Umsatz	auf 102,1 Prozent.

Ich schlage vor, folgenden Satz im Pressebericht aufzunehmen:

"Der Außenhandelsumsatz mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet stieg auf Dollarbasis um 2 Prozent."

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Benda

Anlage

14. 12. 88

Anlage

Vorschlag  
für die Übergabe von Außenhandelsangaben  
an den RGW und UNO-Organen

1. Für das Jahr 1988 werden für den Außenhandel im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes und der vom Ministerium für Außenhandel übergebenen Daten zu sonstigen Ex- und Importen folgende Ergebnisse nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit voraussichtlich erreicht:

	Export	Import	Umsatz	Export-(+) bzw. Import- überschuß(-)
	Mio VM			
Insgesamt	85 800	86 300	172 100	- 500
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	62 100	59 200	121 300	+ 2 900
UdSSR	33 100	32 500	65 600	+ 600
andere soziali- stische Länder	29 000	26 700	55 700	+ 2 300
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	23 700	27 100	50 800	- 3 400

2. Bei den Außenhandelsangaben für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet muß beachtet werden, daß im Jahre 1987 die Angaben des

Exports um 4 400 Mio VM und des  
Imports um 1 100 Mio VM

erhöht wurden. Diese korrigierten Angaben wurden dem RGW und der UNO übergeben.

Für das Jahr 1988 wird vorgeschlagen, den  
Export um 3 600 Mio VM

für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zu erhöhen.

Damit würden sich für das Jahr 1988 folgende Werte ergeben:

	Mio VM	Veränderung gegenüber 1987
Export	27 300	97,4 %
Import	27 100	101,6 %
Umsatz	54 400	99,4 %
Exportüberschuß	200	

Ohne die vorgeschlagenen Korrekturen für das Jahr 1988 würden sich gegenüber den gemeldeten Angaben des Jahres 1987 folgende Entwicklungsraten ergeben:

Export	84,5 %
Import	101,6 %

Statt eines Exportüberschusses von 200 Mio VM würde im NSW ein Importüberschuß 3 400 Mio ausgewiesen.

Der Gesamtsaldo im Außenhandel würde statt + 3 100 Mio VM nur - 500 Mio VM betragen.

3. Aus diesen Vorschlägen würden zusammengefaßt folgende Angaben an den RGW und die UNO-Organen übergeben:

	Export	Import	Umsatz	Export-(+) bzw. Import- überschuß(-)
	Mio VM			
Insgesamt	89 400	86 300	175 700	+ 3 100
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	62 100	59 200	121 300	+ 2 900
UdSSR	33 100	32 500	65 600	+ 600
andere soziali- stische Länder	29 000	26 700	55 700	+ 2 300
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	27 300	27 100	54 400	+ 200

Entwicklungsraten gegenüber dem Jahr 1987

	Export	Import	Umsatz
	auf Prozent		
Insgesamt	99,4	99,6	99,5
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	100,4	98,7	99,6
UdSSR	97,8	93,9	95,8
andere sozialisti- sche Länder	103,5	105,3	104,4
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	97,4	101,6	99,4

15.10

30.10.87

Schlussumkehr

Genosse H. Neumann hat mich am 30.10.87 <sup>beauftragt</sup> über folgende  
den Leiter des SZS, Gen. Prof. Janda, zu informieren:

JdX

Die im Schreiben des Leiters vom 16.10.87 zu den Ausfuhrhandelsregeln  
für RGV und UNO angegebene Exportüberschuf je 30.9.87 in  
Höhe von 527 Mio VM wurde von Gen. Dr. Mitz nicht bestritten.  
Entsprechend einer Entscheidung von Gen. Dr. Mitz ist ein Exportüber-  
schuf von 910 Mio VM anzuweisen.

Gen. Ehrenpreis hat die Gen. Gehalt und Zeit informiert, daß Gen. Janda  
die mit dieser Entscheidung verbundenen notwendigen Verbindungen mit den  
Gen. Fenske und Blesing abstimmt.

Gen. H. Neumann bittet um Information über die neue Lage.

Wiedel  
30.10.87



## 15.11

D. Forst

16.10.1987

**Vorschlag**  
zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen  
für den Zeitraum 1.1. - 30.9.1987

---

Zum Export und Import insgesamt mit dem NSW

1. Für das 1. Halbjahr 1987 ergaben die statistischen Abrechnungsergebnisse im Gesamthandel mit dem NSW einen Importüberschuß von 250 Mio VM.

Im Interesse des Ausweises eines Exportüberschusses und unter Beachtung der Entwicklung zu den gemeldeten Angaben im Vorjahr wurden die Abrechnungsergebnisse für den NSW-Export um 2,2 Mrd. VM und den NSW-Import um 1,1 Mrd. VM erhöht.

Auf dieser Grundlage wurde dem RGW und den UNO-Organen für das 1. Halbjahr 1987 ein Exportüberschuß von 850 Mio VM gemeldet.

2. Im Zeitraum 1.1. - 30.9.1987 wurden im Gesamthandel mit dem NSW folgende Ergebnisse nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit erreicht:

		im Vergleich zum 30.9. des Vorjahres	
		zum tatsächl. Ist	zum gemeldeten Ist
Export	16 603 Mio VM	100,9 %	82,6 %
Import	17 182 Mio VM	114,3 %	92,0 %
Umsatz	33 785 Mio VM	107,3 %	87,7 %
Import- überschuß	579 Mio VM		

3. Damit auch per 30.9. ein Exportüberschuß gemeldet werden kann wird vorgeschlagen, Veränderungen in gleicher Höhe wie für das 1. Halbjahr vorzunehmen.

*für den 30.9. sind vorläufige Hinweise*  
 Daraus ergibt sich ein Exportüberschuß von ~~521~~<sup>910</sup> Mio VM. *Beifolgt*  
 Gleichzeitig wird damit erreicht, daß kein zu starker Rückgang beim Export und Import im Vergleich zu den im Vorjahr gemeldeten Angaben eintritt.

Daraus ergibt sich ein zu meldender

zum gemeldeten Ist 30.9.1986

<sup>910</sup>	Export von 18 803 Mio VM	=	93,6 %
<del>18 17 893</del>	Import von <del>148 282</del> Mio VM	=	<del>197,9</del> %
36696	Umsatz von <del>137 085</del> Mio VM	=	<del>195,71</del> %
	Export- überschuß von <del>1521</del> Mio VM		

910

4. Der Exportüberschuß im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet beträgt ~~2 044~~ Mio VM, so daß für den Außenhandel insgesamt ein Saldo von ~~142 964~~ Mio VM per 30.9.1987 an den RGW und UNO-Organe gemeldet wird.

3 054

*Mit dem Betrag von 30. x =  
 1150 Hilfe abgeben*

*Mit dem Betrag von 30. x  
 1345 Hilfe abgeben*

3

Zum NSW-Import und Export von Erdöl bzw. Erdölprodukten

Für den Zeitraum 1.1. - 30.9.1987 wird vorgeschlagen:

	NSW-Import Erdöl	NSW-Export Erdölprodukte	...	Saldo
	kt			
Statistisches Ergebnis	2 686,1	3 673,6.		+ 987,5
Veränderung	+ 200,0	./ 500,0		
weiter zu melden	2 886,1	3 173,6		+ 287,5

Im Vorjahr lagen nachstehende Abrechnungsergebnisse für den Zeitraum bis 30.9. vor bzw. wurden unter Berücksichtigung erfolgter Veränderungen an den RGW gemeldet:

Statistisches Ergebnis	2 655,9	3 659,8		+ 1 003,9
Veränderung	+ 204,1	./ 500,0		
weitergemeldet	2 860,0	3 159,8		+ 299,8

Damit werden NSW-Import sowie -Export (und dementsprechend der Saldo) von Erdöl bzw. Erdölprodukte in der gleichen Größenordnung ausgewiesen wie per 30. 9. des Vorjahres.

## 15.15

Berlin, 23.12.1987

Vorschlag zur Übergabe  
von Außenhandelszahlen an den RGW und UNO-Organen für das Jahr 1987

---

1. Export und Import mit den sozialistischen Ländern soll so ausgewiesen werden, wie er tatsächlich realisiert wird. Im Vergleich zum Vorjahr werden voraussichtlich folgende Entwicklungsraten eintreten:

	Export	Import	Umsatz
SW insgesamt	+ 0,5 %	./ 3,8 %	./ 1,7 %

Der Exportüberschuß wird 2,2 Mrd. VM betragen; im Jahr 1986 gab es einen Importüberschuß von 455 Mio VM.

2. Für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet wird unter Beachtung der für das Vorjahr gemeldeten Angaben vorgeschlagen, die tatsächlichen Exporte um 4,1 Mrd. VM und die Importe um 1,6 Mrd. VM zu erhöhen.

Der voraussichtliche Importüberschuß von 1 300 Mio VM wird dadurch nicht sichtbar, sondern es wird ein Exportüberschuß von 1 150 Mio VM ausgewiesen.

Für das Jahr 1987 ergibt sich damit ein höherer Exportüberschuß als zum 30. September 1987 mit 910 Mio VM gemeldet wurde.

Gegenüber dem Vorjahr würden folgende tatsächliche Entwicklungsraten und weiterzumeldende Entwicklungsraten eintreten:

	tatsächliches Ist 1987 zu tatsächliches Ist 1986	korrigiertes Ist 1987 zu gemeldetes Ist 1986
Export	+ 1,0 %	./ 7,9 %
Import	+ 10,2 %	./ 7,2 %
Umsatz	+ 5,5 %	./ 7,6 %

Entsprechend den eingetretenen Veränderungen auf den Weltmärkten ist für die DDR im NSW der Ausweis eines Rückganges für den Export und Import zu vertreten. Durch die vorgeschlagenen Korrekturen wird eine ausgewogene Darstellung erreicht.

Auf Grund der Abwertung des US-Dollars von etwa 9 - 10 % würde beim Ausweis des NSW-Außenhandels auf Basis Dollar beim Export, Import und Umsatz im Vergleich zu den gemeldeten Angaben für 1986 kein Rückgang, sondern eine geringe Steigerung ausgewiesen.

Es wird gewährleistet, daß die vorzunehmenden Korrekturen im Handel mit dem NSW durch die Organe des RGW und der UNO nicht nachprüfbar sind.

Im Pressebericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im Jahr 1987 wird nur der Gesamtsaldo für den Außenhandel der DDR in das SW und NSW zusammengenommen in Höhe von 3,3 Mrd. VM veröffentlicht.

15.16

## ZENTRAALKOMITEE

## HAUSMITTEILUNG

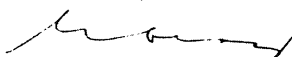
An Genossen Erich Honecker	Mitglied des Politbüros Günter Mittag	Kurzzeichen	Datum 4.5.77	Erledigungs- merk
Betr.				

Lieber Genosse Honecker!

Als Anlage übergebe ich einen mit den Genossen Stoph, Krowkowski und Schürer sowie der Abteilung Planung und Finanzen des ZK abgestimmten Entscheidungsvorschlag zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR für das Jahr 1976.

Ich bitte um Zustimmung.

Mit kommunistischem Gruß



Anlage

Berlin, 4. Mai 1977

Entscheidungsvorschlag zur Veröffentlichung  
von Angaben der Statistik über den  
Außenhandel der DDR für das Jahr 1976

---

1. In den vergangenen Jahren erfolgte bereits eine vereinfachte Veröffentlichung von Angaben über den Außenhandel der DDR. Das geschah auf Grundlage entsprechender Beschlüsse des Ministerrates, die vom Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Honecker, bestätigt wurden. Bei Veröffentlichung des Außenhandelsumsatzes und seiner Struktur nach Export und Import für das Jahr 1976 kann ein Importüberschuß der DDR von rund 6,4 Milliarden Valutamark ermittelt werden.

Der Importüberschuß 1976 ist gegenüber dem Jahre 1975 um rund 2,2 Milliarden Valutamark gestiegen; davon im nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet um 1,7 Milliarden Valutamark.

2. Die Veröffentlichungen von statistischen Außenhandelsangaben der DDR erfolgen entsprechend Ministerratsbeschlüssen
  - im Rahmen der Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Januar und im Juli jedes Jahres,
  - im Statistischen Taschenbuch Ende April/Anfang Mai und im Statistischen Jahrbuch der DDR im Juni jedes Jahres.

Darüber hinaus werden seit 1970 entsprechend einem Beschluß des Exekutivkomitees des RGW im "Statistischen Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW" und im "Statistischen Bulletin über

- 2 -

den Außenhandel der RGW-Länder" Angaben über den Export und Import für jedes Mitgliedsland insgesamt sowie nach Ländergruppen (sozialistische Länder, RGW-Länder, entwickelte kapitalistische Länder, Entwicklungsländer) ausgewiesen. Die Zahlenangaben der DDR für 1976 wurden dem RGW durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bereits übergeben.

Die DDR übergibt weiterhin als Mitglied der UNO Angaben über den Export und Import dem Sekretariat der UNO und der ECE.

3. Bisher wurde im Januar in der Pressemitteilung der Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1976 veröffentlicht, daß der Außenhandelsumsatz der DDR im Jahre 1976 gegenüber 1975 um 14 % gestiegen ist. Angaben über die Struktur nach Export und Import erfolgten in der Pressemitteilung nicht.

4. Es wurde geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, um dem Gegner keinen genauen Überblick über die Entwicklung und die Höhe des Importüberschusses zu geben. Dazu wären folgende Varianten denkbar:

1. Es werden keine Angaben über den Außenhandel der DDR veröffentlicht.
2. Es werden nur Angaben über den Außenhandelsumsatz der DDR insgesamt veröffentlicht, d. h. ohne Aufgliederung nach Export und Import.
3. Der Ausweis der zahlenmäßigen Ergebnisse des Außenhandels wird verändert.



- 3 -

Nach gründlicher Untersuchung sind wir der Meinung, daß keine dieser Varianten vertreten werden kann.

Der Gegner ist in der Lage, mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden offiziellen Veröffentlichungen sozialistischer und kapitalistischer Länder sowie internationaler Organisationen den Umfang und die Struktur des Außenhandels der DDR weitgehend genau zu ermitteln und der DDR nachzuweisen, wenn bewußt ungenaue Angaben veröffentlicht werden.

In dieser Richtung arbeiten besonders intensiv solche Einrichtungen des Klassegegners, wie z. B. das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" in Westberlin.

Wenn wir nichts veröffentlichen, würde der Gegner verstärkt versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen.

5. Unter Abwägung all dieser Faktoren wird vorgeschlagen, daß die DDR für das Jahr 1976 im gleichen Umfang und in der gleichen Struktur wie in den Vorjahren die realen Angaben über den Außenhandelsumsatz, seine Unterteilung nach Export und Import und die Struktur nach wichtigen Ländergruppen veröffentlicht.

## 16.1

WHARTON

Econometric  
Forecasting  
Associates

ZENTRALE PLANWIRTSCHAFTEN

BERICHT ÜBER ZAHLUNGSBILANZEN  
UND SCHULDEN

25. Juni 1982

DIE KOSTEN DER UNZUREICHENDEN WIRTSCHAFTSBERICHT-  
ERSTATTUNG OSTDEUTSCHLANDS

Westliche Fachleute, die sich mit der Analyse der ostdeutschen Wirtschaft beschäftigen, haben festgestellt, daß Ostdeutschland von allen osteuropäischen Wirtschaften, ausgenommen vielleicht Rumänien (vor 1982), dasjenige Land war, welches seit Mitte der siebziger Jahre die wenigsten ökonomischen Informationen veröffentlichte. So veröffentlichen z.B. Ostdeutschland und Rumänien bis zum heutigen Tag keine monatlichen oder vierteljährlichen statistischen Bulletins. Keines dieser Länder veröffentlicht ein Außenhandelsjahrbuch. Ostdeutschland zeichnet sich dadurch aus, daß es das einzige industrialisierte Land der Welt ist, das seine Handelsstatistiken nur in Form des Umsatzes veröffentlicht, d.h. als Summe der Exporte und Importe. Damit wird verhindert, daß westliche Analytiker die Entwicklung der ostdeutschen bilateralen Handelsbilanzen mit einzelnen Ländern verfolgen können. Die ostdeutsche Zentralverwaltung für Statistik hat die Menge der veröffentlichten statistischen Angaben im offiziellen statistischen Jahrbuch auch nach der Unterzeichnung des Abkommens von Helsinki systematisch verringert und damit gegen jenen Teil des Abkommens verstoßen, der die Verbesserung des ökonomischen Informationsflusses vorsieht. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet solche statistischen Angaben gestrichen wurden, die für die westlichen Analytiker, welche zuständig sind für die Überwachung der Entwicklungstendenzen der ostdeutschen Wirtschaft, von beträchtlichem Interesse sind, wie die Struktur der Investitionen, die Verteilung des Grundkapitals, Angaben über die Produktion der Landwirtschaft usw.

In der Vergangenheit wirkte sich die geringe Menge der von Ostdeutschland vorgelegten ökonomischen Informationen nicht spürbar nachteilig auf die Möglichkeiten der Kreditgewinnung dieses Landes aus. Ostdeutschland gilt historisch als die am besten geleitete osteuropäische Wirtschaft (obwohl jetzt Ungarn zunehmend Anspruch auf diesen Titel erhebt). Die ostdeutschen Politiker profitierten auch daraus, daß die Arbeitskräfte dieses Landes im Westen als produktiv und zuverlässig angesehen wurden.

- 2 -

Die Umstände haben sich im letzten Jahr erheblich verändert. Obwohl eine Liquiditätskrise für Ostdeutschland weniger wahrscheinlich ist als für einige der anderen, gegenwärtig mit Schwierigkeiten kämpfenden osteuropäischen Länder, wie Rumänien, Ungarn oder Jugoslawien, wird Ostdeutschland wegen des Mangels an vorliegenden Informationen über die binnen- und außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes von westlichen Bankiers zunehmend mit Besorgnis betrachtet. Die jüngsten pessimistischen Aussichten für die ostdeutsche Wirtschaft haben die Möglichkeiten Ostdeutschlands, mittel- und langfristige Kredite zu erhalten, unterminiert. Diese Situation wurde auch nicht durch die Haltung ostdeutscher Bankiers verbessert, die versuchten, solche Analysen einfach damit abzutun, daß sie sie "falsch und unbegründet" nannten -- ohne aber eine eigene Analyse oder mehr Informationen vorzulegen. Die Taktik der selektiven Preisgabe einiger Informationen über den annähernden Zustand der ostdeutschen Zahlungsbilanz in mündlichen Diskussionen hat zu einer weiteren Verwirrung unter westlichen Bankiers geführt und die Situation verschlimmert. So wurden z.B. in verschiedenen Gesprächen mindestens drei unterschiedliche Schätzgrößen für die Exporte und Importe in harter Währung im Jahr 1981 übermittelt: die eine beinhaltet ein Handelsdefizit von mehr als 1,6 Mrd. US-Dollar für 1981, eine weitere ein Defizit von etwa 1,3 Mrd. US-Dollar und die dritte einen geringen Handelsüberschuß. Da die meisten westlichen Experten, die sich mit der Analyse der ostdeutschen Wirtschaft beschäftigen, in engem Austausch untereinander stehen, hat diese Taktik, verschiedenen Analytikern verschiedene Zahlen zu geben, nicht gerade dazu beigetragen, das westliche Vertrauen in die ostdeutschen Statistiken zu erhöhen.

Sorge bereitet den westlichen Bankiers aber nicht nur die Möglichkeit einer Liquiditätskrise, sondern auch das Fehlen einer öffentlich angekündigten Reduzierung des geplanten Wachstums. Das geplante Wachstum des Nationaleinkommens mit durchschnittlich 5 % im Zeitraum 1981-1985 wird von westlicher Seite aus nicht länger als realisierbar betrachtet. Während andere osteuropäische Wirtschaften (ausgenommen Polen) ihre geplanten Wachstumsraten auf die Größenordnung von 2-3 % reduzieren, um die Belastung ihrer Auslandskonten zu verringern, scheinen die ostdeutschen Planer zu zögern, einen solchen Schritt überhaupt anzukündigen. Es gibt schwerwiegende Beweise dafür, daß die ostdeutschen Zentralplaner im vergangenen Jahr in der Tat den Plan für 1982 und möglicherweise auch für 1983-85 revidierten, um ein geringeres Wirtschaftswachstum und damit eine verbesserte

- 3 -

Finanzlage im Ausland zu erzielen. (Wharton sagte diese Korrektur in seiner Laufenden Analyse vom 3. Dezember 1981 voraus.) Da es jedoch keine öffentliche Bestätigung der revidierten Wirtschaftspläne gibt, wächst in Westen die Besorgnis, daß Ostdeutschland dennoch eine übermäßig expansionäre Innenpolitik, die zu weiteren großen Handelsdefiziten und steigender Auslandsverschuldung führt, fortsetzen könnte.

Wohl wissend, daß der Westen kein Vertrauen zu ihrer Wirtschaft hat, versprachen ostdeutsche Bankiers Anfang dieses Jahres, den Fluß ökonomischer Informationen an westliche Bankiers zu verbessern, um deren vorsichtige Haltung gegenüber der Gewährung von Darlehen an Ostdeutschland zu ändern. Es wurden Andeutungen gemacht, daß dies in Form einer speziellen statistischen Veröffentlichung oder einer Erweiterung des offiziellen Statistischen Taschenbuches geschehen würde. Bis jetzt ist jedoch kein Wort über eine spezielle statistische Veröffentlichung gefallen. Mehr noch, die Informationen, die in dem in Kürze erscheinenden neu veröffentlichten Statistischen Taschenbuch veröffentlicht werden sollen, sind bestenfalls enttäuschend. (So ist z.B. in Abschnitt über den Außenhandel die vorgelegte "neue" Information über die ostdeutschen Exporte und Importe nach Hauptregionen der Außenhandelspartner schon vorher im Statistischen Jahrbuch des RGW verfügbar gewesen.)

Nach unserer Meinung könnte Ostdeutschland seine Aussichten zur Wiederaufnahme eines kommerziellen Kredits in "vernünftiger" Menge im Westen erheblich damit verbessern, daß es zwei Maßnahmen ergreift. Erstens sollten die ostdeutschen Planer eine öffentliche Mitteilung über den wirtschaftspolitischen Kurs, den sie in den nächsten Jahren einzuschlagen gedenken, geben und sich dabei auf die evt. vorgenommene Planrevisionen für 1982-85 konzentrieren. Zweitens wären sie gut beraten, ein Wirtschaftsmemorandum zur Verteilung an bestehende sowie potentialle westliche Kreditgeber vorzubereiten. Das Memorandum könnte ähnlich aussehen wie das, welches kürzlich von Polen, Rumänien und Ungarn veröffentlicht wurde. Ein solches Memorandum müßte mindestens die folgende Informationsmenge enthalten:

- bilaterale Handelsströme unter gesonderter Darstellung der Exporte und Importe
- Warenstruktur des Handels nach Hauptkategorien (nach der SITC oder der RGW-Nomenklatur, wobei Brennstoffe von Rohstoffen abzugrenzen sind) für die Haupthandelsregionen der Welt (RGW, andere sozialistische Länder, entwickelte westliche Länder, Entwicklungsländer)

- 4 -

- Zahlungsbilanz in harter Währung (einschließlich Clearinggeschafte mit harten Währungen)
- Zielstruktur der ostdeutschen Verschuldung in harter Währung
- Kreditquellen für Ostdeutschland (nach Ländern, mit dem Hinweis darauf, ob der Kredit garantiert oder nicht garantiert ist)
- Informationen über die ausstehende Schuldenmenge gegenüber Westdeutschland als Folge der Inanspruchnahme des Swing-Kredits
- Nationaleinkommensrechnungen in Form des GNP (= Bruttosozialprodukt) zu konstanten Preisen, falls verfügbar
- Informationen über das verwendete Nationaleinkommen (materielles Nettoprodukt) nach Hauptkategorien der Endverwendung zu konstanten Preisen
- Angaben über Investitionen (und möglicherweise auch über den Kapitalbestand) nach Hauptindustriezweigen
- Angaben über das Brutto- und Nettoprodukt der Landwirtschaft einschließlich einer Untergliederung in tierische und pflanzliche Produkte
- die Energiebilanz für die ostdeutsche Wirtschaft (Aufkommensquellen nach Brennstoffarten, Verwendungsarten)
- Informationen über die Einkommen der Bevölkerung nach Einkommensarte (Löhne, Gehälter, Renten, landwirtschaftliche Einkünfte, sonstige) und über die Ausgaben nach Arten (Käufe im Einzelhandel, Wohnung

Wir meinen, daß wertliche Handelsbankiers schlecht beraten wären, "zur Tagesordnung überzugehen", wenn Ostdeutschland keine zufriedenstellend Antwort auf das oben ausgedrckte erste Anliegen gibt und nicht wenigstens einige der Informationen liefert, die als Standardvoraussetzung für die Abwicklung internationaler Kreditgeschäfte durch ein typisches kreditnehmendes Land auf dem Weltmarkt angesehen werden.

(bersetzt: P. Zaumseil - 28.9.1982)

Argumentation zur Einschätzung des Handels der DDR mit kapitalistischen Industrieländern durch die amerikanische Beratungs- und Prognosefirma Wharton

1. In der genannten Einschätzung werden Zweifel geäußert, daß die DDR 1981 und im 1. Halbjahr 1982 im Handel mit den kapitalistischen Industrieländern Exportüberschüsse erzielt hat. Das wurde von der DDR so für 1981 auch nie behauptet. Im Statistischen Jahrbuch der DDR 1982 wird für 1981 ein Exportüberschuß mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ausgewiesen. Der von der DDR 1981 im Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet erzielte Exportüberschuß resultiert ausschließlich aus dem Handel mit Entwicklungsländern. Im Handel mit kapitalistischen Industrieländern wurde noch ein Importüberschuß ausgewiesen, wie folgende Zahlen für 1981 beweisen:

	Export in Millionen Dollar	Import
Handel mit Entwicklungsländern	1 268,3	702,3
Handel mit kapitalistischen Industrieländern	5 445,6	5 952,2

Im 1. Halbjahr 1982 wurde nicht nur im Handel mit den Entwicklungsländern, sondern auch im Handel mit kapitalistischen Industrieländern ein beträchtlicher Exportüberschuß erzielt, der bis Ende August weiter ausgebaut wurde.

2. Die beim Vergleich der Außenhandelsangaben der DDR nach Ländern mit Partnerlandstatistiken kapitalistischer Industrieländer auftretenden Differenzen sind vorrangig auf Unterschiede in der angewendeten Methodik zurückzuführen.

- Während in der DDR Exporte und Importe jeweils dem Käuferland bzw. Verkäuferland zugeordnet werden, erfolgt die Zuordnung in den kapitalistischen Industrieländern nach dem Prinzip Verbrauchs- bzw. Ursprungsland. Daraus ergeben sich erhebliche Verschiebungen zwischen den Ländern, insbesondere zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern.

- 2 -

Zum Beispiel ergeben sich beim Ausweis des Handels mit Ländern, die gleichzeitig bedeutende Handelsplätze für wichtige Rohstoffe vor allem aus den Entwicklungsländern darstellen, die größten Differenzen.

Gegenseitiger Außenhandelsumsatz  
in Mio Dollar

	Angaben der DDR	Angaben des Partnerlandes
--	--------------------	------------------------------

Niederlande 1981	665	442
Großbritannien 1980	533	424

Die Angaben der DDR zum Außenhandelsumsatz mit diesen Ländern beinhalten alle mit in diesen Ländern ansässigen Firmen getätigten Umsätze, unabhängig ob die Erzeugnisse in diesen Ländern hergestellt bzw. verbraucht wurden. Deshalb sind die Angaben der DDR größer als die entsprechenden Angaben, z. B. der Niederlande bzw. Großbritanniens.

Weitere Differenzen ergeben sich daraus, daß die DDR selbstverständlich bestehende Freihäfen und Freihandelszonen für ihren Außenhandel ausnutzt. Diese Umsätze werden einzelnen kapitalistischen Industrieländern nicht zugeordnet.

Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß auch bei gleichen Zuordnungsprinzipien zwischen Partnerlandstatistiken erhebliche Abweichungen bestehen können. Das soll ein Vergleich der Angaben von Frankreich und der BRD über den gegenseitigen Handel verdeutlichen:

	Lieferungen aus Frankreich in die BRD	Lieferungen aus der BRD nach Frankreich
	1980 in Mio Dollar	

Angaben Frankreichs	17 823	21 803
Angaben der BRD	20 142	25 638
Abweichung	13 %	17,6 %

- 3 -

- Von der DDR werden die Außenhandelsumsätze mit der BRD und Westberlin in die Summe Handel mit kapitalistischen Industrieländern einbezogen. Seitens der BRD/Westberlin werden die Umsätze mit der DDR aus politischen Gründen nicht als Außenhandel, sondern als sogenannter "innerdeutscher Handel" betrachtet und deshalb auch nicht in ihren Außenhandelsumsatz einbezogen. Deshalb werden von der BRD in internationalen Statistiken auch keine Umsätze mit der DDR ausgewiesen.

Die Außenhandelsumsätze der DDR mit der BRD und Westberlin betragen 1980 10 077 Mio VM und 1981 11 047 Mio VM.

Die DDR erzielte im Handel mit der BRD und Westberlin sowohl 1980, 1981 als auch im 1. Halbjahr 1982 Exportüberschüsse.

3. Die aufgeworfenen Zweifel an von der DDR angewandten Umrechnungsverhältnissen Valutamark zu US-Dollar sind bei der Betrachtung des Handelsbilanzsaldos gegenstandslos. Die Höhe des Dollarkurses hat keinen Einfluß darauf, ob ein Handelsbilanzüberschuß ausgewiesen wird oder nicht, da dieser Kurs für Export und Import gleich ist. Damit verändern beliebige Kurse nicht das Verhältnis von Export und Import.



17.2

01-0149

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK  
DER LEITER

1026 BERLIN, den

07. 11. 88

Hans-Beimler-Str. 70/72  
Fernsprecher 235

Zentralkomitee der SED  
Leiter der Abteilung  
Planung und Finanzen  
Genossen Ehrensperger  
Haus des Zentralkomitees  
Marx-Engels-Platz

108019P

Berlin  
1 0 2 0

Werter Genosse Ehrensperger!

Beiliegend übergebe ich Dir den mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und dem Minister für Außenhandel abgestimmten Entwurf der Vorlage für das Politbüro des ZK der SED

"Teilnahme der DDR am internationalen  
Wertkennziffernvergleich der UNO".

Genosse Dr. Beil wies bei der Abstimmung auf Risiken bei der Erweiterung der Publikation von Außenhandelsangaben hin und bat um Prüfung, inwieweit damit Angaben übergeben werden, aus denen westliche Institute und Presseorgane Widersprüche konstruieren können.

Dazu erfolgte durch uns eine nochmalige Prüfung. Es kann festgestellt werden, daß die Übergabe der geforderten Angaben in jedem Fall auf Widerspruchsfreiheit geprüft und diese gesichert wird.

*Dr. Kott hat keine Zustimmung, ist in die Richtung für einen der D.H. 2*

*übergeben*

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Donda

Anlagen:

Entwurf der Vorlage  
Stellungnahmen der Gen. Dr. Grabley und Dr. Beil  
Gutachten des Gen. Dr. Haeder

*Prof. Dr. Donda*

Arno Donda

Entwurf

Berlin, den

... Ex. je ... Blatt

... Ex. je ... Blatt

Entwurf

**V o r l a g e**

für das Politbüro des ZK der SED

Betreff:

Teilnahme der DDR am internationalen  
Wertkennziffernvergleich der UNO

Beschlußentwurf:

1. Die DDR nimmt ab 1990 am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO (ICP) teil. Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik wird beauftragt, diese Entscheidung den zuständigen UNO-Organen mitzuteilen.  
verantwortlich: A Donda
2. Die an die UNO zu übermittelnden Angaben sind mit dem Vorsitzenden der SPK, dem Minister für Außenhandel und anderen zuständigen Ministerien durch den Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik abzustimmen.  
verantwortlich: A Donda
3. Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hat nach Vorliegen der Ergebnisse dem Politbüro eine Analyse über die Stellung der DDR im internationalen Vergleich vorzulegen.  
verantwortlich: A Donda

Arno Donda

Zur Behandlung der Vorlage  
sind einzuladen:

Genosse Ehrensperger

Leiter der Abteilung  
Planung und Finanzen des ZK

Genosse Donda

Leiter der Staatlichen  
Zentralverwaltung für Statistik

Verteiler: 1. - 30. Exemplar

Mitglieder und Kandidaten  
des Politbüros

31. Exemplar

Genosse Ehrensperger

32. Exemplar

Genosse Donda

33. Exemplar

Genosse Beil

Den Beschluß sollen erhalten:

Genosse Ehrensperger

Leiter der Abteilung  
Planung und Finanzen des ZK

Genosse Donda

Leiter der Staatlichen  
Zentralverwaltung für Statistik

Genosse Beil

Minister für Außenhandel

Genosse Fischer

Minister für Auswärtige  
Angelegenheiten

### Begründung

1. Auf der Basis von Beschlüssen des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO werden seit 1975 unter Federführung der Statistischen Kommissionen der UNO alle 5 Jahre internationale Vergleiche wichtiger Wertkennziffern (International Comparison Project - ICP) durchgeführt, nachdem bereits vorher über 5 Jahre experimentelle Vergleiche dazu erfolgten.
2. Nachdem bereits am Vergleich für 1985 alle kapitalistischen Industrieländer der Welt, alle kapitalistischen Länder Europas (außer Zypern und Malta) sowie die UVR, die VRP und die SFRJ teilnahmen, werden am Vergleich für 1990 auch die UdSSR und die CSSR teilnehmen. Die VRB und die SRR erklärten, daß sie wahrscheinlich teilnehmen.  
Es ist politisch nicht vertretbar, daß die DDR als einziges entwickeltes Industrieland an dem UNO-Wertkennziffernvergleich nicht teilnimmt.
3. Der Vergleich erfolgt für die Hauptkennziffern der bürgerlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sowohl zu absoluten Wertvolumengrößen als auch pro-Kopf der Bevölkerung.  
Dabei werden sowohl bilaterale als auch multilaterale Vergleiche zwischen den Ländern vorgenommen. Umfassende Vergleiche werden dabei zum Konsumtionsniveau und zur Kaufkraft der Währungen ermöglicht und vorgenommen.

Die Teilnahme an dem UNO-Vergleich erfordert die Übergabe entsprechender Ausgangsdaten für die Berechnungen. Diese Angaben werden bisher weder publiziert noch an UNO-Organen übergeben. So werden folgende Angaben gefordert:

- . Bruttoinlandsprodukt zu effektiven nationalen Preisen  
insgesamt und untergliedert in
  - Individuelle Konsumtion
  - Gesellschaftliche Konsumtion
  - Grundfondsakkumulation
  - Bestandsveränderungen  
(insgesamt, ohne weitere Untergliederung)
  - Außenhandelssaldo  
(insgesamt, ohne weitere Untergliederung)
- . Individuelle Konsumtion  
untergliedert in Warengruppen  
(1985 waren es 247 Warengruppen,  
dar. z. B. 71 Warengruppen von  
Nahrungs- und Genußmitteln)

- . Gesellschaftliche Konsumtion
  - untersetzt durch
  - einige Lohnangaben aus dem Dienstleistungsbereich  
(1985 waren es 3 ausgewählte Angaben)
  - und einige Angaben über Materialverbrauch  
(1985: 10 Angaben)
- . Grundfondsakkumulation
  - untergliedert in
  - einige Bauleistungsgruppen  
(1985: 20 Gruppen)
  - und Warengruppen von Maschinen und Ausrüstungen  
(1985: 34 Gruppen)
- . 500 - 800 Erzeugnisse, die als Warenrepräsentanten zur Berechnung der Kaufkraftparitäten dienen.  
Im wesentlichen handelt es sich um Konsumgüter, die zu Einzelhandelspreisen auszuweisen sind.  
Pro Warengruppe wird mindestens 1 Repräsentant gefordert.

4. Die direkte Teilnahme am Vergleich ist für die DDR die einzige Möglichkeit, ihre Position in der Rangfolge der Länder nach diesem Vergleich zu ermitteln, so daß daraus wesentliche Erkenntnisse für die DDR abgeleitet und die bisher eigenständig durchgeführten Vergleichsberechnungen der DDR überprüft werden können.

Gleichzeitig werden damit erstmalig offiziell gesamtwirtschaftliche Vergleichsangaben für die DDR vorgelegt, die Spekulationen den Boden entziehen.

Die Einflußnahme der DDR auf die Auswahl der Warenrepräsentanten ist im Rahmen der für alle Länder vorgeschlagenen Erzeugnisliste (ca. 2000 Erzeugnisse) möglich.

Auswirkungen der Auswahl der Warenrepräsentanten auf die Ergebnisse sind vorher nicht zu ermitteln. Auf die Berechnung der Ergebnisse hat die DDR keinen Einfluß. Die Realität der berechneten Angaben läßt sich mit Hilfe anderer Vergleiche einschätzen.

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
STAATLICHE PLANKOMMISSION  
DER STAATSSSEKRETÄR

Leiter der Staatlichen Zentral-  
verwaltung für Statistik

Genossen Prof. Dr. Arno Donda

Hans-Beimler-Str. 70/72

Berlin

1 0 2 0

Berlin, den 22.08.88

Werter Genosse Donda!

Dem mit Schreiben vom 10. 8. 1988 an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission übersandten Entwurf des Beschlusses zur Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffervergleich der UNO (ICP) ab 1990 und dessen Begründung wird zugestimmt.

Mit sozialistischem Gruß

  
Dr. Grabley

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Außenhandel  
DER MINISTER

Berlin, den 11. Okt. 1968  
01752

Leiter der  
Staatlichen Zentralverwaltung  
für Statistik  
Genossen Prof. Dr. Donda  
Hans-Beimler-Straße 70/72  
Berlin

1 0 2 6

Werter Genosse Professor Donda!

Ich danke für die Übergabe der veränderten Fassung des Punktes 3 des vorbereiteten Beschlusses zur Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO.

Die Erweiterung der öffentlichen Statistik zu den Ergebnissen des Außenhandels ist aus den Ihnen bekannten Ursachen mit Risiken verbunden. Daher bitte ich Sie, daß nochmals durch Ihre Mitarbeiter geprüft wird, inwieweit mit den neuen Statistiken Angaben übergeben werden, aus denen westliche Institute und Presseorgane zu den bisher veröffentlichten Angaben Widersprüche konstruieren können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß Preise und Kurse der bisherigen Außenhandelsstatistik von denen abweichen, die mit der Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO verwendet werden.

Die Präzisierung des Inhaltes des Wertkennziffernvergleichs im korrigierten Beschlussewurf, die gewählte Berechnungsbasis des Außenhandelsaldos (Exportüberschuß für 1967 in Höhe von 4,7 Mrd. Mark) und die Beschränkung der Auswahl der Warenrepräsentanten auf Konsumgüter

ermöglicht nunmehr die Zustimmung zum vorbereiteten Beschlußentwurf, sofern die Teilnahme der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der UNO unausweichlich ist.

Mit sozialistischem Gruß



Dr. Beil



Dr. Wolfgang Haeder  
Akademie der Wissenschaften der DDR

Berlin, den 27.7.1988

### Gutachten

#### zur Beteiligung der DDR am UNO-Wertkennziffernvergleich (ICP)

Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hat um ein Gutachten zur Frage einer Beteiligung der DDR am internationalen Wertkennziffernvergleich der Vereinten Nationen (International Comparison Project - ICP) gebeten. Hierzu vertritt ich die im Folgenden dargelegte Auffassung:

1. Die im Rahmen der UNO durchgeführten Wertkennziffernvergleiche ermöglichen über die Berechnung von Kaufkraftparitäten Vergleiche von wichtigen volkswirtschaftlichen Kennziffern zwischen nationalen Volkswirtschaften zu vergleichbaren Werten, unabhängig von der Zugehörigkeit zu verschiedenen Gesellschaftssystemen.

Am gegenwärtigen UNO-Vergleich für das Jahr 1985 sind etwa 80 Länder beteiligt.

Den UNO-Vergleichen liegen die Kategorien der bürgerlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (System of National Accounts) zugrunde, die gegenwärtig von mehr als 150 Ländern der Erde benutzt wird. Dabei geht es vor allem um das Bruttoinlandsprodukt (als entscheidender Hauptbestandteil des Bruttosozialprodukts) und seine Bestandteile (Verwendungskategorien)

- Endverbrauch der privaten Haushalte,
- Verbrauch des Staates und der Organisationen und Institutionen,
- Bruttoanlageinvestitionen,
- Einfuhr- bzw. Ausfuhrsaldo.

Die Ergebnisse der UNO-Vergleiche (ICP) beinhalten:

- Vergleichbares Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung im internationalen Vergleich.  
Derartige Ergebnisse können durch ein Land allein nur als grobe Einschätzungen ermittelt werden.
- Kaufkraftverhältnisse für volkswirtschaftliche Wertkennziffern und für Warengruppen.

2. Bei einer Teilnahme am UNO-Wertkennziffernvergleich sind mehr statistische Daten bereitzustellen, als es der bisherigen Praxis der DDR für die Weitergabe von Daten entspricht.

Das betrifft

das Bruttoinlandsprodukt und die oben genannten Bestandteile.

Jedes dieser Bestandteile setzt sich aus Gruppen homogener Erzeugnisse (oder Basispositionen) zusammen; das gesamte Bruttoinlandsprodukt ist in etwa 300 Basispositionen gegliedert.

Der Vergleich wird nach der auch im Rahmen des RGW angewandten Methode der Gegenüberstellung von vergleichbaren Warenrepräsentanten erarbeitet. Aus ca. 2000 vorgegebenen Repräsentanten wählen die teilnehmenden Länder die für ihre Volkswirtschaft typischen aus. Für diese sind deren technisch-ökonomische Parameter sowie die Preise zu übergeben. Auf die Auswahl dieser Repräsentanten hat jedes Land einen bestimmten Einfluß, auf die anschließende Berechnung nicht mehr. Es besteht aber nach Abschluß der Berechnungen eine überschlägige Kontrollmöglichkeit.

Bei einer Beteiligung der DDR am UN-Vergleich wären solche Informationen ab Basisjahr 1990 in fünfjährigem Abstand bereitzustellen.

3. Eine Beteiligung der DDR an dem UNO-Wertkennziffernvergleich erscheint in der gegenwärtigen Phase des zu erwartenden langfristigen Aufschwungs der internationalen ökonomischen Kooperation zwischen Ländern unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung aus politischer Sicht unumgänglich:

Nachdem die UdSSR und die CSSR ihre Teilnahme für 1990 erklärt haben, wäre die DDR das einzige bedeutende entwickelte Land, das an dieser internationalen Anstrengung zur Schaffung realer Vergleichsmöglichkeiten der volkswirtschaftlichen Wertkennziffern nicht teilnimmt.

Außerdem wird mit einem relativ geringen Mehr an bereitzustellenden statistischen Daten ein bedeutender Erkenntniszuwachs für die analytische Tätigkeit der DDR gewonnen.

Hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse sind keine gesicherten Voraussagen über Rang- und Reihenfolge der DDR möglich. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, das ein reales Bild der volkswirtschaftlichen Leistung der DDR im internationalen Vergleich aufgrund bürgerlicher Wertkennziffern gewonnen werden wird.



(W. Haeder)

19.7

Kurzerhand

Von: Gen. Koziolk

an: Gen. Mittag

302130

mit folgender Bemerkung:

Lieber Genosse Mittag!

Beiliegend übersende ich Dir eine Information über Gespräche, die am Rande der Ost-West-Konferenz der Ökonomen geführt wurden.

Genosse Koziolk  
B. J. Z. P. P.  
Vol. JED 4173612

den Teilnehmern  
-West-Europäische  
Erfordernisse"  
hlossen und  
ng beim öster-  
Vorstandsmitglied  
nen Institut für

Datum 20. 5. 1988

Unterschrift

Ag 220 Bestell-Nr. 10 38

Prof. Kloten äußerte sich positiv über die Entwicklung der DDR, insbesondere über die Wirtschafts- und Entspannungspolitik, und manche Beweggründe unserer Politik seien ihm durch das Gespräch noch klarer geworden. Er verstehe die differenzierte Haltung zu "Perestrojka", da die Aufgaben und der Stand der Entwicklung der Wirtschaften doch zu unterschiedlich sei. "Glasnost" in der betriebenen Form halte er für blanken Unsinn. So etwas käme für die BRD überhaupt nicht in Frage. Bei diesen Fragen geht es um die Macht. (Natürlich habe ich mich nicht darauf eingelassen, mich dazu konkret zu äußern, sondern habe die Gelegenheit genutzt, ausgehend vom Prawda-Artikel des Genossen Honecker, unseren Standpunkt zu erläutern. )

Frau Cornelsen äußerte, daß sie, wie bekannt, die Wirtschaftsentwicklung in der DDR sehr genau verfolgt und bei mancher Struktur- schwäche sei es unter Beachtung aller Umstände eine gute Leistungs- bilanz. Sie äußerte den Wunsch, mich im Herbst am Institut besuchen zu können. Im Verlauf des Gesprächs hob sie die Leistungen der DDR seit 1945 hervor, wo für uns ungleich schwierigere Ausgangs- bedingungen vorhanden waren, die ihre Auswirkungen sicher auch heute noch haben.

Information

Anlässlich der Durchführung meines Auftrages, mit den Teilnehmern der XI. Internationalen Konferenz zum Thema "Ost-West-Europäische Interaction in den 90er Jahren - Aussichten und Erfordernisse" ein Gespräch durchzuführen, was in einer aufgeschlossenen und Atmosphäre erfolgte, sprachen mich auf dem Empfang beim österreichischen Botschafter besonders Prof. Kloten, Vorstandsmitglied der Bundesbank, und Dr. Cornelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung an.

Prof. Kloten äußerte sich positiv über die Entwicklung der DDR, insbesondere über die Wirtschafts- und Entspannungspolitik, und manche Beweggründe unserer Politik seien ihm durch das Gespräch noch klarer geworden. Er verstehe die differenzierte Haltung zu "Perestrojka", da die Aufgaben und der Stand der Entwicklung der Wirtschaften doch zu unterschiedlich sei. "Glasnost" in der betriebenen Form halte er für blanken Unsinn. So etwas käme für die BRD überhaupt nicht in Frage. Bei diesen Fragen geht es um die Macht. (Natürlich habe ich mich nicht darauf eingelassen, mich dazu konkret zu äußern, sondern habe die Gelegenheit genutzt, ausgehend vom Prawda-Artikel des Genossen Honecker, unseren Standpunkt zu erläutern.)

Frau Cornelsen äußerte, daß sie, wie bekannt, die Wirtschaftsentwicklung in der DDR sehr genau verfolgt und bei mancher Struktur- schwäche sei es unter Beachtung aller Umstände eine gute Leistungsbilanz. Sie äußerte den Wunsch, mich im Herbst am Institut besuchen zu können. Im Verlauf des Gesprächs hob sie die Leistungen der DDR seit 1945 hervor, wo für uns ungleich schwierigere Ausgangsbedingungen vorhanden waren, die ihre Auswirkungen sicher auch heute noch haben.

Die BRD habe nicht nur günstigere Startbedingungen gehabt, sondern sei auch im Verband mit Ländern gewesen, die ein entwickelteres Niveau der Wirtschaft gehabt hätten. Sie äußerte sich zu Schwächen des RGW-Marktes. Ich erläuterte ihr ebenfalls die Prinzipien unserer Politik und unsere Haltung zu internationalen wirtschaftspolitischen Fragen. Im Verlaufe des Gespräches betonte ich, daß ihre Beiträge sich in der Regel durch das Bemühen um Sachlichkeit auszeichnen, was man von ihrem ehemaligen Chef, Prof. Thalheim, nicht unbedingt sagen konnte. (Thalheim war ein regelrechter Antikommunist)

Prof. Hardt, Direktor im Kongreßforschungszentrum der USA, sprach mich ebenfalls an und brachte sein Interesse über die Entwicklung der DDR zum Ausdruck. Er bedankte sich für die Information und erklärte, daß er beim Vortrag des Genossen Hermann Axen in den USA anwesend gewesen sei. Er sei sehr befriedigt wie andere auch über die Fundiertheit des Vortrages und begrüßte die Veranstaltung als hilfreich für die weitere Entwicklung der Beziehungen.

Ich hatte ein längeres Gespräch mit Professor Bogomolow, der sich über den Stand der Durchführung von "Perestrojka" sehr besorgt zeigte und mir gegenüber von großen internen Auseinandersetzungen sprach. Bogomolow erklärte, daß eine Wende in der Wirtschaft der UdSSR zu Effektivität und Produktivität unbedingt erforderlich sei, das könne niemand bestreiten. Die Lage sei aber so, daß zu viel geredet werde und die konkreten Vorstellungen, die konkreten Ausarbeitungen von "Perestrojka" auf ökonomischem und sozialem Gebiet sehr unklar seien. Daran ändern auch die bisher veröffentlichten Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen nichts. Seiner Meinung nach seien auch zu viele Fragen auf einmal angefaßt worden.

[...]